vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON KARL DIETRICH BRACHER HANS-PETER SCHWARZ HORST MÖLLER

AUS DEM INHALT

IGOR LUKES
Benesch, Stalin und die Komintern 1938/39

MANFRED KITTEL

Genesis einer Legende. Die Diskussion um die Stalin-Noten in der Bundesrepublik 1952–1958

MICHAEL ESCHOLZ

Östen Undén und die schwedische Deutschlandpolitik in den fünfziger Jahren

DOKUMENTATION Carl-Hans Graf Hardenberg im Widerstand (Horst Mühleisen)

Zeitgeschichte

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben von

KARL DIETRICH BRACHER HANS-PETER SCHWARZ

HORST MÖLLER

in Verbindung mit Theodor Eschenburg, Rudolf v. Albertini, Dietrich Geyer, Hans Mommsen, Arnulf Baring und Gerhard A. Ritter

Redaktion: Hellmuth Auerbach, Norbert Frei, Udo Wengst, Andreas Wirsching Chefredakteur: Hermann Graml Stellvertreter: Hans Woller

Institut für Zeitgeschichte, Leonrodstr. 46 b, 80636 München, Tel. 12 68 80, Fax 123 17 27

41. Jahrgang

Heft 3

Juli 1993

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE		
3	Benesch, Stalin und die Komintern. Vom Münchner Abkommen zum Molotow-Ribbentrop-Pakt	325
	Genesis einer Legende. Die Diskussion um die Stalin- Noten in der Bundesrepublik 1952–1958	355
	Östen Undén und die DDR. Schwedische Deutsch- landpolitik in den fünfziger Jahren	391
DOKUMENTATION		
	Patrioten im Widerstand. Carl-Hans Graf Hardenbergs Erlebnisbericht	419
NOTIZEN	PRI PRI DEL RI PRI PRI PRI PI PRI PRI PRI	479
ABSTRACTS		483

Jahrgang 41 (1993), Heft 3

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_3.pdf



IGOR LUKES

BENESCH, STALIN UND DIE KOMINTERN

Vom Münchner Abkommen zum Molotow-Ribbentrop-Pakt¹

In dem hier vorgelegten Essay wird versucht, weit verbreitete Vorstellungen von der sowjetischen Politik gegenüber der Tschechoslowakei während der Sudetenkrise im Sommer und Herbst 1938, vom strategischen Denken der sowjetischen Führung in den dreißiger Jahren, insbesondere im August 1939, und vom tschechoslowakischen Staatspräsidenten Dr. Eduard Benesch auf ihre Stichhaltigkeit zu prüfen. Bei dem Versuch werden Dokumente genutzt, die in den kürzlich zugänglich gewordenen Prager Archiven gefunden wurden². Dieses Material ermöglicht neue und unerwartete Antworten auf folgende Fragen: War die Sowjetunion Ende September 1938 bereit, Benesch und der Tschechoslowakei auch ohne die Beteiligung anderer Mächte gegen das Dritte Reich zu Hilfe zu kommen³? Welche Anweisungen hat die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei (KPTsch) von der Komintern nach dem VII. Kongreß und im Laufe der Sudetenkrise erhalten? Wie reagierte die Sowjetunion auf das Münchner Abkommen?

Das am 29. September 1938 in München unterzeichnete Vier-Mächte-Abkommen und seine "Lösung" der tschechoslowakischen Krise waren nicht allein für Benesch ein



¹ Aus dem Rat der Professoren Adam Ulam (Harvard University), Piotr S. Wandycz (Yale University), William Keylor (Boston University) und John Connelly (Harvard University) habe ich großen Gewinn gezogen. Meine Frau, Professorin Alison McIntyre Lukes, hat mir mehr geholfen, als ich in einem Satz zu würdigen vermag – und oft auf Kosten ihrer eigenen akademischen Vorhaben. Während der Arbeit an diesem Aufsatz war ich Fulbright Fellow (1992) und John M. Olin Faculty Fellow in Geschichte (1991–92). Archivreisen wurden durch eine Beihilfe des International Research and Exchanges Board (IREX) ermöglicht, mit Geldern des National Endowment for the Humanities und der U.S. Information Agency. Ich bin allen diesen Institutionen sehr dankbar.

² Das benützte Material stammt aus folgenden Prager Archiven: Archiv des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (AZK KPTsch); Staatliches Zentralarchiv (SZA); Archiv des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten (AMAA); Militärhistorisches Archiv: Benesch-Archiv (MHA-B); Militärhistorisches Archiv: Militärisches Büro des Präsidenten (MHA-MBP); Präsidialamt (PA); Archiv des Nationalmuseums: Jaromir Smutny (ANM-S), Prokop Drtina (ANM-D), Vojtech Mastny (ANM-M), Zdenek Fierlinger (ANM-F).

³ Die Sicherheit der Tschechoslowakei beruhte u.a. auf dem französisch-tschechoslowakischen Beistandsabkommen vom 16.10. 1925 und dem tschechoslowakisch-sowjetischen Vertrag vom 16.5. 1935. Letzterer enthielt die Klausel, daß jeder Vertragspartner nur dann zur Unterstützung des anderen verpflichtet sei, wenn dieser als Opfer einer Aggression Hilfe von Frankreich erhalte. Hätte die Sowjetunion ihren tschechoslowakischen Vertragspartner unilateral unterstützt, wäre sie also über ihre vertragliche Verpflichtung hinausgegangen.

Igor Lukes

326

vernichtender Schlag⁴. Sie haben das Vertrauen von Millionen Europäern in demokratische Institutionen untergraben, und manche begannen nun mit der stalinistischen Sowjetunion zu sympathisieren, mit der einen Macht, die an dem Handel mit Hitler keinen Anteil gehabt hatte. Daß Stalin nicht in München gewesen war und daß sowohl an tschechoslowakischen wie an sowjetischen Primärquellen zur Krise von 1938 Mangel herrschte, hat nicht wenige Forscher dazu gebracht, vom Verhalten des sowjetischen Führers gegenüber seinem tschechoslowakischen Verbündeten ein schmeichelhaftes, jedoch nicht recht fundiertes Bild zu zeichnen⁵. Trotz der Jahre der Offenheit in Moskau haben sowjetische wie russische Publizisten diese Tradition fortgesetzt⁶. Sie neigen zu allgemein gefaßten Behauptungen, die entweder ohne jede Stütze sind oder sich nur auf unzuverlässige Quellen berufen. Gleichwohl haben einige ihrer Argumente bereits Eingang in die seriöse westliche Debatte über die sowjetische Politik am Vorabend des Zweiten Weltkriegs gefunden⁷.

⁷ Geoffrey Jukes, The Red Army and the Munich Crisis, in: Journal of Contemporary History 26 (1991), S. 195-214. Der Autor übernimmt Matvei Zakharov's Version von umfassenden militärischen Maßnahmen, die während der Sudetenkrise von der Roten Armee getroffen worden seien. Es ist in der Tat möglich, daß, in Reaktion auf die internationalen Spannungen im Spätsommer 1938, einige Vorkehrungen im Militärdistrikt Kiew getroffen wurden, doch bleibt damit die Frage nach dem Umfang dieser Vorkehrungen ebenso offen wie die Frage, ob sie tatsächlich als Auftakt einer militäri-



⁴ In: MHA-B, ohne Datum, Schachtel 1a. Es ist klar, daß Benesch begriff, welche Konsequenzen eine Kapitulation vor Hitler haben mußte. In einer privaten Unterhaltung, die während der Krise von 1938 stattfand, beklagte er sich darüber, daß Großbritannien, Frankreich und Deutschland (sic) von ihm, Benesch, verlangten, Hitler Tausende von Demokraten, Sozialisten und Juden preiszugeben. Es wäre "ein Massaker ... [und] barbarischer antisemitischer Mord". "Dies werde er nie tun", schloß der Präsident.

⁵ Es gibt natürlich treffliche Ausnahmen. Johann Wolfgang Brügel, Dr. Benes on the Soviet "Offer of Help" in 1938, in: East Central Europe 4 (1977); Barry Mandel Cohen, Moscow at Munich, in: East European Quarterly 12 (1979); Jonathan Haslam, The Soviet Union and the Czechoslovakian Crisis of 1938, in: Journal of Contemporary History 14 (1979), S. 441–461; Milan Hauner, Zari 1938: Kapitulovat ci bojovat? (September 1938: Kapitulieren oder Kämpfen?), in: Svedectvi 49 (1975); Frantisek Lukes, Poznamky k cs.-sovetskym stykum v zari 1938 (Notizen zu den tschechoslowakisch-sowjetischen Beziehungen im September 1938), in: Ceskoslovensky casopis historicky 16 (1968); ders., Benes a SSSR, in: Sesity pro mladou literaturu 21 (1968); Ivan Pfaff, Jak tomu opravdu było se sovetskou pomoci v mnichovske krizi? (Wie verhielt es sich tatsächlich mit der sowjetischen Unterstützung während der Münchner Krise?), in: Svedectvi 56 (1978), und 57 (1979); Edward Taborsky, Benes and the Soviets, in: Foreign Affairs 27 (1949); William V. Wallace, New Documents on the History of Munich: A Selection from the Soviet and Czechoslovak Archives, in: International Affairs 35 (1959), S. 447–454. Ich habe mich damit und mit verwandten Themen auseinandergesetzt in Igor Lukes, Did Stalin Desire War in 1938? A New Look at Soviet Behavior during the May and September Crises, in: Diplomacy and Statecraft 2 (1991).

Matvei Vasil'evich Zakharov, General'nyi shtab v predvoyennye gody, Moskau 1989; V. K. Volkov u. a., 1939 god: uroki istorii, Moskau 1990; Oleg Aleksandrovich Rzheshevskii, Europe 1939: Was War Inevitable?, Moskau 1989; A. S. Stepanov, Pered Myunkhenom, in: Voyenno-istoricheskii zhurnal 4-5 (1992); S. I. Prasolov, Sovietskii soyuz i Chekhoslovakia v 1938 g., in: V. K. Volkov (Hrsg.), Myunkhen: preddverie voiny, Moskau 1988; D. A. Volkogonov, Drama reshenii 1939 goda, in: Novaia i noveishaia istoria 4 (1989), S. 3-27. Die neueste Sammlung sowjetischer Dokumente ist: God krizisa 1938–1939; dokumenty i materialy, Moskau 1990.

Historiker können dem Ende des Kalten Krieges und der nachfolgenden Öffnung verschiedener Archive aber am besten dadurch Ehre erweisen, daß sie ihre Darstellung der Vergangenheit nun auf das Fundament von Originalquellen stellen. Im folgenden soll zunächst gezeigt werden, was die Sowjetunion seinerzeit nicht zu tun beabsichtigte, sodann wird untersucht, welche Ziele die Moskauer Strategie tatsächlich ansteuerte.

I.

War Stalin während der Sudetenkrise bereit, die Tschechoslowakei auch ohne die Beteiligung anderer, d. h. ohne Mitwirkung Frankreichs und unabhängig von der Haltung des Völkerbunds, militärisch zu unterstützen? Wollte man sich der Meinung der Herausgeber des offiziellen tschechoslowakischen Dokumentenwerks zu München anvertrauen, wäre diese Frage leicht zu beantworten. Sie sagen in der Einführung: "Die sowjetische Regierung war bereit, über den Rahmen ihrer formalen rechtlichen Verpflichtungen hinauszugehen und der Tschechoslowakei selbst ohne Frankreich militärisch zu helfen, vorausgesetzt, daß sich das Land selber verteidigte und um sowjetische Unterstützung bat." Doch enthält weder dieser Band noch sonst irgendein tschechoslowakisches oder sowjetisches Quellenwerk zur Münchner Krise ein Dokument, das den zitierten Satz belegen würde. Jetzt aber sind wir in der Lage, seine Richtigkeit anhand kürzlich ans Licht gekommener Materialien unterschiedlicher Provenienz zu untersuchen.

Im Archiv von Vaclav Kopecky, Gründungsmitglied der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, Agent der Komintern und tschechoslowakischer Propagandachef der Nachkriegszeit, findet sich eine Kopie der Rede, die er am 24. September 1948 vor Funktionären der KPTsch hielt. Darin heißt es:

"Wir werden beweisen, daß, obwohl uns die Westmächte im September [1938] völlig verrieten, die Freiheit unserer Republik hätte gerettet werden können, da die Sowjetunion nicht nur willens, sondern auch bereit war, uns zu helfen. Ein Weg, dies ganz klar zu machen, wurde begangen, als Genosse Gottwald Anfang 1938 aus Moskau zurückkehrte, von Stalin persönlich damit betraut, Präsident Benesch darüber zu unterrichten, daß sich die Sowjetunion dafür entschieden habe, der Tschechoslowakei zu Hilfe zu kommen."

Danach versprach Kopecky, daß bald wichtiges Beweismaterial zur Kapitulation vom September 1938 freigegeben würde. "Lange Zeit haben wir aus verschiedenen Gründen



schen sowjetischen Intervention auf der Seite der Tschechoslowakei gedacht waren; es ist nicht einmal nachgewiesen, ob sie überhaupt mit der Münchner Krise zusammenhingen. Die gut informierte deutsche Botschaft in Moskau hat durchgehend bestritten, daß die Sowjets militärische Vorbereitungen zur Unterstützung Beneschs träfen: "Niemand in der Botschaft glaubte, die Russen würden wegen der Tschechoslowakei Krieg führen oder seien überhaupt imstande, irgendeinen aggressiven Krieg zu führen." Diese Ansicht teilte auch der deutsche Militärattaché in Moskau, General Ernst Köstring, damals vielleicht der beste Kenner der Roten Armee.

⁸ Dokumenty k historii mnichovskeho diktatu, 1937–1939, Prag 1979, S. 9.

⁹ AZK KPTsch, 100/45, Bd. 2, Archiveinheit 75.

dieses Material zurückgehalten, doch gibt es diese Gründe nicht mehr, und auch wir werden nun Memoiren schreiben." Leider ist Kopecky, nachdem er uns solchermaßen den Mund wäßrig gemacht hatte, nie mehr auf das Thema zurückgekommen, und die angekündigten Beweise blieben aus. Es sollte hier festgehalten werden, daß Klement Gottwald, der Chef der tschechoslowakischen Kommunisten, nicht, wie Kopecky behauptete, "Anfang 1938 aus Moskau" zurückgekehrt sein konnte. Gottwalds Paß zufolge hatte sich der tschechische Kommunistenführer zwischen dem 17. und dem 19. Dezember 1937 in Moskau aufgehalten. Er ist danach bis Ende Februar 1938 in Prag geblieben¹⁰.

Gottwald selber hat sich zur Frage der sowjetischen Unterstützung unmittelbar nach der Kapitulation der Tschechoslowakei geäußert. In "Rude Pravo", der kommunistischen Tageszeitung, schrieb er, daß während der ganzen Krise von allen Mächten allein die Sowjetunion der Tschechoslowakei zur Seite gestanden habe¹¹. Nach dem Krieg kam er darauf kurz zurück. In einer öffentlichen Rede sagte Gottwald am 9. September 1945: "Wir dürfen nicht vergessen, wer an unserer Seite stand, als uns alle anderen verlassen hatten. Es waren die Sowjetunion und ihre Rote Armee."¹² Eingehender beschäftigte sich Gottwald mit dem Thema im Dezember 1949, nachdem die Kommunisten im Februar 1948 die Macht in der Tschechoslowakei an sich gerissen hatten. In einer Rede zu Ehren Stalins erklärte er:

"Im kritischen Jahr 1938 wurde ich eingeladen, Stalin aufzusuchen. In einem langen Gespräch erörterten wir die Situation in der Tschechoslowakei und sogar die Frage sowjetischer Unterstützung im Falle eines Angriffs von Hitler-Deutschland auf das Land. Bei dieser Gelegenheit hat Stalin ausdrücklich erklärt, daß die Sowjetunion bereit sei, die Tschechoslowakei unilateral zu unterstützen, selbst wenn Frankreich dies nicht tun sollte – die sowjetische Hilfe war an Frankreich gebunden –, und selbst wenn Becks Polen oder das bojarische Rumänien den Durchzug sowjetischer Truppen verweigern sollten. Naturgemäß betonte Stalin, daß die Sowjetunion der Tschechoslowakei nur unter einer Bedingung zu Hilfe kommen könne: nämlich nur dann, falls sich die Tschechoslowakei selber verteidige und um sowjetische Unterstützung nachsuche. Ich frage den Genossen Stalin, ob ich dieses Versprechen den verantwortlichen Repräsentanten der Tschechoslowakischen Republik übermitteln dürfe. Worauf mich Stalin ermächtigte, den Inhalt unseres Gesprächs dem damaligen Präsidenten Benesch mitzuteilen. Das habe ich getan. "13

¹³ AZK KPTsch, 100/24, Bd.26, Archiveinheit 729. Diese Rede erschien auch in russischer Sprache: J.V.Stalin i chekhoslovatskii narod, in: Za prochnyi mir, za narodnuyu demokratsiyu 32 (21.12. 1949), S.5. Die Anordnung der Absätze ist etwas anders, doch alle im folgenden erörterten Veränderungen sind in dieser Version enthalten.



AZK KPTsch, 57, Sig. 16. Ende Februar 1938 ging Gottwald wieder nach Moskau, wo er bis zum 12.5. 1938 blieb. Es sieht so aus, als sei ein so langer Aufenthalt nicht erwartet worden, da Gottwalds sowjetisches Visum Nr. 250580 am 13.3. abgelaufen war und erst am 3.5. bis zum 7.5. und dann wieder bis zum 12.5. 1938 verlängert wurde. Statt auf direktem Wege, über Polen, in die Tschechoslowakei zurückzukehren, reiste Gottwald über Finnland, Schweden und Frankreich. Er traf in Prag erst am 16.5. ein – womit er einen beträchtlichen Teil der Maikrise versäumte.

¹¹ Vgl. Rude Pravo vom 6. 10. 1938.

¹² Rude Pravo vom 11. 9. 1945.

Neben dieser endgültigen Version der Rede Gottwalds ist auch die Originalfassung im Archiv zu finden. Sie unterscheidet sich, was die zitierte Passage angeht, sowohl am Anfang wie am Schluß. Ihr zufolge hat das Treffen Gottwald-Stalin nicht "im kritischen Jahr 1938" stattgefunden, sondern "im Dezember 1937". Am Schluß hatte Gottwald ursprünglich gesagt: "Das tat ich im Januar 1938", während es in der endgültigen Fassung einfach heißt: "Das habe ich getan." Die Originalfassung bezieht sich also auf eine Periode vom Dezember 1937 bis zum Januar 1938, wogegen die revidierte Version das Gespräch mit Stalin und die anschließende Begegnung mit Benesch auf dem Höhepunkt der Sudetenkrise stattfinden läßt.

Nun war es eine Sache, der Tschechoslowakei Zusicherungen Ende 1937 zu machen, als das Land noch stark und geeint war, dazu auf die vorbehaltlose Unterstützung durch ihre westlichen Verbündeten rechnen konnte, und es wäre eine ganz andere Sache gewesen, hätte sich Stalin zur Hilfe für die Tschechoslowakei zu irgendeiner Zeit nach Hitlers Rede vom 20. Februar 1938 verpflichtet, als der "Führer" zum ersten Male erklärte, daß er die Interessen von zehn Millionen Deutschen verteidigen werde, die der "Wahnwitz von Versailles" außerhalb des Reiches gehalten habe. Tschechische Autoren haben sich bezeichnenderweise an die bearbeitete Fassung der Gottwald-Rede vom Dezember 1949 gehalten. So konnten sie behaupten, Stalins Treffen mit Gottwald habe im Mai 1938 stattgefunden und der sowjetische Führer sei bereit gewesen, der Tschechoslowakei auch unilateral und unter allen Umständen zu Hilfe zu kommen¹⁴. Die Quellen deuten jedoch darauf hin, daß die Episode um Stalins Zusicherung unilateraler Unterstützung entweder eine reine Erfindung darstellt oder doch unter ganz anderen Umständen im Dezember 1937 stattfand, nicht im Mai 1938.

Gottwald hatte sich mehr als sechs Monate in der Sowjetunion aufgehalten, ehe er am 10. Dezember 1937 in die Tschechoslowakei zurückkehrte¹⁵. Doch wurde er eine Woche später für nur zwei Tage wieder nach Moskau beordert¹⁶, und es ist wahrscheinlich, daß die Sache dringlich war. Aus den Quellen geht nicht hervor, warum der tschechische Kommunist so prompt in die sowjetische Hauptstadt zurückgerufen wurde, nachdem er sich dort gerade so lange aufgehalten hatte, doch sollte man sich vor Augen halten, daß Gottwald hoher Funktionär der Komintern war. Daher kann die nochmalige Reise nach Moskau aus einer Vielzahl von Gründen erfolgt sein; neben der komplizierten tschechoslowakischen Situation mag es die Krise in den sowjetischjapanischen Beziehungen oder der Bürgerkrieg in Spanien gewesen sein. Die in Prager Archiven geprüften Dokumente enthalten keinen Hinweis darauf, ob er mit Stalin gesprochen und welche Instruktionen er erhalten hat.



¹⁴ Vgl. Jaroslav Matejka, Gottwald, Prag 1971, S. 182: Im Mai 1938 "kehrte Gottwald, der abermals in Moskau gewesen war, in die Tschechoslowakei zurück. Er hatte mit Stalin lange über die tschechoslowakischen Fragen gesprochen. Er brachte eine Versicherung Stalins für Präsident Benesch mit, daß die Tschechoslowakei, falls sie unbeugsam bleibe, unter allen Umständen von den Sowjets unterstützt werde." Diese Darstellung stimmt mit den Tatsachen, wie sie sich aus den Quellen ergeben, nicht überein.

¹⁵ AZK KPTsch, 57, Archiveinheit 568.

¹⁶ AZK KPTsch, 57, Sig. 16. Gottwald war vom 17. bis 19. 12. 1937 in Moskau.

330

Es kann indes gezeigt werden, daß Gottwald, wenn er denn Stalins Botschaft für den Präsidenten bekommen hat, diese Botschaft Benesch nie übermittelte: weder im Januar 1938, wie in der ursprünglichen Fassung seiner Rede behauptet, noch später während der Krise, wie es die revidierte Version nahelegt. "Das Buch präsidialer Audienzen für 1938"17 belegt, daß Präsident Benesch im Januar 1938 sechsundsechzig tschechoslowakische und ausländische Besucher empfangen hat. Klement Gottwald war nicht unter ihnen. Nun ist das Protokollsystem auf dem Höhepunkt der Krise, im Sommer 1938, zusammengebrochen, und zu diesem Zeitpunkt hätte eine Person, die Benesch und seinem Stab gut bekannt war, durchaus vom Präsidenten empfangen werden können, ohne daß sich darüber eine Aufzeichnung im Buch der Audienzen findet. Aber das gilt sicherlich nicht für Gottwald, den aggressiven Führer einer politischen Partei, die sowohl Benesch persönlich wie den demokratischen Prinzipien der Republik offen Feindschaft bezeigte, jedenfalls bis zum Frühjahr 1938, als die KPTsch auf Grund strikter Anweisungen der Komintern ihre Haltung zu ändern hatte¹⁸. Da jedoch das Protokollsystem im Januar 1938 reibungslos funktionierte, gibt es keinen Grund für die Annahme, daß Benesch und Gottwald damals zusammengetroffen sind.

Wir haben nur für drei Begegnungen zwischen Benesch und Gottwald – in jenem schicksalhaften Jahr 1938 – Belege. Sie trafen sich, wie im Buch der Audienzen festgehalten, am 17. September. Als sie zwei Tage später, am 19. September, erneut zusammenkamen, fragte Benesch, ob ihm Gottwald Genaueres über die Haltung der Sowjetunion in der gegenwärtigen Krise mitteilen könne. Gottwald erwiderte, völlig korrekt, daß er nicht ermächtigt sei, im Namen der Sowjetunion zu sprechen, und daß Benesch seine Fragen schriftlich formulieren und dann dem Kreml vorlegen solle¹⁹. Als Benesch und Gottwald sich abermals begegneten, war es am 30. September um 14 Uhr: Die Tschechoslowakei hatte eine Stunde zuvor das Münchner Diktat angenommen, und alles war verloren. Bei dieser Gelegenheit sah Gottwald den Präsidenten zusammen mit noch sieben anderen Leuten²⁰. Nach der Aufzeichnung über das Treffen²¹ hat

AZK KPTsch, 57, Sig. 329. Die Aufzeichnung wurde von Josef David vorbereitet, da Benesch sich bei dieser Gelegenheit keine Notizen machte.



[&]quot;Das Buch der präsidialen Audienzen für 1938" ist deponiert im Büro des Präsidenten der Republik Tschechoslowakei, Die Burg, Prag.

AZK KPTsch, 19/5. Gottwald ist von der Komintern wiederholt kritisiert worden, weil er die neue Linie des Siebten Kongresses nicht akzeptiert habe. Der junge Gottwald war ein leidlich integrer Mann, dem es manchmal schwerfiel, nach den wechselnden Weisen der Komintern zu tanzen. Mit den taktischen Kompromissen, die Moskau in den dreißiger Jahren verlangte, war er nicht glücklich. Wenn nicht unter anderen Weisungen stehend, neigte er dazu, sich über Benesch und die demokratisch gewählte tschechoslowakische Regierung recht abfällig zu äußern. Eine seiner Reden schloß er mit dem Ausruf: "Es wird gelingen! Wir werden die Bourgeoisie enthaupten." Rude Pravo vom 11.3.

¹⁹ Vgl. Dokumenty, S. 233.

Zu der Gruppe, die von Benesch empfangen wurde, gehörten ferner Dr. Stransky (Nationalsozialistische Partei), Josef David (Nationalsozialistische Partei), Monsignore Sramek (Volkspartei), Josef Tykal (Nationalsozialistische Partei), Richter (Nationalsozialistische Partei), Dr. Rasin (Nationale Union) und Dr. Klima (Nationale Einheit).

Gottwald zweimal gesprochen. Jedesmal mahnte er den Präsidenten beredt, daß eine Kapitulation unannehmbar sei. Doch brachte er die Rede nicht auf Stalins angebliches Angebot, die Tschechoslowakei unilateral zu unterstützen. Tatsächlich hat er die Sowjetunion überhaupt nicht erwähnt.

Während die Aussage in der ursprünglichen Redefassung "Das tat ich im Januar 1938" mit zur Verfügung stehenden Dokumenten nicht zu vereinbaren ist, lautet die Formulierung in der bearbeiteten Version der Gottwald-Rede vom Dezember 1949 ("Das habe ich getan.") so vage, daß sie praktisch nicht verifiziert werden kann. Wenn aber Präsident und Kominternfunktionär irgendwann im Laufe des Jahres 1938 zusammengetroffen sind und Gottwald bei dieser Gelegenheit Benesch in vollem Umfang über Stalins Bereitschaft zur unilateralen Unterstützung der Tschechoslowakei unterrichtet hat, warum tappte dann der Präsident hinsichtlich der sowjetischen Intentionen im Dunkeln, als er am 19. September mit Gottwald sprach? Die einzige plausible Antwort heißt, daß Gottwald nie ein solches Angebot Stalins übermittelt hatte. Der Verdacht liegt nahe, daß Gottwald die Zusammenkunft mit Benesch erfunden hat, um den Präsidenten mit noch größerer Verantwortung für die tschechoslowakische Kapitulation vor dem Münchner Diktat zu belasten²².

Neben den Zeugnissen von Kopecky und Gottwald gibt es noch eine dritte Quelle für die Behauptung, die Sowjetunion habe bereitgestanden, der Tschechoslowakei in jeder Lage militärische Hilfe zu leisten. Zdenek Fierlinger, damals tschechoslowakischer Gesandter in Moskau²³, war ein enger Freund Beneschs: Die beiden hatten sich während des Ersten Weltkriegs kennengelernt, als Fierlinger 22 Jahre alt war. Nach dem Krieg hat Benesch – nun Außenminister – Fierlingers Karriere aktiv gefördert; er tat das, wie er sagte, "mit all seiner Kraft"²⁴. Benesch war auch Trauzeuge, als Fierlin-



Wir müssen auf die Auswertung sowjetischer Archive warten, um sicher sagen zu können, ob Gottwald mit Stalin zusammentraf und was, wenn ja, dabei gesprochen wurde.

ANM-F, Schachtel 4. Zdenko Jindrich Eugen Maria Fierlinger wurde im Juli 1891 in Olmütz geboren (auf der Geburtsurkunde, im Diplomatenpaß und auf verschiedenen anderen Urkunden werden der 11., der 12. und der 15. 7. als Geburtstag genannt). Nachdem er in den Masaryk-Legionen in Rußland und Frankreich gedient hatte, trat er in den Diplomatischen Dienst der Tschechoslowakei ein, kurz nach dessen Gründung. Er stieg rasch zum Gesandten auf und diente auf verschiedenen wichtigen Posten: Den Haag, Bukarest, Washington, Bern, Völkerbund, Wien. 1936/37 leitete er die Politische Abteilung des Außenministeriums. 1937 löste er Bohdan Pavlu als tschechoslowakischen Vertreter in Moskau ab.

AZK KPTsch, 100/24, Akte 172, Archiveinheit 1526. Am 13. 12. 1943 sagte Benesch zu Gottwald und anderen hohen Funktionären der KPTsch in Moskau, daß Fierlinger "vsemozne ho forsiroval", d. h. mit aller Kraft unterstütze. Das traf auch durchaus zu, trotz der Anzeichen dafür, daß Fierlingers prosowjetische Einstellung allgemein bekannt geworden war und sich gegen Beneschs Interessen auswirkte. Z. B. hatte General Sikorski schon 1942 Benesch, und zwar mit einem ausdrücklichen Hinweis auf Fierlinger, daran erinnert, daß "Freundschaft mit Rußland" nicht bedeuten müsse, "Moskaus Befehlen zu folgen". Sikorski sagte, seiner Meinung nach sei "Fierlinger den Sowjets völlig hörig" (AZK KPTsch, 100/24, Akte 175, Archiveinheit 1566). Der tschechoslowakische General Sergej Ingr, einer der hauptsächlichen militärischen Mitarbeiter Beneschs, beklagte sich in London darüber, daß "Fierlinger in erster Linie mit dem Blick auf Moskau und die Komintern handelt. Er schenkt ihrer Auffassung mehr Aufmerksamkeit als dem Standpunkt unserer Regierung" (Aufzeich-

ger 1931 Olga Therezie Favre heiratete²⁵. Die beiden Familien, die nicht weit voneinander entfernte Sommersitze in Sezimovo Usti gekauft hatten, trafen sich häufig.

Was unilaterale sowjetische Unterstützung der Tschechoslowakei betrifft, so berichtete Fierlinger aus Moskau, daß die Führer im Kreml Beneschs Entscheidung, vor dem Münchner Diktat zu kapitulieren, mit Kritik aufgenommen hätten. Sie seien "der Meinung, daß unser Wille zur Verteidigung [der Tschechoslowakei] Frankreich dazu gezwungen hätte, sich uns schließlich doch anzuschließen. Sie selbst behaupten, willens gewesen zu sein, uns in jedem Falle zu Hilfe zu kommen."²⁶ Das ist natürlich ein wichtiges Zeugnis. Man muß einen Blick auf die Abfolge der Ereignisse in den kritischen Tagen werfen, um den Wert der Mitteilung Fierlingers im Zusammenhang der Entwicklung der Krise abschätzen zu können²⁷. Das im folgenden präsentierte Material weist darauf hin, daß die sowjetische Zusicherung Benesch nicht früh genug erreichte, um ein Faktor in seinen Überlegungen und Entscheidungen zu sein²⁸.

Fierlinger an Krofta am 28.9. 1938, in: AMAA, 930/38. Viele Historiker haben sich an der Debatte über eine sowietische Luftunterstützung für die Tschechoslowakei beteiligt. Einige glauben sogar, Stalin habe tatsächlich Flugzeuge an die Tschechen geliefert. So behauptet Marcia Lynn Toepfer, während der Sudetenkrise von 1938 seien 300 sowjetische Flugzeuge in die Tschechoslowakei gestogen worden: The Soviet Role in the Munich Crisis, in: Diplomatic History 3 (1979), S.341-357, hier S.357. Sowjetische Historiker gehen nicht so weit: Ivan Pop sagt, Stalin habe während der Krise 730 Flugzeuge in Alarmbereitschaft versetzt. Sie haben nie den Boden verlassen; Die europäische Krise 1938 und das Problem des Hilfsangebots der UdSSR für die Tschechoslowakei, in: Peter Glotz/Karl H. Pollok/Karl von Schwarzenberg u. a. (Hrsg.), München 1938. Das Ende des alten Europa, Essen 1990, S. 429-444, hier S. 438 f. Ein tschechischer Spezialist weist darauf hin, daß es, selbst wenn Stalin gewollt hätte, unmöglich gewesen wäre, die Tschechoslowakei mit Flugzeugen zu beliefern. Erstens hätte es für die modernen sowjetischen Flugzeuge keine geeigneten Flugplätze gegeben, da die vorhandenen Start- und Landebahnen nur für die veralteten tschechischen Maschinen getaugt hätten. Zweitens hätten die sowjetischen Flugzeuge einen Treibstoff mit hoher Oktanzahl gebraucht, wogegen die tschechischen mit "Biboli" geflogen seien, einem Gemisch aus Alkohol und Benzin. Drittens hätten die sowjetischen Luftstreitkräfte eine andere Munition (7,62 mm) verwendet als die tschechischen (7,92 mm). Viertens seien die sowjetischen Flugzeuge mit anderen Bomben und mit anderen Nachrichtengeräten ausgerüstet gewesen. Infolgedessen hätte jeder Versuch, die tschechischen Luftstreitkräfte zu verstärken, erst einmal, neben der Überführung von Flugzeugen, massive



nung Prokop Maxa, 10.9. 1942, in: ANM-F, Schachtel 5). Benesch ließ sich davon nicht dazu bewegen, Fierlinger kaltzustellen.

²⁵ ANM-F, Schachtel 1. Technisch gesehen war Benesch Fierlingers "Zeuge". Fierlingers Frau, eine französische Staatsbürgerin, wurde am 30.12. 1898 geboren.

²⁶ AMAA, Fierlinger an Krofta, 1037/38; abgesandt am 2.10. um 23.35 Uhr, eingegangen in Prag am 3.10. um 2 Uhr.

MHA-B, Schachtel 1. Dieses Archiv ist nicht recht geordnet. So gibt es mindestens zwei Schachteln, die als "1" und "3" markiert sind. Wenn nicht anders angezeigt, folgt diese Zeittafel vor allem den Notizen von Dr. Hubert Masařik, die am 30. 9. 1938 in München um etwa 4 Uhr entstanden. Eine weitere Quelle für die Zeittafel ist in Schachtel 266. Sie enthält ein Manuskript Masařiks, "Hrstka dojmu z konference mnichovske" (Einige Eindrücke von der Münchner Konferenz), das am 29. 9. 1943 von Radio Böhmen-Mähren gesendet wurde, und den Text von Dr. Vojtech Mastnys "Vzpominka na Mnichov" (Eine Erinnerung an München), vom gleichen Sender am 26. 9. 1943 gebracht. Weitere Informationen hierzu bei Robert G. D. Laffan, The Crisis over Czechoslovakia. January to September 1938, London, New York, Toronto 1951.

Benesch, Stalin und die Komintern

28. September 1938

16.10 Uhr: Prag erhält Fierlingers Telegramm aus Moskau, daß des Präsidenten "Bitte um sofortige Luftunterstützung übermittelt worden" sei. Der Gesandte hoffe, daß die Bitte positiv behandelt werde. – Eine sowjetische Antwort ist nie erfolgt.

29. September 1938

15.00 Uhr: Hubert Masařik²⁹ und Vojtech Mastny³⁰, die tschechischen Vertreter bei der Vier-Mächte-Konferenz, fliegen nach München. Sie treffen dort um 16.20 Uhr ein. Gestapobeamte fahren sie zum Hotel Regina³¹. Die Konferenz war im sog. Führerbau im Gange. 19.25 Uhr: In Prag treffen Präsident Benesch, Ministerpräsident General Jan Syrovy³², 18 Minister und 11 Vertreter verschiedener politischer Parteien auf der Burg zusammen. Der Abgeordnete Rudolf Beran von der Agrarpartei fragt General Jan Syrovy, ob die tschechoslowakische Armee eine "Vereinbarung mit der russischen Armee" habe, wenn ja, mit "welchen Kräften und wann diese eingreifen werde"³³. Syrovy antwortete, daß es "keine konkrete Vereinbarung mit Rußland" gebe, daß "wir nur über ihre [der Sowjets] möglichst rasche Luftunterstützung gesprochen haben. Die Infanterie werde viel Zeit brauchen; deshalb haben wir immer auf eine

Vorbereitungen für die Versorgung zumindest mit Treibstoff und Munition erfordert (persönliche Mitteilung von Dr. Lubor Vaclavu, Militärhistorisches Institut, Prag, 6. 10. 1992). Schließlich ist zu beachten, daß alle Berichte über in die Tschechoslowakei fliegende sowjetische Flugzeuge aus polnischen, rumänischen, ungarischen oder italienischen Quellen stammten. Ansonsten hat niemand, nicht einmal Gottwald, je behauptet, sowjetische Flugzeuge in der Tschechoslowakei gesehen zu haben.

Dr. Hubert Masařik, ein Beamter des tschechoslowakischen Außenministeriums, fungierte als Außenminister Kamil Kroftas Kabinettschef. Er blieb auch in dieser Stellung, nachdem Krofta von Frantisek Chvalkovsky, bis dahin tschechoslowakischer Gesandter in Rom, abgelöst worden war. Masařik gehörte zu einer Gruppe tschechoslowakischer Politiker und Militärs, die noch am 3.10. 1938 mit dem Gedanken spielten, in Prag eine Militärregierung zu etablieren – statt die "Lösung" von München hinzunehmen.

³⁰ ANM-M. Dr. Mastny, geb. 1874, war einer der bekannteren tschechoslowakischen Diplomaten der Zwischenkriegszeit. Als Gesandter seines Landes diente er in London (1920–1925), Rom (1925–1932) und Berlin (1932–1939). Auf dem Höhepunkt der Krise von 1938 gab es Gerüchte auf der Prager Burg, Mastny sei zu prodeutsch geworden, und Außenminister Krofta teilte Mastny im Mai 1938 mit, er solle allmählich über seine Pensionierung nachdenken (ANM-S, 12.5. 1938). Doch hat Mastny während des Krieges Würde und Mut gezeigt, als er sich weigerte, eine Rolle in deutschen Propagandamanövern zu spielen. Nach dem Krieg wurde er verhaftet, aber bald wieder freigelassen. Bald darauf starb er.

³¹ Diese Episode ist anderswo geschildert, so in Telford Taylor, Munich. The Price of Peace, London u.a. 1979, S. 46-54.

³² General Jan Syrovy, geb. 1888, war damals einer der prominentesten Offiziere der tschechoslowakischen Armee. Er hatte in der Masaryk-Legion in Rußland gedient und folglich verlief seine Karriere in der Armee ziemlich mühelos. Er war ein ehrlicher Mann, aber als militärischer Führer nicht mitreißend. Er galt als "politischer General". 1938 war er Generalinspekteur der Armee und wurde auf dem Höhepunkt der Krise, am 12.9., Ministerpräsident.

³³ In: SZA. Beran war Generalsekretär der Republikanischen Partei (Agrarpartei) und von November 1938 bis März 1939 Ministerpräsident.



schnelle Intervention Frankreichs und Englands gerechnet."³⁴ Das Treffen endet um 21.45 Uhr. 22 Uhr: In München treffen Masařik und Mastny mit Frank Ashton-Gwatkin vom britischen Foreign Office zusammen, der ihnen die Hauptpunkte des Münchner Abkommens auseinandersetzt. Von den Tschechen unterbrochen, erklärt Ashton-Gwatkin mit theatralisch gesteigerter Stimme: "Solltet ihr diesen Plan zurückweisen, müßt ihr euch mit Deutschland ganz allein auseinandersetzen. Die Franzosen werden euch das eleganter sagen, aber glaubt mir, sie befinden sich in vollständiger Übereinstimmung mit uns. Sie werden desinteressiert sein."

Fierlinger berichtete aus Moskau, daß "die sowjetische Regierung zögerte und zögert, in den Konflikt ohne die Westmächte einzugreifen. Wir haben dies ja auch nie verlangt."³⁵

30. September 1938

1.30 Uhr: Mastny und Masařik treffen endlich mit Neville Chamberlain und Edouard Daladier zusammen. Der britische Premierminister sieht müde aus nach neun Stunden Verhandeln mit Hitler. Er gibt Mastny ein Exemplar des Abkommens und bittet ihn, den Text vorzulesen. Während Mastny vorliest, gähnt Chamberlain ungeniert.

5 Uhr: Die deutsche Gesandtschaft in Prag meldet sich beim tschechoslowakischen Außenministerium und bittet für 6 Uhr um einen Termin für den Geschäftsträger, Andor Henke, bei Außenminister Dr. Kamil Krofta³⁶.

6.15 Uhr: Henke erscheint bei Krofta und überreicht ihm den Text des Münchner Abkommens; die dazugehörige Landkarte soll von der britischen Gesandtschaft in Prag nachgeliefert werden. Benesch lädt die Führer der wichtigsten politischen Parteien³⁷ – Gottwald ist nicht darunter – für 9.30 Uhr auf die Burg ein³⁸.

9.30 Uhr: Kurz vor diesem Treffen ruft Benesch den sowjetischen Gesandten in Prag, Sergej S. Aleksandrovskij, von der Burg aus an³⁹ und bittet ihn, so schnell wie möglich herauszufinden, wie die neue Lage in Moskau beurteilt wird. Soll die Tschechoslowakei kämpfen oder kapitulieren? Wie ist die sowjetische Auffassung? Zunächst kabelt Aleksandrovskij diese Fragen nicht nach Moskau und charakterisiert diese Episode später als Beneschs "qualvollen Schrei"⁴⁰.

9.45 Uhr: Die tschechoslowakische Regierung tritt im Palais Kolowrat zusammen. Syrovy eröffnet die Sitzung mit der Feststellung, die vier Mächte hätten der



³⁴ Protokolle der 18. tschechosiowakischen Regierung, 23. 9.-4. 10. 1938, in: SZA, PMR, 4142.

³⁵ Fierlinger an Krofta am 29.9. 1938, in: AMAA.

³⁶ Protokolle der 18. tschechoslowakischen Regierung, in: SZA, PMR, 4142.

³⁷ Milan Hodza, Rudolf Beran, Josef Cerny (Republikanische Partei), Frantisek Jezek (Nationale Einheit), Antonin Hampl, Rudolf Bechyne, Ivan Derer (Sozialdemokraten), Jan Sramek (Volkspartei), Emil Franke (Nationalsozialist), Rudolf Mlcoch (Gewerbepartei), Frantisek Hodac (Nationale Einheit).

³⁸ Vgl. Dokumenty, S. 322 f.

³⁹ Der Zeitpunkt in Aleksandrovskijs Memorandum vom 1. 10. 1938 an das Volkskommissariat in Moskau (Dokumenty, S. 328) und in seinem Memorandum "Myunkhen: Sviditel'stvo ochevidtsa" vom 20. 10. 1938, in: Mezhdunarodnaya zhizn 11 (1988), S. 128–142.

⁴⁰ Myunkhen, S. 142.

Tschechoslowakei die Wahl gelassen, ermordet zu werden oder Selbstmord zu begehen⁴¹.

10 Uhr: Die tschechoslowakische Gesandtschaft in Moskau gibt telefonisch Fierlingers Botschaft für Außenminister Krofta durch: "Laßt sie uns nicht kriegen und haltet Kurs!"⁴²

10.30 Uhr: Aleksandrovskij, der eine Stunde lang offenbar gar nichts getan hat, fährt in seinem schwarzen Packard zur Burg, um herauszufinden, was vor sich geht. Er gelangt nicht zu Benesch, erhält aber einige Informationen von dessen Stab, in erster Linie vom Protokollchef und Beneschs hauptsächlichen Sekretär, dem Gesandten Jaromir Smutny.

11.30 Uhr: Die Sitzung der tschechoslowakischen Regierung endet, und die Teilnehmer fahren zur Burg, um mit Präsident Benesch zusammenzutreffen.

11.45 Uhr: Präsident Benesch, Ministerpräsident Syrovy, 17 Minister (alle außer Petr Zenkl) und General Ludvik Krejci kommen auf der Burg zusammen. Benesch stellt zu Beginn fest, er "könne nicht umhin, die Annahme" des Münchner Abkommens zu empfehlen⁴³.

11.45 Uhr: Die sowjetische Gesandtschaft in Prag telegrafiert nach Moskau die entscheidend wichtigen Fragen, die Benesch um 9.30 Uhr Aleksandrovskij gestellt hat; der sowjetische Gesandte ist zu diesem Zeitpunkt noch immer auf der Burg⁴⁴.

12.00 Uhr: Die Zusammenkunft der Regierung mit Benesch endet und Aleksandrovskij erfährt von Smutny, daß Moskau die gestellten Fragen nicht mehr zu beantworten brauche.

12.20 Uhr: Die tschechoslowakische Gesandtschaft in Moskau teilt telefonisch mit, daß sie "nichts Neues zu berichten" habe⁴⁵.

12.30 Uhr: Außenminister Krofta teilt dem britischen Gesandten in Prag, Basil Newton, und dem französischen Gesandten, Victor de Lacroix, offiziell mit, daß die Tschechoslowakei das Münchner Diktat annehme.

13.40 Uhr: Die sowjetische Gesandtschaft in Prag schickt ihr zweites Telegramm dieses Tages nach Moskau, in dem sie den Kreml davon unterrichtet, daß die Tschechoslowakei das Münchner Abkommen angenommen habe und daß eine sowjetische Antwort nicht länger erwartet werde⁴⁶.

17 Uhr: Moskau erhält das erste Telegramm mit der dringlichen Frage, die Benesch um 9.30 Uhr gestellt hatte, von der sowjetischen Gesandtschaft in Prag um 11.45 Uhr abgesandt. Die Verzögerung in der Übermittlung ist nie erklärt worden.



⁴¹ Protokolle der 18. tschechoslowakischen Regierung, in: SZA, PMR, 4142.

⁴² AMAA, Geheimakten 138.589/1938.

⁴³ Protokolle der 18. tschechoslowakischen Regierung, in: SZA, PMR, 4142.

⁴⁴ Dokumenty, S. 328.

⁴⁵ AMAA, Geheimakten 138.589/1938.

⁴⁶ Ebenda.

Igor Lukes

336

17.45 Uhr: In Moskau geht das zweite Telegramm der sowjetischen Prager Gesandtschaft ein⁴⁷.

18.00 Uhr: In Moskau wird das erste Telegramm dechiffriert⁴⁸.

1. Oktober 1938

Technikern des tschechoslowakischen Außenministeriums gelingt es während des ganzen Tages nicht, die temporäre Funksprechverbindung zwischen Prag und Moskau wiederherzustellen. Tatsächlich ist an diesem Tag kein Kontakt mit Moskau möglich, "da Moskau nichts in offener Sprache übermittelte". Das alles ist seltsam, da die Verbindung auf Wunsch der sowjetischen Gesandtschaft in Prag eingerichtet worden war.

14.00 Uhr: Deutsche Truppen rücken in die erste Zone des nach dem Münchner Abkommen an das Dritte Reich abgetretenen Teils der Tschechoslowakei ein. Die deutschen Rundfunksender bringen während des Tages eine Botschaft, in der davon die Rede ist, daß es Benesch und Syrovy nicht gelungen sei, die ganze Welt in einen Krieg zu stürzen; die Tschechoslowakei wird als "Militärdiktatur mit jüdisch-bolschewistischem Hintergrund" charakterisiert⁴⁹.

2. Oktober 1938

Deutsche Truppen rücken weiterhin in die Sudetengebiete ein. – In Beneschs Umgebung wird erstmals erörtert, ob der Präsident nicht zurücktreten soll. Smutny hält fest, daß Benesch zunächst geneigt war, sofort zurückzutreten. "Wie stets", so schreibt er, "siegte jedoch seine Tendenz abzuwägen über seinen Wunsch zu handeln"⁵⁰. (Benesch trat dann am 5. Oktober 1938 zurück.)

3. Oktober 1938

2.00 Uhr: Das Prager Außenministerium erhält und dechiffriert das Telegramm Fierlingers mit der Nachricht, daß man in Moskau die tschechoslowakische Kapitulation kritisch aufgenommen habe und daß die Sowjetunion bereit gewesen sei, Prag auch unilateral zu unterstützen. Die Nachricht kam genau 61 ½ Stunden nach der Annahme des Münchner Diktats durch die tschechoslowakische Regierung.

Aus diesem Ablauf der Dinge zwischen dem 28. September und dem 3. Oktober 1938 ergibt sich, daß Benesch von der angeblichen sowjetischen Bereitschaft zur unilateralen militärischen Unterstützung der Tschechoslowakei zweieinhalb Tage nach seiner Akzeptierung des Münchner Abkommens erfahren hat, mindestens 36 Stunden nach dem Abzug der tschechoslowakischen Armee aus den befestigten und gut zu verteidigenden Grenzgebieten. Unter diesen Umständen hat die Antwort des Kreml auf Beneschs Anfrage keine Rolle in dem Entscheidungsprozeß spielen können, der in Prag bis zum Mittag des 30. September 1938 stattgefunden hatte.



⁴⁷ Dokumenty, S. 325.

⁴⁸ AMAA, Geheimakten 138.589/1938.

⁴⁹ MHA-B, Schachtel 13, der O-Dienst (odposlechova sluzba, d. h. Abhördienst).

⁵⁰ ANM-S, Schachtel 38.

Rudolf Beran gehörte zu den prominentesten Persönlichkeiten der tschechoslowakischen Politik vor dem Zweiten Weltkrieg⁵¹. Trotz seiner Herkunft aus einfachen Verhältnissen nahm er in der Agrarpartei einen stetigen Aufstieg und wurde im November 1935 ihr Generalsekretär. Nachdem die Tschechoslowakei das Münchner Abkommen angenommen hatte, amtierte Beran von November 1938 bis März 1939 als Ministerpräsident. Im Mai 1941 von den Deutschen verhaftet, verbrachte er Jahre in verschiedenen Konzentrationslagern. Während er in Prag in Gewahrsam der Gestapo war, mußte Beran einige schriftliche Fragen beantworten, die ihm Karl Hermann Frank vorlegte, Hitlers "Staatsminister" im Protektorat Böhmen und Mähren. Obwohl der tschechische Parteiführer sich den Ruf erworben hatte, in politischen Dingen gerissen und engstirnig zu sein⁵², war seine Aussage für Frank ausgewogen und sogar – für ein in Gestapohaft geschriebenes Dokument – mutig⁵³. Sie bietet uns jedoch einen guten Einblick in das Funktionieren der tschechoslowakischen Regierung während der Krise des Jahres 1938 und in ihre Beziehungen zur Sowjetunion.

Beran erklärte Frank, daß sich die tschechoslowakische politische Elite bis zur Mitte der dreißiger Jahre recht sicher gefühlt habe. Dann aber, just als Benesch erkannt habe, daß eine Verständigung mit dem Dritten Reich unmöglich sei, habe das französische Interesse an Mitteleuropa dramatisch abgenommen. Die Republikaner hätten den Präsidenten gedrängt, die Beziehungen zu Polen enger zu gestalten, doch sei das von Benesch abgelehnt worden. Er habe gewarnt, militärische und selbst nur politische Bindungen an Polen könnten sich für die Tschechoslowakei als gefährlich erweisen. Der Präsident habe betont, er sei sicher, daß es beim nächsten Krieg in Europa auch um den Polnischen Korridor gehen werde⁵⁴. Die internationale Lage, wie sie – nach Berans Memorandum für Frank – Mitte der dreißiger Jahre in Prager Augen aussah, bot also wenig Beruhigendes für die Mannschaft um Präsident Benesch: Frankreich war weit entfernt und wurde als Bundesgenosse immer unsicherer, Deutschland war feindlich, und die beiden unmit-



⁵¹ SZA, Ministerium für Nationale Verteidigung, 109-4-227. Beran wurde am 28.12. 1887 in Pracovice geboren.

⁵² Vojtech Mastny, The Czechs Under Nazi Rule. The Failure of National Resistance, 1939–1942, New York 1971, S.21.

Zum Beispiel verlangte K. H. Frank von Beran Informationen zum Schaden der Reputation des exilierten Präsidenten Benesch. Obwohl aber Beran lange Jahre ein politischer Gegner Beneschs gewesen war, weigerte er sich nun tapfer—die Köpfe von Tschechen in Gestapohaft saßen nicht sehr fest –, ein Werkzeug der deutschen Propaganda zu werden. Er überlebte den Krieg, wurde prompt zum zweiten Mal verhaftet, jetzt wegen angeblicher Kollaboration mit den Deutschen. Ironischerweise mußte er abermals in seiner Zelle schriftliche Fragen beantworten, jetzt von Vaclav Kopecky gestellt. Berans Antwort an Kopecky ist praktisch mit seiner früheren Antwort an Frank identisch; vgl. AZK KPTsch, 100/45, Akte 10, Archiveinheit 183. Am 21.4. 1947 wurde Beran zu 20 Jahren Haft venurteilt. Diese zweite Inhaftierung hat er nicht überlebt.

Nach der Münchner Krise faßte Benesch eine Abneigung gegen Polen überhaupt, nicht nur gegen das Regime des Obersten Beck. Am 31. 1. 1939 sagte er in London zu Dr. Jaroslav Drabek, daß er nicht an die Möglichkeit glaube, mit den Polen zu einer Verständigung zu kommen: "Alle werden sie uns verraten. Es ist ein Naturgesetz." Er sagte ferner, Nachkriegspolen solle auf etwa 20 Millionen Bewohner beschränkt werden. Ich bin Dr. Stanislav Kokoska dankbar für eine Kopie dieses Dokuments.

telbaren Nachbarn der Tschechoslowakei, Polen und Ungarn, schienen ebenso unberechenbar wie unversöhnlich zu sein. Benesch wurde klar, daß andere Wege zur Stärkung der Sicherheit des Landes gefunden werden mußten. Um einen neuen Verbündeten zu gewinnen, hatte sich der Präsident jedoch nach Osten zu wenden.

Beran schrieb Frank, hinsichtlich der Sowjetunion und ihren Beziehungen zur Tschechoslowakei habe niemand in den politischen Kreisen Prags das ganze Bild erkannt. Das sei zum Teil darauf zurückzuführen, daß "Ihre [der Sowjetunion] Politik unendlich geheimnisvoll" gewesen sei, und zum anderen Teil darauf, daß sich Benesch alle Verbindungen nach Moskau persönlich vorbehalten habe. Selbst so wichtige Kollegen wie Beran hätten nur das gewußt, was in der Presse zu lesen gewesen sei. Im Hinblick auf sowjetische Angelegenheiten sei der Präsident, so hob Beran hervor, "außerordentlich diskret" gewesen.

Es ist allgemein bekannt, daß die in Prag stationierten französischen und britischen Diplomaten während der Krise von 1938 gegenüber tschechoslowakischen Politikern ein verletzendes Verhalten an den Tag legten und dem Präsidenten und seinen Kollegen Pein bereiteten. "Die Sowjets", so erinnerte sich Beran, "verhielten sich anders. Ihre Haltung [gegenüber Prag] war vorsichtig. Sie war darauf angelegt, daß möglichst niemand von ihnen sagen konnte, sie hätten uns nicht zu Hilfe kommen können oder wollen." Dieses Bemühen machte auf Präsident Benesch einen positiven und dauerhaften Eindruck.

Von großem Wert – und überraschend – ist das, was Beran über Beneschs Einschätzung der Möglichkeit sowjetischer Unterstützung zu sagen hatte. Beran bezeugte, daß es etwa bis zum 29. September 1938 ungewiß gewesen sei, ob der Krieg ausbrechen werde oder nicht.

"Ich glaube, daß es Krieg gegeben hätte, wenn die Sowjets bis dahin ihre Hilfe zugesagt hätten. Ich bin überzeugt, daß in diesem Falle Dr. Benesch sich mit Zustimmung der sozialistischen Parteien und auch gegen den Willen einiger [anderer politischer] Parteien für den Krieg entschieden hätte. Als ich ihn nach dem Ergebnis seiner Verhandlungen mit den Sowjets direkt fragte, sagte mir Dr. Benesch, sie hätten, falls wir Krieg führten, zugesagt, eine gewisse Unterstützung zu geben, in erster Linie mit der Luftwaffe. Er fügte hinzu, daß er noch immer mit ihnen verhandle. Auf dieser Grundlage gewannen ich und meine Freunde den Eindruck, daß die Sowjets nicht in den Krieg zu gehen gedachten, sondern im Falle eines Krieges der Tschechoslowakei gerne in der gleichen Weise zu Hilfe kommen wollten, die sie in Spanien während des Bürgerkriegs praktiziert hatten."55

In der Realität hat es überhaupt keine sowjetische Unterstützung gegeben. Als Beran und andere General Husarek während der entscheidenden Konferenz vom 30. September 1938 aufforderten, ihnen zu sagen, ob die Tschechoslowakei kämpfen solle, antwortete der General im Namen der Armee: "Wir sind Soldaten, und es ist unsere



⁵⁵ Protokolle der 18. tschechoslowakischen Regierung, in: SZA, PMR, 4142.

Pflicht, für unser Land zu sterben, wann und wo immer notwendig. Unser Leben, meine Herren, ist zu Ihrer Verfügung."⁵⁶ Danach umriß er die militärischen Konsequenzen des französischen Verrats, des britischen Draußenstehens, des polnischen und des ungarischen Ultimatums an die Tschechoslowakei und der Unwirksamkeit der Kleinen Entente. Und was ist, so fragte Beran, mit der Sowjetunion? "Die Sowjets werden nicht kämpfen", antwortete Husarek, "sie werden für uns nicht Krieg führen."⁵⁷ Seine Erklärung wurde mit vollem Ernst aufgenommen. Husarek, einer der wenigen tschechoslowakischen Generale mit guten Beziehungen in Moskau, war Ende Juni 1938 von Stalin und Molotow empfangen worden⁵⁸. Er wußte, wovon er sprach.

Wie bot sich nun die Frage, ob Moskau zur unilateralen Unterstützung der Tschechoslowakei bereit gewesen wäre, aus der Perspektive des sowjetischen Gesandten in Prag, Sergej Aleksandrovskij, dar, der zu den Stars der sowjetischen Vorkriegsdiplomatie gehörte⁵⁹. Sein Leben schlängelte sich durch das schwierige Gelände russischer und sowjetischer Politik im 20. Jahrhundert, doch hat Aleksandrovskij die sowjetischen Interessen in der Tschechoslowakei stets mit Geschick vertreten. Sein Vorgänger in Prag, Aleksandr Jakowlewitsch Arosev, war – mit einigen anderen Angehörigen der sowjetischen diplomatischen Vertretung in Prag – während der stalinistischen Säuberungen der dreißiger Jahre verschwunden⁶⁰, doch Aleksandrovskij überlebte. Nachdem die Tschechoslowakei im März 1939 aufgehört hatte zu existieren, kehrte er in die Sowjetunion zurück, wo er den diplomatischen Dienst verlassen mußte und mehr als zwei



General Husarek, stellvertretender Generalstabschef der tschechoslowakischen Armee, fungierte in der kritischen Periode 1935–1938 als Direktor des Befestigungsprojekts. Im Oktober 1938 vertrat er die Tschechoslowakei in der in München vereinbarten Internationalen Grenzkommission.

⁵⁷ SZA, Ministerium für Nationale Verteidigung, 109-4-227.

⁵⁸ ANM-F, Schachtel 23, Fierlinger an Benesch und Krofta, 586/geheim/38, 29.6. 1938. Husarek wurde am 28.6. 1938 von Stalin und Molotow empfangen. Die Unterhaltung dauerte drei Stunden.

⁵⁹ Über Aleksandrovskij ist in den Prager Archiven viel Material zu finden. Z. B. AMAA, Geheimakten, II/2, und SZA, Innenministerium 1936–40, X/R/24/2. Er wurde 1889 in Kurysi (auch Kyrusi und Girushi geschrieben) in Rußland geboren. In tschechischen Quellen wird behauptet, er habe während des Ersten Weltkriegs im Auftrag des deutschen militärischen Nachrichtendienstes und für die Sache Lenins unter russischen Kriegsgefangenen in Deutschland gearbeitet. Als sowjetischer Diplomat in Deutschland soll er für die von Joffe geführte sowjetische Delegation tätig gewesen sein. Er diente dann in Prag (1923/24), im Außenkommissariat in Moskau (1924/25), in Kaunas und Helsinki (1925–1928), in Charkow im ukrainischen Auswärtigen Dienst (1928–1931), in Deutschland (1931–1933) und in Prag (1933–1939).

AMAA, Geheimakten, Fierlinger nach Prag, 7.3. 1938. Arosev ging zusammen mit seiner Frau zugrunde, Gertruda Aroseva-Freundova, einer tschechoslowakischen Staatsbürgerin, die er im April 1932 in Prag geheiratet hatte. Freundova war Funktionärin im Prager Zweig von KOSTUFRA, d. h. von der Kommunistischen Studentenfraktion, gewesen. Vgl. AMAA, Zweite Sektion, Schachtel 562a. Zu den Opfern der stalinistischen Säuberung gehörte auch der sowjetische Militärattaché Oberst Leo Schnittmann (auch Shnitman), geb. 1890 in Minsk. Er hatte als stellvertretender Militärattaché in Deutschland gedient (1926–1929), in Finnland (1929–1930) und wieder in Deutschland (1932–1935). 1938 wurde er von Prag nach Moskau berufen, von wo er niemals zurückkehrte. Der stellvertretende Militärattaché Oberst Vladimir Vetvitskii (auch Vietvicki), verschwand ebenfalls (MHA-MBP, 1937, Geheim, 348).

Jahre lang keine Arbeit finden konnte. Nach dem Beginn des deutsch-sowjetischen Krieges wurde er, inzwischen 52 Jahre alt geworden, zu einer Landwehreinheit eingezogen. Während der Kämpfe um Moskau geriet er in Gefangenschaft, doch gelang ihm bald die Flucht, und er schloß sich einer in jenem Raum operierenden Partisanengruppe an. Als die Rote Armee die Region zurückeroberte, wurde der ehemalige sowjetische Diplomat von der gefürchteten militärischen Spionageabwehr (SMERSCH) verhaftet. Im Herbst 1945 stand Sergej Aleksandrovskij, der einst Stalins außenpolitische Direktiven mit Charme und Geist ausgeführt hatte, vor Gericht; wegen Hochverrats zum Tode verurteilt, wurde er prompt exekutiert⁶¹.

Aleksandrovskij hatte in Prag als sowjetischer Spitzendiplomat 1923/24 und 1933 bis 1939 gedient. Im Kreml waren nur wenige über die sowjetische Politik gegenüber der Tschechoslowakei so gut unterrichtet wie dieser sowjetische Gesandte. Daher sind seine Erinnerungen an die tschechoslowakische Krise von erheblicher Bedeutung⁶². Am 20. Oktober 1938 schrieb er einen Bericht über seine Begegnungen mit Benesch, wobei er sich auf die Treffen im September 1938 konzentrierte⁶³.

Bei der Zusammenkunft am 21. September fand der sowjetische Diplomat Benesch in guter Stimmung. Der Präsident war überzeugt davon, daß die Franzosen und die Briten ihm zur Seite stehen werden und daß die Sowjetunion "sich einen Weg durch Polen oder Rumänien erkämpfen" werde, um der Tschechoslowakei bei ihrem Krieg gegen das Dritte Reich zu Hilfe zu kommen. Aleksandrovskij hörte mit höflichem Interesse zu, sagte aber so wenig wie möglich. Als sie sich erneut trafen, am 23. September, zeigte sich Benesch noch optimistischer. Die Tschechoslowakei sei im Begriff, die allgemeine Mobilmachung zu verkünden, und ihm persönlich, so sagte der Präsident, sei es gelungen, "eine weltweite Koalition gegen den Ansturm des Faschismus zu bilden". Beneschs Sekretär, Prokop Drtina, erinnert sich, daß Aleksandrovskij bei dieser Gelegenheit besonders lange beim Präsidenten war. Minuten nachdem der sowjetische Diplomat gegangen war, gab Drtina Präsident Benesch einen Umschlag mit einer Mitteilung der britischen Gesandtschaft in Prag: die Tschechoslowakei solle mobil machen⁶⁴! Zwei Tage später erinnerte die Burg Aleksandrovskij an ein Heerlager. Präsident Benesch sah stolz und keck aus. Mit einer Gasmaske auf dem Schreibtisch und mit entschlossen dreinblickenden Militärs geschäftig hin und her eilend, wirkten die präsidialen Gemächer eher wie ein militärisches Hauptquartier als wie die Amtsräume eines demokratisch gewählten Präsidenten. Benesch äußerte sich mit Vertrauen über seinen französischen Bundesgenossen. Und wie steht es mit der Roten Armee? Diesmal hatte Benesch viele "praktische Fragen" für den sowjetischen Gesandten: Wieviel tausende

⁶⁴ Prokop Drtina, Ceskoslovensko muj osud (Tschechoslowakei, mein Schicksal), Bd. 1, Toronto 1982, S. 144-147.



⁶¹ Das Folgende stützt sich auf das Zeugnis des Sohnes von Aleksandrovskij, in: Historicke studie 25 (Juni 1989), S. 72. Die Zeitschrift wurde, als Samizdat-Schrift, in Prag gemacht.

⁶² Vgl. Myunkhen.

⁶³ Aleksandrovskij traf mit Benesch auch am 3. 9. 1938 zusammen; vgl. Buch der präsidialen Audienzen, in: PA

sowjetische Fallschirmjäger würden in die Tschechoslowakei geworfen? Mit welcher Ausrüstung? Welche technische Unterstützung würden sie haben, wenn sie mit dem Feind aneinandergerieten? Und wie sah Aleksandrovskijs Reaktion aus? "Ich muß bekennen, ein schweres Herz zu haben, da ich Benesch nichts sagen konnte, vor allem nichts zu seinen "praktischen" Fragen."

Am 26. September kam der sowjetische Gesandte abermals mit dem Präsidenten zusammen. Hitler hatte gerade eine wilde Rede im Berliner Sportpalast gehalten. Benesch machte auf den skeptischen Aleksandrovskij einen geradezu glücklichen Eindruck; es sei ein Irrtum, so sagte er, wenn Hitler glaube, die Krise könne auf eine Konfrontation zwischen dem deutschen "Führer" und dem tschechoslowakischen Präsidenten reduziert werden. In Wirklichkeit stehe Hitler allein gegen eine gewaltige Koalition aus Frankreich, Großbritannien, der Sowjetunion und der Tschechoslowakei – mit den Vereinigten Staaten willens und bereit, die Koalition moralisch und materiell zu unterstützen⁶⁵. Benesch verstieg sich zu der Prophezeiung, Hitler werde sich zum Rücktritt gezwungen sehen.

Am folgenden Tag hielt der Präsident den Krieg nicht mehr für vermeidbar. Er gab vor, gelassen zu sein, aber Aleksandrovskij begriff, daß Benesch für jeden Augenblick den deutschen Angriff auf die Tschechoslowakei befürchtete. "Ich empfand deutlich", schrieb der Gesandte, "daß in hoher nervöser Spannung und mit äußerster Ernsthaftigkeit der Präsident von uns hören wollte, wann und wie wir helfen würden." Doch wiederum reagierte Aleksandrovskij nicht. Weniger als einen Monat nach den Ereignissen schreibend, brachte der Gesandte die Ansicht zum Ausdruck, daß Benesch versucht habe, die Sowjetunion zu täuschen. Der Präsident suchte, dem Diplomaten zufolge, keineswegs Umstände herbeizuführen, in denen die Kapitulation der Tschechoslowakei unvermeidlich werden mußte⁶⁶. Im Gegenteil! Nach Aleksandrovskij beabsichtigte



⁶⁵ AZK KPTsch, 100/24. Es ist nicht uncharakteristisch für Benesch, daß er bald auch über die von Roosevelt in der Münchner Krise gespielte Rolle seine Meinung änderte. In den Diskussionen, die er am 20.5. 1942 in London mit General Sikorski hatte, versuchte Benesch zu erklären, warum er in die westlichen Demokratien weniger Vertrauen setzte als die Polen. Dabei stellte er jetzt Roosevelts persönlichen Appell an Hitler und Benesch, nur friedliche Lösungen für die Krise zu suchen, als Dolchstoß in den Rücken dar. Dies sei der "letzte schwere Schlag" gewesen, bevor er das Diktat habe annehmen müssen. Schließlich "hat Roosevelt gleiche Erklärungen von 21 südamerikanischen Republiken bestellt". Benesch schloß, er sei nicht gewillt, sich in der entstehenden Spaltung zwischen dem Osten und dem Westen auf die Demokratien zu stützen: "Wir werden zurückhaltend bleiben und das Ergebnis des Krieges abwarten."

⁶⁶ Unter Historikern hat es Spekulationen gegeben, Benesch habe bereits am 20.9. 1938 dem britischen und dem französischen Vertreter in Prag seine Bereitschaft zur Annahme einer harten Lösung der tschechoslowakischen Krise zu verstehen gegeben, sofern es so aussehe, als werde sie ihm durch ein Ultimatum aufgezwungen. Der Gesandte Newton schrieb nämlich aus Prag an Lord Halifax, den britischen Außenminister: "Wenn ich am Mittwoch Präsident Benesch eine Art Ultimatum übermitteln kann, werden er und seine Regierung sich in der Lage fühlen, sich force majeure zu beugen". Documents on British Foreign Policy 1919–1939, 3 d series, vol. II, London 1949, S. 425. Ich halte das für eine Spekulation Newtons. Benesch hat Newton verachtet – in privaten Aufzeichnungen nannte er ihn einen "dickköpfigen Ignoramus" –, und ich bezweifle, daß er den Gesandten mit einem so heiklen diplomatischen Manöver betraut hätte; MHA-B, Schachtel 6.

Benesch, die Sowjetunion "in einen Krieg gegen Westeuropa zu ziehen, damit das Geschick der Tschechoslowakei nicht durch irgendwelche Abkommen im Stile von München entschieden werde, sondern durch einen großen europäischen Krieg". Der sowjetische Gesandte glaubte, daß Benesch in diesem Augenblick bereit gewesen sei, die Sowjetunion in "einen Krieg gegen die ganze Welt" zu stürzen, nur um einen lokalisierten Konflikt zwischen der Tschechoslowakei und dem Dritten Reich zu vermeiden⁶⁷. Hier ist anzumerken, daß dieses Porträt des Präsidenten in einem krassen Gegensatz zur Charakterisierung Beneschs durch Gottwald, Kopecky und Dutzende von offiziellen Historikern steht, die stets behaupteten, Benesch habe während der ganzen Krise nach Ausreden für die Kapitulation gesucht.

Aleksandrovskij war nicht der einzige, der dachte, daß der Westen die Sowjetunion in einen Krieg "ziehen" wollte. Einige Tage nach der Unterzeichnung des Münchner Abkommens hörte der tschechoslowakische Nachrichtendienst ein Telefongespräch zwischen einem nicht identifizierten sowjetischen Bürger in Prag und einem Partner in Moskau ab. Der Anrufer äußerte die Meinung, Großbritannien und Frankreich hätten gehofft, die Sowjetunion in einen Krieg mit Deutschland zu verwickeln⁶⁸.

Nachdem Aleksandrovskij am 27. September die Burg verlassen hatte, sollten er und Benesch sich nie mehr wiedersehen, doch telefonierten sie noch miteinander. Am 28. und 29. September sprachen sie, nach dem Bericht des Gesandten, vor allem über andere Mitspieler in der tschechoslowakischen Krise, namentlich über Polen. Als Präsident Benesch den sowjetischen Diplomaten am 30. September um 9.30 Uhr anrief, handelte es sich, wie der Gesandte schrieb, um einen "qualvollen Schrei". Noch immer – selbst zu diesem späten Zeitpunkt – spielte Benesch mit dem Gedanken, das Münchner Diktat abzulehnen.

Der sowjetische Gesandte hat also bezeugt, daß Präsident Benesch im September 1938 auf Krieg hoffte. Dies wirft ein Licht auf einen völlig neuen Aspekt seines Denkens während der Münchner Krise und auf eine bislang unbekannte – daher auch unerörterte – Dimension seiner Persönlichkeit. Für Generationen tschechoslowakischer Bürger, die in der Ersten Tschechoslowakischen Republik (1918–1938) lebten, und für viele seiner Kollegen war Benesch ein politischer Intellektueller und Humanist, der im Völkerbund und in Prag unermüdlich für die Stabilisierung der unbeständigen politischen Verhältnisse Europas wirkte. In ihren Augen war Benesch ein Demokrat, den zuerst Hitler brach und dann Stalin besiegte⁶⁹. Beneschs Kritiker akzeptieren dieses Bild, fügen aber hinzu, daß er daneben auch ein Intrigant gewesen sei, der die Bedeutung von Manövern übertrieben habe, die in Wirklichkeit nichts

⁶⁹ So z. B. Drtina, Ceskoslovensko muj osud. Drtina bietet ein Bild von Benesch, das mit Sympathie, jedoch nicht einseitig gezeichnet ist. Er zeigt meisterhaft den Kontrast zwischen dem Benesch vor der Katastrophe von München, voll Optimismus und Selbstvertrauen, und dem gebrochenen, ängstlichen Manne, der 1948 nicht fähig – oder nicht dazu bereit – war, seinen loyalsten Freunden unter den tschechoslowakischen Demokraten beizustehen.



⁶⁷ Myunkhen, S. 140.

⁶⁸ AMAA, Geheimakten (1938-39), 140. 146/38, 3. 10. 1938, 12.32 Uhr, Prag nach Moskau.

anderes gewesen seien als diplomatische Scharaden. Sie sehen den Präsidenten als einen Theoretiker, dem die notwendige Stärke gefehlt habe, in Krisenzeiten standfest zu sein und zu kämpfen⁷⁰.

Beneschs Archiv enthüllt eine andere Persönlichkeit, eine, die mehr den Skizzen entspricht, die Aleksandrovskij gezeichnet hat, als der populäreren Vorstellung von Benesch als einem unentschlossenen Hamlet oder als einem noblen Humanisten, unfähig, Blut zu vergießen. In der Politik hatte Benesch keine Schwierigkeiten, die Welt als einen gefährlichen Dschungel zu sehen, in dem nur die Willensstarken und Schlauen überlebten⁷¹. Auf T. G. Masařiks Aufforderung schrieb Lev Sychrava, Beneschs engster Mitarbeiter während des Ersten Weltkriegs, eine Studie der Persönlichkeit seines Freundes. Darin sagt Sychrava, daß Benesch ein Mann sei, der stets unverhältnismäßig viel Energie habe aufwenden müssen, um seine Ziele zu erreichen. Niemand habe ihm je geholfen, und er erwarte auch von niemand Hilfe. Für Benesch sei "Leben Kampf". Im Jahre 1916 hatte Sychrava in seinem Tagebuch einen bemerkenswerten Ausspruch Beneschs festgehalten: "Ich weiß genau, wozu ich fähig bin und was ich erreichen kann. Ich habe in meinem Leben nie versagt. Ich führe nur dann Krieg, wenn ich weiß, daß ich gewinnen werde ... Ich kann zu meinem Ziel über Leichen gehen, ich könnte sogar töten."⁷²

Zwei Zwischenfälle während der Münchner Krise werfen neues Licht auf Beneschs komplexe Persönlichkeit. In der Nacht des 30. September 1938, als er versuchte, mit einer der größten politischen Krisen des Jahrhunderts fertigzuwerden, nahm sich Benesch die Zeit, in seiner festen Handschrift eine Erklärung abzufassen, in der er das Gnadengesuch von Alois Wünsch, Oberstleutnant in der tschechoslowakischen



Zu den prominentesten Kritikern Beneschs in solchem Sinne gehörte Oberst Emanuel Moravec, geb. 1893. Sein abscheuliches Verhalten während des Krieges – er wurde ein herausragender Kollaborateur mit dem Dritten Reich – brachte die meisten dazu, diese komplexe Persönlichkeit ganz simpel zu sehen: als Verräter und Bösewicht. Jedoch zählte Moravec, als Stanislav Yester, zu den begabtesten "Verteidigungs-Intellektuellen" der Vorkriegs-Tschechoslowakei. Kurz nach München begann Moravec den Präsidenten als ängstlichen Idealisten zu kritisieren. Die Tschechoslowaken seien von "Aposteln ohne Courage" geführt worden. Eine Nation, die nicht den Mut aufbringe, im Kampf zu sterben, habe kein Recht, ihre Ideale zu beschwören, "so wie eine Hure kein Recht hat, sich ihrer Ehre zu rühmen". In seiner Antwort auf eine frühe Kritik an seiner neuen prodeutschen Linie sagte Moravec: "Ein Teil unserer Nation hätte im Krieg [mit Deutschland] sterben können. Jetzt wird die ganze Nation vor Angst und Furcht sterben. Man verhandelt nicht mit Feiglingen. Man gibt ihnen Befehle". Oberst Moravec an Dr. Ladislav Hobza, 6. 10. 1938, in: MHA-B, München, Schachtel 3. Die Vorstellung von München, die Moravec hatte, auch in seinem Buch: V uloze mourenina: ceskoslovenska tragedie r. 1938 (In der Rolle des Mohren. Die tschechoslowakische Tragödie von 1938), Prag 1939.

Dieses Thema behandelt Antonin Klimek, Edvard Benes – postava v mlhach (E.B. – Gestalt im Nebel), in: Historie a vojenstvi 4 (1991), S. 143f. Der Verfasser, der das Benesch-Archiv besser kennt als sonst irgendjemand, zitiert ein Gedicht, das der junge Benesch, 23 Jahre alt, an seine Verlobte und spätere Frau Anna Vlckova geschrieben hat. Statt süße Nichtigkeiten und Liebeserklärungen aufs Papier zu bringen, geht Benesch sogleich in medias res: "Leben ist Kampf, und in dem Kampf / viele sterben und fallen." Vgl. auch Klimek, Benes a Stefanik, in: Sbornik k dejinam 19. a 20. stoleti, Prag 1991, S. 35-65.

⁷² MHA-B, Personen, Schachtel 8, Akte General Stefanik.

Armee, ablehnte, der wegen Spionage zum Tode verurteilt worden war. Nur Augenblicke später, als sich der triumphierende Hitler anschickte, seine Truppen in die Sudetengebiete einmarschieren zu lassen, wurde Wünsch in einem Militärgefängnis, das nicht weit von Beneschs Burg in Prag entfernt war, dem Henker übergeben⁷³. Es ist schon ein ungewöhnlicher Staatsmann, der das ganze Land und dessen kampfbereite Armee ohne einen Schuß einem Todfeind übergibt, zugleich aber den Spion dieses Feindes dem Tod überantwortet⁷⁴. Benesch hatte nie die Absicht, zwischen sich und Hitler Brücken zu schlagen; er zählte, was das Dritte Reich anging, keineswegs zu den "Appeasern". Seinem Sekretär zufolge hat Benesch "auf eine militärische Lösung gehofft, nachdem die Unerreichbarkeit einer Vereinbarung [mit Hitler] offenkundig geworden war. Er baute bis zuletzt auf die Möglichkeit eines bewaffneten Konflikts und sah darin seine letzte Hoffnung."⁷⁵

Die zweite Episode zeigt einen nicht weniger überraschenden Aspekt des damaligen Verhaltens von Benesch. Vor einer der Zusammenkünfte, die Ende September 1938 auf der Burg stattfanden, erhielt Rudolf Beran die Nachricht, auf persönliche Anweisung von Präsident Benesch würden an das tschechische Proletariat Waffen aus den Prager Janacek-Werken verteilt. Beran begab sich rasch zu dem Treffen mit Benesch und brachte die Sache zur Sprache. "Jawohl", sagte der Präsident, "es ist auf meine Weisung geschehen, daß Waffen an Arbeiter verteilt wurden. Ich habe die Weisung aber widerrufen, und die Verteilung ist eingestellt worden"⁷⁶. Dachte Benesch also zu irgendeinem Zeitpunkt tatsächlich an einen verzweifelten Widerstand bis zum Äußersten? Man kann nur Spekulationen anstellen, doch ist es von Interesse, daß der Vorfall bei offiziellen tschechoslowakischen und sowjetischen Historikern nie Erwähnung gefunden hat. Er vertrug sich nicht mit ihrem Hauptargument, nämlich daß Benesch nicht fähig gewesen sei, ein Angebot sowjetischer Unterstützung anzunehmen, da er beständig sein "Klasseninteresse" über das "nationale Interesse" der Tschechoslowakei gestellt habe⁷⁷.

⁷⁷ Z. B. Vaclav Kopeckys Rede vor den kommunistischen Parteifunktionären am 24.9. 1948 in Prag: "Es ist völlig klar gezeigt worden, . . . daß die Kapitulation unserer Münchener [d. h. Beneschs und seiner Kollegen] bewußt geschah, diktiert von Klasseninteressen, von der bourgeoisen Furcht vor den Kräf-



MHA-MBP, geheim, 1935-9, persönlich, 263/38. Wünsch wurde am 15.9. 1938 wegen Spionage für Ungarn verhaftet, zusammen mit seiner Frau. Doch stellte sich bald heraus, daß das Paar seit 1928 – über Wien – auch für Deutschland gearbeitet hatte. Wünsch wurde von Oberst Frantisek Moravec, Major Bartik und Major Dite vernommen. Am 22.9. zum Tode verurteilt, wurde er am 30.9. 1938 um 6 Uhr gehängt. Frau Wünsch erhielt nach dem 15.3. 1939 eine finanzielle Entschädigung vom Dritten Reich.

Während des Zweiten Weltkrieges hat sich Benesch ganz ähnlich verhalten. So hat er in seinem Londoner Exil nicht gezögert, das Unternehmen ANTHROPOID zu befehlen, d.h. das Attentat auf Reinhard Heydrich in Prag. Wie vom Widerstand vorhergesagt, waren die deutschen Repressalien hart und führten zur fast vollständigen Vernichtung des Untergrunds. Viele haben sich seither mit der Frage nach dem Wert von ANTHROPOID abgequält. Benesch hingegen hat es abgelehnt, den Befehl zum Attentat zu widerrufen, und in der Folgezeit anscheinend keinen Gedanken mehr an das Unternehmen verschwendet.

⁷⁵ Drtina, Ceskoslovensko muj osud, S. 203.

⁷⁶ SZA, Rudolf Beran, Ministerium für Nationale Verteidigung, 109-4-227.

Um zusammenzufassen: Weder Gottwald noch Kopecky oder Fierlinger haben irgendeinen Beweis dafür vorgebracht, daß die Sowjetunion im September 1938 gewillt war, die Tschechoslowakei unilateral zu unterstützen. Darüber hinaus hat Beran betont, Benesch sei noch am 29. September zum Krieg bereit gewesen, wenn er nur ein Signal erhalten hätte, daß er auf die Hilfe des sowjetischen Militärapparats zählen dürfe. Schließlich hat Aleksandrovskij ausdrücklich erklärt, daß er am 25. September auf Beneschs spezifische Fragen nach einem militärischen sowjetischen Engagement in der Tschechoslowakei nicht reagiert habe. Und zwei Tage später hat es der sowjetische Gesandte abgelehnt, die Sowjetunion durch Benesch in einen Krieg ziehen zu lassen. Am 29. September konstatierte Ministerpräsident Syrovy, daß es keine konkrete militärische Vereinbarung mit der Sowjetunion gebe, und auf Beneschs "qualvollen Schrei" vom 30. September gab der Kreml erst Antwort, als es längst zu spät war.

Auf dieser Basis ist der Schluß unabweisbar, daß die Sowjetunion zu einer unilateralen Unterstützung der Tschechoslowakei gegen das Dritte Reich nicht bereit war. Benesch hat kapituliert, aber nicht, weil er vor Gewaltanwendung zurückgeschreckt wäre oder Krieg für unmoralisch gehalten hätte, auch nicht, weil er ein Gefangener seines "Klasseninteresses" gewesen wäre. In Wirklichkeit hat Benesch, seinem Sekretär zufolge, auf eine militärische Lösung der Krise sogar gehofft. Aber die Tschechoslowakei durfte, nach Beneschs Meinung, gegen Hitler nicht alleine zu Felde ziehen. Für den Augenblick entschied sich der Präsident gegen einen Kampf, weil er von seinem französischen Bundesgenossen und von der Sowjetunion im Stich gelassen worden war. Zugleich stand er unter dem enormen Druck Großbritanniens und einiger anderer Länder, die Auffassung zu akzeptieren, daß eine Koexistenz von Deutschen und Tschechen in einem Staat unmöglich geworden war⁷⁸. (Hier muß man sich an Beneschs Bemerkung zu Sychrava erinnern: "Ich führe nur dann Krieg, wenn ich weiß, daß ich gewinne.")

Präsident Benesch war überzeugt davon, daß das Münchner Abkommen nicht das Ende der Tschechoslowakei bedeutete, sondern den Beginn eines großen Konflikts zwischen Hitler und den Demokratien, an dessen Ende das Land wiedergeboren werde. Er war sicher, daß ein neuer Weltkrieg bevorstand und daß das Dritte Reich einer großen Koalition unterliegen mußte, die sich zumindest aus Großbritannien, Frankreich und der Sowjetunion zusammensetzen und in der er selber eine Rolle spielen würde⁷⁹. Obwohl ihn seine Annahme des Münchner Diktats bis zum Ende seines Lebens verfolgte, war Benesch stets der Meinung, sich richtig entschieden zu haben.

⁷⁹ ANM-D, Schachtel 4.



ten des Sozialismus... Sie ist verbunden mit Klassenfurcht und Klassenhaß gegen die Sowjetunion und gegen den Sozialismus." Eine Kopie der Rede in AZK KPTsch, Akte 2, Archiveinheit 75. Siehe auch Zdenek Fierlinger, Zrada ceskoslovenske burzoazie a jejich spojencu (Der Verrat der tschechoslowakischen Bourgeoisie und ihrer Bundesgenossen), Prag 1951.

MHA-B, Schachtel 6, Notizen des Gesandten Krno vom 20.9. 1938 über seine Treffen mit den Vertretern Belgiens, Griechenlands, Bulgariens, Italiens und der Vereinigten Staaten. Sie brachten die Ansicht zum Ausdruck, daß die Tschechoslowakei akzeptieren müsse, was immer ihr die Briten und die Franzosen präsentierten. Der belgische Gesandte fügte hinzu, dies sei "schmerzlich".

346

Bis 1948 war er sogar zu einer recht idealisierten Vorstellung von seinem Verhalten während der Münchner Krise gelangt: Als ihn am 23. Februar 1948 eine Gruppe demokratischer Politiker aufsuchte, um sich seine Unterstützung gegen Gottwalds Kommunistische Partei zu sichern, verblüffte sie Benesch mit dem Satz: "Ich werde mich verhalten wie im September 1938. Ich werde nicht einen Zentimeter nachgeben. Ihr könnt Euch auf mich verlassen!" 80

Und die Sowjetunion? Der Münchner Handel zwischen den Demokratien und Hitler stellte aus Moskauer Sicht die schlechtestmögliche Entwicklung dar. Es war ernüchternd, daß man die Sowjetunion nicht einmal zur Teilnahme an der Konferenz eingeladen hatte. Ein Modus vivendi zwischen dem frankobritischen Block und der Hitler-Mussolini-Achse verstärkte die Isolierung der Sowjetunion. Wie hat nun Stalin auf diese höchst prekäre Situation reagiert?

TT.

In den dreißiger Jahren war die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei fest in die Struktur der Komintern eingefügt, und die Gottwald-Führung folgte den Moskauer Anweisungen, soweit es die Umstände irgend erlaubten. Agenten der tschechoslowakischen Polizei, die im Apparat der KPTsch arbeiteten, hielten die Prager Behörden gut informiert über die Moskauer Direktiven und ebenso über die diversen Gruppenkämpfe unter Gottwalds Kollegen. Infolgedessen bieten die Prager Archive nun interessante Einblicke sowohl in die Politik der Partei wie in die Aktivität der Komintern.

Klement Gottwald war ein Mann, der die Revolution und Moskaus Instruktionen ernst nahm. Unter seiner Führung hatte sich die KPTsch zu einem der aktivsten und zu einem außerordentlich orthodoxen Mitglied der Komintern entwickelt. Nach Hitlers "Machtergreifung" tauchten jedoch einige Probleme auf. Eine Gruppe tschechischer Kommunisten, geführt von Josef Guttmann, forderte eine Antwort auf die Frage, warum die deutschen Kommunisten nicht angewiesen worden waren, Hitler mit all ihrer Kraft Widerstand entgegenzusetzen. Schließlich sei der Nazismus, so argumentierte Guttmann, eine Gefahr für ganz Europa⁸¹. Die Partei hatte ihre Mitglieder erst unter erheblichen Druck zu setzen, ehe sie auf die Herausforderung durch Guttmann in Übereinstimmung mit den Wünschen der Komintern reagieren konnte. In einem KPTsch-Dokument wurde Guttmann angegriffen, weil er behauptet hatte, Hitlers Machtübernahme sei eine Niederlage für das Proletariat:

"Es ist offensichtlich, daß Faschismus die Zunahme von Terror und blutige Wunden am Leib des Proletariats bedeutet. Aber Renegaten, Trotzkisten und feige Kapitulanten sehen nur die Zunahme von Terror, hören nur das Knallen der Peitsche. Sie sehen



⁸⁰ Klimek, Edvard Benes, S. 781.

⁸¹ AZK KPTsch, 19/5, Sig. 74. Das Memorandum trägt das Datum 17. 3. 1934.

nicht, daß gleichzeitig eine neue revolutionäre Welle heranwächst. Sie hören nicht das Donnern der kommenden revolutionären Zusammenstöße."82

Der Siebte - und letzte - Kongreß der Komintern, der im Juli und August 1935 in Moskau stattfand, wird oft mit der Politik der Volksfront in Zusammenhang gebracht. Aber die Prager Dokumente zeigen, daß der Kongreß einer doppelten Mission diente. Auf der einen Seite sahen sich die Sowjets vor der Notwendigkeit, die europäischen Demokratien zu stabilisieren, weil ein starkes Frankreich und eine starke Tschechoslowakei die Energien des Dritten Reiches temporär in Schach halten konnten. Daher das Bedürfnis nach sozialer Ruhe und nach politischer Einigkeit der antifaschistischen Parteien, daher die Volksfront. Das ist allgemein bekannt. Auf der anderen Seite wurde die KPTsch, in Gottwalds Worten, angewiesen, das Phänomen Hitler und die Bedrohung, die es für die Unabhängigkeit der Tschechoslowakei darstellte, auszunutzen, um die Massen "zur Position des Klassenkampfes [zu bringen]. Kein Klassenfrieden, kein Appeasement der Bourgeoisie. Im Gegenteil, wir müssen den Klassenkampf intensivieren."83 Die zweite Komponente der vom Siebten Kongreß festgelegten Strategie wird bezeichnenderweise übersehen. Doch war sie der wesentliche Teil, weil sie die leninistische Auffassung postulierte, daß der Kampf um nationale Unabhängigkeit mit der Revolution verbunden werden kann.

Trotz der wechselnden strategischen und taktischen Linien der Komintern nahm Hitlers Macht in atemberaubender Weise zu, und nur wenige sahen dies klarer als die Führer im Kreml. Im Februar 1936 kam Nikolai Bucharin nach Prag und wurde auf der Burg empfangen. Benesch muß überrascht gewesen sein, von seinem sowjetischen Gast zu hören, daß die Lage der Tschechoslowakei "strategisch katastrophal" sei⁸⁴. Und im August 1936 warnte Aleksandrovskij in Prag, die Tschechoslowakei sei nun das Haupthindernis auf Hitlers Weg, da sie die Linien deutscher Kontrolle über Mitteleuropa und den Balkan durchschneide. Als ihm entgegengehalten wurde, daß die Tschechoslowakei doch Deutschland nichts weggenommen und daher nichts zu befürchten habe, antwortete er mit bemerkenswerter Voraussicht: "Es ist ein großer Fehler zu denken, die Tschechoslowakei habe den Deutschen nichts weggenommen. Ihr habt zwar kein Territorium genommen, aber politisch und strategisch habt ihr ihnen alles weggenommen."

Das war natürlich zutreffend. Überdies zeigte es an, daß man in Moskau bereits 1936 glaubte, ein Interesse an einer starken Tschechoslowakei zu haben. Der tschechoslowakische Militärattaché in Moskau, Oberst Frantisek Dastich, berichtete nach Prag, die Chefs der Roten Armee und ihres Nachrichtendienstes seien der Meinung, daß die Franzosen Angst hätten, während die Engländer hilflos schienen. Im Gegensatz dazu mache ihnen die Tschechoslowakei Eindruck, da sie "ruhig, doch entschlossen" bleibe



⁸² Ebenda.

⁸³ Ebenda, Sig. 79. Gottwald sprach vor einem ZK-Plenum, 24./25.2. 1934.

⁸⁴ PA, A 472/36. Das Treffen fand am 29.2. 1936 statt.

⁸⁵ MHA-B, Schachtel bezeichnet mit SSSR, 1937–1938. Aleksandrovskij sprach mit dem Journalisten Jan Münzer am 20. 8. 1938. Münzer berichtete Benesch direkt, und Aleksandrovskij wußte das.

und auf Hitlers Provokationen mit ernsthaften militärischen Vorkehrungen reagiere 86. Den Sowjets gefalle das. Aber gleichzeitig versandte die KPTsch – mit dem Segen Moskaus – ein Rundschreiben an alle regionalen Parteistellen, in dem die Aufstellung einer Liste "ultrafaschistischer Reaktionäre" angeordnet wurde. Dies sei notwendig, so hieß es in dem Dokument, weil es bald eine revolutionäre Explosion nicht nur gegen die sudetendeutschen Nazis, sondern auch gegen ihre Lakaien in der tschechoslowakischen Bourgeoisie geben werde. Weiter wurde gesagt, daß es wichtig sei, den "Zorn der Leute" für die Sache der nationalen Unabhängigkeit zu schüren, und diese Energie dann benutzt werden solle, um die bourgeoisen und reaktionären politischen Parteien "zu reinigen" oder zu säubern. Die Parole der Kampagne laute "über die Verteidigung der Republik zur Volksfront"87. Als ein Mann mit viel Moskauer Erfahrung erfaßte Gottwald die Essenz der Komintern-Direktive für die KPTsch sehr gut: Der Kampf gegen Hitler und um die Unabhängigkeit des Landes sollte in einer sozialistischen Revolution resultieren. Diese Strategie mit doppelter Spitze blieb bis zum Ende der Münchner Krise in Kraft.

Niemand brachte sie besser zum Ausdruck als ein Mann, der damals Stalin sehr nahe stand, Andrei Schdanow. Zusammen mit Harry Pollitt und Marcel Cachin traf er Ende August 1938 – auf dem Höhepunkt der Sudetenkrise – in Prag ein und sprach auf einer Sitzung des Zentralkomitees der KPTsch. In seiner zweistündigen Rede betonte Schdanow, daß der Faschismus zwar eine Bedrohung darstelle, zugleich aber auch eine positive Rolle spiele. Zur Erklärung sagte er: Wenn Krieg komme, sei es die Pflicht aller Kommunisten, gegen den faschistischen Aggressor zu kämpfen. Zugleich müßten jedoch die Kommunisten in der Tschechoslowakei "mit ihrer ganzen Kraft versuchen, die vom Krieg verursachte ökonomische und politische Krise auszunutzen, um die Massen zu mobilisieren und den Sturz des Kapitalismus zu beschleunigen ... Hitlers Angriff auf die Tschechoslowakei wird der Anfang vom Ende der faschistischen Herrschaft sein, aber auch von dem bourgeoisen Ausbeutungssystem in diesem Land ... Die gegenwärtige politische Situation ist ein Werkzeug, die das beschleunigen wird."

Das waren kühne Worte. Für sich allein betrachtet, könnte man sie dahin interpretieren, daß Schdanow, Pollitt und Cachin nach Prag lediglich deshalb gekommen waren, weil sie ihre tschechoslowakischen Genossen aufmuntern wollten, daß indes die verkündeten Pläne weder von der Komintern noch von dem realistischen Gottwald ernst genommen wurden. Aber Schdanows Prager Rede gewinnt eine klarere Bedeutung und ein größeres Maß an Ernsthaftigkeit, wenn man sie in den Kontext des Siebten Kongresses und seiner Direktiven für die Tschechoslowakei stellt.

Wie schon erwähnt, stellte das Münchner Abkommen aus der Perspektive der Sowjetunion die schlechtestmögliche Lösung der Sudetenkrise dar. In Moskau glaubte man, als Zielscheibe aufgebaut worden zu sein. Zwei Tage nach der Konferenz von

⁸⁸ AZK KPTsch, 100/45, Bd. 10, Archiveinheit 184. Das Treffen fand am 20./21. 8. 1938 statt.



⁸⁶ PA, T 5/25, Moskau. Der Bericht trägt das Datum 26. 8. 1936.

⁸⁷ AZK KPTsch, 19, Verzeichnis 5, Sig. 809.

München äußerte Georgi Dimitroff, Chef der Komintern, die Meinung, das Münchner Abkommen sei gegen die Sowjetunion gerichtet⁸⁹. Von der Tschechoslowakei sagte er nichts. Interessanterweise ist diese pessimistische Auffassung bald aufgegeben worden. Nur drei Wochen nach der Konferenz schlug Dimitroff andere Töne an: München sei für den Faschismus ein Pyrrhus-Sieg gewesen. Es gebe keine Kraft in der Welt, die "das Rad des historischen Fortschritts zurückdrehen" könne. "Die nahe Zukunft gehört nicht dem absterbenden Kapitalismus, sondern dem aufgehenden Sozialismus." Dimitroff blieb auf diesem optimistischen Standpunkt selbst während einer Komintern-Sitzung, die speziell der Münchner Niederlage und der Beurteilung der KPTsch-Führung gewidmet war⁹¹.

Es gibt noch weitere Hinweise darauf, daß die sowjetischen Führer in der politischen Szenerie Europas, verunstaltet, wie sie durch die Münchner "Lösung" war, nicht nur die Gefahr der Isolierung sahen, sondern auch eine Chance. In einem Dokument, das sich 1939 der amerikanische Konsul in Prag verschaffte, ist eine Moskaureise tschechoslowakischer Kommunisten geschildert, die kurz zuvor stattgefunden hatte. Die Vertreter der KPTsch waren nach Moskau gegangen, um eine Erklärung für die - aus ihrer Sicht – verblüffende Freundschaft zwischen Stalin und Hitler zu bekommen. Die Delegation wurde von einem Funktionär des Kommissariats für Auswärtige Angelegenheiten empfangen. Der Molotow-Ribbentrop-Pakt, so sagte dieser, sei gerechtfertigt, weil "Deutschland, wenn die UdSSR einen Vertrag mit den Westmächten abgeschlossen hätte, niemals einen Krieg entfesselt hätte, aus dem sich die Weltrevolution entwickeln wird, die wir seit so langer Zeit vorbereiten ... Ein eingekreistes Deutschland wäre nie in einen Krieg gegangen ... Wir können es uns nicht leisten, daß Deutschland verliert, da wir, wenn es unter die Kontrolle des Westens geraten und wenn Polen wiederhergestellt werden sollte, vom übrigen Europa abgeschnitten wären. Der derzeitige Krieg muß solange dauern, wie wir es wollen ... Behaltet die Ruhe, weil die Zeit für unsere Interessen noch nie günstiger war als gegenwärtig."92

Diese Analyse zeigt, warum Moskau nach dem Debakel von München seine Aufmerksamkeit auf Polen richtete. Ist es aber wirklich zu glauben, daß ein sowjetischer Bürokrat so offen gesprochen hat? Tatsächlich haben sich sowjetische Diplomaten bei Gelegenheit



⁸⁹ Dimitroff an Manuilski, Moskvin, Kuusinen, 2. 10. 1938; Georgi Dimitroff, Pisma, 1905-1949, Sofia 1962. Die Telegramme Nr. 6, 9, 10, 11, 14, 17 und 18 umfassen die Zeit vom 14. 9. bis zum 26. 10. 1938; sie wurden publiziert in: Pokyny Jiriho Dimitrova k cinnosti komunisticke Internacionaly na pomoc CSR proti fasismu (Dimitroffs Weisungen hinsichtlich der Aktivitäten der Komintern zur Unterstützung der Tschechosłowakei gegen den Faschismus), in: Prispevky k dejinam KSC 6 (1963), S. 860-882, hier S. 869.

⁹⁰ Ebenda, S. 880.

⁹¹ AZK KPTsch, 100/45, Bd. 15, Archiveinheit 263. Die handschriftlichen Notizen stammen von Vaclav Kopecky, o. D. Die Münchner Konferenz sei, so gab Dimitroff zu, für die Komintern ein ernster Rückschlag, doch werde dieser nur vorübergehend sein. Für die Zukunft sah Dimitroff große Schwierigkeiten voraus, aber auch viele Chancen.

⁹² Irving N. Linnell, amerikanischer Konsul in Prag, an Secretary of State am 20.11. 1939, in: National Archives, Washington, D. C., 860 F. 001/106, The Protectorate of Bohemia and Moravia.

mit erstaunlicher Offenheit geäußert. Man braucht nur an die Unterhaltung zwischen Litwinow und dem tschechoslowakischen Diplomaten Arnost Heidrich zu denken, zu der es am 11. Mai 1938 in Genf kam. Die beiden kannten sich seit 1925. Heidrich hat später erklärt, Benesch habe ihn beauftragt, mit Litwinow zu sprechen, weil dieser in der Vergangenheit stets offen zu ihm gewesen war. In dem stundenlangen Gespräch sagte Litwinow ohne Zögern, daß der Krieg unvermeidlich sei. Wir wissen wohl, so fuhr er fort, "der Westen möchte, daß Stalin Hitler vernichtet und Hitler Stalin". Aber, warnte Litwinow, Moskau werde seinen Feinden diesen Gefallen nicht tun. "Diesmal werden es die Sowjets sein, die bis fast zum Ende bereitstehen, bis sie dann in der Lage sind, einzugreifen und einen gerechten und dauerhaften Frieden herbeizuführen."93

Wenn das die sowjetische Auffassung vor München war, wie kann es da überraschen, daß sie das Debakel von München nur verstärkt hat? Es muß hier darauf hingewiesen werden, daß die langfristige sowjetische Strategie, wie sie in dem Dokument skizziert ist, das der amerikanische Konsul in Prag beschafft hat, mit den Gedanken übereinstimmt, die Schdanow im August 1938 in seiner Rede vor dem Zentralkomitee der KPTsch dargelegt hatte.

Gehen wir einen Schritt weiter. Am 29. November 1938 erschien eine Gruppe kommunistischer Führer aus dem Sudetenland beim Gesandten Aleksandrovskij in Prag, um sowjetische Visa zu erhalten. Aber statt sie mit Reisedokumenten auszurüsten, sagte ihnen der sowjetische Diplomat, und zwar in makellosem Deutsch: Wir stehen an der Schwelle großer Ereignisse. Ich kann Euch nicht genau sagen, was geschehen wird, doch wird jetzt jeder Kämpfer hier gebraucht, nicht in der Sowjetunion. "Kopf hoch", so schloß er, "Ihr seid nicht vergessen"⁹⁴.

Wenige Tage danach spann Aleksandrovskij dieses Thema noch etwas weiter aus, jedoch nicht vor einer Gruppe von Kommunisten ohne Land und ohne jeden legalen Status. Er traf mit dem Gesandten Smutny auf einer wohlbesuchten Soirée in der sowjetischen Gesandtschaft zusammen. Aleksandrovskij bemerkte, in Moskau sehe man nun, daß es eines Tages Krieg gegen Deutschland geben müsse. "Aber schließlich werden die beiden Länder wahrscheinlich Polen untereinander aufteilen", so setzte er hinzu, "das der nächste Kriegsschauplatz werden wird." Bei dieser Gelegenheit war der Prager Vertreter der Sowjetunion nicht nur undiplomatisch offen, er hatte auch, wie die Zukunft zeigen sollte, recht.

Die Konferenz von München har den Molotow-Ribbentrop-Pakt nicht bewirkt - seine Wurzeln reichen tiefer -, doch gibt es ein Bindeglied zwischen den beiden Ereignissen. Dies lehrt die Prüfung einer Unterhaltung zwischen Benesch und dem sowjetischen Botschafter in London, Maiski, die am Tag vor der Unterzeichnung des Pakts durch Ribbentrop und Molotow stattfand. Benesch hat drei verschiedene Wiedergaben des Gesprächs hinterlassen: in seinen 1947 veröffentlichten Memoiren, in einem Inter-

95 ANM-S, 14.12. 1938, Schachtel 38.



⁹³ ANM-D, Schachtel 4. Dies ist das Manuskript eines später als "International Causes of the Czechoslovak Tragedies" veröffentlichten Textes, Washington 1962.

⁹⁴ SZA, Innenministerium 1936-40, X/K/26, 225-1056, Polizeidirektion an Ministerium am 9. 12. 1938.

view mit Sir John Wheeler-Bennett vom 24. Juli 1946 und in seinen während des Treffens vom August 1939 gemachten Notizen, die nun in seinem Prager Archiv deponiert sind.

Erste Version: Bewertet man die Unterredung Maiski-Benesch auf Grund der Memoiren Beneschs, so ist alles ganz einfach 6. Sie trafen sich am 23. August 1939, und Maiski zeigte sich höchst skeptisch, als ihm Benesch sagte, der sowjetisch-deutsche Pakt bedeute, daß Deutschland sofort Polen angreifen wolle. "Es wird wahrscheinlich ein zweites München geben", sagte Maiski voraus. Benesch schreibt, daß Maiski, über die künftige sowjetische Politik befragt, allgemein geblieben sei. Der exilierte tschechische Politiker verließ Maiski "mit dem Eindruck, daß die Sowjetunion versuchen werde, solange wie möglich neutral zu bleiben, so daß sie, zu einer Zeit, wenn der Krieg zu Ende zu gehen anfängt – nachdem beide Seiten sich erschöpft haben –, in der Lage sein wird, einzugreifen und ihn zu entscheiden, damit automatisch die Lösung europäischer Probleme im sozialrevolutionären Sinne herbeiführend." Es ist festzuhalten, daß sich das liest wie eine akkurate Zusammenfassung des Heidrich-Litwinow-Gesprächs in Genf.

Zweite Version: Eine etwas andere Fassung ist in den britischen Archiven zu finden⁹⁷. Der britische Botschafter in Prag, Philip Nichols, machte am 30. Juli 1946 eine Aufzeichnung über ein Gespräch zwischen Präsident Benesch, dem Botschafter und Wheeler-Bennett⁹⁸. Für seine Gäste schilderte Benesch bei dieser Gelegenheit etwas ausführlicher sein Treffen mit Maiski. Er, Benesch, habe am 12. August 1939 von dem Vorhaben erfahren, einen Pakt zwischen Sowjets und Nazis zu unterzeichnen, und sofort um eine Zusammenkunft mit Maiski gebeten. Auf seinen Versuch, dem sowjetischen Botschafter zu erklären, daß der Pakt Krieg bedeute, habe Maiski mit "höchstem Erstaunen und Konsternation" reagiert:

"Die sowjetische Regierung sei vielmehr der Meinung, sagte Maiski, daß sie mit der Zustimmung zu einem Pakt mit Deutschland den Frieden zu einer Gewißheit gemacht habe, da Großbritannien und Frankreich niemals für Polen kämpfen und ein zweites Münchner Abkommen durchsetzen würden. [Diese Ansicht brachte auch Frau Kollontai gegenüber dem tschechoslowakischen Vertreter in Stockholm zum Ausdruck, der sie auf Anweisung des Präsidenten aufgesucht hatte.] Dr. Benesch versicherte dem sowjetischen Botschafter, daß eine solche Sache wie das Münchner Abkommen etwas sei, das nur einmal geschehen könne; es könne niemals wiederholt werden. Im Falle Polens werde Großbritannien sicherlich kämpfen, da sich seit März 1939 die ganze britische Einstellung zu Deutschland und zum Krieg gewandelt habe. Maiski ließ sich anscheinend nicht überzeugen."

Maiskis Meinung, es werde beim polnischen Problem abermals eine Lösung nach der Art des Münchner Abkommens geben, hat den britischen Botschafter in Prag derart empört, daß er in der Begleitnotiz zu seinem Bericht Maiskis "krasse Unkenntnis der britischen Mentalität" beklagte.



⁹⁶ Eduard Benesch, Pameti: od Mnichova k nove valce a k novemu vitezstvi, Prag 1947, S. 202 ff.

⁹⁷ Public Record Office, London, Foreign Office 371/56016/N10157/99/12.

⁹⁸ Das Treffen fand am 24.7. 1946 statt.

Igor Lukes

352

Dritte Version: Werfen wir schließlich einen Blick auf die Notizen über die Unterhaltung mit Maiski, die Benesch selber am Tag des Treffens für sein Privatarchiv angefertigt und am folgenden Tag noch mit einigen Zusätzen versehen hat. Hier haben wir die Fassung vor uns, in der Benesch, weil sie geheim bleiben sollte, offen sein konnte. Sie weist nur eine Übereinstimmung mit der Version der Memoiren auf, nämlich Beneschs Gesamteindruck von seinem Gespräch mit Maiski: "Die Sowjets sind überzeugt davon, daß die Zeit für einen Endkampf zwischen Kapitalismus, Faschismus und Nazismus gekommen ist und daß es eine Weltrevolution geben wird, die sie im geeigneten Moment auslösen werden, wenn andere durch Krieg erschöpft sind." Als Benesch aber Maiski sagte, daß nach seiner Meinung "die morgen erfolgende Unterzeichnung des sowjetischen Pakts mit Hitler übermorgen einen deutschen Krieg gegen Polen bedeutet", da zeigte sich Maiski keineswegs "höchst erstaunt und konsterniert", noch prophezeite er ein zweites München. Vielmehr antwortete er:

"Ganz so schnell wird's nicht gehen. Vielleicht in zwei Wochen. Ich fragte ihn, was sie denn tun werden. Er sagte zu mir: 'Natürlich werden wir nicht beiseite stehen.'... Mein genereller Eindruck: Die Sowjets wollen Krieg, sie haben sich darauf gewissenhaft vorbereitet und sie sind der Auffassung, daß weder Polen noch Deutschland oder England zurückweichen können, daß der Krieg stattfinden wird – und daß sie sich selbst Handlungsfreiheit bewahrt haben."⁹⁹

Benesch fügte hinzu, daß er dies ursprünglich für eine übertreibende Interpretation gehalten habe. Am nächsten Tag aber, nach der Lektüre des Vertragstextes, habe er erkannt, daß die Dinge in Wirklichkeit noch übler stünden, als von Maiski am 23. August dargetan. Er habe begriffen, daß Moskau vor allen künftigen Verhandlungen mit dem Westen das Tor zugeschlagen habe. Es "war eine recht rauhe Taktik, Hitler in den Krieg zu treiben", schloß Benesch.

Dabei handelte es sich um keine temporäre Emotion des Präsidenten. Am 26. August 1939 hat Benesch dieses Urteil für die tschechoslowakische Gesandtschaft in Washington wiederholt: "Der russische Pakt ... war ... dazu bestimmt, den Gang der Dinge zu beschleunigen und den Ausbruch des Krieges herbeizuführen." ¹⁰⁰ Einige Wochen später formulierte Benesch in einer Botschaft an Fierlinger in Moskau noch kräftiger: "Wir glauben, daß der russisch-deutsche Pakt einer der Hauptgründe war, warum Hitler und seine Soldaten den Krieg begonnen haben." Diejenigen im Westen, die den Krieg hatten verhindern wollen, hätten jetzt allen Grund, erzürnt zu sein, räumte Benesch mit schlecht verhohlener Schadenfreude ein¹⁰¹. Er jedenfalls wollte Krieg mehr als alles andere. Nur ein großer bewaffneter Konflikt konnte das Münchner Abkommen und seine Folgen rückgängig machen: das Zwangsinstrument des deutschen Protektorats über Böhmen und Mähren und den antisemitischen slowakischen Staat.

Der Rest der Geschichte ist bekannt. Am 3. August 1939 berichtete der deutsche Botschafter Graf v.d. Schulenburg aus Moskau, daß Molotow aus seiner "Reserve"



⁹⁹ MHA-B, Der Zweite Weltkrieg, Schachtel 61.

¹⁰⁰ Ebenda, Schachtel 66.

¹⁰¹ Ebenda, Schachtel 61.

herausgekommen sei und "sichtbares Interesse" an einem definitiven deutschen Angebot für eine Verständigung über Polen gezeigt habe¹⁰². Dies machte einen deutschen Angriff auf Polen möglich. Und auf Grund der französisch-britischen Garantie der territorialen Integrität Polens mußte ein solcher Angriff fast sicher zu einem Krieg zwischen Hitler und den Demokratien führen. Als Chamberlain am 22. August 1939 davon erfuhr, daß die Unterzeichnung eines deutsch-sowjetischen Pakts bevorstand, setzte er sich hin und entwarf einen Brief an Hitler. In metallener Sprache warnte der Premierminister den "Führer", Seiner Majestät Regierung sei "entschlossen, alle ihr zur Verfügung stehenden Kräfte unverzüglich einzusetzen, und es ist unmöglich, das Ende einmal begonnener Feindseligkeiten abzusehen"103. Davon unbeeindruckt, belehrte Ribbentrop am folgenden Tag sein Auditorium im Kreml über britische Schwäche. Stalin hörte sich das höflich an. Dann nahm er die Pfeife aus dem Mund und versicherte Ribbentrop, daß England trotz seiner Schwäche den Krieg mit "Schläue und Entschlossenheit" führen werde¹⁰⁴. Hitler hat das törichterweise nicht geglaubt, was Stalin nichts ausmachte. Er wollte einen langen und blutigen Krieg der französisch-britischen Streitkräfte gegen Deutschland. Was er von der tschechoslowakisch-deutschen Krise nicht bekommen hatte, gedachte er sich von der polnisch-deutschen zu verschaffen.

Die sowjetische Diplomatie erlitt eine Niederlage, als man die UdSSR von der Münchner Konferenz ausschloß. Hätte das Münchner Arrangement Bestand gehabt, wäre von ihm die zerstörerische Energie des Dritten Reiches auf gefährliche Weise gegen die Sowjetunion geleitet worden. Daher das sofortige sowjetische Bemühen, Hitlers Krieg gegen Polen möglich und einen deutschen Konflikt mit dem Westen unvermeidlich zu machen. Im gegebenen Augenblick mußte ein Krieg wegen Polen bedeuten, daß zunächst Briten und Franzosen Deutschlands tödliche Schläge einzustecken hatten.

Ende August 1939 waren Deutschland, Großbritannien und Frankreich so engagiert, daß sie Krieg in einer Konstellation und zu einer Zeit führen mußten, die beide von Hitler bestimmt wurden. Stalin hingegen konnte, wie Litwinow vorhergesagt hatte, warten und abwägen. Zwar ausgeschlossen von der Münchner Konferenz, war Stalin ein Jahr später der einzige europäische Führer, der sich noch einige Handlungsfreiheit bewahrt hatte.



¹⁰² Public Record Office, London, Foreign Office N 6345/5404/G.

¹⁰³ Chamberlain an Hitler am 22. 8. 1939, in: ADAP, Serie D, Bd. 7, Baden-Baden 1956, S. 180.

¹⁰⁴ Public Record Office, London, Foreign Office 371/56016/N10157/99/12.

MANFRED KITTEL

GENESIS EINER LEGENDE

Die Diskussion um die Stalin-Noten in der Bundesrepublik 1952–1958

Die publizistische und wissenschaftliche Diskussion um die Stalin-Noten von 1952 ist auch nach der Wiedervereinigung Deutschlands 1990 nicht verstummt. Vielmehr wird die Frage, ob es Stalin ernst meinte mit seinem Angebot an die Westmächte, die besetzten deutschen Teilstaaten wieder zu vereinigen, auch heute noch vor allem im Blick auf die Politik Konrad Adenauers gestellt, der die Note vom 10. März 1952 nicht einmal habe ausloten lassen¹.

Dieser unveränderte Problemfokus ist insofern erstaunlich, als die von Adenauer forcierte Westbindung der Bundesrepublik – entgegen allen Befürchtungen der deutschlandpolitischen Fundamentalopposition – keineswegs die Wiedervereinigung verhindert hat, sondern sie – wie nun oft eingeräumt wird – wohl sogar wesentlich mit ermöglichte². Die seit Ende der fünfziger Jahre verstärkten Vorwürfe gegen Adenauers Deutschlandpolitik muten ohnehin merkwürdig an, wenn man sich anhand der Untersuchungen Gramls³ und Kiefers⁴ vergegenwärtigt, bei wie wenigen Westdeutschen der internationale Notenwechsel des Jahres 1952 den Eindruck hinterlassen hatte, es sei vom Westen eine Chance zur Wiedervereinigung vertan worden. Wie aber konnte dennoch der Slogan von den "verpaßten Gelegenheiten" entstehen, der sich doch zumindest als Frage "tief ins kollektive Unterbewußtsein einer ganzen Generation eingesenkt hat"? Ist diese Legende⁶, "1952 von der Sowjetunion ge-



¹ Vgl. den Artikel von Gottfried Niedhart in: Die Zeit vom 6.3. 1992.

² Vgl. zu dieser Frage die instruktive Einleitung in: Rainer Zitelmann, Adenauers Gegner, Erlangen/Bonn/Wien 1991.

³ Hermann Graml, Nationalstaat oder westdeutscher Teilstaat? Die sowjetischen Noten vom Jahre 1952 und die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik Deutschland, in: VfZ 25 (1977), S. 821–864.

⁴ Markus Kiefer, Die Reaktion auf die Stalin-Noten in der zeitgenössischen deutschen Publizistik. Zur Widerlegung einer Legende, in: Deutschland-Archiv 22 (1989), S. 56 ff.

⁵ Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), Die Legende von der verpaßten Gelegenheit. Die Stalin-Note vom 10. März 1952, Stuttgart/Zürich 1982, S. 13.

⁶ Die "verpaßten Gelegenheiten" für eine Legende zu halten, scheint uns im Anschluß an die Forschungsergebnisse – vgl. Graml, Die Legende von der verpaßten Gelegenheit. Zur sowjetischen Notenkampagne des Jahres 1952, in: VfZ 29 (1981), S. 307–341; sowie Peter März, Die Bundesrepublik zwischen Westintegration und Stalin-Noten. Zur deutschlandpolitischen Diskussion 1952 in der Bundesrepublik vor dem Hintergrund der westlichen und der sowjetischen Deutschlandpolitik,

zeugt", wirklich durch jenes punktuelle Ereignis von 1956 "geboren" worden, als Paul Sethe sein Buch "Zwischen Bonn und Moskau" veröffentlichte? War das publizistische Echo des Setheschen Bändchens wirklich so stark, daß es diese These untermauern könnte? Erlebte die Legende in der berühmten Nachtdebatte des Deutschen Bundestages vom Januar 1958 - wie Graml meint - schon eine "Wiedergeburt" oder setzt die Legendenbildung nicht erst hier - unter den ins Negative gewandelten deutschlandpolitischen Rahmenbedingungen - in ihrer vollen Stärke ein?

I.

Nach Analyse der öffentlichen Meinung des Jahres 1952 wird man mit Graml gelten lassen dürfen, "daß die Politik Adenauers eine sehr breite Basis in der Bevölkerung besaß"8, obschon die Motive der Zustimmung oder wenigstens der Tolerierung recht unterschiedlich waren. In der größeren und kleineren Provinzpresse, die "konstant die Auffassungen des Kanzlers" vertrat⁹, beherrschte tiefes Mißtrauen gegenüber Sowjetrußland die Reaktion. Die Abneigung, sich durch ein bloßes Täuschungsmanöver von der sicheren Straße in die EVG und in die wirtschaftliche Westintegration weglokken zu lassen und durch eine Neutralisierung Deutschlands die Gefahr eines kommunistischen Putsches nach "Prager Rezept" heraufzubeschwören, führte freilich auch in Teilen der überregionalen Presse von Anfang an die Feder der Kommentatoren. Eine breite Akzeptanz der Adenauerschen Notenpolitik ergibt sich vor allem dann, wenn man zu den prinzipiellen publizistischen Befürwortern seines Westkurses noch jene Kräfte hinzuaddiert, die von einer möglichst raschen Rückkehr zur deutschen Großmachtpolitik zwar träumten, aber - in der Erkenntnis, "daß die Deutschen zur Wiederherstellung ihrer alten Position nicht allein in der Lage seien", sondern Verbündete benötigten - die EVG-Pläne unterstützten¹⁰.

Sämtliche FDP-Bundesminister – der für das Justizressort zuständige Thomas Dehler eingeschlossen – lehnten das sowjetische Angebot als Störmanöver ab¹¹. Lediglich vereinzelt und vor allem beim liberal-demokratischen Flügel, wo nach dem Krieg ohnehin eine "Wiedervereinigung hin zu neuen nationalen Formen"12 jenseits des Bismarck-Reichs favorisiert wurde, sah man in der Note eine Chance, gesamtdeutsche Verhandlungen in Gang zu setzen. In der Bundespartei konnten sich jedoch die Positionen der südwestdeutschen Freidemokraten, vertreten in erster Linie durch den



Frankfurt/Bonn 1982 - plausibel zu sein, die den Alibi-Charakter der sowjetischen Initiativen überzeugend herausgearbeitet haben.

Graml, Die Legende, S. 341.

⁸ Graml, Nationalstaat, S. 849.

⁹ Ebenda.

¹¹ Sebastian J. Glatzeder, Die Deutschlandpolitik der FDP in der Ära Adenauer: Konzeptionen in Entstehung und Praxis, Baden-Baden 1980, S. 57.

¹² März, Stalin-Noten, S. 253.

Ministerpräsidenten der baden-württembergischen SPD/FDP-Koalition, Reinhold Maier, und den Bundestagsabgeordneten Karl Georg Pfleiderer, nicht durchsetzen. Ein Dilemma kennzeichnete auch die Haltung der Sozialdemokratie, die sich zwar aus Furcht vor einem kapitalistisch bestimmten Westeuropa gerade mit der Neutralisierungsidee anzufreunden begann, an der Reihenfolge der in Deutschland zu schaffenden Tatsachen indes "unverrückbar" festhielt und noch im August darauf bestand, "daß Tatsache Nummer 1 die Schaffung der Voraussetzungen für freie Wahlen zu sein habe"¹³.

Und selbst Paul Sethe war während des Notenwechsels "skeptischer, schwankender und Adenauer in manchen Punkten näher, als es ihm später in der Erinnerung erschien"¹⁴. Auf welch dünnem Boden sich jede konzeptionsimmanente, ebenfalls an dem Ziel eines garantiert freiheitlich-demokratischen Gesamtdeutschlands orientierte Kritik der Politik Adenauers bewegte, demonstrierte nämlich kaum ein anderer so eindrucksvoll wie der FAZ-Redakteur. Sethe forderte ein wiedervereinigtes Deutschland, an einer europäischen Armee beteiligt (um die Furcht Frankreichs vor einer deutschen Nationalarmee zu zerstreuen), das aber wiederum militärisch nicht übermäßig stark sein sollte (um die Sowjetunion überhaupt für den Vorschlag gewinnen zu können)¹⁵. Im Grunde wollte er also "eine damals wirklich nicht erreichbare Verbindung von westlichem Bündnis und Neutralisierung"¹⁶.

Der Zwang, es allen recht machen zu müssen, kam unter dem Vorzeichen der unvereinbaren Ansprüche der Gegner im Kalten Krieg letztlich dem verzweifelten Versuch gleich, einen Ausweg aus der Quadratur des Kreises herbeizukonstruieren. Die einzige, in sich logische Alternative hatte denn auch ein Herunterspielen des Ost-West-Konflikts zur Voraussetzung. Dieser gleichfalls nicht unproblematischen Methode bediente sich Gustav Heinemann, seit November 1951 Vorsitzender einer "Notgemeinschaft für den Frieden Europas", die er nach seinem Ausscheiden aus dem Kabinett Adenauers gegründet hatte. Die Notgemeinschaft bot verschiedensten Neutralisten aus evangelischen Kreisen, linkskatholischen Sozialreformern, "versprengten Bürgerlichen", ehemaligen Weltkriegsteilnehmern und völkisch-nationalen Relikten eine organisatorische Plattform¹⁷.

Dabei frappierte, wie rasch Heinemann die Stalin-Note für bare Münze nahm, ohne ihren Inhalt einer kritischen Prüfung zu unterziehen. Ebenso bezeichnend für seine Vertrauensseligkeit in eine – doch im selben Gedankengang als totalitär bezeichnete – UdSSR war der Optimismus bezüglich freier Wahlen. Würde der Westen nur auf die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik verzichten, so mußte sich – das war Heine-



¹³ Vgl. Graml, Nationalstaat, S. 859 f., sowie März, Stalin-Noten, S. 260 ff.

¹⁴ Graml, Nationalstaat, S. 859.

¹⁵ Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 3.4. 1952.

¹⁶ März, Stalin-Noten, S. 388.

Peter Molt, Die neutralistische Opposition. Bedingungen und Voraussetzungen der neutralistischen Opposition in der Bundesrepublik und vor allem der Gesamtdeutschen Volkspartei 1949 – 1954, Heidelberg 1955, S. 67.

manns feste Überzeugung – "das totalitäre System des Ostens" im Gegenzug freien Wahlen stellen¹⁸. Mit dieser Ansicht stand Heinemann aber gegen den breiten Strom der veröffentlichten Meinung, die den Kurs des Kanzlers akzeptierte oder ihn zumindest doch tolerierte bzw. in Ermangelung eines Gegenkonzepts nolens volens hinnehmen mußte.

Auch innerhalb der Kirchen regte sich nur wenig Widerstand. Einen u. a. von Heinemann unterstützten Antrag, "angesichts der sowjetischen Initiative in der Deutschlandfrage aktiv zu werden"¹⁹, lehnte der Rat der EKD ab, und aus der katholischen Kirche kam sogar immer wieder öffentliche Zustimmung zum Kurs des Kanzlers. Die Opposition gegen die Regierungspolitik reduzierte sich somit streng genommen auf den Kern der neutralistischen Gruppen um Heinemann, dem vorbehaltlose publizistische Schützenhilfe eigentlich nur durch den 'Spiegel' und einige regionale Tageszeitungen zuteil wurde²⁰.

Eine Ironie der Geschichte will es, daß bei den Aktionen gegen die Notgemeinschaft ausgerechnet die an der späteren Legendenbildung maßgeblich beteiligte "FDP (...) (im Verein mit dem "Stoßtrupp gegen bolschewistische Zersetzung" und dem "Bund deutscher Jugend") voran" ging²¹. Die "Notgemeinschaft (...) der Niemöller – Heinemann – Wessel", so hieß es in einem Flugblatt der Freien Demokraten, "besorgt die Geschäfte der Todfeinde von Freiheit und Demokratie", weil sie "von östlicher Friedensliebe redet und darüber den "Unpolitischen" ... die Augen vor den gewaltigsten Rüstungsanstrengungen der Welt zu verschließen versucht"²². Dementsprechend enthielt sich die FDP bei der anstehenden Bundestagsdebatte über die Stalin-Noten jeder substantiellen Kritik am Kurs Adenauers, sondern warnte eindringlich davor, "auf einen sowjetischen Pfiff hin die Politik aufzugeben, die zu der jetzigen Situation geführt hat"²³. Überhaupt wird man die "kärgliche parlamentarische Behandlung des sowjetischen Schritts"²⁴ – in einer einzigen Sitzung beschäftigte sich das Hohe Haus ausschließlich mit dem Angebot Stalins – als bezeichnend für die gesamte Reaktion der westdeutschen Öffentlichkeit ansprechen dürfen.

II.

Risse in dem auf westliche Einheit gegründeten Fundament Adenauerscher Außenpolitik zeigten sich bald nach Stalins Tod mit der Rede, die der britische Premierminister Winston Churchill am 11. Mai 1953 vor dem Unterhaus hielt²⁵. Anknüpfend an die

²⁵ Vgl. Konrad Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, Stuttgart 1965, S. 204 f. und S. 210 ff. sowie Archiv der Gegenwart (AdG) 23 (1953), S. 3992.



¹⁸ FAZ vom 13.3. 1952.

¹⁹ Diether Koch, Heinemann und die Deutschlandfrage, München 1972, S. 321.

²⁰ Ebenda, S. 325, bes. Anm. 99.

²¹ Ebenda, S. 326.

²² Ebenda.

²³ Graml, Nationalstaat, S. 861.

²⁴ Ebenda.

Reihe freundlicher Gesten der neuen sowjetischen Regierung distanzierte sich der britische Regierungschef von einer "Politik des Alles oder Nichts", plädierte für eine Konferenz der "Großen Drei" im Stile von Jalta und Potsdam und warf die Idee einer Art neuen Locarno-Vertrages für Mitteleuropa unter Berücksichtigung des sowjetischen Sicherheitsinteresses in die Debatte.

Erstmals tauchten nun in der deutschlandpolitischen Argumentation – bereits nach einem guten Jahr in der Erinnerung leicht verklärt – die Stalin-Noten vom Frühjahr 1952 wieder auf. Nachdem der Westen das sowjetische Angebot, "nämlich Freigabe der Sowjetzone gegen eine wie immer geartete Neutralisierung Deutschlands als Verhandlungsgrundlage abgelehnt" hätte, wäre es Aufgabe der westlichen Staatsmänner, "eine andere bessere Formel zu finden". Denn die Bedingung, "der Kreml solle sich mit einer Einbeziehung Mittel- und Ostdeutschlands in das westliche Verteidigungssystem a priori einverstanden erklären", böte – so die "Süddeutsche Zeitung" – keine realistische Chance zu einer Lösung der deutschen Frage²⁶.

Die Sowjetunion hatte nach dieser Lesart der Dinge ihr deutschlandpolitisches Soll vermittels der Stalin-Noten fürs erste erfüllt und ihre prinzipielle Bereitschaft zur Wiedervereinigung signalisiert, während man im Westen gewissermaßen den Geist, der die Wiedervereinigung stets verneint, am Werke wähnte. Paul Sethe bezeichnete die Märznote – und nicht Stalins Tod – als die "entscheidende Wandlung in der russischen Diplomatie", da sich Rußland damals bereit erklärt habe, "unter gewissen Bedingungen (...) einen Teil seiner Eroberungen, nämlich Mitteldeutschland, wieder herauszugeben "27. Freilich kennzeichnet es das Meinungsklima des Frühjahrs 1953, daß selbst Paul Sethe, unmittelbar nach der Churchill-Rede noch "Zwischen Furcht und Hoffnung "28 schwankend, die neuerliche sowjetische Ablehnung eines Gesprächs über den österreichischen Friedensvertrag als einen "Schritt zurück" 29 empfand und zu der Erkenntnis gelangte, die Geschehnisse seit Malenkows Amtsantritt bedeuten "nichts als eine sanftere Tonart".

Der Volksaufstand in der DDR sollte diese Skepsis mehr als bestätigen. In der "moralischen Vernichtung" des SED-Regimes durch die "Revolution"³⁰ des 17. Juni 1953 sah man aber auch allgemein den Beweis, daß die Einheit Deutschlands eine "historische Notwendigkeit" sei und demzufolge "die wichtigste Etappe in der weiteren (welt)politischen Entwicklung" sein müsse³¹. Wie breit der Konsens hinsichtlich der durch den 17. Juni entstandenen neuen Möglichkeiten zur Wiedervereinigung fürs erste war, verdeutlichte schon eine Forderung wie die des sonstigen deutschlandpolitischen Gegenspielers Sethes in der FAZ-Redaktion, Hans Baumgarten: "Jetzt heißt es handeln."³²



²⁶ SZ vom 15.5. 1953.

²⁷ FAZ vom 29.5. 1953.

²⁸ Ebenda.

²⁹ FAZ vom 13, 5, 1953.

³⁰ Die Zeit vom 25.6. 1953.

³¹ Ebenda.

³² FAZ vom 22.6. 1953.

360

Der ohnehin kräftige Antikommunismus der Deutschen erhielt nun so viel neue Nahrung, daß die nach dem 17. Juni doch wohl naheliegende Frage nach der Glaubwürdigkeit der amerikanischen "roll-back"-Politik überhaupt nicht erst aufkommen konnte. Anders ist die Festigung der Stellung Adenauers durch den Juni-Aufstand kaum zu erklären. Klage, wie sie später, nach dem 13. August 1961, über die Passivität der Westmächte zu hören war, wurde in der Konstellation des Sommers 1953 also nicht geführt³³. Schien die Position der Sowjets nicht bereits erheblich geschwächt, und mußte der Westen nicht ganz einfach noch stärker werden, damit ihm die Wiedervereinigung wie eine reife Frucht in den Schoß fiel? Gegen diese in der Öffentlichkeit verbreitete Grundstimmung vermochte die kleine Gruppe der deutschlandpolitischen Fundamentalopposition nicht aufzukommen³⁴. Der russischen Seite zugute zu halten, wie Heinemann dies tat, daß sie "in dem Einsatz ihrer militärischen Machtmittel Gottseidank nicht so weit ging, als man angesichts der (...) drastischen Attacken der Volksmassen befürchten mußte"35, war angesichts der allgemeinen Empörung über die kommunistischen Diktatoren und die Opfer unter der mitteldeutschen Bevölkerung nachgerade politischer Selbstmord³⁶.

III.

Ob die Legende von den verpaßten Gelegenheiten, an der 1952 bis 1954 vornehmlich Heinemann und nur mit Einschränkungen Sethe und Augstein woben, schon ins Bewußtsein einer breiteren Öffentlichkeit vorgedrungen war, sollte sich in der ersten Hälfte des Jahres 1955 erweisen. Denn die deutschlandpolitische Diskussion dieser Monate hat die Grundsatzpositionen und -argumentationen der journalistischen und politischen Akteure in der Bundesrepublik noch einmal wie in einem Brennspiegel zusammengefaßt und bedeutete eine in manchem mit der Konstellation von 1952/53 vergleichbare nationale Entscheidungssituation.

War Moskau schon vor der Unterzeichnung des Deutschland- und EVG-Vertrags im Frühjahr 1952 propagandistisch initiativ geworden, so nutzte die Sowjetregierung nun die Wochen vor der Ratifizierung der Pariser Verträge durch den Bundestag, um erneut mit der Wiedervereinigung zu winken und die Westintegration in letzter Minute ins Wanken zu bringen. In einer TASS-Erklärung deutete sie am 15. Januar 1955 vage die Bereitschaft an, freie gesamtdeutsche Wahlen international kontrollieren zu



³³ Entgegen einer These Wilfried Loths, Die Teilung der Welt. Geschichte des Kalten Krieges 1941–1955, München 1980, S. 302, wonach die "westliche Untätigkeit" am 17. Juni die Glaubwürdigkeit der Politik der Befreiung erschüttert habe.

³⁴ Dies gilt auch für "Jens Daniel", der trotz des 17. Juni eine Fortsetzung der Malenkowschen "Friedensoffensive" für möglich hielt und erneut der "verbissenen, starrlinigen Integrationspolitik" Adenauers sowie der amerikanischen Deutschlandpolitik Schuld am Ausbleiben der Wiedervereinigung gab. In: Der Spiegel vom 24.6. 1953.

³⁵ Koch, Heinemann, S. 405.

³⁶ Vgl. die Kritik am "Genossen Heinemann", in: Die Zeit vom 3.9. 1953.

lassen und die Beziehungen zu Bonn – neben den bestehenden guten Beziehungen zur DDR – zu normalisieren. In Anlehnung an die Diktion der noch embryonalen Stalin-Noten-Legende sprach die Sowjetunion von "ungenutzten Möglichkeiten zur Wiedervereinigung" und bot Verhandlungen über die Wiederherstellung Deutschlands "als Großmacht" an³⁷, wenn nur die Ratifikation der Verträge ausgesetzt würde. Zehn Tage später erklärte Moskau den Kriegszustand zwischen der UdSSR und Deutschland für beendet und goß damit noch mehr Öl ins Feuer der nationalen Leidenschaften.

Wie hoch diese aber zu Beginn des Jahres 1955 wirklich loderten, ist strittig³⁸. Im wesentlichen hatten die Avancen des Kreml nur einige der bekannten Gegner Adenauers auf den Plan gerufen, wenngleich sich diese Opposition nun in Form der "Paulskirchenbewegung" schärfer konturierte. Erstmals kam es zu einem Aktionsbündnis zwischen linksintellektuellen Kreisen des Protestantismus um Heinemann, Niemöller und Gollwitzer, Teilen der Gewerkschaften und der deutschen Sozialdemokratie, die sich freilich nur "halbherzig", unter dem Druck ihres pazifistischen Flügels, darauf einließ³⁹. In einem "Deutschen Manifest" postulierte die "Paulskirche" den Vorrang einer Viermächte-Vereinbarung zur Wiedervereinigung vor der militärischen Blockbildung, ohne jedoch mit ihrer geplanten Volksbewegung für die Einheit Deutschlands und gegen die Wiederaufrüstung auf eine größere Resonanz in der breiten Bevölkerung zu stoßen.

Ein Spiegelbild dessen bot die Reaktion der westdeutschen Presse. Sie zeigte sich von den "ungenutzten Möglichkeiten" zur Wiedervereinigung weitgehend unbeeindruckt, erkannte zwar "mehr Honig im Moskauer Leim", warnte aber nachdrücklich vor einer Preisgabe der Pariser Verträge⁴⁰. Daß es jetzt zu spät wäre, den Richtung Westintegration fahrenden Zug noch aufzuhalten, schien auch das Ergebnis der Überlegungen zu sein, zu denen Paul Sethe in diesen Wochen kam. Weil 1952 "nicht verhandelt worden" sei, bewege sich "die russische Politik (seitdem) immer mehr (...) auf einen anderen Ausgleich mit dem Westen" zu⁴¹. Voller Verbitterung kommentierte Sethe britische und niederländische Stimmen über das vermeintliche "Glück" der deutschen Teilung und das – nur den Frieden störende – Streben der Deutschen nach Wiedervereinigung mit den Worten: "Wir stehen allein."⁴² Im übrigen sah Sethe nicht nur "die Nation (...) vor schweren Rätseln", sondern wohl auch sich selbst, weshalb er bemerkenswert zurückhaltend agierte und sich skeptisch in die Reihen "all der Millio-



VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

³⁷ Vgl. Andreas Hillgruber, Deutsche Geschichte 1945–1972. Die ,deutsche Frage' in der Weltpolitik, Stuttgart 1974, S. 67.

Während Koch, Heinemann, S. 443, die Opposition gegen Adenauer als "kräftiger und umfassender als in den Jahren vorher" bezeichnet, betont Hans-Peter Schwarz, Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949–1957, Stuttgart/Wiesbaden 1981, S. 260f., wie bescheiden die Wirkung der Paulskirchenbewegung geblieben sei.

³⁹ Schwarz, Gründerjahre, S. 260.

⁴⁰ Die Zeit vom 20.1.1955.

⁴¹ FAZ vom 5.1.1955.

⁴² FAZ vom 15. 1. 1955. Vgl. hierzu auch Stirome der Gemeinde (SdG) vom 1. 2. 1955.

nen" einordnete, die nach dem Abschluß der Militärbündnisse auf die "Erfüllung" ihrer Wiedervereinigungshoffnungen warteten⁴³.

Fundamentale Kritik an der Deutschlandpolitik Adenauers, zumal unter Hinweis auf deren Versäumnisse von 1952, kam, von den Kommunisten abgesehen, einmal mehr lediglich aus dem Lager Heinemanns. In welchem Maße dabei der nationale Wunsch manchmal zum Vater des deutschlandpolitischen Gedankens wurde, dokumentierte ein Aufsatz in der 'Gesamtdeutschen Rundschau', dem Organ der GVP, in dem es hieß, die Sowjetunion habe Deutschland 1952 "eine eigene und unbeschränkte Regierungsgewalt im Innern und Handlungsfreiheit nach außen" gewähren wollen und diesen Vorschlag für die Wiedervereinigung "bis heute uneingeschränkt aufrechterhalten"⁴⁴.

Überhaupt schien die nationalpolitische Unruhe im deutschen Protestantismus am größten⁴⁵. Das "Sonntagsblatt" des Hamburger Bischofs Hanns Lilje – nicht gerade im Rufe eines radikalen Adenauer-Kritikers stehend – fand es wichtig, "die sowjetischen Absichten diesmal besser als im Jahre 1952 (...) zu erkunden"⁴⁶. Für "Christ und Welt" war diese Stimmung im Protestantismus Grund genug, im Blick auf eine ungewisse Zukunft schon deutschlandpolitische Dämme zu errichten. Den hochgespannten Wiedervereinigungshoffnungen, die die Regierungssprecher "unter dem Druck der Opposition" im Bundestag erweckt hätten, setzte das Blatt – in Sorge um die langfristige politische Orientierung seiner Klientel – "die bittere Realität" entgegen, daß "keine Anzeichen für ein Moskauer Ja zur Wiedervereinigung in Freiheit" vorhanden seien⁴⁷.

Aufs Ganze gesehen verlief die Ratifizierungsdiskussion jedoch weniger dramatisch als 1952. Der Widerstand der SPD war noch gemäßigter als früher, ihr kurzer Ausflug in die Gefilde der außerparlamentarischen Paulskirchen-Opposition blieb Episode, da sich die SPD-Abgeordneten rasch für die Rückkehr in den Bundestag entschieden und auch dem DGB von einem politischen Generalstreik gegen die Verträge abrieten⁴⁸. Infolgedessen brachte Adenauer die Pariser Verträge mit einer komfortablen Mehrheit von 324 zu 151 Stimmen durch das Parlament. Erheblich mehr Verdruß bereitete ihm schon die Ratifizierung des Saar-Statuts – mit 264 gegen 201 Stimmen der SPD und FDP –, weil dabei tiefe Risse zwischen der Union und ihrem, zunehmend national auftretenden Koalitionspartner FDP zutage traten.



⁴³ FAZ vom 5. 1. 1955. Ähnlich sorgenvoll blickte der Spiegel in die Zukunft, ohne allerdings den Eindruck zu vermitteln, als gebe es derzeit eine echte Chance zur Wiedervereinigung; taktische Überlegungen schienen das Blatt vielmehr zu leiten, wenn es forderte, Molotow könne und solle "gezwungen werden (...), das Wasser auszukippen, das er sorgsam aufbereitet, seine Hände in Unschuld zu waschen". In: Der Spiegel vom 26. 1. 1955.

⁴⁴ Konsul Dr. Erwin Respondek in der Gesamtdeutschen Rundschau (GR) vom 18.2. 1955.

Dementsprechend heftig fiel die Kritik des evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU an der Paulskirchenbewegung aus, die als Symptom für eine offene Krise in der evangelischen Kirche bezeichnet wurde. Vgl. Koch, Heinemann, S. 488.

⁴⁶ Sonntagsblatt vom 6.2, 1955.

⁴⁷ CuW vom 3.3. 1955.

⁴⁸ Koch, Heinemann, S. 448.

IV.

Mit der deutschlandpolitischen Entfremdung zwischen CDU/CSU und FDP beginnt ein zentrales Kapitel in der Entstehungsgeschichte der Stalin-Noten-Legende. Schon Anfang Dezember 1954 schrieb Thomas Dehler an Heinemann: "Ich bin mit Ihnen der Meinung, daß die Chance, die in der Note vom 10. März lag, nicht genützt worden ist. "49 Dehler, 1952 ein leidenschaftlicher Vertreter der Regierungspolitik und ein offener Bewunderer des "einzigen, wirklichen großen Staatsmannes" Adenauer⁵⁰, hatte nach den Bundestagswahlen von 1953 nicht wieder Bundesjustizminister werden können, da sich seine Parteifreunde Theodor Heuss und der Präsident des Bundesverfassungsgerichtes Höpker-Aschoff dagegen zur Wehr setzten. Als Adenauer, der Dehler eigentlich wieder in sein Kabinett hatte berufen wollen, der Widerstände innewurde, die aus der Partei des Freien Demokraten selbst, aber auch aus Kreisen der Gewerkschaften kamen, ließ er ihn fallen. Diese Behandlung kränkte Dehler tief und "machte in der Folge aus dem glühenden Bewunderer Adenauerscher Außenpolitik einen tief enttäuschten, verbitterten Gegner"51.

Daß die FDP den Justizminister a. D. Dehler mit dem Vorsitz der Bundestagsfraktion, und im Frühjahr 1954 auch dem der Bundespartei, zu entschädigen suchte, war indes mehr als ein Trostpflaster, hatte darüber hinaus eine strategische Funktion: Nach dem enttäuschenden Ausgang der Bundestagswahl 1953, die die FDP im großen Schatten Adenauers hatte führen - und verlieren - müssen (Stimmenrückgang von 11.9% anno 1949 auf 9,5% anno 1953), sollte nun Thomas Dehler der Partei "insbesondere auf dem Gebiet der Außen- und Deutschlandpolitik ein neues Profil (...) geben"52 und für den nötigen, wählerwirksamen Abstand zum Kurs der Union sorgen. Dehlers Wahl war zudem das Ergebnis eines Kompromisses im Richtungskampf zwischen den "extrem liberal eingestellten Kräften"53 des deutschen Südwestens und der Hansestädte und den eher deutschnational gesinnten Landesverbänden Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Dehler schien beide Strömungen der FDP integrieren zu können. Als Liberaler aus dem traditionell reichstreuen Franken war er auch dem eher deutschnationalen Lager vermittelbar. Seine Wahl zum Bundesvorsitzenden erledigte indes die Gegensätze nicht, "sondern sammelte sie in der Zentrale der FDP, in der Brust dieses einen Mannes, von dem sie in die Partei zurückstrahlten. Dort der europäische Enthusiast Dehler, hier der stramm nationale Protestant in Sachen Saar. "54



VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

⁴⁹ Ebenda, S. 444.

⁵⁰ Vgl. Erich Mende, Die FDP. Daten – Fakten – Hintergründe, Stuttgart 1972, S. 86.

⁵¹ Schwarz, Gründerjahre, S. 177.

⁵² Glatzeder, Deutschlandpolitik der FDP, S. 76; vgl. auch Jörg Michael Gutscher, Die Entwicklung der FDP von ihren Anfängen bis 1961, Meisenheim am Glan 1967, S. 168.

⁵³ So sah sie jedenfalls Konrad Adenauer, in: Erinnerungen 1955-1959, Stuttgart 1967, S. 65.

Welt am Sonntag vom 4.12. 1955; anders als die Zeitung vermutete, gehörte Dehler der katholischen Konfession an.

Die Zuspitzung der Saar-Frage nach der Unterzeichnung der Pariser Verträge kam für die FDP wie gerufen. Das im Saar-Statut vorgesehene Verbot ieder von außen kommenden Hilfe für politische Parteien und Vereinigungen an der Saar⁵⁵ eignete sich vorzüglich, um der nationalistischen Empörung über die französische - und Adenauersche - Saar-Politik die Entrüstung der liberalen Demokraten hinzuzufügen und dadurch die divergierenden Strömungen in der FDP wenigstens zeitweise wieder zusammenzuführen. Nun wurde offensichtlich, daß die Wahl Dehlers zum Bundesvorsitzenden die "Institutionalisierung eines permanenten Konflikts mit der CDU/ CSU⁴⁵⁶ bedeutete. Der "Rheinische Merkur" irrte, wenn er Dehler während der Saar-Debatte "urplötzlich" von "nationalistischen Furien" getrieben sah, denn die "Eruption"57 des FDP-Chefs hatte zweifelsohne Methode. Dehlers "Nein" zum Saar-Statut. das - wie er befürchtete - ein "zweites Luxemburg"58 aus diesem Teil Deutschlands machte, trug bereits eine deutliche persönliche Spitze gegen die "einsamen" außenpolitischen Entschlüsse des Bundeskanzlers⁵⁹. Auch in der wiedervereinigungspolitischen Diskussion des beginnenden Jahres 1955 erweckte die FDP zunehmend den Anschein, sich Rückzugspositionen aus der noch gemeinsamen Linie offenhalten zu wollen. Landesvorsitzende von beiden FDP-Flügeln sahen in den Moskauer Januar-Vorschlägen eine "einmalige Chance"60, und Thomas Dehler bezeichnete die Stalin-Noten immer mahnender als eine "nicht genützte" Möglichkeit, um schließlich dann doch wieder für die Westverträge einzutreten, weil "die Weltgeschichte" 1954 eben anders aussehe als 195261.

V.

Schon bald nach der endgültigen Ratifizierung der Westverträge⁶² – und noch vor ihrem Inkrafttreten am 5. Mai 1955 – setzte Tauwetter in den lange so frostigen Ost-West-Beziehungen ein. Es schien, als hätten die Großmächte nur darauf gewartet, bis mit der Ratifizierung vollendete Tatsachen geschaffen waren. Am Horizont tauchte nun die Möglichkeit einer Gipfelkonferenz der vier Siegermächte auf⁶³, und endlich gab die Sowjetregierung auch zu verstehen, daß sie um den Preis einer dauernden Neutralisierung Österreichs ihre Besatzungstruppen aus dem Osten des Landes abziehen würde. Da ein sowjetisches Einlenken in der Österreich-Frage gerade von den Anhän-



⁵⁵ Näheres hierzu bei Schwarz, Gründerjahre, S. 254f. und S. 261.

⁵⁶ Vgl. Glatzeder, Deutschlandpolitik der FDP, S. 67.

⁵⁷ RM vom 4.3. 1955.

⁵⁸ FAZ vom 28. 2. 1955.

⁵⁹ GR vom 4.3, 1955.

⁶⁰ RM vom 28.1, 1955.

⁶¹ Koch, Heinemann, S. 444, Anm. 33.

⁶² Am 27.3. 1955 hatten sie mit der Zustimmung des französischen Rates der Republik die letzten Hürden genommen.

⁶³ Vgl. Loth, Teilung der Welt, S. 330.

gern der Politik Adenauers immer als ein Prüfstein für den guten Willen der UdSSR genannt worden war, mußte dieser Vorgang auch die westdeutsche Bevölkerung stark beeindrucken.

Die ,Neue Zürcher Zeitung' notierte besorgt einen bevorstehenden Wechsel im Klima der öffentlichen Diskussion in der Bundesrepublik. Diese werde vermittels der sowjetisch-österreichischen Vereinbarungen "mit dem Begriff der Neutralität vertraut" gemacht, so daß Österreich "in Zukunft ein Beispiel" bilde⁶⁴. "Zum ersten Mal", so empfand es jedenfalls die 'Süddeutsche Zeitung', "begegnet Adenauer Unglauben". Jeder spüre, daß sich die Politik der Stärke, die Westunion und die deutsche Einheit nicht zusammenreimen ließen⁶⁵ und daß Bündnislosigkeit nicht unter allen Umständen so viel wie Schaukelpolitik bedeuten müsse⁶⁶.

Mal positiv, mal negativ konnotiert, geisterte die Idee der Bündnislosigkeit in den folgenden Wochen durch den deutschen Blätterwald. Die Wiedervereinigung Deutschlands mit dessen Neutralität zu bezahlen, wurde nach wie vor abgelehnt. Jedoch setzte eine Tendenz ein, im Gefolge der Österreich-Lösung zwischen Neutralisierung und Bündnislosigkeit zu unterscheiden und in letzterer zunehmend "Trümpfe für eine dritte Lösung" zu sehen⁶⁷. Die FDP kam der verbreiteten Stimmung entgegen, ja heizte sie weiter an, indem Dehler ein neues außenpolitisches Programm seiner Partei als "dritte Lösung" zwischen der sozialdemokratischen Neutralisierungskonzeption und der CDU/CSU-Politik der "einseitigen Westbindung"⁶⁸ ankündigte. "Die Sonne Österreichs"⁶⁹ fiel auf Europa, und halb Deutschland schien auf der Suche nach dritten Wegen⁷⁰; denn die zeitliche Parallelität zwischen der Wiedervereinigung Österreichs und der Fixierung der bundesdeutschen Westbindung durch die Pariser Verträge brachte den Deutschen die Teilung des Vaterlandes um so schmerzlicher zu Bewußtsein.

Der Jubel über die "neue Teilfreiheit"⁷¹ hielt sich nach dem Inkrafttreten der Westverträge am 5. Mai 1955 folglich in Grenzen. "Bonn ist souverän – Deutschland bleibt gespalten", hieß es etwa in der Vertriebenenpresse. Um die Ernsthaftigkeit einer "bündnisfreien" Lösung für Deutschland zu dokumentieren, berief sich die "Sudetendeutsche Zeitung' ähnlich wie das "Sonntagsblatt' auf eine Äußerung Eugen Gerstenmaiers. Dieser führende Repräsentant der Evangelischen in der Union und Präsident des Deutschen Bundestages hatte zwischen Neutralisierung und Bündnislosigkeit differenziert und die Bündnislosigkeit für diskutabel erklärt⁷². Adenauer hingegen distanzierte sich "in schärfster Weise" von dritten Lösungen, bei denen die Bündnislosigkeit ein wich-



⁶⁴ Neue Zürcher Zeitung vom 22. 4. 1955; zit. nach AdG 25 (1955), S. 5127.

⁶⁵ SZ vom 27.4.1955.

⁶⁶ Ebenda.

⁶⁷ Sonntagsblatt vom 1, 5, 1955.

⁶⁸ Glatzeder, Deutschlandpolitik der FDP, S. 70.

⁶⁹ Sudetendeutsche Zeitung (SudZ) vom 14.5. 1955.

⁷⁰ Vgl. auch FAZ vom 25.4. 1955.

⁷¹ SudZ vom 7. 5. 1955.

⁷² Ebenda.

tiger Bestandteil sein sollte⁷³. Bündnislosigkeit, Neutralisierung und Abdriften in die sowjetrussische Einflußsphäre waren für ihn synonym.

Nimmt man zu der aufkeimenden Skepsis in den Reihen der FDP, der Vertriebenen und des Protestantismus den verstärkten Eifer hinzu, mit dem die alten Kontrahenten des Adenauer-Kurses jetzt ans Werk gingen, so markieren Österreich und die Folgen den Beginn einer durchaus relevanten Verschiebung des deutschlandpolitischen Kräfteparallelogramms in der Bundesrepublik. "Wir werden erkennen müssen", meldete sich der 'Spiegel' zu Wort, "daß wir nicht beides haben können, nicht das amerikanische Bündnis und die Wiedervereinigung zugleich, sondern, bestenfalls, entweder das eine oder das andere"⁷⁴.

Daß die Russen die freien Wahlen gar nicht wollen, schien nun auch Sethe als ein "Schlagwort" entlarvt, dessen "stetige Wiederholung" man sich hätte sparen können, weil "die Deutschen die russische Bedingung, nämlich den Verzicht auf die amerikanische Militärallianz", eben auch nicht akzeptierten⁷⁵. Der Bundesrepublikaner, begründete Sethe den Triumph Adenauers und der CDU bei den mitten in dieser Debatte stattfindenden niedersächsischen Landtagswahlen, fühle sich geborgen "unter den Fittichen des amerikanischen Adlers" und wolle im Gegensatz zum Österreicher keine Neutralität.

VI.

Für eine weitere Bestandsaufnahme der Legende von den verpaßten Gelegenheiten eignet sich die Station zwischen der Bonner Souveränitätserklärung (6.5. 1955) und der Genfer Gipfelkonferenz der Siegermächte Ende Juli 1955. Denn das in Genf aufgeschlagene neue Kapitel in den Ost-West-Beziehungen sollte auch Folgen für die Deutschland- und Außenpolitik der Bundesrepublik zeitigen, wie sie in den Wochen vorher allenfalls erahnt werden konnten, über die man sich freilich ebenso noch hinwegzutäuschen vermochte, weil der unerwartete sowjetische Vorschlag zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Moskau vom 7. Juni 1955 – verbunden mit einer Einladung Adenauers in die UdSSR⁷⁷ – noch einmal als "großer Erfolg des Kanzlers" gewertet werden konnte⁷⁸. Hatte sich die Prophezeiung Adenauers nicht bewahrheitet, daß es gerade nach der Westintegration Chancen für ernsthafte Gespräche mit dem Kreml geben werde⁷⁹? An kritischen Tönen aus den vordersten Reihen der Anti-Adenauer-Fronde fehlte es dennoch nicht, wobei die zunehmende Verzweiflung



⁷³ Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 68.

⁷⁴ Der Spiegel vom 27.4. 1955.

⁷⁵ FAZ vom 2.5. 1955.

⁷⁶ FAZ vom 26.4. 1955.

⁷⁷ Vgl. Dokumente zur Deutschlandpolitik, hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, III. Reihe, Band 1, 1955, Bonn/Berlin 1961, S. 76 ff. (künftig: Dokumente).

⁷⁸ Sonntagsblatt vom 19.6. 1955.

⁷⁹ So Hans Baumgarten in der FAZ vom 10. 6. 1955.

Paul Sethes hierbei besonders ins Gewicht fiel. Sethe fürchtete, daß "eines Tages ein westdeutscher Botschafter neben einem mitteldeutschen in Moskau" akkreditiert würde. Da man aber dann "die Fahnen der deutschen Einheit auf Halbmast" setzen müßte, riet Sethe für den Augenblick von deutsch-sowjetischen Gesprächen ganz ab⁸⁰.

Der "Spiegel" – nach Selbsteinschätzung das Sprachrohr "der Mehrheit der denkenden Menschen in diesem Land"81 - wollte nur "dem Taxifahrer, dem Mann auf der Straße" die "Selbsttäuschung" erlauben, die möglich gewordene Reise Adenauers nach Moskau werde ein Erfolg der deutschen Diplomatie. Statt dessen erinnerte Rudolf Augstein an den Gang Heinrichs des IV. nach Canossa, ohne allerdings in der SPD eine Alternative zur Politik des Kanzlers zu sehen⁸². Die FDP dagegen erfreute sich steigender Wertschätzung in der Publizistik, je weiter sie sich vom Kurs Adenauers absetzte. Die Liberalen waren aber nicht die einzigen langjährigen Weggefährten des Kanzlers, die es kurz vor oder am Ziel des lange gemeinsamen Weges mit der - nationalen - Angst zu tun bekamen. Auch die anderen Kräfte auf der deutschen Rechten, bei den Vertriebenen und im Protestantismus, die Adenauer in der Fehleinschätzung gefolgt waren, er werde sie schon in absehbarer Frist zur deutschen Einheit führen können, begannen nun zu zweifeln. Denn in ihren Augen stellte die Westintegration allenfalls ein - mehr oder weniger lohnenswertes - Zwischenziel dar, das man erreicht haben mußte, um dann um so sichereren Schritts und in Eilmärschen auf das Endziel der Wiedervereinigung zusteuern zu können. Die Etappe Westintegration war jetzt erreicht, die Überwindung der deutschen Teilung lag aber - ganz anders als erhofft - nach wie vor in weiter Ferne.

Zu den heute ins Auge fallenden Eigentümlichkeiten der damaligen Diskussion zählt es, wie vergleichsweise selten noch Adenauer trotz alledem von der veröffentlichten Meinung auf die deutschlandpolitische Anklagebank gesetzt wurde. Lediglich im protestantischen Bereich schien die Arbeit der "Stimme der Gemeinde" einige Früchte getragen zu haben. Ansonsten war die wiedervereinigungspolitische Kritik - selbst bei Paul Sethe - recht wenig personalisiert. Gleichwohl bleibt festzuhalten, daß die nationalpolitischen Zweifel im Vergleich zu 1953 doch bohrender geworden waren. Welche Richtung sie nahmen, hing nicht zum mindesten vom Ausgang der Genfer Konferenz ab.

VII.

Der Genfer Gipfel der Großen Vier vom 18. bis 23. Juli 1955 war die erste Begegnung der Staats- und Regierungschefs der Siegermächte nach der Konferenz von Potsdam; er stand bereits ganz im Zeichen der Furcht der Atommächte vor einem Eskalieren der



VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

⁸⁰ FAZ vom 2.5.1955.

Der Spiegel vom 8.9. 1954.

Der Spiegel vom 22.6. 1955. Die Sozialdemokratie habe "wieder einmal Angst vor ihrer doch wahrlich nicht umwerfenden Courage" und lehne "kurzerhand alles ab: die Pariser Verträge, die eine österreichische Lösung erst diskutabel gemacht" hätten, "den neutralen Gürtel (...) – alles, alles". In: Der Spiegel vom 1.6. 1955.

politischen Konflikte, das sie nun vor die Notwendigkeit stellen konnte, von den neuen Massenvernichtungswaffen Gebrauch machen zu müssen⁸³. Ihr zunehmendes Streben nach Vereinbarungen über Rüstungskontrolle bekam deshalb immer stärkeres Gewicht als der Wunsch der Deutschen nach Wiedervereinigung. Nur nach außen hin dominierte noch einmal die deutsche Frage das Konferenzgeschehen, tatsächlich war sie bereits zu einer mehr oder weniger lästigen Randerscheinung in der Diskussion um die europäische Sicherheit herabgesunken. Chruschtschow blieb es vorbehalten, den neuen deutschlandpolitischen Sachverhalt auf der Rückreise von Genf in frappierender Offenheit auszusprechen. In seiner stark polemisch gehaltenen Rede auf einer Großkundgebung im östlichen Teil Berlins versicherte der 1. Sekretär der KPdSU, daß die deutsche Frage nicht auf Kosten der politischen und sozialen "Errungenschaften" der Werktätigen in der DDR gelöst werden könne, sondern am besten von den "zwei deutschen Staaten" selbst, da diese zweifelsohne den richtigen Weg für die Entwicklung Deutschlands wählen würden⁸⁴.

Die deutschlandpolitische Denkschule um Heinemann bemühte sich in den Wochen, die auf die Genfer Konferenz folgten, nach Kräften, "1955 als das Jahr der deutschen Tragödie in die Geschichte eingehen" zu lassen⁸⁵. "Sehen wir endlich ein", fragte Heinemann, "daß 1952 eine entscheidende Chance verpaßt wurde?"⁸⁶ In pathetischen Worten, die er später immer wieder variierend aufgreifen sollte, gab auch Sethe seiner Sorge Ausdruck, es seien seit 1952 Chancen zur Wiedervereinigung verpaßt worden: "Bismarck hat einmal davon gesprochen, der Staatsmann müsse das Rauschen vernehmen, wenn das Schicksal vorüberschreite, und er müsse versuchen, einen Zipfel seines Gewandes zu erlangen. Seit dem 10. März, seit dem Rußland gezwungen wurde, die Herausgabe der Zone mindestens anzubieten, haben wir das Rauschen des Schicksals vernommen", aber "den Zipfel des Mantels nicht ergreifen können. Geht es nun an uns vorüber? Das ist der Alpdruck, der auf vielen nachdenklichen Deutschen liegt."⁸⁷

FAZ vom 23.7.1955; so bildete die Genfer Konferenz für Sethe den deutschlandpolitischen Rubikon, von dem aus kein Weg mehr zurück zu den Chancen des Jahres 1952 führte. Erst jetzt brach er ganz mit den "Propheten" einer Politik der Stärke, die durch überzogene Forderungen bewußt Verhandlungen unmöglich gemacht hätten. Die innere Zäsur im politischen Denken Sethes brachte ein äußerer Einschnitt, sein Ausscheiden aus der Redaktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, sinnfällig zum Ausdruck. Vgl. hierzu Arnulf Baring, Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie, München/Wien 1969, S. 324.



⁸³ Auch die Sowjetunion war zwischenzeitlich in der Lage, die USA in deren eigenem Land nuklear zu bedrohen.

⁸⁴ Dokumente 1955, S. 227ff.

⁸⁵ SdG vom 1.8, 1955.

^{*}Wo bleibt nun die Wiedervereinigung?", in: SdG vom 15.8. 1955. Nachdem "auch die Sowjets ... mittlerweile die Wasserstoffbomben" besäßen, sei die Politik der Stärke "festgefahren", ja "als Irrweg entlarvt". Dazu passe die in Genf vereinbarte "Zuziehung von Delegierten der Bundesrepublik und der DDR zur Oktoberkonferenz der Außenminister. (...) Der Abwertung der Bundesrepublik durch die Westmächte" entspreche also die Aufwertung der DDR. Das sei das Ergebnis von Adenauers Politik der Stärke.

Das Murren, das nach der Genfer Konferenz vor allem aus den Reihen des Protestantismus an die Öffentlichkeit drang³⁸, zeigte, wie wenig die Konsequenzen der immer wieder offen vertretenen außenpolitischen Prioritätenliste Adenauers – Freiheit, Friede, Einheit – eigentlich begriffen worden waren. Denn es hatte stets in der öffentlich verkündeten Logik dieser Werte-Trias gelegen, die Einheit nicht um den Preis eines Risikos für die westdeutsche Freiheit anzustreben. Ganz offensichtlich verstellte jedoch ein nationaler Voluntarismus einem Teil der bundesdeutschen Gesellschaft den klaren Blick auf diesen – damals noch für fast alle schmerzlichen – Sachverhalt.

So blieb die These von den verpaßten Gelegenheiten im politischen Protestantismus, aber auch im "Spiegel" und der nationalliberalen Richtung der "Frankfurter Allgemeinen" nach wie vor präsent. Die andere Stömung in dieser Tageszeitung kam dem Kanzler jedoch ebenso entgegen⁸⁹ wie die übrigen großen meinungsbildenden Blätter, in denen die Chancen und Risiken der Moskaureise zudem oft stärker thematisiert wurden als die Zäsur der Genfer Konferenz. In bemerkenswertem Schulterschluß mit dem "Rheinischen Merkur" ⁹⁰ äußerte sich die "Süddeutsche Zeitung": Chruschtschows Ost-Berliner Formel vom einem "einheitlichen, friedliebenden und demokratischen (deutschen) Staat" beseitige alle "Spekulationen auf eine Art von friedlicher Ko-Existenz zweier sozialer Systeme (…) innerhalb eines im äußerlichen Sinne wiedervereinigten Deutschlands". Offenbar lehne die Sowjetunion eine "mechanische Wiedervereinigung" ab, weil sie ihr mitteldeutsches "Faustpfand nicht aus der Hand geben" wolle⁹¹.

So groß die Enttäuschung über den Ausgang der Genfer Juli-Konferenz war, so wenig bildete sie – sieht man von Sethe ab – eine strenge Wasserscheide für die deutschlandpolitische Grundstimmung der veröffentlichten Meinung⁹². Diese schlug durchaus nicht über Nacht vollständig um, sondern wandelte sich erst im Herbst des Jahres, als der Moskaubesuch Adenauers (9.–13.9. 1955) und die Genfer Folgekonferenz der Außenminister die "Frustrationstoleranz" in Sachen Wiedervereinigung überstiegen.

Nach der Rückkehr der bundesdeutschen Verhandlungsdelegation aus der Sowjetunion hatte die Freude über die Entlassung der letzten zehntausend Kriegsgefangenen emotional zunächst noch schwerer gewogen als die deutschlandpolitischen Folgewirkungen des ebenfalls vereinbarten Botschafteraustauschs. Erst als einige Wochen später die Genfer Außenministerkonferenz nochmals die Unveränderbarkeit des mittel-



Im evangelischen Bereich war es nicht nur die Stimme der Gemeinde und die ihr geistesverwandte Junge Kirche, die die "Beurteilung der Lage durch Dr. Heinemann und M. Niemöller und durch einige Sprecher der SPD" nach Genf "als die einzige Sichtweise" erwiesen sahen, "die die Tatsachen richtig erkennt". Selbst für das konservativere Sonntagsblatt stand nach dem "magere[n] Ergebnis von Genf" die Frage im Zentrum, "ob Gesamtdeutschland an den Westen angeschlossen bleiben soll". Man werde "gut tun, sich in Deutschland keine Illusionen zu machen, daß ohne einen Kompromiß hierüber die Wiedervereinigung Deutschlands nicht zu verwirklichen ist". Vgl. Junge Kirche (JK) 1955, S. 359, sowie Sonntagsblatt vom 31.7. 1955.

⁸⁹ Vgl. die Artikel von Hans Baumgarten und Erich Dombrowski, in: FAZ vom 30.7. bzw. 5.8. 1955.

⁹⁰ RM vom 5, 8, 1955.

⁹¹ SZ vom 28.7. 1955.

⁹² Vgl. Die Zeit vom 28.7. 1955, Ostpreußenblatt (OPB) vom 30.7. 1955, RM vom 29.7. 1955.

europäischen Status quo dokumentierte, gerieten die negativen deutschlandpolitischen Implikationen des bundesrepublikanisch-sowjetischen Botschafteraustauschs⁹³, ja die Aussichtslosigkeit aller nationalen Aspirationen überhaupt voll in den Blick.

Symptomatisch hierfür war die Debatte des Bundestages über den Ausgang der Genfer Außenministerkonferenz Anfang Dezember 1955. Namens der Sozialdemokraten kritisierte der Abgeordnete Ollenhauer "die grundlegende These der bisherigen Außenpolitik der Bundesregierung", daß "die Einbeziehung der Bundesrepublik in (die) NATO das wirksamste Mittel" sein, "die Sowjetunion zur Preisgabe der von ihr besetzten Zone Deutschlands zu zwingen". Diese These habe sich "als absolut irrig erwiesen", und deshalb könne "wohl heute niemand mehr ernsthaft bestreiten, daß es ein schwerer Fehler der Politik der Westmächte und der Bundesregierung gewesen ist, daß sie im Jahre 1952 nicht den Versuch unternommen" habe, die Möglichkeiten einer "für uns tragbaren Lösung der Frage der deutschen Einheit auf der Basis der Note der Sowjetunion" zu untersuchen⁹⁴.

Unmittelbar nach Ollenhauer griff Adenauer in die Debatte ein. Seine Replik ist ein aufschlußreiches Indiz für den Ende 1955 offenkundig noch recht geringen Reizwert der Stalin-Noten in der öffentlichen Diskussion. Mit keinem Wort ging der Kanzler auf den Vorwurf ein, 1952 seien Möglichkeiten ungenutzt geblieben, sondern beschränkte sich auf die Darlegung seines Begriffs von einer Politik der Stärke⁹⁵. Auch von den wichtigen Deutschlandpolitikern der fünfziger Jahre wird dieses kurze Gastspiel der Stalin-Noten im Bundestag überhaupt nicht mehr erinnert⁹⁶. Daß Wilhelm Grewe, damals Leiter der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes und einflußreicher Berater des Kanzlers, rückblickend eine Virulenz der Sowjetnoten erst im Sommer 1956 erkennt, wirft ein bezeichnendes Licht auf die Funktion der Zeit für das sich wandelnde Urteil über die Wiedervereinigungspolitik Adenauers.

Jedenfalls schien in Adenauers Außenpolitik, die sich bis 1955 dank ihrer europäischen Grundbestandteile so schwungvoll bewegt hatte, seit der Souveränitätserklärung ein starkes statisches Element hineingekommen zu sein. Den "Erwartungen im Hinblick auf Beweglichkeit und Dynamik, an denen liberalen Publizisten nun einmal gelegen ist"⁹⁷, entsprach der risikoscheue Kurs der Regierung deshalb zunehmend weniger. Aber auch die Liberalen in der bundesdeutschen Politik verlangte es nach dramatischeren deutschlandpolitischen Vorstößen, als der Kanzler sie bieten konnte. Gleichsam sachlogisch reihten sie sich nun nach dem Scheitern der Genfer Außenministerkonferenz endgültig in eine neue Phalanx von Adenauer-Gegnern ein und drängten – wie schon die SPD – unablässig auf Wiedervereinigungsinitiativen.



⁹³ Vgl. Schwarz, Gründerjahre, S. 278.

⁹⁴ Dokumente 1955, S. 762f.

⁹⁵ Ebenda, S. 772 f.

⁹⁶ Vgl. die Rhöndorfer Gespräche über die Stalin-Note, in: Schwarz, Stalin-Note, bei denen lediglich das Jahr 1956 und die Debatte von 1958 immer wieder zur Sprache kommen.

⁹⁷ Schwarz, Gründerjahre, S. 313.

VIII.

Im Streit um die nationale Glaubwürdigkeit der Adenauer-Regierung mußte das Verhalten der FDP einen hohen Stellenwert gewinnen; sie schien den Wunsch nach Wiedervereinigung von allen Bundestagsparteien am stärksten zu verkörpern, und sie war es auch, die die Kanzlerpolitik über weite Strecken am rechten Flügel abgeschirmt hatte, ohne ihrer nationalpolitischen Wächterfunktion etwa in der Saar-Frage entraten zu haben. So mochten die Freien Demokraten vielen als nachgerade prädestiniert erscheinen, Kritik an deutschlandpolitischen Fehlentwicklungen der Bonner Politik zu üben - Kritik, die im Gegensatz zu den notorischen Angriffen eines politisch erfolglosen Außenseiters wie Heinemann, dessen GVP 1953 weit unter der 5%-Hürde geblieben war, jedenfalls überall Gehör finden konnte. Lief aber die FDP Adenauer aus dem Ruder, dann würden sich die nationalpolitischen Zweifel verstärken, die im zweiten Halbjahr 1955 selbst im Regierungslager aufgekeimt waren. Der GB/BHE hatte bereits im Juli - unter Verlust seiner Ministerriege - die Koalition verlassen und steuerte einen aktionistischeren Kurs in Sachen Wiedervereinigung⁹⁸. Ferdinand Friedensburg, Bundestagsabgeordneter vom Berliner Flügel der CDU, aber anders als Jakob Kaiser nicht in die Kabinettsdisziplin eingebunden, hatte öffentlich das Unbehagen der in besonderer Weise "Gesamtdeutschen" in der Union artikuliert und die nach der "tiefen Enttäuschung" von Genf "grausam enthüllte Konzeptionslosigkeit"99 der Bonner Wiedervereinigungspolitik be-

Die FDP nun knüpfte an ihre saarpolitische Linie an, die sich eben in diesen Monaten durch das Plebiszit des Saarlands für eine Rückkehr zu Deutschland glänzend bestätigt fand. Die Stationen der freidemokratischen Absetzbewegung – sie zogen sich durch das ganze Jahr 1955 – seien im folgenden kurz benannt; denn sie sind bei einem bloßen Blick auf die außenpolitische Oberfläche der Kontroversen zwischen Adenauer und der FDP nicht ganz verständlich. Zur Gärung bei den Freien Demokraten trug nämlich auch die Tiefe ihrer personalpolitischen Frustration bei 100, die sich aufgestaut hatte, weil der Kanzler die FDP-Fraktion bei der jüngsten Kabinettsumbildung nicht gebührend berücksichtigt hatte. Führende FDP-Politiker hatten im Juni 1955 auf die Portefeuilles eines Bundesaußen- oder -verteidigungsministers reflektiert, waren aber nicht zum Zuge gekommen. Die personellen Kontroversen spitzten sich zu, als die FDP im Herbst 1955 bei der Bildung eines Atomministeriums wiederum übergangen wurde.



⁹⁸ Hein Hoebink, Westdeutsche Wiedervereinigungspolitik 1949–1961, Meisenheim am Glan 1978, S. 118.

⁹⁹ FAZ vom 29.7. 1955.

Auch wenn dieser Ursachenstrang in der Studie Glatzeders, Deutschlandpolitik der FDP, sehr dünn bleibt, weil der Autor die entscheidende Phase des Koalitionsbruchs chronologisch unzusammenhängend darstellt.

Der Koalitionskrise des Winters 1955/56 wird man indes nicht voll gerecht, wenn man sie allein auf die enttäuschten personellen Ambitionen einiger FDP-Funktionäre reduzierte, zu sehr schien in dieses Motiv der personalpolitischen Enttäuschung ehrliche nationalliberale Sorge um die Wiedervereinigung Deutschlands hineingemischt. Auch Adenauer hat die außenpolitischen Ursachen der Spannungen mit der FDP stets betont¹⁰¹. Noch war das Bemühen der FDP um eine "dritte Lösung" während der Österreich-Diskussion in frischer Erinnerung, als ihr Vorsitzender Dehler die aus Moskau heimkehrende Delegation der Bundesregierung mit den Worten begrüßte, es gebe keine Wiedervereinigung auf der Grundlage der Pariser Verträge, und hinzufügte, das direkte Gespräch mit der Sowjetunion sei wichtiger als die bevorstehende Genfer Außenministerkonferenz¹⁰². Daß er mit diesem Plädoyer im "krassesten Widerspruch" zur Regierungspolitik¹⁰³ die mindestens latenten Ängste der Westmächte vor einem neuen "Rapallo" schürte, schien Dehler billigend in Kauf zu nehmen. Zu allem hin begann er jetzt auch noch, sich von der "restlos gescheiterten" Europapolitik der "katholischen Staatsmänner" zu distanzieren¹⁰⁴.

Selbst ein Liberaler wie der verhinderte Außenminister-Kandidat August-Martin Euler, bis dato ein treuer Gefolgsmann des Kanzlers, kam nun mit dem kühnen Plan heraus, ein hochgerüstetes Westdeutschland solle die NATO verlassen, um als Gegenleistung die Wiedervereinigung zu erhalten¹⁰⁵. "Wir werden (...) aufrüsten müssen", sekundierte ihm Adalbert Weinstein in der "Frankfurter Allgemeinen¹⁰⁶. Adenauer, der durch solche Rhetorik die Berechenbarkeit und das Ansehen seiner Politik im Ausland erschüttert sah, ersuchte die FDP noch vor der Aussprache des Bundestages über die Genfer Folgekonferenz ultimativ um Aufklärung hinsichtlich ihres künftigen außenpolitischen Kurses¹⁰⁷.

Das ziemlich geräuschlose Retirieren der Freien Demokraten konnte den Bruch der Koalition lediglich verzögern, aufzuhalten war er indes schon nicht mehr. Dies zeigte sich in der bald darauf hinzukommenden Auseinandersetzung um das sogenannte "Grabenwahlsystem", das, von der CDU/CSU zur Unzeit ins Spiel gebracht¹⁰⁸, die Abgeordnetenzahl der FDP im Bund zu halbieren drohte; es sollte aber nicht den Blick auf die tieferen Motivschichten der freidemokratischen Umorientierung verstellen, nämlich den – von Adenauer befürchteten – Versuch, die FDP doch noch "zur großen nationalen Rechtspartei zu machen" ¹⁰⁹, den Wahlkampf 1957 mit nationalistischen Parolen gegen die CDU/CSU zu führen und sich durch Forderungen nach innerdeut-



¹⁰¹ Adenauer, Erinnerungen 1955-1959, S. 75.

¹⁰² Schwarz, Gründerjahre, S. 304.

¹⁰³ Adenauer, Erinnerungen 1955-1959, S. 69.

¹⁰⁴ Ebenda, S. 76.

¹⁰⁵ Ebenda, S. 79.

¹⁰⁶ FAZ vom 8.11. 1955.

¹⁰⁷ AdG 25 (1955), S. 5492.

¹⁰⁸ Vgl. Mende, FDP, S. 97.

¹⁰⁹ Schwarz, Gründerjahre, S. 307.

schen Gesprächen¹¹⁰ einer SPD anzunähern, die ohnehin schon Verhandlungen mit der DDR zu enttabuisieren suchte.

Für 16 FDP-Bundestagsabgeordnete, die sich weigerten, an der "außenpolitischen Abenteuerfahrt (ihrer Partei) ins Blaue"¹¹¹ teilzunehmen, war dies Grund genug, die Fraktion zu verlassen – und sich mit der Gründung einer erfolglos bleibenden Freien Volkspartei politisch ins Abseits zu manövrieren. Durch diesen Aderlaß gingen die Freien Demokraten aber ihrer politischen Mitte verlustig und sahen sich vor die Notwendigkeit gestellt, mit ihren doch ganz unterschiedlich entwickelten Flügeln in ein und diesselbe Richtung abzuheben. Daß dies zunächst erstaunlich gut gelang, ist weniger paradox, als es auf den ersten Blick vielleicht anmutet. Denn zum einen diente Konrad Adenauer, den man nun – wenngleich nicht ganz zu Recht¹¹² – als gescheiterten Attentäter auf das Leben der FDP aufrichtig zu hassen begann, der Partei als "negative Integrationsfigur", zum anderen hatten die "Deutschnationalen" zu Beginn des Jahres 1956 endgültig mit der Außenpolitik des Kanzlers gebrochen, und insofern stand ihrer Kooperation mit den von jeher Adenauer-kritischen Linksliberalen gerade auf dem Felde der Deutschlandpolitik nichts mehr im Wege.

Die nationale Sammlung der beiden traditionellen Lager des deutschen Liberalismus wurde bereits durch den "Mende-Plan" der FDP Anfang März 1956 manifest. Das Papier schlug einen ost-westlichen Pakt kollektiver Sicherheit vor, dem ein wiedervereinigtes, bündnisfreies Deutschland angehören sollte und gab als Perspektive für die sowjetische Deutschlandpolitik optimistisch an, "durch die Verbundenheit Gesamtdeutschlands mit dem Westen sei zu erwarten, daß sich die Sowjetunion mit dem politischen Standort des wiedervereinigten Deutschlands abfinden werde"¹¹³. Solche Fehldeutungen des sowjetischen Kalküls begleiteten in der Folgezeit einen stramm nationalen Kurs der FDP in der Deutschlandfrage. Ihre Mitverantwortung für die Entwicklung der bundesrepublikanischen Außenpolitik verdrängte sie dabei nach Kräften, indem sie den Außenseiter von 1952, Karl Georg Pfleiderer, ex post zum Helden liberaler Wiedervereinigungspolitik stilisierte.

Bundesvorstand und Bundestagsfraktion der FDP schlossen im Rahmen einer gemeinsamen Sitzung demonstrativ den erklärten nationalliberalen Adenauer-Kritiker Paul Sethe in ihre Arme. Sethes Referat vor den Freien Demokraten hinterließ bei diesen einen tiefen Eindruck¹¹⁴ und bestätigte sie in ihrem Anliegen, "als Oppositionspartei durch eine erhöhte Aktivität in der Deutschlandfrage auf die anderen Parteien einzuwirken"¹¹⁵. Einen entsprechenden Beschluß hatte die FDP schon wenige Tage zuvor auf dem Würzburger Bundesparteitag am 20. und 21. April 1956 gefaßt. Der mit großer Mehrheit in seinem Amt bestätigte Bundesvorsitzende Dehler nahm dort eine Gene-



¹¹⁰ Solche wurden etwa von dem nordrhein-westfälischen FDP-Politiker Middelhauve erhoben.

¹¹¹ Schwarz, Gründerjahre, S. 309.

¹¹² Vgl. ebenda, S. 312.

¹¹³ Glatzeder, Deutschlandpolitik der FDP, S. 72.

¹¹⁴ Mende, FDP, \$.110.

¹¹⁵ Ebenda.

ralabrechnung mit Adenauer vor und warf ihm "Machtergreifung", "Gleichschaltung" und "Mißbrauch des Christentums" vor¹¹⁶. Er, Dehler, habe "den Worten Adenauers vertraut, daß dieser die Wiedervereinigung wolle. Aber sein Glaube" sei jetzt erschüttert¹¹⁷. Und bei der letzten Genfer Konferenz wollte Dehler im Kreise der Bonner Beobachterdelegation in Anwesenheit Brentanos Äußerungen gehört haben wie: "Die Konferenz muß platzen."¹¹⁸

Auf den groben Klotz der Dehlerschen Anschuldigungen setzte der 'Rheinische Merkur' einen groben Keil und attestierte der FDP "zunehmende Gehirnsklerose"¹¹⁹. Näher am Sachverhalt kommentierten die 'Frankfurter Allgemeine' und die 'Zeit' den "Parteitag gegen Adenauer"¹²⁰. Dessen herrschender Akzent sei eine "Anti-Adenauer-Stimmung" gewesen, wie man sie "so persönlich feindselig auch in den Reihen der SPD wohl nur selten" antreffe¹²¹.

Das hohe Maß an Emotionalität, das Dehler zur Wiedervereinigungsdebatte beisteuerte, wurde gerade im benachbarten Ausland mit Sorge vermerkt. In einer über den Tag hinausgehenden Analyse der deutschlandpolitischen Diskussion in der Bundesrepublik kamen die "Baseler Nachrichten" zu dem Ergebnis, "etwas typisch Deutsches" werde derzeit betrieben: "Liebe zu etwas, das man nicht hat." Alle "irgendwie oppositionell eingestellten (...) Strömungen" bemächtigten sich des Begriffs der Wiedervereinigung und versuchten, "die Masse des Volkes in die Irrmeinung hineinzutrommeln, die nicht erreichte Wiedervereinigung sei das Ergebnis nicht benützter Gelegenheiten einer unfähigen Regierung und der (...) Bosheit des Westens". Wenn es so weitergehe, werde dieser Topos in einigen Jahren in der politischen Phraseologie der oppositionellen deutschen Parteien als "nationaler Mythos" eine zentrale Rolle spielen¹²². Adenauer griff diese prophetische Warnung sofort auf, baute sie in seine Rede vor dem Stuttgarter CDU-Bundesparteitag Ende April 1956 ein und betonte, daß die Einheit nur für die Deutschen, nicht aber für die anderen Völker "eine Frage des Gefühls" sei. Er halte es für "ganz falsch", der Bundesregierung mangelnde Pflichterfüllung in der Wiedervereinigungsfrage vorzuwerfen, da dies im Ausland zur Furcht vor dem "Wiedererwachen eines nationalen Mythos in der Bundesrepublik" führe¹²³.

Die Rede Adenauers schien indessen ungehört zu verhallen. Weiten Teilen der deutschen Publizistik fiel es nach den ereignisreichen Jahren bis 1955 immer schwerer, das plötzliche Stagnieren der deutschen Frage zu verwinden. Kein Silberstreif etwa in Gestalt einer großen internationalen Deutschlandkonferenz zeigte sich am Horizont. Statt dessen türmten sich Gewitterwolken auf, als der französische Ministerpräsident



Wolfgang Benz/Günter Plum/ Werner Röder, Einheit der Nation. Diskussionen und Konzeptionen zur Deutschlandpolitik der großen Parteien seit 1945, Stuttgart 1978, S. 61.

¹¹⁷ FAZ vom 21.4.1956.

¹¹⁸ SZ vom 21./22, 4, 1956; vgl. auch GR vom 27.4, 1956.

¹¹⁹ RM vom 27, 4, 1956.

¹²⁰ FAZ vom 23.4. 1956.

¹²¹ Die Zeit vom 26.4. 1956.

¹²² Baseler Nachrichten, zit. nach FAZ vom 27.4. 1956.

¹²³ FAZ vom 30.4. 1956.

Mollet eine Priorität der Wiedervereinigung vor der Abrüstung ablehnte¹²⁴. Selbst bei der – erst recht nach Sethes Abgang – weithin als offiziös geltenden "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" nahm nun das Verständnis für die deutschlandpolitische Behutsamkeit des Kanzlers zusehends ab¹²⁵.

Wegen der Freimütigkeit, mit der nicht nur französische, sondern auch britische Politiker die "Möglichkeit einer deutschen Wiedervereinigung in voraussehbarer Zukunft" verneinten¹²⁶, sah Heinemann einmal mehr die "Stunde der Wahrheit" in der Deutschlandpolitik gekommen. Selbst eine militärische Neutralisierung Deutschlands werde kaum noch zur Wiedervereinigung führen, denn seit Genf sei "die Sorge der Sowjets vor deutschen Soldaten" zu deutlich geschwunden. "Es wird die historische Schuld Dr. Adenauers bleiben", insistierte Heinemann auf seiner alten These, daß die Bundesregierung 1952 das sowjetische Angebot "in den Wind geschlagen" habe¹²⁷.

Selbst wenn nicht alle Medien so hart mit Adenauer ins Gericht gingen – die deutschlandpolitische Stimmungslage war in der Tat noch nie so ernst wie in diesem Frühjahr 1956¹²⁸; und vor allem: der Gemütszustand der Presse schlug diesmal direkt auf die Stimmung der Bevölkerung durch. Die Popularitätskurve des Kanzlers fiel.

Als auch noch der FDP-Abgeordnete Erich Mende die Vorwürfe britischer Parlamentarier aufgriff, der Bundeskanzler habe sie bei der ersten Genfer Konferenz daran gehindert, den Edenschen Wiedervereinigungsvorschlag einer entspannten militärischen Zone weiterzuverfolgen, sah sich Kanzlerberater Wilhelm G. Grewe schließlich veranlaßt, öffentlich Gegenposition zu beziehen. Er trat allerdings nicht nur der "heillose(n) Verwirrung über den Inhalt der Genfer Vorschläge Edens"¹²⁹, sondern auch einem Mißverständnis der Stalin-Noten entgegen. "Zuweilen gewinnt man den Eindruck", beschrieb Grewe die deutschlandpolitische "Legendenbildung" bezüglich der "verpaßten Gelegenheiten" von 1952, "daß sich in vielen deutschen Köpfen Vorstellungen dieser Art festzusetzen beginnen – so, als handle es sich um eine von allen kundigen Beobachtern selbstverständlich geteilte Auffassung, die keiner Prüfung und keines Beweises mehr bedürftig sei"¹³⁰. In der Situationsanalyse Grewes vom August 1956 sind also die Sommermonate dieses Jahres – vor dem Hintergrund eines deutschlandpolitischen Stimmungstiefs, das auch Adenauers Popularität in Mitleidenschaft zog – als eine starke Wurzel für die Legende von den verpaßten Gelegenheiten festzu-



¹²⁴ FAZ vom 3.4. 1956; Dokumente, III. Reihe, Band 2, 1956, Bonn/Berlin 1963, S. 229 ff.

¹²⁵ Vgl. FAZ vom 19.6. 1956.

¹²⁶ Aus Anlaß der traditionellen deutsch-englischen Gespräche zu Königswinter, SdG vom 1.5. 1956.

²⁷ Ebenda

Dies gilt für Christ und Welt und das Sonntagsblatt ebenso wie für die Süddeutsche Zeitung, den Spiegel oder die Frankfurter Allgemeine Zeitung. Stellvertretend für alle sei aus einem Artikel der Zeit zur Jahreswende 1955 zitiert: "Das Wort Wiedervereinigung ist aschgrau geworden, wie Mehltau oder Schimmelpilz. Mancher mag es kaum noch hören. Über dem Gerede von der Wiedervereinigung haben viele vergessen, daß Deutschland geteilt ist!" Die Zeit vom 29.12. 1955.

¹²⁹ Bulletin der Bundesregierung vom 16.8. 1956; Grewes Aufsatz war vorher anonym in der Zeitschrift Die politische Meinung 3 (1956), S. 9–15, erschienen.

¹³⁰ Ebenda, S.9.

halten. Freilich dürfte sich die Lage einem engen politischen Vertrauten des Kanzlers, wie Grewe, etwas dramatischer dargestellt haben, als sie realiter gewesen ist. Denn die publizistischen Breitseiten eines Paul Sethe waren durch politische Entwicklungen in Polen noch einmal dergestalt in ihrer Wirkung abgeschwächt worden, daß sie jedenfalls nicht das Fanal zu einer großangelegten parlamentarischen Generaloffensive abgaben, wie sie für die Bundestagsdebatte des 29. Juni 1956 eigentlich erwartet worden war. Zufrieden konstatierte der 'Rheinische Merkur', "die wochenlang zusammengescharrten Argumente" der Opposition aus SPD, FDP und BHE seien in der Nacht vor der Debatte "in den Straßen Posens zertreten worden"¹³¹.

IX.

Die von besorgten Mitlebenden wie Grewe schon im August 1956 ausgemachten Ansätze zu einer deutschlandpolitischen Legendenbildung gegen Adenauer lassen es geraten erscheinen, dem Termin des später als legendenbildend apostrophierten Sethe-Buches "Zwischen Bonn und Moskau" besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Denn Sethes Werk, publiziert im November 1956, konnte im Sommer 1956 noch von niemandem gekannt werden, und es konnte insofern mit Sicherheit auch keinen entscheidenden, ersten Beitrag zur Legendenbildung leisten.

Daß es in der Reminiszenz der Akteure eine solche Bedeutung erlangt hat, ist sachlich schwer zu begründen, da sein einziges Novum darin bestand, die Ebene des Zeitungsjournalismus verlassen und nun erstmals die Vorwürfe gegen Adenauers Notenpolitik von 1952 in gebundener Form dargestellt zu haben. Baß erstaunt über den Inhalt des vorgelegten Buches konnte eigentlich nur sein, wer Sethes Leitartikel seit 1952, und vor allem nach der Genfer Juli-Konferenz von 1955, nicht regelmäßig verfolgt hatte. Denn daß Sethes erstes politisches Buch – ganz der Wiedervereinigungsfrage gewidmet – auch zu einer Anthologie seiner großen deutschlandpolitischen Aufsätze und damit zu einem Angriff gegen Adenauers Politik geraten würde, lag in der Natur der Sache.

Einmal mehr verstrickte sich Sethe auch in einen Grundwiderspruch, wenn er zwar einräumte, es "konnte damals so wenig erwiesen werden wie heute", ob das sowjetische Angebot "ehrlich gemeint war"¹³², dann aber an späterer Stelle apodiktisch resümierte, wir hätten 1952 eine "Sternstunde für Deutschland (…) verstreichen lassen", da Deutschland der Sowjetunion gegenüber damals in einer "unvergleichlich günstigen Lage" gewesen sei¹³³.

Die Wirkungen, die "Zwischen Bonn und Moskau" in der Retrospektive einiger Deutschlandpolitiker zugesprochen wurden, hat es faktisch nicht gezeitigt. Man mag darüber streiten, ob man schon dem Jahr zwischen der Genfer Juli-Konferenz von



¹³¹ RM vom 6.7, 1956.

¹³² Paul Sethe, Zwischen Bonn und Moskau, Frankfurt a. M. 1956, S. 47.

¹³³ Ebenda, S. 146.

1955 und Grewes Aufsatz im "Bulletin" der Bundesregierung vom August 1956 legendenbildende Kraft zuschreiben kann; Sethes Buch jedenfalls hat die Legende nicht geboren¹³⁴, sondern allenfalls ihr Wurzelwerk gestärkt. Auch die gewiß nicht gering zu veranschlagende Möglichkeit, seine deutschlandpolitische Kritik vor dem überparteilichen "Kuratorium Unteilbares Deutschland" auszubreiten¹³⁵, verdankte Sethe nicht in erster Linie der Publikation "Zwischen Bonn und Moskau", sondern seinem Ruf als einem der bedeutendsten wiedervereinigungspolitischen Leitartikler der jungen Bundesrepublik.

Gegen eine durch Sethes Buch vermittelte Zäsur in der Entstehungsgeschichte der Legende sprechen auch Qualität und Quantität der zeitgenössischen Rezensionen. Der größte Teil der Presse nahm überhaupt nicht Notiz von der ersten größeren politischen Abhandlung Sethes¹³⁶; wurde "Zwischen Bonn und Moskau" freilich besprochen, dann geschah dies meist seitens der altgedienten Protagonisten der Legende - und es geschah in einer äußerst wohlwollenden Form. "Zwischen Bonn und Moskau" beeindruckte aber auch die 'Süddeutsche Zeitung', bei der Sethe mit seinen wiedervereinigungspolitischen Zweifeln am Konzept der westlichen Stärke schon offene Türen einrannte: "Die Aspekte der Weltpolitik" hätten sich im Gefolge der sowjetischen Wasserstoffbombenexplosion vom 12. August 1953 "grundlegend gewandelt". Zu einem frontalen Angriff auf Adenauer, dessen Politik, "jedenfalls bis in die vorjüngste Zeit, im Einklang mit der Mehrheit des Volkes "137 gestanden habe, kam es indes weder in der Rezension der "Süddeutschen" noch in der der "Zeit", wo Sethes Betrachtungen ebenfalls eine überraschend warme Aufnahme fanden: Die "binsenwahren Tabus" des Buches, d. h. Binsenweisheiten, die zugleich Tabus sind, seien bezeichnend für die wiedervereinigungspolitische Diskussion in Westdeutschland und verdienten, "von vielen gelesen zu werden". Auch die Deutschen sollten die Dinge künftig "im hellen, wenn auch kalten Licht der Staatsraison" betrachten, um den der Sowjetunion zu zahlenden "Preis" der Wiedervereinigung zu erfahren und um zuzulassen, "daß aus Tabus Binsenweisheiten" würden 138.

Trotz der freundlichen Rezensionen in "Zeit" und "Süddeutscher Zeitung" bedeutete "Zwischen Bonn und Moskau" aufs Ganze gesehen keinen entscheidenden Schub für die Stalin-Noten-Legende¹³⁹. Denn der dramatische Volksaufstand in Ungarn, der am 11. November – Sethes Schrift war gerade im Druck – der militärischen Übermacht der UdSSR erlag, nahm den entspannungspolitischen Konzeptionen Sethes den Wind aus den Segeln¹⁴⁰. Im deutschlandpolitisch empfindlichen protestantischen Bereich



¹³⁴ Vgl. Graml, Die Legende, S. 341; hier wird die gegenteilige These vertreten.

¹³⁵ Die Zeit vom 22.11. 1956.

¹³⁶ Dies gilt für so unterschiedliche Blätter wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung und den Spiegel, Christ und Welt und den Rheinischen Merkur, das Sonntagsblatt oder die Vertriebenenpresse, in denen sich Ende 1956 keine Besprechung des Setheschen Buches fand.

¹³⁷ Richard Thillenius in der SZ vom 22.11, 1956.

¹³⁸ Gösta von Uexküll in der Zeit vom 22.11.1956.

¹³⁹ Auch Leserbriefe waren im Gefolge der Rezensionen kaum zu verzeichnen.

¹⁴⁰ Mit Genugtuung blickte der Rheinische Merkur später auf diesen Sachverhalt zurück: "Paul Sethe

etwa machte ein Wort von Landesbischof Lilje die Runde, daß die "Theologie der Abrüstung", wie sie von bestimmten kirchlichen Gruppen vertreten werde, durch das Verhalten der Sowjets in Ungarn einen ziemlichen Stoß erhalten habe¹⁴¹. Den deutschlandpolitischen Angriffen der "Abrüstungstheologen" um Heinemann blieb infolgedessen auch nach Sethes Buch der entscheidende Durchbruch versagt.

Das außenpolitische Ereignis der ungarischen Revolution hatte die Geburt der Legende noch einmal verzögert. Denn auch in der Bundesrepublik folgte ein rapider Kursverfall der Entspannungsaktien, die seit dem Auftakt der Entstalinisierung im Februar 1956 teils kräftig haussiert hatten. Zwar knüpften sich manche Hoffnungen an eine nach den Ereignissen in Polen und Ungarn zu erwartende Erosion des sowjetischen Satellitengürtels, doch war bald evident, daß die SED nun den Gefahren innerdeutscher Kontakte für die eigene Herrschaft ein höheres Gewicht beimaß als dem Ausbau jener Gespräche, die 1956 vor allem zwischen LDPD und FDP geführt worden waren.

Als die Adenauer-Regierung im April 1957 auch noch daran ging, die Bundeswehr mit atomaren Waffen auszurüsten, sollte dies nicht nur die deutsch-sowjetischen Beziehungen erheblich belasten, sondern auch den erbitterten Widerstand der ganz auf Entspannung, deutsch-sowjetischen Dialog und Abrüstung gestimmten deutschen Linken herausfordern. Da diese immer noch an die kurz- oder mittelfristige Möglichkeit einer Wiedervereinigung durch Neutralisierung glaubte, war ihr nicht einsichtig zu machen, weshalb der Faden des Gesprächs mit Moskau zugunsten der militärischen Gleichrangigkeit der Bundesrepublik mit Frankreich und England aufgegeben werden sollte, zumal diese tiefere Motivschicht der damaligen Sicherheitspolitik des Kanzlers natürlich nicht coram publico enthüllt und damit argumentativ wirksam werden konnte. Die Unruhe, die sich daraufhin großer Teile der Medien und des Bildungsbürgertums bemächtigte, stand indes in einem deutlichen Gegensatz zu der gelassen-zufriedenen Grundstimmung der breiten Massen, wie sie sich in der Bundestagswahl 1957 dann so drastisch artikulierte.

X.

Zu "lebhaftem Wahlgeplänkel" kam es 1957 in Folge des Vorwurfs der FDP, Adenauer fördere "eine Gruppe von Gegnern der Wiedervereinigung", die "die von Bismarck überkommene deutsche Staatseinheit" zu verhindern suchten¹⁴². Im Hintergrund der Auseinandersetzung stand die Juni-Ausgabe der Vierteljahresschrift "Neues Abendland", die – versehen mit einem Vorwort Adenauers – auch durch das Bundespresseamt versandt worden war. Der Chefredakteur des "Rheinischen Merkur", Otto Roegele,



hatte Autorenpech: als sein Thesenbuch im Druck war, rollten die Sowjetpanzer durch Budapest." RM vom 31.1.1958.

¹⁴¹ Vgl. SdG vom 1.12. 1956.

¹⁴² SZ vom 20.8. 1957.

hatte darin – im Blick auf Heinemanns Eintritt in die SPD – von einem Wahlbündnis geschrieben, das zwischen den Sozialisten und jenen "wenigen, aber lautstarken Repräsentanten eines gewissen politischen Protestantismus" zustande gekommen sei¹⁴³. Letzterer würde die "Gefahren einer Wiedervereinigung um jeden Preis" gering achten, weil sein Denken in konfessionellen Besitzständen eingefroren sei und er gerne die evangelische Zwei-Drittel-Mehrheit Deutschlands wiederherstellen möchte.

Im Zentralorgan der FDP machte deren stellvertretender Vorsitzender Walter Döring nun aus den "wenigen, aber lautstarken Repräsentanten eines gewissen Protestantismus" die "verantwortungsbewußte Haltung der evangelischen Kirche in der Frage der Einheit"¹⁴⁴, gegen die Roegele völlig zu Unrecht polemisiere. Außenminister von Brentano, als Kuratoriumsmitglied der "Abendländischen Akademie"¹⁴⁵ ins Schußfeld geraten, griff Döring daraufhin massiv an und forderte "diesen Burschen", der "bei Goebbels gelernt" habe, dazu auf, seine "schmutzigen Finger aus der Politik heraus(zu)lassen"¹⁴⁶.

Im Lager des linken Nationalneutralismus war man dennoch überzeugt, daß Adenauer im "Neuen Abendland" "gleichsam von einem Freund seiner Politik nachgesagt" worden sei, die Wiedervereinigung gar nicht zu wollen. Die CDU habe den "schweren Vorwurf" der FDP, die Errichtung eines kleineuropäisch-abendländischen Reiches "zum Behufe der Gegenreformation mit politischen Mitteln" der Wiedervereinigung vorzuziehen, in zahlreichen Wahlversammlungen unwidersprochen auf sich sitzen lassen¹⁴⁷.

Die Redner der Union hatten tatsächlich strikte Anweisung erhalten, die Freien Demokraten mit Mißachtung zu strafen und ihre Angriffe nur auf die SPD zu richten¹⁴⁸. So fand die Affäre um das "Neue Abendland" in den Printmedien nur wenig Beachtung, und auch das Kalkül der FDP, "durch romantische Rückwendung zu Bismarck und durch eine überholte Konzeption nationalstaatlicher Politik ihren Anhang zu verstärken"¹⁴⁹, sollte nicht aufgehen. Von Anfang an hatte es der FDP-Wahlkampfstrategie an Bündigkeit gefehlt. Thomas Dehler mußte im Januar des Wahljahres – nach einigen skandalträchtigen öffentlichen Auftritten¹⁵⁰ – den Stuhl des Bundesvorsitzenden räumen¹⁵¹. Sein Nachfolger war sichtlich bemüht, den ostpolitischen Tatendrang der Düsseldorfer "Jungtürken" und Dehlers in ruhigere Bahnen zu lenken, schon um eine spä-



¹⁴³ Vgl. RM vom 23.8. 1957, GR vom 6.9. 1957.

¹⁴⁴ Das Freie Wort vom 16.8. 1957.

¹⁴⁵ Die Akademie stand hinter der Zeitschrift Neues Abendland.

¹⁴⁶ Die Welt vom 13.9, 1957.

¹⁴⁷ GR vom 20.9. 1957.

¹⁴⁸ Schwarz, Gründerjahre, S. 367f.

¹⁴⁹ Neue Zürcher Zeitung, zit. nach: RM vom 20.9. 1957.

Vgl. Mende, FDP, S. 118. Bei dem angesichts der sowjetischen Invasion in Ungarn nur von wenigen Politikern besuchten Bundespresseball am 4.11. 1956 etwa hatte sich Dehler bis in die frühen Morgenstunden hinein im Kreise der "Miß Welt" vergnügt und diesem Fauxpas bei der Bundestagsdebatte über die ungarische Revolution eine unglückliche Rede folgen lassen.

¹⁵¹ Zu den Gründen für Dehlers Ablösung zählten auch die Zweifel mancher Freidemokraten, ob es klug wäre, sich in der Person Dehlers auf eine Koalition mit der SPD festzulegen.

tere Koalitionsbildung mit der CDU/CSU nicht von vornherein auszuschließen. Obgleich dem neuen FDP-Vorsitzenden Reinhold Maier dies mehr schlecht als recht gelang, wurde so immerhin den wiedervereinigungspolitischen Attacken der Nationalliberalen die Stoßkraft genommen.

Da an der Wiedervereinigungspolitik des Kanzlers nur wenige Bundesbürger etwas auszusetzen fanden¹⁵², konnte auch die SPD kaum Kapital aus der deutschlandpolitischen Windstille der damaligen Zeit schlagen und stagnierte bei 30% der Stimmen. Adenauers Wahlkampfslogan "Keine Experimente" kam auch in puncto Deutschlandpolitik der weitverbreiteten Grundstimmung einer ganz auf materielle und außenpolitische Sicherheit bedachten Bevölkerung sehr viel mehr entgegen als das sozialdemokratische Monitum, wer CDU/CSU wähle, riskiere die "endgültige Spaltung unseres Vaterlandes"¹⁵³.

Die Stalin-Offerte von 1952 spielte im Wahlkampf der SPD praktisch keine Rolle. Eine wenige Tage vor der Bundestagswahl lancierte Sowjetnote hatte den russischen Vorschlag von 1952 zwar nochmals öffentlich in Erinnerung gebracht¹⁵⁴, doch war sie von den Wahlrednern der großen Parteien einmütig abgelehnt worden¹⁵⁵. Moskau sei, kommentierte Hans Zehrer in der 'Welt', "nur an einem Ulbricht-Deutschland interessiert", ein "Ollenhauer-Deutschland" sei ihm "genauso gleichgültig (…) wie ein Adenauer-Deutschland"¹⁵⁶.

Auch Gustav Heinemann, der mit seinen rund 1 Million Anhängern zur SPD übergewechselt war, vermochte den Ausgang der Wahlen nicht entscheidend zuungunsten der Union zu beeinflussen. Für die Selbstauflösung der GVP im Mai 1957 und die Kandidatur ihrer Spitzenfunktionäre auf der Bundestagsliste der SPD waren nicht allein taktische Motive ausschlaggebend gewesen. Gewiß wollten die linken Nationalneutralisten dadurch auch die Hürde der 5 %-Klausel umgehen, doch war ihnen dieser Weg nur deshalb möglich, weil sich die SPD mittlerweile den deutschlandpolitischen Vorstellungen der GVP so weit angenähert hatte, daß ein getrenntes Marschieren nicht länger ratsam schien. Zudem spekulierte man darauf, noch bestehende Entfremdungen zwischen SPD und Kirche über den Transmissionsriemen GVP zu überwinden und vermittels der Kandidatur des praktizierenden Christen Heinemann der Sozialdemokratie ein neues Wählerreservoir vor allem im evangelischen Bereich zu erschließen 157.

"Die evangelischen Staatsbürger", so ließ sich Heinemann in der 'Stimme der Gemeinde' vernehmen, stünden "in wachsendem Maße vor der Frage, was die Katholisierung der CDU (...) für sie bedeutet". Danüber hinaus werde die CDU "mit ihrem Anspruch, christliche Politik zu betreiben, zugleich aber den Weg zu den Massenver-



¹⁵² Bei einer im Spiegel veröffentlichten demoskopischen Erhebung vom Sommer 1957 waren nur 4 Prozent der Befragten mit der Wiedervereinigungspolitik Adenauers unzufrieden; vgl. Der Spiegel vom 14.8, 1957. Vgl. auch "Das Stimmungsbarometer im Juli 1957" in der Welt vom 3.9. 1957.

¹⁵³ Die Welt vom 16.8.1957.

¹⁵⁴ Vgl. Dokumente, III. Reihe, Band 3, 1957, Bonn/Berlin 1967, S. 1570.

¹⁵⁵ Die Welt vom 10.9. 1957.

¹⁵⁶ Ebenda.

¹⁵⁷ Vgl. Koch, Heinemann, S. 485.

nichtungswaffen offenzuhalten, in eine schwere Krise geraten" – und ohnehin werde ihr die Geschichte "einmal nachsagen, daß sie im Banne der Illusionen dazu beitrug, die Vorschläge der Sowjetunion vom März 1952 und Januar 1955 auszuschlagen"¹⁵⁸.

XI.

Bei der Bundestagsdebatte über die Atombewaffnung der Bundesrepublik am 23. Januar 1958 griff der SPD-Fraktionsvorsitzende Ollenhauer Heinemanns bekannte Argumentation auf und behauptete, "daß es auch die bedauerliche Folge der einseitigen Politik der militärischen Aufrüstung ist, daß gewisse ernsthafte, bessere Verständigungsund Verhandlungsmöglichkeiten bis zurück in das Jahr 1952 heute nicht mehr so einfach gegeben sind "159. Und Thomas Dehler, der gegen Mitternacht in die Debatte eingriff, wandte sich "bleich, bald vornübergeneigt, bald hinter dem Rednerpult zurückweichend", an den Bundeskanzler und rief erregt gestikulierend und auf Adenauer zeigend, in den Saal: "Glauben Sie, daß dieser Mann den Willen hat, die deutsche Einheit herbeizuführen?" 160

Um den rhetorischen Charakter seiner Frage zu belegen, erinnerte der FDP-Abgeordnete daran, was in seinen Augen Stalin damals "am 10. März 1952 (...) dem deutschen Volke (...) an Verhandlungsmöglichkeiten" angeboten habe, "gesamtdeutsche freie Wahlen unter Vier-Mächte-Kontrolle, Bewaffnung des wiedervereinigten Deutschlands – von 300 000 Mann war die Rede"; auf den Einwurf des CSU-Abgeordneten Richard Stücklen hin, daß er, Dehler, doch 1952 selbst Mitglied der Regierung gewesen sei, bekannte der frühere Justizminister freimütig, sich dessen zu schämen und Heinemann "wegen seines Mutes" zu beneiden. Dieser habe als CDU'ler "seine Pappenheimer" besser gekannt, während er, als "gläubiger Thomas", "am Ende ein kleiner Mann" gewesen sei, der dachte, "was dieser große, geniale Staatsmann (Adenauer) uns sagt, sei richtig"¹⁶¹. Dabei habe dem Kanzler der Wille gefehlt, "das Mögliche zu tun, eine Chance zu ergreifen"¹⁶².

Unter "anhaltend großer Unruhe" führte Dehler einen leidenschaftlichen Indizienprozeß gegen die Politik der Adenauer-Regierung, wobei er vor allem deren Haltung



¹⁵⁸ SdG vom 15.9, 1957.

¹⁵⁹ Vgl. Dokumente, III. Reihe, Band 4, 1958, Bonn/Berlin 1969, S. 265.

¹⁶⁰ Ebenda, S. 387.

¹⁶¹ Ebenda.

Die Behauptung, Adenauer habe die Wiedervereinigung nicht gewollt, stand auch Mitte der 1980er Jahre im Zentrum einer wissenschaftlichen und publizistischen Diskussion, die vor allem von Rolf Steininger und Josef Foschepoth entfacht wurde. Deren Perspektiven und Methoden sind allerdings auf berechtigte Kritik gestoßen. Vgl. Rudolf Morsey, Die Deutschlandpolitik Adenauers: Alte Thesen und neue Fakten, Opladen 1991. Besonders seltsam berührte dabei, daß ausgerechnet Wissenschaftler, die zur Zweistaatlichkeit Deutschlands keine Alternative sahen – so Josef Foschepoth, Adenauer und die Deutsche Frage, Göttingen 1988 –, am vehementesten gegen Adenauers Politik von 1952 zu Felde zogen.

zur Bindungsklausel im Deutschlandvertrag und zum Eden-Plan ins Treffen führte. Zu allem hin habe Adenauer ein Vorwort zu jener bekannten Ausgabe des "Neuen Abendlandes' geschrieben, in der "das Bestreben nach der deutschen Einheit lächerlich gemacht" und ein "ganz anderes Ideal aufgerichtet" worden sei: "es ist das Ideal, daß diese Bundesrepublik die Lösung ist, daß eines gerade recht ist, diese katholisch bestimmte und gebundene Bundesrepublik!"¹⁶³

Außenminister von Brentano versäumte es, in seiner Replik auf die Vorwürfe Dehlers inhaltlich näher einzugehen, sondern beschränkte sich auf eine kurze formale Gegenrede. Damit nahm er allerdings in Kauf, daß die Argumente Dehlers in der Sache unwidersprochen im Raume stehen blieben. Noch konnte freilich auch niemand wissen, daß es Heinemann – gleich nach Brentano zu Worte kommend – in so geschickter Weise verstehen würde, Salz in die Wunden zu streuen, die Dehler der Adenauer-Regierung geschlagen hatte.

In einer wohlpräparierten zeitgeschichtlichen Rede versuchte Heinemann, der Beweiskette des Freien Demokraten noch einige Glieder hinzuzufügen. Das begann mit der mangelnden Hilfe, die Adenauer der bedrängten Ost-CDU Jakob Kaisers im Jahre 1947 habe angedeihen lassen¹⁶⁴, schloß des Kanzlers Verhalten 1952 mit ein und nahm hier in Sonderheit Adenauers "Parole": "Zuerst freie Wahlen" aufs Korn. Denn "zu sagen 'zuerst" – das mußte genau den Weg zu diesen Wahlen verschließen"¹⁶⁵.

Die Abgeordneten der Union ließen Heinemanns Anklagen "wie gelähmt über sich ergehen"¹⁶⁶. Ihr Fraktionsvorsitzender Krone begnügte sich mit einer kurzen Kritik am Stil der Ausführungen Heinemanns und Dehlers¹⁶⁷. Lediglich Hermann Höcherl von der CSU entwickelte etwas ausführlicher seine Sicht der Dinge des Jahres 1952. Aber auch Höcherl vermochte die Scharte nicht mehr auszuwetzen. Seine Rede wurde "selbst von den eigenen Parteifreunden als nicht sonderlich eindrucksvoll" empfunden¹⁶⁸. Und so ist denn viel gerätselt worden¹⁶⁹ über die Gründe für die "Stumpfheit" und die "Reaktionslosigkeit" der führenden Regierungspartei¹⁷⁰ bei dieser legendären Nachtsitzung des Deutschen Bundestages¹⁷¹.

¹⁷¹ Vgl. Schwarz, Stalin-Note, S. 96. Kurt Georg Kiesinger lieferte eine Erklärung für die erstaunliche Passivität der CDU/CSU; "innerlich kochend", habe er damals zu Adenauer gesagt: "Herr Bundeskanzler, hier kann nur einer antworten, das sind Sie, nicht irgendeiner von uns, Sie müssen jetzt hinauf; wenn Sie es nicht wollen, bin ich bereit hinaufzugehen, aber ich muß Ihnen sagen, in manchen Punkten kenne ich nicht alle Fakten. (...) Adenauer sagte ganz kategorisch: Nein, gehen Sie nicht hinauf; lassen Sie es heute, wir antworten dann später."



¹⁶³ Dokumente 1958, S. 395.

¹⁶⁴ Ebenda, S. 404.

¹⁶⁵ Ebenda, S. 402.

¹⁶⁶ SZ vom 25./26.1.1958.

¹⁶⁷ Dokumente 1958, S. 411.

¹⁶⁸ SZ vom 31.1.1958.

Vgl. die Ausführungen Eugen Gerstenmaiers bei den Rhöndorfer Gesprächen, in: Schwarz, Stalin-Nore, S. 53.

¹⁷⁰ So urteilte etwa der RM vom 31.1. 1958.

Das Echo, das der Vorgang in den Medien der Bundesrepublik fand, war gewaltig. Extrablätter, ganzseitige Ausschnitte aus den Reden Dehlers und Heinemanns, Sonderseiten über die historische Entwicklung der Deutschlandfrage und vor allem über den Inhalt der Stalin-Noten kennzeichneten die westdeutsche Presselandschaft. Wochenlang füllten zeitgeschichtliche Analysen der Wiedervereinigungspolitik Adenauers die Zeilen der publizistischen Kommentare¹⁷².

Selbst in den der Union nahestehenden Zeitungen wurde nicht geleugnet, daß die Regierungsfraktion eine parlamentarische Niederlage erlitten habe¹⁷³, weil sie "in kritischen Augenblicken" über keine kaltblütigen und umsichtigen Debattenredner verfüge¹⁷⁴. Welche Wirkungen dies – gerade im protestantischen Bereich – zeitigte, konnte man bald den "Anmerkungen" Hanns Liljes im evangelischen "Sonntagsblatt' entnehmen. Lilje hielt Heinemann zugute, "daß das, was er sagte, nicht aus politischen Zweckmäßigkeitserwägungen, sondern aus dem Gebot seines Gewissens entsprang". Die Repliken der Union seien "matt" gewesen¹⁷⁵.

"Diese sensationelle Demonstration von Irrtum und Schuld", so resümierte der 'Spiegel' in seiner Titelgeschichte, "wirkte auf Millionen am Radio mithörender Bundesbürger umso entlarvender, als sie von einem Mann dargeboten wurde, der im engsten Kanzlerkreis Zeuge gewesen war, wie Adenauer den rechten Weg verfehlte". Dehler habe sozusagen als "intimer Kenner geheimer Staatsgeschäfte" ins Mikrofon gesprochen¹⁷⁶. Für den 'Spiegel' galt es nun als ausgemacht, daß "der deutsche Bundeskanzler (durch seine Westpolitik der Jahre 1952 bis 1954/55) die Spaltung unterschrieben" habe. Daß sich tatsächlich etwas Spektakuläres im Bundestag ereignet hatte, konnte man auch daran ablesen, daß selbst 'Bild am Sonntag' mit einer politischen Schlagzeile aufmachte und die Frage stellte, ob "die Bundesregierung in den vergangenen sechs Jahren entscheidende Chancen verpaßt habe?"¹⁷⁷.

Zwar hatte die Legende von den verpaßten Gelegenheiten Wurzeln bis in das Jahr 1956 hinein, als Adenauer schon von einem deutschlandpolitischen Mythos und Grewe von einer drohenden Legendenbildung sprachen, aber ihr fehlte die Kraft des Auskeimens solange, bis die Debatte des Deutschen Bundestages im Januar 1958 einen geeigneten Nährboden schuf. Jetzt erstmals wurde landauf, landab – und auch im benachbarten Ausland – darüber räsoniert, ob denn nun die Chance von 1952 eine Legende sei, und, wenn ja, ob diese sich als eine – ex post die Realität verklärende – Fehleinschätzung der deutschlandpolitischen Möglichkeiten der Bundesrepublik in der Meinung einer breiteren Bevölkerung würde festsetzen können. Die Parole hatte im übrigen der Unionsabgeordnete Kiesling noch während der Rede Dehlers im Bundestag – in Form eines Zwischenrufs – ausgegeben: "Das ist nicht Geschichte, das ist Ge-



¹⁷² Vgl. etwa FAZ vom 27.1. 1958; Fränkisches Volksblatt vom 25.1. 1958; CuW vom 30.1. 1958.

¹⁷³ RM vom 31.1. 1958.

¹⁷⁴ FAZ vom 29. 1. 1958.

¹⁷⁵ Sonntagsblatt vom 2.2. 1958.

¹⁷⁶ Der Spiegel vom 5.2. 1958.

¹⁷⁷ Bild am Sonntag, zit. nach: GR vom 31. 1. 1958.

schichtsklitterung, was Sie machen! (...) Ihr Ziel ist hier heute abend eine neue Dolchstoßlegende!"¹⁷⁸

Die Sozialdemokraten erkannten rasch, daß es den "Anfangserfolg Heinemanns" auszubauen gelte, und beschlossen noch am Tag nach der großen Debatte spontan eine "Welle des Widerstandes gegen den Atomtod"¹⁷⁹. Außerdem wollten sie dafür sorgen, daß die Bundestagserkärung Heinemanns durch eine Unzahl von Flugschriften und Tonbandübertragungen verbreitet würde. Zu allem hin entwickelte sich Heinemann selbst zu einem der gefragtesten Versammlungsredner der SPD und ließ kaum eine Gelegenheit aus, um in den folgenden Wochen seine Vorwürfe gegen Adenauers Politik zu erneuern¹⁸⁰.

Die Freien Demokraten hielten ihren Düsseldorfer Landesparteitag im Februar 1958 ganz "im Zeichen Dehlers". Bundestagsabgeordneter Döring diffamierte Adenauers deutschlandpolitisches Konzept als seit dem Ersten Weltkrieg durchgehaltenen "Separatismus". Die Union, so referierte er unwidersprochen¹⁸¹, lebe "von der Spaltung Deutschlands und könnte bei einer Wiedervereinigung ihre beherrschende Rolle als Staatspartei verlieren"¹⁸².

Daß sich der Eindruck, es seien 1952 Chancen zur Wiedervereinigung verpaßt worden, nun festsetzen konnte, lag wohl auch an den schwierigen internationalen Rahmenbedingungen des Jahres 1958, die den Bonner Bewegungsspielraum in der Wiedervereinigungsfrage eng begrenzt hielten. Moskau drängte unentwegt auf innerdeutsche Gespräche, um, wie es schien, die völkerrechtliche Anerkennung seines mitteldeutschen Satelliten zu befördern. Außenpolitisch sprachen – nach dem Erfolg des sowjetischen Sputnik-Unternehmens – "alle Anzeichen dafür, daß sich die Sowjetunion unter einem impulsiven neuen Alleinherrscher (...) auf einem Kurs weltweiter Expansion befand"¹⁸³.

Viel Beachtung fand damals Gerstenmaiers Vorschlag, vor der Durchführung freier Wahlen den politischen Status Gesamtdeutschlands zu klären¹⁸⁴ und über einen Friedensvertrag zu verhandeln. Denn damit kam der führende Unionspolitiker doch stark in die Nähe der Sozialdemokraten. Der Kanzler jedenfalls war entsetzt. Zu dem "perspektivelosen Gewurstel"¹⁸⁵ der Bonner Deutschlandpolitik im Jahr 1958 trug er allerdings selbst bei, indem er im März – wenn auch hinter den Kulissen – bei den Sowjets eine Österreich-Lösung für die DDR sondierte, die indes angesichts der erstarkten Position Ulbrichts und der skizzierten Generallinie der russischen Außenpolitik auf wenig Gegenliebe in Moskau stieß. Zu dem Österreich-Plan war Adenauer durch den



¹⁷⁸ Dokumente 1958, S. 388.

¹⁷⁹ Der Spiegel vom 5.2. 1958.

¹⁸⁰ Vgl. RM vom 7.3. 1958 und Die Welt vom 12.2. 1958.

¹⁸¹ Sonntagsblatt vom 16.2. 1958.

¹⁸² GR vom 14.2. 1958.

¹⁸³ Hans-Peter Schwarz, Die Ära Adenauer, Epochenwechsel 1957–1963, Stuttgart/Wiesbaden 1983, S. 58.

¹⁸⁴ SZ vom 6, 2, 1958; Die Welt vom 20, 2, 1958.

¹⁸⁵ Schwarz, Epochenwechsel, S. 66.

zunehmenden Mangel an politischer Freiheit in der DDR¹⁸⁶ ebenso bewogen worden wie durch den mißlichen Ausgang der Bundestagsdebatte. Er "erkannte genau, mit welcher Erbarmungslosigkeit er auch künftig auf seine geschichtliche Verantwortung in der Wiedervereinigungsfrage angesprochen werden würde. Wollte er nun mit dieser sehr weitgehenden Sondierung sich selbst vergewissern, daß er nichts, aber auch gar nichts versäumt hatte?"187

In den Zusammenhang des Adenauerschen Österreich-Plans für die DDR ist wohl auch die vielbeachtete Rede zu stellen, die der Bonner Redakteur des "Rheinischen Merkur', Paul Wilhelm Wenger, am 20. April 1958 vor dem Parteitag der nordbadischen CDU in Tauberbischofsheim hielt¹⁸⁸. Wenger sprach sich dort nachdrücklich gegen den Gedanken einer nationalstaatlichen Wiedervereinigung im Sinne des Bismarckschen Reiches aus¹⁸⁹; vielmehr sollten Mittel- und Ostdeutschland zusammen mit Polen eine Art östliche Montan-Union bilden.

Wengers Rede und ihre beifällige Aufnahme durch den Bezirksparteitag der CDU entfachten einen ungeheuren Sturm der Entrüstung, weit über den Südwesten Deutschlands hinaus. Nicht nur die großen überregionalen Blätter, sondern gerade auch jene - in unterschiedlicher Akzentuierung - national orientierten Zeitungen, die von der zurückliegenden Nachtdebatte des Bundestages wenig Notiz genommen¹⁹⁰ bzw. sie als vorwiegend persönlich motivierten Rachefeldzug Dehlers und Heinemanns abgetan hatten¹⁹¹, waren nun des Entsetzens über Wenger - und die CDU - voll. Das ,Ostpreußenblatt' etwa sah in Wengers Idee, "Ostdeutschland in einer Art Union mit Polen" zu verbinden, den "Rekord frevelhafter Verzichtpolitik"192.

"Wir haben noch die turbulente Januardebatte (...) im Ohr", zog, Christ und Welt' das Fazit aus der Wenger-Rede: "Jetzt erntet ein Redner den widerspruchslosen Beifall eines CDU-Landesparteitages, wenn er genau das als "Zukunftskonzeption" ausbreitet, was vor vier Monaten als Verleumdung (Heinemanns und Dehlers) gebrandmarkt worden war." Dies müsse den Kampf der Exil-CDU und der Evangelischen gegen die "perfide Unterstellung", sie seien nur "Werkzeuge einer ultramontan-separatistischen Verschwörung", erheblich erschweren, ja könne sogar "das Gefüge der CDU(…) sprengen"193.

Aber vor allem den (publizistischen) Freunden Heinemanns und Dehlers und den Oppositionsparteien kam die ganze Affäre wie gerufen¹⁹⁴. In der FDP forderte man



VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

¹⁸⁶ Kirchenkampf, Reisebeschränkungen etc.

¹⁸⁷ Vgl. Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), Entspannung und Wiedervereinigung. Deutschlandpolitische Vorstellungen Konrad Adenauers 1955-1958, Stuttgart/Zürich 1979, S. 36.

¹⁸⁸ Auszüge aus der Rede in: RM vom 2.5. 1958.

¹⁸⁹ CuW vom 24.4.1958.

¹⁹⁰ Etwa das Ostpreußenblatt oder die Deutsche Soldatenzeitung.

¹⁹¹ CuW sowie Nation Europa.

¹⁹² OPB vom 3.5. 1958.

¹⁹³ CuW vom 24.4.1958.

¹⁹⁴ Seine heftige Kritik an der Tauberbischofsheimer Rede beschloß Paul Sethe mit der Frage, wieviel Leute es wohl "unter den Freunden Wengers geben" möge, die genauso dächten wie er, "die nur ein

Manfred Kittel

ein Vorgehen gegen Wenger wegen Hoch- und Landesverrates, während die SPD Wengers Rede auf den Punkt brachte, indem sie sie als Beweis ihrer – und Dehlers – Januar-Thesen wertete, daß die Bundesregierung die Wiedervereinigung Deutschlands "nicht ernsthaft" wolle¹⁹⁵.

XII.

Die Genesis der Legende von den verpaßten Gelegenheiten stellt sich wesentlich komplexer dar als bislang vermutet. Sethes vielfach in ihrer Bedeutung überschätzte Schrift "Zwischen Bonn und Moskau" vom November 1956 war lediglich der Seismograph, der die deutschlandpolitischen Erschütterungen von Ende 1955 bis Mitte 1956 aufzeichnete; sie war indes nicht deren Ursache und steht insofern auch nicht am Anfang der Legende. Gleichwohl sind Sethes Positionen charakteristisch für den Wandel der deutschlandpolitischen Grundstimmung in der Publizistik der fünfziger Jahre. Denn auch deren Damaskus hieß Genf, wenngleich sie nicht schon abrupt nach dem Gipfel im Sommer 1955 - wie bei Sethe -, sondern erst nach dem Genfer Folgetreffen Ende des Jahres endgültig umschlug und die letzten Hoffnungen auf eine baldige Wiedervereinigung fahren ließ. Wenige Monate später, im Sommer 1956, nach Diskussionen über die Wiedervereinigungsskepsis westlicher Politiker und aufgrund des neuen Kurses der oppositionell gewordenen FDP, mündete dieser Strom der veröffentlichten Meinung in eine - demoskopisch belegte¹⁹⁶ - große Vertrauenskrise der Adenauer-Regierung. Ganz offensichtlich hatten bedeutende Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland Adenauers Westkurs mit vor allem nationalen Wünschen begleitet. Sie sahen sich zunehmend ihrer Hoffnungen beraubt, als die Westverträge nicht schon kurzfristig zu Erfolgen in der Wiedervereinigungspolitik führten.

Der angesichts des Bundestagswahlergebnisses von 1957 zunächst widersprüchliche demoskopische Befund einer hohen Relevanz der Wiedervereinigung bei gleichzeitig ermittelter geringer, spezifisch deutschlandpolitischer Problemlösungskompetenz der Unionsparteien gewinnt an Aussagekraft, wenn man ein weiteres Umfrageergebnis hinzunimmt: noch wichtiger als die Einheit Deutschlands war den Bundesbürgern nämlich die "Sicherheit vor den Russen" 197. Hierin, im geschicktesten Eingehen auf den breiten antikommunistischen Grundkonsens der jungen Republik, lag Adenauers Erfolg mitbegründet. Und anders wäre es ihm wohl kaum gelungen, nach der schwe-

386



wenig schlauer" seien und die Zeit noch nicht für gekommen hielten, ihre Meinung so offen zu bekennen. Die Welt vom 25.4. 1958; vgl. auch JK (1958), S. 275 ff.

¹⁹⁵ Die Zeit vom 1.5. 1958.

Vgl. Elisabeth Noelle-Neumann, Die Verklärung. Adenauer und die öffentliche Meinung 1949–1976, in: Konrad Adenauer und seine Zeit, hrsg. von Dieter Blumenwitz/Klaus Gotto/Hans Maier u.a., Bd. II. Stuttgart 1976, S. 523–554, hier S. 539 und S. 531.

¹⁹⁷ Ebenda, S. 530.

ren (deutschland-) politischen Malaise des Jahres 1956 eine weitere Bundestagswahl so haushoch zu gewinnen.

Zwar führte die große Bundestagsdebatte 1958 zu einer gewissen Polarisierung der deutschlandpolitischen Diskussion¹⁹⁸, doch konnte davon die CDU zunächst sogar mehr profitieren als die Sozialdemokratie. Widersprechen diese für die CDU überraschend günstigen demoskopischen Zahlen vom Februar 1958 aber nicht der These von einem entscheidenden parlamentarischen Einbruch der Union während der Nachtdebatte des Bundestages, und spricht dies nicht auch gegen die Ansicht, daß Anfang 1958 die Legende geboren wurde? Zunächst ja, doch gehört es eben nicht zu den Kriterien einer Legende, daß sie unbedingt von einer relativen oder absoluten Mehrheit der Bürger bereits verinnerlicht ist, vielmehr reicht es hin, daß ihre Formeln einen wichtigen Platz in der politischen Diskussion einnehmen und beispielsweise im Februar 1958 27 % der Befragten meinten: "Wir könnten mit der Wiedervereinigung schon viel weiter sein, wenn Adenauer in den vergangenen Jahren auf die russischen Vorschläge mehr eingegangen wäre." 199

Noch in anderer Hinsicht ist das demoskopische Material in unserem Erklärungszusammenhang recht hilfreich, legitimiert es doch den Begriff von der Stalin-Noten-Legende zusätzlich dadurch, daß in der Zeitspanne zwischen 1952 und 1954 "bei aller Breite, mit der die zeitgeschichtlichen Themen abgedeckt" wurden²⁰⁰, im Allensbacher Archiv keine Frage nach einer von Adenauer vertanen Chance zur Wiedervereinigung zu finden ist. Erst unmittelbar nach den Bundestagsreden Dehlers und Heinemanns taucht – weil "jetzt viel darüber gesprochen wird"²⁰¹ – die Frage auf, "ob Adenauer genug für die Wiedervereinigung getan hat"²⁰². Und im Januar 1959 wird – kurz nach dem Chruschtschowschen Berlin-Ultimatum – direkt nach einer "versäumten Gelegenheit" geforscht²⁰³.

Aber erst im Juni 1963, als Adenauer Jahre nach dem Mauerbau und den deutschlandpolitischen Einbrüchen der zweiten Berlin-Krise seinen Rücktritt erklärte, erschien das Thema der "verpaßten Chance" explizit – Stellungnahmen pro und contra erheischend – in einer Allensbacher Repräsentativumfrage. Nun zeigte sich auch, daß die Legende "bereits voll ausgewachsen" war²⁰⁴, ihre kurze Adoleszenz hinter sich hatte und von fast der Hälfte der erwachsenen Bevölkerung gekannt, wenn auch nicht durchweg geglaubt wurde.

Eine Zusammenschau der vorliegenden Umfragen beschreibt die Wachstumskurve der Legende; während etwa im Februar 1958 noch 50 % der Ansicht waren, "Adenauer



VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

¹⁹⁸ Die Zahl der Unentschiedenen bzw. keinen Unterschied zwischen SPD und CDU erkennen könnenden nimmt von 62 auf 52 Prozent ab; ebenda, S.539.

¹⁹⁹ Elisabeth Noelle/Erich-Peter Neumann, Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1958–1964, Allensbach 1965, S. 485.

²⁰⁰ Noelle-Neumann, Verklärung, S. 525.

²⁰¹ Noelle/Neumann, Jahrbuch, S. 485.

²⁰² Ebenda.

²⁰³ Ebenda, S. 496.

²⁰⁴ Noelle-Neumann, Verklärung, S. 526.

konnte nicht mehr tun", waren im April 1959 davon noch 45 % überzeugt²⁰⁵, und im Juni 1963 glaubten nurmehr 32 %, daß 1952 keine Chance verpaßt wurde. Aus alldem ergibt sich, daß wirden Beginn des Jahres 1958 als das Geburtsdatumder Legende festhalten und ihr zugleich ein rasches Wachstum auf dem Nährboden der Berlin-Krise attestieren dürfen. Dabei gilt es jedoch auch, die Tauberbischofsheimer Rede Paul Wilhelm Wengers vom April 1958 stärker in den Blick zu nehmen. Sie erst hat namentlich in den Bereichen der Protestanten und Vertriebenen die Skepsis gegen Adenauers Deutschlandpolitik entscheidend verstärkt. Die Dämme freilich, über die sich die Flut der Wenger-Rede ergießen konnte, hatten im Januar 1958 andere – nämlich Dehler und Heinemann – eingerissen.

Schon im Sommer 1956 war indes zu erkennen gewesen, daß die Bereitschaft – zunächst der Publizistik –, in den Stalin-Noten eine vertane Chance zu sehen, peu à peu zunahm, je mehr die Aussicht auf eine baldige Wiedervereinigung schwand. Insofern spiegelte der sich allmählich herausbildende Stalin-Noten-Mythos nur die wachsende Frustration wider, die sich der Deutschlandpolitiker ab Mitte der fünfziger Jahre bemächtigte. Jedenfalls wird man die Ergebnisse der Gramlschen Analyse über das Jahr 1952 hinaus bis mindestens Anfang 1955 fortschreiben dürfen; der größere Teil der Redakteure und Journalisten und somit der veröffentlichten Meinung teilte, unabhängig vom Grad seiner nationalen Orientierung, die Denkvoraussetzungen Adenauers, also Antikommunismus und Streben nach Sekurität²⁰⁶ – und war insofern unempfänglich für alle eindeutig neutralistischen Konzepte der kleinen deutschlandpolitischen Fundamentalopposition um Heinemann.

An der Legende von den verpaßten Gelegenheiten hat dieser ohne Zweifel die ältesten Rechte. Dann kam lange nichts, und erst dann sind Thomas Dehler und Paul Sethe und – mit weiteren Einschränkungen – Rudolf Augstein²⁰⁷ zu nennen. Vom GVP-Außenseiter zum honorigen SPD-Parlamentarier avanciert, schien Heinemann als geradlinigster Adenauer-Gegner der SPD endlich auch ein klares deutschlandpolitisches Profil geben zu können und profitierte seinerseits von der Stoßkraft der deutschen Sozialdemokratie. Diese bedeutete eine maßgebliche Verstärkung für den linken Flügel jener Zangenbewegung, in der die wiedervereinigungspolitische Legendenbildung erfolgte; vorher rekrutierten sich Heinemanns Bataillone überwiegend nur aus den zahlenmäßig kleinen, meist linksintellektuellen Kreisen der evangelischen Kirche. Aber auch der Druck von rechts, wo seit 1955 die nationalliberale FDP unter Dehler angegriffen hatte, wurde 1958 noch größer. Denn der Zweifel, ob die Union wirklich "mit ganzem Herzen" nach der deutschen Einheit strebe, erhielt durch Wengers Tauberbischofsheimer Europa-Rede namentlich in den Reihen der Soldaten- und Vertriebenenverbände neue Nahrung.

Dessen Argumentation im Spiegel war immer wieder von Phasen unterbrochen, wo er vor allem die sowjetische Politik kritisierte und ihr die moralische Schuld an der Teilung gab.



²⁰⁵ Noelle/Neumann, Jahrbuch, S. 485.

Die von Hans-Peter Schwarz beschriebene "publizistische Subkultur" der Hamburger Blätter war in den 50er Jahren – gerade hinsichtlich der eher liberal-konservativen Zeit – durchaus noch kein einheitliches Phänomen; Rhöndorfer Gespräche, Bd. 5, S. 12.

Erschwerend hinzu kamen die sprunghaft gestiegenen Bedenken in den evangelischen Teilen der Union selbst, aber auch bei der Exil-CDU, wo sich bis zur Wiedervereinigung ein gewisses Unbehagen an der Politik Adenauers von 1952 gehalten hat²⁰⁸. Eine neue, infame "Dolchstoßlegende" indes, die das Klima der innenpolitischen Auseinandersetzung nachhaltig vergiftet hätte, ist aus dem Mythos der Stalin-Noten nicht entstanden, konnte nicht entstehen, weil die Deutschen wohl gelernt hatten, sich von nationalistischen Sirenenklängen nicht mehr verführen zu lassen; Adenauer blieb also eine Kriminalisierung als "deutschlandpolitischer Märzverbrecher" erspart. Doch hat die Stalin-Noten-Legende zweifelsohne die Glaubwürdigkeit der Union in Sachen Wiedervereinigung beschädigt und wohl zumindest unterschwellig die Akzeptanz der "neuen", sozialliberalen Ostpolitik befördert²⁰⁹.



VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Vgl. Johann Baptist Gradl, in: Rhöndorfer Gespräche, Bd. 5, S. 46 f. Gradl wies darauf hin, daß er und seine Freunde "jedenfalls (…) nie von verpaßten Chancen gesprochen" hätten, sondern lediglich der Meinung wären und seien, "daß die Probe nicht gemacht worden ist".

Für diese Vermutung spricht auch die Tatsache, daß sich etwa Bundeskanzler Willy Brandt während der Debatte um die Ostverträge 1971 des Topos vom historischen Versagen Adenauers bei der Wiedervereinigung bediente und ihm anläßlich des 10. Jahrestages des Mauerbaus öffentlich eine Mitschuld an diesem Vorgang unterstellte. Vgl. Hanns Jürgen Küsters, Adenauer und Brandt in der Berlin-Krise 1958–1963, in: VfZ 40 (1992), S.483.

MICHAEL F. SCHOLZ

ÖSTEN UNDÉN UND DIE DDR

Schwedische Deutschlandpolitik in den fünfziger Jahren*

Die Wiedervereinigung Deutschlands eröffnet auch eine neue Sicht auf die Geschichte der deutschen Frage. Die frühzeitige Entscheidung zur Einbindung der Bundesrepublik in das westliche Bündnis und die sich damit verfestigende Teilung brachten zwar der Bundesrepublik Demokratie und Wohlstand, für Millionen Ostdeutsche aber bedeuteten sie jahrzehntelange Mißwirtschaft und Repression¹. Die Frage nach einer Alternative, die vor allem für die Menschen im Osten das Leben leichter hätte werden lassen, wird unterschiedlich beantwortet. Es bleibt indes das Problem, inwieweit damals Diskussionsangebote zur Lösung der deutschen Frage nicht ernsthaft genug diskutiert wurden. In den fünfziger Jahren übten auch Politiker des Westens entsprechende Kritik. Zu denen, für die die Forderung nach deutscher Wiedervereinigung nicht nur Lippenbekenntnis war, zählte der langjährige schwedische Außenminister Östen Undén².

In Undéns Jahren als Außenminister von 1945 bis 1962 gewann die auch im eigenen Lande nicht unumstrittene sogenannte schwedische Neutralitätspolitik eine neue Qualität. Nahezu freie Hand hatte Undén von seiner Partei erhalten, der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Schwedens (SAP), in der außenpolitische Fragestellungen zu dieser Zeit selten eine Rolle spielten und die volles Vertrauen zu ihm hatte³. Mit seinen



^{*} Für die finanzielle Unterstützung der Archivstudien in Schweden danke ich dem Schwedischen Institut, Stockholm, und der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

¹ Vgl. Andreas Hillgruber, Deutsche Geschichte 1945–1986, Stuttgart ⁶1987, S. 53; vgl. auch die Diskussion bei Jürgen Weber (Hrsg.), Die Republik der fünfziger Jahre. Adenauers Deutschlandpolitik auf dem Prüfstand, München 1989; Arnulf Baring, Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie, München/Wien 1969; Hans-Peter Schwarz, Die Ära Adenauer: Gründerjahre der Republik 1949–1957, Stuttgart/Wiesbaden 1981; Ders., Die Ära Adenauer: Epochenwechsel 1957–1963, Stuttgart/Wiesbaden 1983.

² Vgl. Östen Undén, Minnesanteckningar, Stockholm 1966; Ders., Tankar om utrikespolitik, Stockholm 1963; Yngve Möller, Östen Undén. En biografi, Stockholm 1986; Ders., Östen Undéns utrikespolitik, in: Bo Huldt/Klaus Misgeld (Hrsg.), Socialdemokratin och svensk utrikespolitik. Från Branting till Palme, Stockholm 1990; Barry Holmström, Realism, moralism och neutralitetspolitik. Undén som anonym ledarskribent, in: Statsvetenskaplig Tidskrift 1981, S.77-91; Uno Willers (Hrsg.), Bibliografi över Östen Undéns tryckta vetenskapliga och politiska skrifter 1906–1966, Stockholm 1966.

³ Klaus Misgeld, Sozialdemokratie und Außenpolitik in Schweden. Sozialistische Internationale, Europapolitik und die Deutschlandfrage 1945–1955, Frankfurt a. M./New York 1984, S.501.

Vorstellungen traf er aber bei nicht unbedeutenden Teilen seines außenpolitischen Dienstes und der Massenmedien auf Ablehnung und Mißtrauen; er galt als zu nachgiebig gegenüber der UdSSR und wenig beeinflußbar für die Argumente des Westens⁴. Und in der Tat war Undéns Bild von der Sowjetunion eher positiv, da er in ihrer Politik nach dem 9. April 1940 einen grundlegenden Faktor sah, der Hitler an der Okkupation Schwedens gehindert hatte⁵. Undéns schärfste Kritiker waren die Chefredakteure der größten Tageszeitungen Dagens Nyheter und Svenska Dagbladet, Herbert Tingsten und Ivar Anderson. Sie konnten sich in ihrer Kritik auf die Unterstützung mehrerer schwedischer Diplomaten verlassen, die, wie Anderson schreibt, "alle Mühe der Welt hatten, die unnötigen, schulmeisterlichen Deklarationen des Außenministers über unsere unumstößliche Neutralität zu entschuldigen und aus der Welt zu bringen"⁶. Vielleicht wegen der fehlenden Unterstützung im eigenen Hause suchte Undén die Bestätigung für seine Politik oftmals im Kontakt mit ausländischen Kollegen, die er, glaubt man seinen Tagebuchaufzeichnungen, auch fand.

Sehr früh war Undén sich des besonderen Gewichts der deutschen Frage bewußt. Ernsthaft bemühte er sich um Fortschritte, die auf absehbare Zeit auch zu einer Wiedervereinigung zumindest der Menschen führen sollten. Sein für Schweden ungewöhnliches außenpolitisches Engagement galt in den fünfziger Jahren einem allianzfreien wiedervereinigten Deutschland mit nationalen Streitkräften. Für eine solche Pufferzone im Kalten Krieg diente ihm Schwedens eigene bündnisfreie Lage zwischen den Blöcken als Beispiel. Erst Anfang der sechziger Jahre trat er für die Erhaltung des Status quo zusammen mit einer Politik der kleinen Schritte ein⁷.

Undéns von Realismus und Pragmatismus geprägte Politik soll im folgenden schwerpunktmäßig für die Zeit bis zur Eingliederung beider deutscher Staaten in unterschiedliche Militärpaktsysteme (1955) behandelt werden. Quellengrundlage sind die publizierten außenpolitischen Erklärungen Schwedens, die Schriften Undéns sowie Archivalien aus Undéns Nachlaß, der in der Königlichen Bibliothek in Stockholm liegt⁸. Der Wert dieses Quellenmaterials ist unterschiedlich. Aus den verschiedenen Heften der Tagebücher, die in der Mehrzahl nur kurze Notizen, aber auch Resümees von Begegnungen und Gesprächen enthalten, sind öfter Stücke herausgeschnitten worden, obwohl Undén bei ihrer Deposition verfügt hatte, sie weder zu veröffentlichen noch allgemein zugänglich zu machen. Interessante Aufschlüsse geben Undéns

⁸ Zit. als KB (Kungliga Biblioteket, Stockholm), L 108. Für die Möglichkeit der Benutzung bedanke ich mich herzlich beim Leiter des Archivs des schwedischen Außenministeriums, Berndt Fredriksson.



⁴ Vgl. Gunnar Jarring, Rikets förhållande till främmande makt. Memoarer 1952–1964, Stockholm 1983, S. 18.

⁵ So in seiner Rede in Örebro im Oktober 1945; vgl. Sovjet räddade Sverige 1940, Trots allt! 1945, Nr. 42 (19.–25.5.), S. 4.

⁶ Ivar Anderson, Från det nära förflutna. Människor och händelser 1940–1955, Stockholm 1969, S. 180; vgl. auch Jarring, Memoarer 1952–1964, S. 17 ff.; Karl Molin, Omstridd neutralitet, Stockholm 1992.

⁷ Vgl. Misgeld, Sozialdemokratie und Außenpolitik, S. 492; Holmström, Realism, moralism och neutralitetspolitik, S. 85 ff.

vor allem für die sozialdemokratische Zeitung Morgon Tidningen verfaßte anonyme Leitartikel, in denen er oft die eigene Politik in der Dritten Person kommentierte, bisweilen auch in den höchsten Tönen lobte⁹.

Man kann Östen Undén nur in dem historisch-politischen Kontext verstehen, in dem er politisch gereift war: den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg. Der 1886 im schwedischen Karlstad geborene Apothekersohn studierte in Lund Jura und Völkerrecht. Hier erarbeitete er sich die theoretischen Voraussetzungen, die zur Grundlage seiner langjährigen Karriere als Außenpolitiker werden und ihm politischen Halt geben sollten. Unter dem Eindruck des großen schwedischen Streiks 1909 wurde er Sozialdemokrat. Frühzeitig hatte er Gelegenheit, sich eine persönliche Auffassung von Deutschland und den Deutschen zu bilden. Schon von seinem älteren Bruder Torsten, der vor dem Ersten Weltkrieg Mitarbeiter am Hamburger Generalkonsulat bzw. der Berliner Vertretung Schwedens war, hatte er erste Eindrücke vermittelt bekommen. Im Jahre 1910 konnte sich der junge Östen während eines mehrmonatigen Studienaufenthaltes in Berlin selbst ein Bild machen. Aus den Vorlesungen nahm er den Eindruck mit, hier werde Deutschlands Stärke und Expansionslust beschworen. Und er notierte: "Es gibt in unseren Tagen wohl kaum einen weiteren zivilisierten Staat, der von einer so prinzipiell unmoralischen Meinung in der Frage der Außenpolitik beherrscht wird. "10 Ein nicht gerade positives Deutschland-Bild erhielt Undén auch von einer weiteren Seite. Ernst Wigforss (1881–1977), der große Theoretiker in der schwedischen Sozialdemokratie, mit dem er seit seiner Lunder Zeit befreundet war und der zeitlebens den größten Einfluß auf ihn ausüben sollte¹¹, hatte sich schon früh mit außenpolitischen Fragen beschäftigt. In seiner 1915 erschienenen Studie zu den Ursachen des Ersten Weltkrieges¹² war Wigforss zu dem Schluß gekommen, daß Deutschland und Österreich die überwiegende Schuld trügen. Wigforss gab damals eine düstere Perspektive, die durch die Entwicklung der kommenden Jahrzehnte allerdings bestätigt wurde: "Glaubt ihr, daß ein Deutschland, wo die Kriegsphilosophie die Meinung vom äußersten rechten Flügel der Junker bis zu den Radikalen (...) auf dem linken beherrscht, im Augenblick des Sieges auf Vorschläge über obligatorische Untersuchungskommissionen oder das Recht der Nationalitäten auf Selbstbestimmung usw. hören würde?"13 Es ist anzunehmen, daß beide Politiker solche Anschauungen nach 1945 nicht schnell ablegen konnten. Wigforss hatte in dieser frühen Schrift auch die später für Undén so wichtige Frage aufgegriffen, ob die Anwendung moralischer Kategorien in der Frage der zwischenstaatlichen Beziehungen überhaupt sinnvoll sei¹⁴.

Östen Undén trat erstmalig 1917 als frischgebackener Professor für Zivilrecht und internationales Privatrecht in Uppsala als Staatsrat in eine Regierung, später wirkte er



⁹ Vgl. Holmström, Realism, moralism och neutralitetspolitik, S. 85 ff.; Möller, Östen Undén, S. 499 ff.; Willers, Bibliografi.

¹⁰ Möller, ebenda, S.35.

¹¹ Vgl. Briefwechsel Undén-Wigforss, Kopie in: KB, L 108.

¹² Ernst Wigforss, Världskriget och världsfreden. Dokument och reflexioner, 2 Bände, Stockholm 1915.

¹³ Ebenda, Bd. 2, S. 436.

¹⁴ Ebenda, S.7.

als Justizminister, Außenminister und Vertreter beim Völkerbund. Während des Zweiten Weltkrieges nicht in der Regierung, verfügte er als Vorsitzender des Reichstagsausschusses für Auswärtige Angelegenheiten über nicht geringen Einfluß. Schon im Ersten Weltkrieg hatte Deutschlands Einfall in das neutrale Belgien Undéns Kritik hervorgerufen; um so kritischer stand er dem nationalsozialistischen Deutschland gegenüber. Mit Nachdruck verurteilte er während des Zweiten Weltkrieges die schwedische Transitgenehmigung für deutsches Militärpersonal sowie die Begrenzung der Druckfreiheit der nicht deutschfreundlichen Presse. Diese Haltung brachte ihm die Achtung ein, aufgrund derer er am 31. Juli 1945 als Außenminister in die neue sozialdemokratische Regierung berufen wurde.

Als konsequenter Vertreter einer schwedischen Neutralitätspolitik gehörte er aber von Anfang an zu den Befürwortern einer schwedischen Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen. Die Entwicklung einer internationalen Rechtsordnung schien ihm am ehesten geeignet, schwedische Interessen zu fördern. Die ehemalige Großmacht Schweden hatte das letzte Mal zur Zeit Napoleons Krieg geführt. Seit der Auflösung der Union mit Norwegen 1905 verfügte Schweden mit geringen Ausnahmen über eine homogene Bevölkerung; der Außenhandel war vergleichsweise ausgeglichen. Ohne Kolonien und territoriale Ansprüche blieben die außenpolitischen Interessen des Landes begrenzt auf die Erhaltung des bestehenden Kräfteverhältnisses im Ostseeraum, auf die Sicherung der handelspolitischen Interessen in beiden durch den Kalten Krieg bald getrennten Lagern und auf die Bewahrung der Neutralität bei internationalen Konflikten¹⁵. In seiner anläßlich des UNO-Beitritts im Frühjahr 1946 gehaltenen Rede drückte Undén den Wunsch aus, man möge die landläufig auf die Sozialpolitik bezogene Bezeichnung Schwedens als "Land des Mittelwegs" auch auf die schwedische Außenpolitik beziehen¹⁶. Im Interesse einer Neutralitätspolitik hatte sich Schweden 1948, anders als Dänemark und Norwegen, entschieden, außerhalb der NATO zu bleiben. Schweden wollte so vermeiden, zur Reibungsfläche zwischen den entstehenden Blökken in Ost und West zu werden; auch sollte die Neutralitäts- bzw. allianzfreie Politik den Druck der UdSSR auf Finnland entlasten. Undéns Bemühen, jeder Verschärfung der Gegensätze zwischen Ost und West entgegenzuwirken, hatte auch Konsequenzen für die schwedische Haltung zur deutschen Frage.

Mit der deutschen Kapitulation hatten die diplomatischen Verbindungen zwischen Schweden und Deutschland am 7. Mai 1945 aufgehört. Für die schwedische Außenpolitik mußte es nun in erster Linie um ökonomische Fragen gehen: den schwedischen

16 Rede in: Eek, Svensk utrikespolitik, S. 17.



Vgl. Hilding Eek, Svensk utrikespolitik och FN som internationell organisation, Stockholm 1955, S. 11 ff. Zur Außenpolitik Schwedens vgl. weiterhin Nils Andrén/Åke Landqvist, Svensk utrikespolitik efter 1945, Stockholm 1965; Alf W. Johansson/Torbjörn Norman, Sveriges säkerhet och världens fred. Socialdemokratin och utrikespolitiken, in: Klaus Misgeld/Karl Molin/Klas Åmark (Hrsg.), Socialdemokratins samhälle, Kristianstad 1989, S. 250–281; Nils Andrén/Yngve Möller, Från Undén till Palme. Svensk utrikespolitik efter andra världskriget, Stockholm 1990; Misgeld, Sozialdemokratie und Außenpolitik; Jörg Lindner, Alte und neue Auffassungen über Deutschland, in: Neuanfang. Beziehungen zwischen Deutschland und Schweden 1945–1954, Stockholm 1990, S. 107–142.

Anschluß an den Welthandel, eine Klärung der Stellung des deutschen Eigentums in Schweden u. a. m. Ein lebhaftes Interesse bestand in Schweden an der Weiterführung bzw. Wiederaufnahme des deutsch-schwedischen Handels, nicht zuletzt auch des wichtigen Salzimports (Glaubersalz) aus den nun unter sowjetischer Verwaltung stehenden Gebieten. Der Handel mit der Sowjetischen Besatzungszone lief auf der Grundlage staatlicher Handelsabkommen mit der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland zum Mißfallen der Westmächte recht schnell wieder an. Der Gesamtimport aus der SBZ belief sich zum Beispiel 1947 bei einem unbedeutenden schwedischen Export auf ca. 75 Millionen Schwedenkronen. Die Wirtschaftsbeziehungen mit den Westzonen Deutschlands gestalteten sich zunächst weitaus schwieriger, entwickelten sich nach der Währungsreform aber so erfolgreich, daß der Handel mit der sowjetischen Zone seine Bedeutung nahezu einbüßte¹⁷.

Wie schon nach dem Zusammenbruch des deutschen Kaiserreiches 1918 betrachtete Undén die zu erwartenden großen Veränderungen in Deutschland auch nach 1945 wenig optimistisch. Hatte seine Sorge am Ausgang des Ersten Weltkrieges hinsichtlich der totalen deutschen Niederlage besonders "dem französischen und amerikanischen Chauvinismus" gegolten¹⁸, erwartete er nun im Ausgang der Auseinandersetzung zwischen den Großmächten "bis auf weiteres eine Teilung Deutschlands in zwei Staaten"19. Sorgen bereiteten ihm die negativen Auswirkungen des Fehlens eines Friedensvertrages mit Deutschland für den Wiederaufbau bzw. die Wirtschaft in weiten Gebieten Europas²⁰. Mit seinem wenig positiven Deutschland-Bild und seiner Skepsis gegenüber der Zukunft der deutschen Frage stand der Außenminister nicht allein. Andererseits scheinen in Schweden die Veränderungen in der Ostzone verhältnismäßig positiv aufgenommen worden zu sein, wie wir auch bei dem Deutschlandkenner und Freund Undéns, dem Historiker und Chef der Königlichen Bibliothek in Stockholm, Uno Willers, feststellen können²¹. Auf der anderen Seite gab es in der immer breiteren Berichterstattung über Deutschland ein gewaltiges Defizit an Nachrichten aus der sowjetischen Besatzungszone. Anfangs lagen die Ursachen hier bei der sowjetischen Informationspolitik, die schwedischen Journalisten kaum Arbeitsmöglichkeiten ließ²². Mit dem Ausbruch des Kalten Krieges wurde dann Westdeutschland zunehmend mit



VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

¹⁷ Vgl. besonders die Beiträge von Klaus Richard Böhme, Recht oder Moral. Die Behandlung des deutschen Vermögens in Schweden, und Martin Fritz, Turbulente Jahre. Schwedens Außenhandel und Wirtschaft 1945–1954, in: Neuanfang, S.59–77, 143–164; Michael F. Scholz, Am Anfang stand der Handel. Zu den Beziehungen Schwedens zu Ostdeutschland 1945 bis 1949, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 40 (1992) H.3, S. 245–259.

¹⁸ Undén an Wigforss, 17. 10. 1918, in: KB, L 108.

¹⁹ Undén auf dem SAP-Kongreß im Mai 1948, in: Socialdemokratiska Arbetarpartiets 18:e Kongress. Protokoll, Stockholm 1948, S. 121 f.

²⁰ Vgl. Östen Undén, Sveriges utrikespolitik. Tal i Riksdagen den 4 februari 1948, Stockholm 1948, S. 3.

Vgl. Uno Willers, Tyskland ett år efter kapitulationen, Stockholm 1946, S. 6, 13, 20; vgl. auch Svenska Dagbladet, 20.6. 1945: Konstruktiv rysk politik bedrivs.

²² Vgl. Dagens Nyheter, 25. 8. 1945: De skymmande ridåerna.

Deutschland gleichgesetzt; die sowjetische Zone galt bald als "für Westeuropa verloren"²³.

Die Konstituierung der Bundesrepublik Deutschland aktualisierte 1949 die Frage einer schwedischen Vertretung in Deutschland. Um die Position der Besatzungsmächte, aber auch der westdeutschen Politiker in dieser Frage zu erfahren, schickte Undén den Chef der politischen Abteilung, Sven Dahlmann, im Spätsommer 1949 nach Deutschland. Die Vorbereitung der Reise von Frankfurt am Main über Bad Dürkheim, Mainz und Bonn nach Berlin lag bei Brynolf Eng, seit März 1947 als schwedischer Repräsentant in Berlin, seit August 1947 als Generalkonsul. In seinem Bericht für den Außenminister betonte Dahlmann, daß in Westdeutschland Antikommunismus und eine starke Aversion gegen die Sowjetunion die stärksten psychologisch-politischen Faktoren zu sein schienen. Zur Frage der schwedischen Vertretung hatten ihm seine westlichen Gesprächspartner erklärt, daß Schweden seine Repräsentation in Berlin behalten und versuchen sollte, sie mit einer zweiten in Westdeutschland zu kombinieren. Auf diese Weise könnte auch vermieden werden, einen besonderen Repräsentanten für den Fall zu benennen, daß eine Regierung der Ostzone ihren Sitz in Berlin nähme; damit wäre Schweden einer Stellungnahme in der deutschen Frage überhaupt enthoben. So sah es jedenfalls Carlo Schmid vom SPD-Parteivorstand, der "um jeden Preis" auch jeglichen Anschein einer Anerkennung der Repräsentanten der Ostzone als Vertreter der dortigen Bevölkerung vermeiden wollte. Der französische Hohe Kommissar, André François-Poncet, sah keinen Wert in der Betonung Berlins und damit des deutschen Einheitsgedankens, erhob aber auch keinen Widerspruch. Konrad Adenauer, dem sichtlich an einem guten Auskommen mit Frankreich gelegen schien, zeigte an der Stellung Berlins als prinzipieller Reichshauptstadt, im Gegensatz zu Schmid, kein Interesse. Dahlmanns Zusammenfassung für Undén ging dahin, die Mission in Bonn von ihrer politischen Bedeutung her über die Berliner zu stellen. Von Berlin aus aber könnte sowohl die Deutschland-Politik der Alliierten beobachtet als auch die Verbindung mit der Ostzone im Auge behalten und bei Bedarf auch eingegriffen werden²⁴.

Der Konstituierung der Bundesrepublik im September folgte am 7. Oktober 1949 die Gründung der DDR, die sich als souveräner Staat verstand und, anders als die Bundesrepublik, die Frage nach staatlicher Anerkennung sofort stellte. Im schwedischen Außenministerium nahm man von den deutschen Staatsgründungen nur formal Kenntnis: die offizielle Bezeichnung des neuen Staates sei "Deutsche Demokratische Republik", für die westdeutsche Republik "Bundesrepublik Deutschland" ²⁵. In einem Memorandum des Kabinettssekretärs hieß es am 17. Oktober zur Regelung der Vertretung in Deutschland, daß Schweden vor dieser Frage noch nicht stehe, aber bestrebt sei, "so weit wie möglich unsere Repräsentation in Deutschland als Einheit zu behandeln". Da die Vertretung in Bonn nur der High Commission galt, könnte eine ostdeutsche Forderung



²³ Vgl. ebenda, 27.4.1948; Västtyskland tar form.

²⁴ Promemoria (PM) rörande intryck från en resa i Tyskland, Dahlmann, 20.9. 1949, in: KB, L 108.

²⁵ PM, 14.10.1949, in: Ebenda (im Original deutsch).

nach einer diplomatischen Vertretung ohne weitere Stellungnahme in der deutschen Frage abgewiesen werden²⁶. Auch Eng in Berlin nahm das Ganze ruhig auf. Das schwedische Handelsabkommen mit Ostdeutschland lief im Gegensatz zu den Abkommen Norwegens und Dänemarks, die zum Jahresende fällig waren, erst am 30. Juni 1950 aus. Schweden hätte also genug Zeit, "zu sehen, wie die anderen Länder verfahren"²⁷.

Am 21. Oktober erklärte Bundeskanzler Adenauer vor dem Bundestag, daß die Bundesrepublik "bis zur Erreichung der deutschen Einheit insgesamt die alleinige legitimierte staatliche Organisation des deutschen Volkes" sei²⁸. Einen Monat später, am 26. November 1949, lag die erste, vertrauliche Stellungnahme des schwedischen Außenministeriums zur "Frage der Anerkennung des neuen ostdeutschen Staates" vor. Sie ging im wesentlichen auf die Informationen des Berliner Generalkonsulats über die Haltung der nicht zum Ostblock gehörenden Länder zurück. Als Gründe für die Nichtanerkennung wurden genannt: a) Der ostdeutsche Staat sei formell ein souveräner Staat; die Diplomaten würden direkt bei der Regierung akkreditiert. Im westdeutschen Staat sei die Situation dagegen eine andere. Die Okkupationsmacht gelte dort weiterhin als Träger der Souveränität; die ausländischen Repräsentanten seien demzufolge nicht bei der Regierung, sondern bei der High Commission akkreditiert; b) Die ostdeutsche Regierung erhebe im Gegensatz zur westdeutschen (sic!) den Anspruch, ganz Deutschland zu repräsentieren; c) Es würde von Westdeutschland und den Westalliierten als ein unfreundlicher Akt betrachtet werden, wenn ein bei der High Commission repräsentiertes Land den ostdeutschen Staat de jure anerkennen würde. Das Generalkonsulat gab aber zu bedenken, ob man eine De-facto-Anerkennung auch in Zukunft vermeiden könnte. Eine Reihe von Ländern, wie Dänemark, Norwegen, die Niederlande, Belgien und die Schweiz, unterhielt Handels- und Zahlungsabkommen mit der Ostzone, die eine regelmäßige Korrespondenz mit ostdeutschen Stellen einschlossen. Diese waren inzwischen in Ministerien umgewandelt worden, wie die Außenhandelsabteilung der Deutschen Wirtschaftskommission in ein Ministerium für Außenhandel und Materialversorgung. Auch hätte die sowjetische Besatzungsmacht Teile ihrer Aufgaben an den neuen Staat überstellt. Es sei für die Zukunft damit zu rechnen, so das Generalkonsulat, daß die sowjetischen Stellen weitere Befugnisse an den ostdeutschen Staat überantworteten. Im Resümee des schwedischen Außenministeriums hieß es, daß "jede Maßnahme, die die Anerkennungsfrage präjudiziert, aus schwedischer Sicht als äußerst unglücklich betrachtet werden muß"29. In der Praxis funktionierte die schwedische Haltung besser als erwartet. Den fehlenden Schriftwechsel mit dem ostdeutschen Wirtschaftsministerium zum Beispiel kompensierten



VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

²⁶ PM, streng vertraulich, 17.10.1949, in: Ebenda.

²⁷ Eng an Dahlmann vertraulich, 2.11, 1949, in: Ebenda.

²⁸ Erklärung vom 21. 10. 1949, Auszug in: Die Bemühungen der Bundesrepublik um Wiederherstellung der Einheit Deutschlands durch gesamtdeutsche Wahlen, hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn 31953, S. 8.

²⁹ PM ang. frågan om den nya östtyska statens erkännande, 26.11.1949, in: RA (Reichsarchiv, Stockholm), Kungl. beskickningen i Helsingfors-Utrikesdepartementet (UD) HP 872.

Besuche bei den entsprechenden ostdeutschen Verantwortlichen; eine Praxis, die u. a. auch Holland und die Schweiz übten³⁰. Obwohl die schwedische Botschaft aus Helsinki Mitte Dezember 1949 meldete, daß Finnland erwäge, den am 15. Oktober mit Ostdeutschland abgeschlossenen Handelsvertrag, anders als zuvor auf eine schwedische Anfrage erklärt, doch zu unterzeichnen, was einer De-facto-Anerkennung gleichkäme³¹, blieb man in Stockholm ruhig. Sven Dahlmann beantwortete eine Anfrage Engs über die weitere Verfahrensweise angesichts ostdeutscher Drohungen, den Handel zu sabotieren, beruhigend: "Solange sich noch keine offensichtlichen Ungelegenheiten aus dem jetzigen formlosen Zustand ergeben, denke ich, solltest Du Dich abwartend verhalten. Andererseits ist klar, daß die effektive Handhabung unseres Handels und eventuell anderer praktischer Fragen nicht gefährdet werden darf." In aktuellen Fragen sollte deshalb die Möglichkeit von Handbriefen an einzelne Angestellte im ostdeutschen Handelsministerium auch nicht ausgeschlossen sein³².

Am 21. Dezember erhielt das schwedische Außenministerium von der britischen Botschaft ein Aide-mémoire zur Politik der Brüssel-Staaten gegenüber Ostdeutschland, das sowohl eine De-jure- als auch De-facto-Anerkennung der DDR ablehnte. Handelsbeziehungen sollten ausschließlich über private Gesellschaften abgewickelt werden, da solche Organisationen auch Kontakt mit "offiziellen" ostdeutschen Stellen unterhalten könnten, ohne daß das für die Frage der Anerkennung von Bedeutung wäre. Wünschenswert sei, Verhandlungen über die UdSSR als Mittler zu führen. Wären Kontakte aber nicht zu vermeiden, sollten sie auf so niedrigem Niveau wie möglich gehalten werden. Die Mitarbeit der ostdeutschen Regierung in internationalen Organisationen wurde als "nicht wünschenswert" bezeichnet. Eine ähnliche Erklärung war am 7. Januar 1950 auch von der französischen Botschaft eingetroffen. In beiden Fällen erklärte Schweden, keine Maßnahmen ergreifen zu wollen, die in irgendeiner Form als Anerkennung des ostdeutschen Staates gewertet werden könnten³³. Die USA teilten ihre Unterstützung in dieser Frage offiziell erst am 28. Februar 1950 durch Botschaftsrat Hugh Cumming mit34. In einer entsprechenden Information bekräftigte das schwedische Außenministerium gegenüber den Vertretungen in London, Moskau, Washington und Berlin noch am 22. Dezember 1949 seinen Standpunkt, alle Maßnahmen, die als Anerkennung gewertet werden könnten, zu vermeiden. Es schilderte aber auch das Gespräch des amtierenden Bürochefs Karl Lagerfelt mit dem britischen Geschäftsführer Lambert, der das Dokument übergeben hatte, worin Lagerfelt auf die besondere Problematik für Schweden verwiesen hatte, da die Verbindungen mit Ostdeutschland "eine recht bedeutende Größenordnung" hätten, bedeutender als Großbritanniens. Für das schwedische Verhalten bliebe aber, so das Resümee des Außenministeriums, Zurückhaltung bestim-



³⁰ Vgl. Eng an Dahlmann, 6. 12. 1949, in: Ebenda.

³¹ Am 14.12.1949, in: Ebenda.

³² Dahlmann an Eng, 17. 12. 1949, in: Ebenda.

³³ PM, 22.12.1949, in: Ebenda; Hemlig redogörelse avgiven till Utrikesnämnden 1950 (Stockholm 1950).

³⁴ PM, 3.3.1950, in: RA, UD HP 872.

mend; noch sei Zeit, die Sache zu überdenken³⁵. Weitere Überlegungen in Stockholm galten den diplomatischen Vertretungen in Westdeutschland und Berlin. Von Berlin nahm man noch an, es würde weiterhin "seine politische Bedeutung als Platz der Kommunikation zwischen Ost und West in irgendeiner Form aufrechterhalten und die Viermächte-Verwaltung bis zu einem gewissen Grade funktionieren". Neben einer Repräsentation bei der Alliierten Hohen Kommission würde die Plazierung der diplomatischen Vertretung in Berlin "auch Deutschlands Einheit unterstreichen". Außer den konsulären Angelegenheiten könnte die Berliner Vertretung sich des Handels mit Ostdeutschland und der "notwendigen Kontakte" annehmen - ohne besonderes Abkommen und ohne die Frage der Anerkennung zu aktualisieren, aber "mit stillem Einverständnis" der betreffenden Seiten. Die Entwicklung verlief jedoch rasanter als angenommen. Nach der Pariser Außenministerkonferenz und dem Petersberger Abkommen vom 22. November war klar, daß der politische Schwerpunkt in Deutschland in Bonn liegen würde, während "gleichzeitig die russisch-okkupierte Zone aufgrund der dortigen politischen und ökonomischen Entwicklung mehr und mehr ihr selbständiges Interesse" verlieren würde. In Stockholm kam man zu dem Entschluß, den Chef für die Vertretung in Westdeutschland in Bonn (Köln) zu stationieren. Anfang 1950 wurde der Berufsdiplomat Ragnar Kumlin bei der Hohen Kommission akkreditiert. Die Bonner Vertretung sollte aber nach außen hin nicht für die Beziehungen nach Ostdeutschland verantwortlich sein. Es wurde deshalb erwogen, das Berliner Generalkonsulat von der Bonner Vertretung zu trennen und von westalliierter Seite das Einverständnis zu erlangen, daß die Berliner Repräsentation die Kontakte mit Ostdeutschland regele. Man ging davon aus, daß der DDR so sehr am Handel mit Westeuropa gelegen war, daß auch sie nicht zu stark an der Form der Kontakte festhalten würde³⁶.

Undéns Vorstellungen zur Frage der Anerkennung des zweiten deutschen Staates waren vonder klassischen Diplomatie aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg geprägt. Damals hatte der Anerkennungsakt hauptsächlich der Streitentscheidung gedient, d. h. er wurde nicht aus Rechtsgründen, sondern überwiegend unter politischen Gesichtspunkten gewährt. Dauernde Diskrepanzen zwischen Recht und politischer Realität sollten vermieden werden. Entscheidend war, ob die Situation Aussicht auf Bestand hatte. So war eher die Frage, wann eine Anerkennung "voreilig", d. h. unzulässig war, von Interesse als das Problem, wann sie positiv zu entscheiden war. Als politisches Druckmittel gewann sie erst später an Gewicht³⁷. Mit den Begriffen des klassischen Völkerrechts war der Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik also nur schwer zu fassen und wurde von Undén auch nur teilweise akzeptiert. Für ihn galt es schließlich als ausgemacht, daß es auf lange Sicht schwerfallen werde, Kontakte mit ostdeutschen Behörden zu vermeiden, eine Auffassung, die er auch bei anderen Politikern des Westen bestätigt fand. In Undéns Tagebuch findet sich eine Bemerkung des Kabinettssekretärs Kanadas vom März 1950, daß



³⁵ PM, 22.12.1949; vgl. auch PM, vertraulich, 4.1.1950, in: Ebenda.

³⁶ Vgl. PM, vertraulich, 4. I. 1950, in: Ebenda.

³⁷ Vgl. Ernst Zivier, Die Nichtanerkennung im modernen Völkerrecht, Berlin ²1969; auch Eyvind Bratt, Diplomater och konsuler, Stockholm 1943.

die westliche Argumentation für die Entscheidung, die ostdeutsche Regierung zu ignorieren, weil diese völlig unter russischer Kontrolle stände, ja eigentlich auch für alle anderen Ostblockstaaten gälte, die von den Westmächten aber anerkannt würden³⁸.

Vor dem Reichstag stellte Undén am 22. März 1950 fest, daß sich gegenwärtig die Teilung Deutschlands in eine West- und eine Ostzone "durch die Politik der Besatzungsmächte konsolidiert". Deutschland, das früher durch seine Macht eine Gefahr für Europa war, sei nun durch seine Ohnmacht "ein politisches Vakuum in Europa" und damit ein "Störfaktor" in den internationalen Beziehungen. Deshalb dürfe die jetzige Teilung nicht bleiben. Schweden hoffe, "daß neue Anstrengungen unternommen werden, um den Inhalt des kommenden Friedensvertrages über Deutschland festzulegen und daß Repräsentanten für die verschiedenen Teile Deutschlands dabei Gelegenheit erhalten, direkt mitzuwirken". Partner sollte schließlich ein einheitliches Deutschland sein³⁹.

Die Londoner Konferenz der westallijerten Außenminister im Mai 1950, die die Voraussetzung für die Revision des Besatzungsstatuts der Bundesrepublik schuf, nährte im schwedischen Außenministerium die Erwartung der baldigen vollen außenpolitischen Handlungsfreiheit der Bundesrepublik. Die Note der Alliierten Hohen Kommission in Bonn vom 6. Juni mit der Bitte um Genehmigung zur Errichtung eines westdeutschen Generalkonsulats in Stockholm schien nur folgerichtig. Trotzdem legten die Schweden größten Wert darauf, daß bei Verhandlungen mit den Westdeutschen immer Vertreter der Westalliierten anwesend waren, was sich auch in den bilateralen Verträgen widerspiegeln sollte. Die Hauptabsicht sei "offenbar", so erklärte Ende Juni 1950 Sverker Åström, damals Bürochef in der politischen Abteilung, "daß wir mit Rücksicht auf unser Verhältnis zu Ostdeutschland markieren wollen, daß die westdeutsche Regierung in diesem Fall entsprechend einer Vollmacht der Westalliierten handelt, die weiterhin die höchste Macht in Westdeutschland innehaben". Schweden war andererseits nicht bereit, nach dem Auslaufen des Handelsabkommens mit der DDR am 30. Juni einen neuen Vertrag zu schließen, der die Auslegung einer Anerkennung gestatten könnte, und versuchte deshalb, den Handel ohne förmliches Abkommen fortzusetzen⁴⁰.

Die erfolgreichen Bemühungen der Bundesrepublik um eine Wiederbewaffnung beunruhigten auch im Westen breite Kreise, die sich für ein neutrales Deutschland engagierten, Bemühungen, die auch Undén unterstützte. Er hielt inzwischen auf längere Sicht eine Neutralisierung für den einzig möglichen Weg zu einem vereinigten Deutschland⁴¹. Die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik hatte in der Sowjetunion zu hektischen diplomatischen Aktivitäten geführt. Dazu gehörte auch ein förmliches Schreiben des ostdeutschen Ministerpräsidenten Grotewohl an die Bundesregierung, das Adenauer am Nachmittag des 1. Dezember 1950 von einem ostdeutschen Diplomaten überbracht wurde. Diese formelle Übergabe galt Kumlin, der darüber am 7. Dezember nach Stockholm berichtete, als eine De-facto-Anerkennung der Bundesrepublik durch die



³⁸ Vgl. Undéns Tagebücher (TB), 17.3.1950, in: KB, L 108.

³⁹ Utrikesfrågor 1950–1951, Stockholm 1952, S. 11.

⁴⁰ Åström an Söderblom, streng vertraulich, 29. 6. 1950, in: RA, UD HP 872.

⁴¹ TB, 28. 10. 1950, in: KB, L 108.

DDR. Nach Kumlin waren sich in Bonn "alle darin einig, daß das Schriftstück sehr geschickt abgefaßt" war. Den Vorschlag zur Bildung eines Gesamtdeutschen Rates sowie zur Wahl einer deutschen Nationalversammlung werteten sie aber als propagandistisches Manöver zur Spaltung der Meinungen im Westen. Die Bundesregierung sei besorgt über die Wirkung auf bestimmte Kreise, namentlich um Pastor Niemöller und Gustav Heinemann. Deshalb würde man großen Wert auf die Form der Ablehnung legen⁴². Die folgenden deutsch-deutschen Kontakte fanden schnell ein Ende, und am 12. Januar 1951 lehnte Adenauer auch offiziell ab⁴³. Durch die Revision des Besatzungsstatuts erhielt die Bundesregierung auch die Zuständigkeit für die Außenpolitik. Am 15. März wurde das Auswärtige Amt errichtet. Am 4. April 1951 überreichte Ragnar Kumlin in Bonn sein Beglaubigungsschreiben als Gesandter (envoyé) bei der Bundesregierung. Diese hatte seit dem 5. März ein Generalkonsulat in Stockholm unterhalten, das am 26. Juni 1951 in eine Gesandtschaft und am 13. April 1956 in eine Botschaft umgewandelt werden sollte⁴⁴. Der Zustimmung der westlichen Außenministerkonferenz in Washington zu einem Junktim von Deutschland-Vertrag und EVG folgte am 15. September 1951 ein neuer Vorstoß Grotewohls, den Adenauer, der ihn ausschließlich als Störmaßnahme gegen die Integration der Bundesrepublik in die westliche Verteidigungsgemeinschaft wertete, gar nicht beantworten und nur auf frühere Stellungnahmen verweisen wollte. Diese Haltung hatte aber, so Kumlins Bericht für Stockholm, sowohl in der Regierung als auch in den Fraktionen der Regierungsparteien starke Opposition geweckt und eine sachliche Stellungnahme erzwungen. Die sehr detaillierte Erklärung der Bundesregierung vom 27. September, die vom Bundestag auch mit den Stimmen der SPD angenommen worden war, sah u. a. die Bildung einer "neutralen internationalen Kommission unter der Kontrolle der Vereinten Nationen" zur Prüfung der Voraussetzungen für freie Wahlen in ganz Deutschland vor. Nach Kumlin war dieser Vorschlag beim SPD-Abgeordneten Herbert Wehner auf Ablehnung gestoßen; diese Mitteilung sollte Undéns weitere Stellungnahme und seine Einschätzung der Politik der SPD stark beeinflussen⁴⁵. Augenscheinlich waren in der Bundesrepublik Regierung und Opposition über den Zweck ihrer formulierten Forderungen uneins. Die SPD-Fraktion hatte die Regierungserklärung durch zwei, ebenfalls vom Bundestag nur gegen die Stimmen der KPD bestätigte Anträge ergänzt, in denen die Einheit Deutschlands als "vordringlichste politische Forderung" bezeichnet wurde, zu deren Förderung die Regierung die Besatzungsmächte auffordern sollte, "baldigst Gelegenheit" zu geben, um in freien Wahlen unter internationaler Kontrolle eine verfassungs- und regierungsbildende Nationalversammlung zu wählen. Die SPD wollte noch vor der Westbindung der Bundesrepublik die Bereitschaft der Sowjetunion zu Konzessionen erreichen. Ihr Vorsitzender Kurt



VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

⁴² Kumlin an Dahlmann, 7.12.1950, vertraulich, in: KB, L 108c.

⁴³ Erklärung des Bundeskanzlers vom 15.1. 1951, in: Die Bemühungen, S. 22; vgl. auch Waldemar Besson, Die Außenpolitik der Bundesrepublik, München 1970, S. 119.

⁴⁴ Die Auswärtige Politik der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1972, S. 929 ff.

⁴⁵ Vgl. Misgeld, Sozialdemokratie und Außenpolitik, S. 349; Sven Grafström, Anteckningar 1945–1954, Stockholm 1989, S. 1016.

Schumacher war nach einer Einschätzung Richard Löwenthals "grundsätzlich bereit. als Preis für die deutsche Einheit in Freiheit sich auch mit einer Neutralisierung Deutschlands abzufinden, wenn entsprechende Sicherheitsgarantien gefunden werden konnten⁴⁶. Adenauer dagegen hatte vor dem Fraktionsausschuß seine Parteifreunde vor einer "Schaukel"-Politik gewarnt. Die Einheit wäre in der gegenwärtigen Lage nur zum Preis der Neutralisierung Deutschlands zu haben. Es gäbe aber keine Alternative zu einer klaren Stellungnahme für den Westen. "Herr Adenauer hat hiermit", kommentierte Kumlin, "so klar man es sich nur wünschen kann, gesagt, daß er beim gegenwärtigen Kräfteverhältnis zwischen den Mächten nicht an die Möglichkeit einer Wiedervereinigung Deutschlands glaubt"⁴⁷. Noch deutlicher wurde Adenauer am 6. Oktober: Eine "Neutralisierung des waffenlosen Deutschland würde eine Erhöhung und Verschärfung der politischen Gefahren für uns, für Europa und für die Welt" mit sich bringen. In seiner Rede vor der Westberliner Bevölkerung argumentierte er ähnlich Undén mit der Unmöglichkeit eines politischen Vakuums mitten in Europa, das die "benachbarten Mächte geradezu herausfordern" würde, "in irgendeiner Form in dieses Vakuum hinein zu strömen"48. Da Grotewohl vor der Volkskammer "die Mehrzahl" der westdeutschen Vorschläge vom 27. September als annehmbar bezeichnet hatte⁴⁹, drängte Adenauer auf eine Forcierung der Westintegration. Gleichzeitig forderte er in einer Note an die Westmächte die Abhaltung gesamtdeutscher freier Wahlen sowie die Bildung besagter neutraler internationaler Kommission unter Kontrolle der Vereinten Nationen und bat, die Bildung einer solchen Kommission "möglichst bald bei den Vereinten Nationen in Vorschlag zu bringen"50. Keine zwei Wochen später begrüßten die westalliierten Regierungen "wärmstens die konstruktiven Vorschläge" der Bundesregierung, für deren Umsetzung sie sich einsetzen wollten⁵¹.

In dieser Situation diskutierten die nordeuropäischen sozialdemokratischen Parteiführer auf einer Sitzung des Koordinationskomitees der nordischen Arbeiterbewegung Anfang November 1951 auch "das deutsche Problem". Bereits in ihrem im Januar veröffentlichten Friedensmanifest der nordischen Arbeiterbewegung fand sich in bezug auf Deutschland die Forderung nach freien Wahlen. An seinem Zustandekommen hatte Undén, der ja nicht Mitglied des Parteivorstandes war, keinen Anteil⁵². Für das November-Treffen war er aber um das Einleitungsreferat gebeten worden. Bewußt

⁵² Vgl. Klaus Misgeld, Den nordiska arbetarrörelsens fredsmanifest 1951, in: Scandia 51 (1985) H.1-2, S. 197-216.



⁴⁶ Richard Löwenthal, Vom kalten Krieg zur Ostpolitik, Stuttgart 1974, S. 12.

⁴⁷ Erklärung der Bundesregierung vom 27.9.1951, in: Die Bemühungen, S.40ff.; Kumlin an Undén, 2.10.1951, in: KB, L 108c.

⁴⁸ Rede des Bundeskanzlers an die Berliner Bevölkerung vom 6. 10. 1951, Auszug in: Die Bemühungen, S. 45 f.; vgl. Baring, Kanzlerdemokratie, S. 141.

⁴⁹ Grotewohls Erklärung vom 10, 10, 1951, in: Die Bemühungen, S. 49.

Note der Bundesregierung über die Alliierten Hohen Kommissare an die westalliierten Regierungen vom 4. 10. 1951, in: Ebenda, S. 43 f.

Note der Regierungen Frankreichs, des Vereinten Königreichs und der Vereinigten Staaten zur Frage gesamtdeutsche Wahlen vom 15.10. 1951, in: Ebenda, S. 52.

referierte Unden nur die Entwicklung, um eine Diskussion herauszufordern⁵³. Der dänische Parteivorsitzende Hans Hedtoft und Martin Tranmæl vom Parteivorstand der DNA, der norwegischen Arbeiterpartei, unterstützten einmütig die Einbeziehung der Bundesrepublik in die westeuropäische Zusammenarbeit; auch der DNA-Vorsitzende Einar Gerhardsen sah ein neutrales Deutschland als militärisches Vakuum und damit als Gefahr und wertete darüber hinaus die westdeutsche Aufrüstung sehr hoch für die Lösung auch "anderer Probleme", wobei er an die Demokratisierung weiterer osteuropäischer Staaten dachte. Hatte Undén die Politik der SPD so gedeutet, daß die Wiedervereinigung noch vor der Integration Westeuropas stand, behauptete Kaj Björk, internationaler Sekretär der SAP und mit dem Standpunkt der deutschen Sozialdemokratie von Amts wegen besser vertraut als sein Außenminister, daß die SPD den Gedanken einer deutschen Neutralität ablehnte. Wigforss, sichtlich um eine Vermittlung bemüht, räumte in der Diskussion ein, die SPD über die Sozialistische Internationale beeinflussen zu können. Die deutsche Teilung war für ihn nicht akzeptabel, auch nicht für den Preis, die eine Hälfte in den freien Westen einbinden zu können. Undén teilte sicher diese Auffassung, hielt sich aber zurück, da er für diese Position bei den sozialdemokratischen Parteiführern offensichtlich keine Unterstützung finden würde⁵⁴.

Auf der Pariser UN-Vollversammlung im Herbst 1951 stand erstmalig die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands auf der Tagesordnung. Die drei Westmächte stellten den von Adenauer initiierten Vorschlag zur Diskussion; doch schon vor der Vollversammlung hatte die Sowjetunion bekannt gegeben, daß eine UN-Kommission keinen Zutritt in ihre Zone erhalten würde. Auch Unden war gegen den westlichen Vorschlag. Wie er auf der Sitzung der nordischen Parteiführer bereits ausgeführt hatte, glaubte er ihn auch nicht mit der vom Bundestag beschlossenen Erklärung in Übereinstimmung, der seiner Meinung nach nur eine Kontrolle durch die Besatzungsmächte verlangt hatte⁵⁵. In seiner Stellungnahme vor dem UNO-Ausschuß am 5. Dezember begrüßte Undén die Aufnahme der deutschen Frage in die Tagesordnung und wies damit die sowietische Behauptung zurück, der UNO fehle in dieser Sache die Kompetenz. Die Einheit Deutschlands, die vor allem das deutsche Volk selbst wünschte, würde, so Undén, politische Stabilität in Europa schaffen. Den westlichen Vorschlag bezeichnete er dann aber als realitätsfremd und überflüssig. Im übrigen konnte wohl kaum jemand die sowjetische Annahme einer UNO-Kontrollkommission erwarten angesichts des gleichzeitig stattfindenden Korea-Krieges, an dem die damals amerikanisch geführten Vereinten Nationen unmittelbar beteiligt waren. Undén hielt die deutsche Frage für so



VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Frotokoll in: Arbejderbevægelsens Bibliotek og Arkiv, Kopenhagen, SD låda 326; ausführlich kommentiert bei Misgeld, Sozialdemokratie und Außenpolitik, S. 340 ff.

⁵⁴ Vgl. Misgeld, ebenda; auch Klaus Misgeld, Deutschland – immer wieder ein Problem. Die schwedische Sozialdemokratie, die SPD und die Deutschlandfrage im ersten Nachkriegsjahrzehnt, in: Neuanfang, S. 165–178, hier: S. 171.

⁵⁵ Vgl. Anm. 53. Wie bereits in der Frage der bundesdeutschen Alleinvertretung (Memorandum vom 26.11.1949), liegt auch hier ein unerklärficher Informationsverlust in der deutschen Frage vor.

brisant, daß er die traditionelle schwedische Zurückhaltung in strittigen außenpolitischen Fragen zurückstellte und einen eigenen Vorschlag präsentierte. Die vier Besatzungsmächte sollten sich auf Garantien für freie Wahlen einigen und dazu unmittelbar Verhandlungen unter Einbeziehung von deutschen Vertretern aufnehmen⁵⁶. Seine Einwände gegen den westlichen Vorschlag machte er am 12. Dezember auch Senator John Sherman Cooper, dem Vertreter der USA im Ad-hoc-Komitee zum bevorstehenden schwedischen Vorschlag, klar. Undén erklärte, daß er ihn als propagandistisches Ablenkungsmanöver von der sowohl ökonomischen als auch militärischen Einbindung der Bundesrepublik in Westeuropa verstände und verhindern wollte, daß die UNO zu solch einer Aktion mißbraucht und damit ihre Glaubwürdigkeit für ein zukünftiges Engagement in der deutschen Frage aufs Spiel gesetzt würde. Er unterstrich, daß das deutsche Problem für Schweden von besonderer Bedeutung sei und sein Land deshalb nicht an dieser taktischen Maßnahme teilnehmen könnte⁵⁷.

Die Reaktion der Bundesrepublik und der Westmächte kam prompt und heftig. Schon am folgenden Morgen wurde Kumlin ins Kanzleramt gerufen. Herbert Blankenhorn, der über Undéns Gespräch mit den Amerikanern genauestens informiert war, brachte starke Bedenken gegen die schwedische Initiative vor, über die der Kanzler "tief besorgt" sei. Blankenhorn unterbreitete die "dringende formelle Bitte", den Vorschlag fallen zu lassen oder wenigstens sich der Stimme zu enthalten. Seiner Meinung nach wäre der schwedische Vorschlag ein Rückschritt zum Kontrollratssystem; genau auf der russischen Linie liegend, würde er ernsthaft "stören"58. Der Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte, Eisenhower, zeigte sich beunruhigt. Washington appellierte an Botschafter Boheman, Schweden möge diesen Vorschlag nicht einbringen, da er die Zusammenarbeit mit Westdeutschland unter Umständen aufschieben könnte⁵⁹. Eine direkte Botschaft von Außenminister Acheson brachte US-Botschafter Butterworth ins schwedische Außenministerium. Davon ausgehend, daß die Sowietunion den schwedischen Vorschlag sehr wahrscheinlich akzeptieren würde, wollten die USA vermeiden, im deutschen Volk nur falsche Hoffnungen zu wecken und die Verunsicherung zu vergrößern. In der Konsequenz, so das Schreiben, würden diese Scheinverhandlungen nur die deutsche Rüstung verhindern. Deshalb sei der schwedische Vorschlag nicht nur inakzeptabel, sondern auch "gefährlich". Für langwierige Verhandlungen war es nach Butterworth bereits zu spät. Das Argument des Zeitfaktors wurde in Stockholm akzeptiert. Ministerpräsident Erlander empfahl die Aufnahme einer zeitlichen Begrenzung in den schwedischen Vorschlag. Trotz des außenpolitischen Drucks fand Undéns Vorschlag aber weiterhin volle Unterstützung



Fressemitteilung vom 5. 12. 1951, in: KB, L 108c. Ausführlich dokumentiert in: Die gesamtdeutsche Frage vor den Vereinten Nationen. Bericht über die Sitzungen des Politischen Sonderausschusses der Vollversammlung vom 4. bis 19. Dezember 1951, hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1952; vgl. auch Misgeld, Sozialdemokratie und Außenpolitik, S.346-356; Möllet, Östen Undén, S.371-381.

⁵⁷ PM von Undén, 13. 12. 1951, streng vertraulich, in: KB, L 108c.

⁵⁸ Telegramm von UD an Undén, 13.12.1951, in: Ebenda.

⁵⁹ PM vom 14.12.1951, streng vertraulich, in: Ebenda.

in Stockholm⁶⁰. Schließlich berichtete Botschafter Hägglöf auch noch aus London von der westlichen Besorgnis. Außenminister Eden würde es begrüßen, wenn Schweden den Vorschlag zurückzöge⁶¹.

Wie dargestellt, hatte Undén seine UNO-Initiative weder mit den nordischen Parteiführern noch mit der SPD abgesprochen. Aber auch in seinem eigenen Ministerium scheint keine Diskussion vorausgegangen zu sein. Vor allem Ragnar Kumlin fühlte sich im Abseits. Er, der doch ein nuancierteres Bild der Lage der Deutschlandfrage besäße, als man es aus bloßen Berichten und Dokumentenstudien gewinnen könne, so teilte er einem Vertrauten mit, hätte der schwedischen UN-Delegation gute Ratschläge geben können. Auch hielt Kumlin eine Information zur "Sprachregelung" für notwendig. Am 18. Dezember hatte er anläßlich des jährlichen Diplomatenessens mit Adenauer ein privates Gespräch geführt, aus dem klar hervorging, daß der Bundeskanzler die schwedische UN-Initiative im Unverständnis für seine Politik begründet sah62. Vom Spiel hinter den Kulissen hatte inzwischen auch die schwedische Presse Wind bekommen. Die sozialdemokratische Stockholm Tidningen ging in ihrer Kritik an der amerikanischen Démarche am weitesten: Wenn die Informationen über sie der Wahrheit entsprächen, würde das einem Druck auf die schwedische Regierung bedenklich nahekommen, und das würde einem positiven Amerika-Bild in der schwedischen Öffentlichkeit nicht dienlich sein⁶³.

Am 19. Dezember beschloß der UN-Sonderausschuß mit 45 gegen sechs Stimmen bei acht Enthaltungen, darunter Schwedens, die Einsetzung einer unparteiischen internationalen Untersuchungskommission zur Feststellung der Wahlvoraussetzungen in ganz Deutschland. Die schwedische Delegation verzichtete auf eine Abstimmung des eigenen Vorschlages. Wie von Undén vorausgesehen, konnte die Kommission ihre Aufgabe nie wahrnehmen. Anläßlich der außenpolitischen Reichstagsdebatte im Februar 1952 nahm Undén zur Deutschlandfrage allgemein und konkret zum schwedischen Auftreten vor der UNO Stellung. Trotz der bedeutenden ökonomischen Rolle, die Deutschland wieder in Europa spielte, wären die Fragen der deutschen Einheit und der westdeutschen Aufrüstung, "die ohne Zweifel die von den Vereinten Nationen angenommene Resolution geprägt" hatten, in erster Linie für die Vereinigten Staaten und die Länder des Atlantikpaktes interessant, nicht aber für das allianzfreie Schweden. Von der Richtigkeit seiner Initiative vor der UNO überzeugt, erklärte er, daß man zukünftig "sicherlich zu der Auffassung gelangen wird, daß der schwedische Standpunkt realistisch war" und man mit ihm jedenfalls ein Stück vorangekommen wäre. In diesem Zusammenhang umschrieb Undén auch noch einmal seine Vorstellungen von Schwedens Rolle in der UNO. Sie wäre am besten gewahrt, wenn Schweden für eine Annäherung zwischen Ost und West wirkte und nur solche Vorschläge unterstützte, "die im



VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Telegramm von UD an Undén, 13. 12. 1951, in: Ebenda; vgl. auch Butterworth an Erlander, informal and confidential, 14. 12. 1951; PM, 17. 12. 1951, von Östen Undén, streng vertraulich, in: Ebenda.

⁶¹ PM vom 19. 12. 1951, in: Ebenda.

⁶² Kumlin an Rydbeck, 20.12. 1951, streng vertraulich, in: Ebenda.

⁶³ Stockholm Tidningen, 21.12.1951.

406

Rahmen realisierbarer Grenzen liegen und nicht entstanden sind", wie er kritisch mit Blick auf die westliche UNO-Initiative feststellte, "um nicht zur Sache gehörigen Zielen zu dienen". Ein Schwarz-Weiß-Denken sei in der UNO nicht am Platz, da politische Fragen im allgemein sehr kompliziert und alle guten Argumente eben nicht nur auf der einen Seite zu finden seien⁶⁴.

Als der Deutschland-Vertrag und die EVG-Bildung unmittelbar vor ihrer Paraphierung standen, unterbreitete die Sowjetunion das bis dahin weitestgehende Angebot in der Deutschland-Frage: die berühmte Stalin-Note vom 10. März 1952. Adenauers Ablehnung stieß auch in den eigenen Reihen auf heftige Kritik und führte zum Zusammenbruch der bis dahin noch vorhandenen Zusammenarbeit von Regierung und Opposition in der Deutschland-Politik. Auch Undén hielt die Note, besonders die Bestimmungen über die ökonomische und politische Handlungsfreiheit Deutschlands, für gut durchdacht und geeignet, Eindruck auf die deutsche Meinung zu machen. Auf dem Ministertreffen des Europarates im März 1952 will er diese Auffassung in einem Gespräch mit seinem französischen Amtskollegen Robert Schuman bestätigt gefunden haben. Undén notierte in sein Tagebuch, daß Schuman die Note "als einen ernsthaften Zug in der russischen Politik" und "nicht nur als Propaganda" betrachtete⁶⁵. In einem anonymen Leitartikel in der sozialdemokratischen Zeitung Morgon Tidningen würdigte Unden dann den sowietischen Vorschlag auch entsprechend und kritisierte das Streben der Westmächte nach Einbeziehung der Bundesrepublik in ein westliches Militärbündnis. Als praktische Maßnahme empfahl er nach dem erwarteten Scheitern der Europa-Armee die Bildung einer begrenzten deutschen Nationalarmee, für deren Kontrolle die Westmächte und die Sowietunion gemeinsam ein System schaffen sollten⁶⁶. Auch offiziell hielt Undén an seiner Kritik an der alliierten Deutschland-Politik fest. Vor der SAP-Fraktion vertrat er im Januar 1953 die Auffassung, der Westen könne mehr tun, wenn er wirklich eine Wiedervereinigung wolle. Die Sowjetunion wäre vermutlich bereit, Wiedervereinigung und freie Wahlen gegen die Neutralität Deutschlands einzutauschen. Diese Argumentation Undéns fand aber nicht die allgemeine Zustimmung der Parlamentsfraktion. Der frühere Außenminister Rickard Sandler sprach gar von "schwedischem Wunschden-

66 Morgon Tidningen, 16.4. 1952: Tysklands upprustning.



⁶⁴ Riksdagens Protokoll 1952, Stockholm 1952, AK 7: 41 f., 71.

TB, 22.3.1952, in: KB, L 108. Zur kontroversen Diskussion um die Stalin-Noten vgl. Hermann Graml, Nationalstaat oder Teilstaat. Die sowjetischen Noten vom Jahre 1952 und die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik Deutschland, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (VfZ) 25 (1977), S.821–864; Ders., Die Legende von der verpaßten Gelegenheit. Zur sowjetischen Noten-Kampagne des Jahres 1952, in: VfZ 29 (1981), S.307–341; Peter März, Die Bundesrepublik zwischen Westintegration und Stalin-Noten. Zur deutschlandpolitischen Diskussion 1952 in der Bundesrepublik vor dem Hintergrund der westlichen und sowjetischen Deutschlandpolitik, Frankfurt a. M. 1982; Rolf Steininger, Eine Chance zur Wiedervereinigung? Die Stalin-Note vom 10. März 1952, Darstellung und Dokumentation, Bonn 1985; Nikolaus Meyer-Landrut, Frankreich und die deutsche Einheit. Die Haltung der französischen Regierung und Öffentlichkeit zu den Stalin-Noten 1952, München 1988; Markus Kiefer, Die Reaktion auf die "Stalin-Noten" in der zeitgenössischen deutschen Publizistik. Zur Widerlegung einer Legende, in: Deutschland-Archiv 22 (1989), S.56–76.

ken"67. Undén stellte seine Vorstellungen daraufhin in der außenpolitischen Reichstagsdebatte im folgenden Monat vor: "In einem demokratischen Deutschland kann der Einfluß des Kommunismus wesentlich verringert werden, und das vereinte Deutschland kann nach und nach sowohl die Aufrüstung als auch die Außenpolitik in die eigenen Hände nehmen und sich für eine Allianz mit den Westmächten entscheiden." Eine solche Lösung könnte die Befürchtungen in Ost und West zerstreuen. Bindende Garantien werde es nicht geben, aber, so Undén, man dürfe Deutschland nicht als bloßes Objekt für die Politik der Siegermächte sehen: "Das deutsche Volk wird auf lange Sicht nicht auf die Einheit des Landes und die Selbständigkeit verzichten."68 Die Entwicklung in Ostdeutschland selber hatte bis dahin nur wenig Interesse bei Undén gefunden. Sie war für ihn nur eine logische Folge der Entwicklung der deutschen Frage überhaupt; besorgniserregend schien sie ihm nicht. Davon zeugen u.a. seine Beratungen mit schwedischen Militärs, als nach der 2. SED-Parteikonferenz in der DDR der "Aufbau des Sozialismus" forciert werden sollte und u.a. die Grenze zur Bundesrepublik befestigt wurde. Obwohl die Lage gefährlicher geworden sei, hätte sich doch an der Gesamtsituation nichts verändert. Es herrschte Übereinstimmung, daß keine besonderen Maßnahmen notwendig wären⁶⁹. Inzwischen hatte die DDR erste erfolgreiche außenpolitische Aktivitäten auch außerhalb des Ostblocks entfaltet. Der Errichtung einer DDR-Handelsvertretung in Helsinki, im Januar 1953 von der DDR vorgeschlagen, hatte die finnische Regierung am 18. März 1953 zugestimmt. Das aktualisierte die Frage einer Handelsvertretung in Stockholm. Undén zeigte sich interessiert, obwohl die Handelsabteilung im schwedischen Außenministerium meinte, daß aus schwedischer Sicht kein Bedarf an einer ostdeutschen Vertretung bestände und die politischen Nachteile die ökonomischen nicht aufwiegen könnten. Undens Vorstellungen gingen jedoch dahin, den zum diplomatischen Personal gehörenden schwedischen Handelsattaché in Berlin (West) als eine Art schwedischer De-facto-Repräsentation in Ostdeutschland zu sehen. Auf der anderen Seite könnte eine ostdeutsche Vertretung im Falle ihrer Zulassung "sehr bescheidene Formen haben, so bescheiden, daß sie die politischen Befürchtungen nicht aktualisieren würde". Vor einer Entscheidung wollte Unden sich jedoch informieren, wie die Frage in anderen Ländern behandelt würde⁷⁰.

Undéns Festhalten an der Idee einer Neutralisierung Deutschlands rief in Bonn wiederholt Kritik hervor. So erklärte Staatssekretär Hallstein Anfang Juni 1953 anläßlich einer Rede Undéns vor der Auslandspresse, die deutsche Regierung sei über die Formulierung "Neutralisierung" beunruhigt, da diese eine "unmögliche Politik" bedeuten würde, die "unerträgliche" Kontrollmaßnahmen mit sich führen würde. Auf solche

VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de



⁶⁷ Arbetarrörelsens Arkiv och Bibliotek, Stockholm, Soc. dem. riksdagsgruppens Prot. 27. 1. 1953, zit. nach Misgeld, Sozialdemokratie und Außenpolitik, S. 341.

⁶⁸ Rikdsdagens Protokoll 1953, Stockholm 1953, AK 4: 17.

⁶⁹ TB, 7.6, 1952, in: KB, L 108.

⁷⁰ Vgl. Hägglöf an Bratt, streng vertraulich, 4.5.1953, in: Utrikesdepartementets Arkiv, Stockholm (UDA), UD HP 12 Ct, vol.4.

Kritik reagierte Undén scharf. Botschafter Kumlin erhielt von ihm Direktiven für ein Gespräch mit Hallstein, die vor allem den Wert allianzfreier Staaten zwischen Ost und West betonten. In der von Hallstein kritisierten Rede sei es darum gegangen, a) zu betonen, welche Unklarheiten allgemein zum Standpunkt der Mächte in der Deutschlandfrage beständen, b) anzudeuten, daß ein einiges, demokratisches Deutschland auch seine Außenpolitik selbst bestimmen sollte, eingeschlossen die Möglichkeit einer allianzfreien Politik, weshalb diese nicht von vornherein ausgeschlossen werden sollte, und c) den Wert bündnisfreier Staaten zwischen Ost und West zu unterstreichen. Kumlin sollte gegenüber Hallstein auch das schwedische Unverständnis über die Formulierung "unerträgliche Kontrolle" ausdrücken, "falls der Staatssekretär nicht möglicherweise Allianzfreiheit und Entmilitarisierung miteinander verwechselt hätte"⁷¹.

Seine grundlegende Haltung zur Deutschland-Frage legte Undén Ende 1953 in der theoretischen Zeitschrift der SAP Tiden dar⁷². Eingehend befaßte er sich mit den Auffassungen des für seine Information und Entscheidungsfindung so wichtigen Walter Lippmann von der New York Herald Tribune. Undén stimmte z.B. mit Lippmann überein, daß keine der interessierten Mächte das Risiko eines vereinten Deutschland auf sich nehmen wolle, daß die EVG nicht nur die weitere Stationierung alliierter, sondern selbstverständlich auch sowietischer Streitkräfte in Ostdeutschland bedeutete, daß also sowohl die Westmächte als auch die Sowjetunion den Status quo nicht verändern wollten. Ausgehend von den unterschiedlichen Vorstellungen der UdSSR, der SPD und der Westmächte einschließlich der Bundesregierung zog Undén den Schluß, daß zur Lösung sowohl freie Wahlen als auch Allianzfreiheit notwendig wären. Unden verwies auf seine Rede vom 4. Februar 1953 vor dem Reichstag, in der er den Rückzug aus der Ostzone und die Zulassung eines einheitlichen Deutschland mit einer westlichen Demokratie als wesentliches Zugeständnis der Sowjetunion gewürdigt hatte. Vom Westen könne man deshalb erwarten, daß er seinerseits auch Zugeständnisse mache, indem er das geeinte Deutschland außerhalb von Militärallianzen belasse und so auf die Einbeziehung in das westliche Verteidigungssystem verzichte. Unden schien in diesem Zusammenhang auch der Vorschlag eines "Ost-Locarno", den Premier Churchill am 11. Mai mit Sicht auf eine Entspannungsoffensive eingebracht hatte, für bedenkenswert. Trotz der zu erwartenden Entspannung der internationalen Lage zeigte Undén keinen Optimismus für eine baldige Lösung der deutschen Frage⁷³. Für eine ernsthafte Diskussion der sowjetischen Vorschläge sprach er sich wiederum Mitte Januar 1954 in einer Debatte vor der schwedischen Presse aus. Explizit zur Deutschlandfrage führte er aus, daß man zu ihr und damit auch über die Motive der sowjetischen Vorschläge unterschiedliche Auffassungen haben könnte. Nichtsdestotrotz hätte die UdSSR aber ein Programm vorgelegt, das alles andere als uninteressant sei und Mo-

73 Ebenda.



⁷¹ TB, 7.6. 1953, 8.6. 1953, in: KB, L 108; PM med direktiv till Envoyén Kumlin ang. statssekretärare Hallsteins frågor, streng vertraulich, 8.6. 1953, in: Ebenda.

Östen Undén, Tyskland – den olösliga frågan, in: Tiden 45 (1953) H. 10, S. 585–593 (dt. Übersetzung u. d. Tit.: Ist die deutsche Frage unlösbar, in: Außenpolitik 5 (1954), H.2, S. 95–103).

mente enthalte, die auch für Schweden wertvoll sein könnten. Die sowjetischen Vorschläge referierend, stellte er die rhetorische Frage, warum man sie als nur taktisch motiviert betrachten sollte. Auf Herbert Tingstens in der Diskussion geführte Attacke gegen den Tiden-Artikel antwortete Undén, daß es nicht ausgeschlossen sei, "daß es die Russen ernst meinen und daß es zu früh ist, um, wie das gewisse schwedische Redakteure tun", das Gegenteil zu behaupten. Den außenpolitischen Pressekommentatoren empfahl er deshalb auch, die Parteipolitik zurücktreten zu lassen und überhaupt von "gefühlsmäßigen Wertungen" oder einer "Moralisierung" abzusehen⁷⁴. Natürlich brachten diese Äußerungen Undén wieder härteste Kritik in Dagens Nyheter ein. "Herr Undén stützt die russische Linie" nannte Tingsten seinen Leitartikel, in dem er sogar von einer "Malenkow-Undén-Linie" sprach⁷⁵.

Eine Interpretation der Politik der deutschen Sozialdemokratie, damals in der Tat ein Spagat zwischen politischer Theorie und Pragmatismus, war in dieser Zeit sehr kompliziert. In einem Interview hatte Herbert Wehner im Januar 1954 deutlich gemacht, es könne keine Rede davon sein, daß sich Deutschland in der gegenwärtigen Situation auf die EVG und die Europa-Armee festzulegen wünsche, und dabei auch auf den "sehr lesenswerten Artikel" von Östen Undén in Tiden verwiesen⁷⁶. Undéns Politik wurde dadurch bei der Bundesregierung nicht populärer. Hallstein zeigte sich gegenüber Kumlin beunruhigt: Wenn ein "bekannter europäischer Staatsmann" sich zu einer so diffizilen Frage äußere, könne sein Wort in unterschiedlichen Lagern außen- und innenpolitisch auch in einer Weise ausgenutzt werden, die den ursprünglichen Intentionen zuwider liefe. Vor der Bundestagsfraktion der Regierungsparteien sei Adenauer "sehr aufgebracht" über Wehners Methode gewesen, neutrale Staatsmänner in die Polemik gegen die Politik der Bundesregierung einzubeziehen⁷⁷. Angesichts solcher Kritik suchte Undén dringend Bestätigung, die er auf der Berliner Außenministerkonferenz Anfang 1954 auch fand. "Mehrere" seiner Kollegen bestätigten ihm, daß es genauso gekommen wäre, wie er im Tiden-Artikel vorausgesagt hatte. "Ja, das war nicht schwer vorauszusehen", kommentierte der von sich wieder überzeugte Außenminister⁷⁸.

Die Erklärung der Sowjetregierung vom 25. März 1954 über die Herstellung der vollen Souveränität der DDR⁷⁹ deutete man im Westen allgemein als eine "Aktion zur völkerrechtlichen Anerkennung Ostdeutschlands auf lange Sicht", wie Kumlin noch im März nach Gesprächen mit dem Vertreter des amerikanischen Hohen Kommissars nach Stockholm berichtete⁸⁰. Über die praktischen Auswirkungen herrschte noch Ungewißheit. Aus Moskau war von Botschafter Sohlmann zu hören, daß auch in der Visa-Frage noch keine Entscheidung gefallen sei⁸¹. Zum Teil verweigerte die Sowjetische



⁷⁴ Vårt fönster utåt, in: Publicistklubbens årsbok 1954, Stockholm 1954, S. 125–130.

⁷⁵ Dagens Nyheter, 23. 2. 1954: Hr Undén stöder den ryska linjen.

⁷⁶ Bonner Außenpolitische Korrespondenz Nr. 70, 20. 1. 1954, Vor der Berliner Konferenz.

⁷⁷ Kumlin an Undén, 5.2.1954, in: KB, L 108.

⁷⁸ TB, 15. 2. 1954, in: Ebenda.

⁷⁹ Dokumente der Außenpolitik der DDR (Dok AP DDR), Bd. 1, Berlin 1954, S. 303.

⁸⁰ Kumlin an Jarring, 31.3.1954, vertraulich, in: UDA, UD HP 12 Ct, vol.4.

⁸¹ Telegramm von Sohlmann, 27. 3. 1954, in: Ebenda.

Militäradministration jegliche Visaerteilung, andererseits konnte man für Kuriere noch eine Ausnahmeregelung erreichen. Hugo Tamm, seit 1953 schwedischer Generalkonsul in Berlin, telegrafierte die Empfehlung des sowjetischen Konsuls, eine schwedische Vertretung in Ostberlin zu errichten bzw. Handelsdelegationen auszutauschen⁸². Umgehend zog das schwedische Außenministerium Informationen über das Vorgehen der anderen skandinavischen Staaten ein. Den Diskussionsstand in Stockholm telegrafierte das Ministerium Kumlin nach Bonn mit der Bitte um Stellungnahme. Vorgesehen sei, die Berliner Vertretung mit der Herstellung der erforderlichen Kontakte für die Visa-Angelegenheiten zu beauftragen. Dabei könnte auch erklärt werden, daß Schweden "für die Erledigung der ostdeutschen Visafragen" bereit sei, die "Stationierung eines ostdeutschen Visabeamten ohne offiziellen Status zu akzeptieren "83. Ähnliche Vorstellungen bestanden wohl auch in der Schweiz, wie Tamm aus Berlin zu berichten wußte84. Als Svenska Dagbladet am 1. April meldete, daß umgehend mit einem ostdeutschen Visabüro in Stockholm zu rechnen sein würde⁸⁵, mußte Undén sich für diese Pläne Rückendeckung von der Regierung holen. Trotz Kumlins ernster Bedenken, was die "Konsequenzen für unser Verhältnis sowohl zu Bonn als auch zu den Alliierten" betraf86, fand Undéns Vorgehen auf der Regierungssitzung am 8. April keine Einwände⁸⁷. Noch am 2. April unterrichtete das Außenministerium "vertraulich und nicht zur Veröffentlichung" seine Auslandsvertretungen über besagte Modalitäten telegrafisch. Einem nur für Tamm in Berlin bestimmten streng vertraulichen Kommentar war zu entnehmen, daß man sich in Stockholm durch ein begrenztes Entgegenkommen in der Visafrage eine bessere Position erhoffte, wenn weitergehende Forderungen nach ordentlichen gegenseitigen Vertretungen erhoben würden. Bei eventuellen westlichen Nachfragen könnte Schweden erklären, daß dieses Arrangement rein technischer Natur sei und der Wahrung schwedischer Interessen in Deutschland diene, aber keine Stellungnahme in der Anerkennungsfrage bedeute⁸⁸. Weisungsgemäß deutete Tamm noch am 6. April gegenüber dem ostdeutschen Außenministerium (MfAA) diese Vorstellungen an, die dort auch richtig aufgefaßt wurden⁸⁹. Ostberlin verkannte allerdings diese Chance der Aufwertung und bestand auf Verhandlungen zwischen bevollmächtigten Regierungsvertretern⁹⁰.

In Bonn war man über die Entwicklung sehr besorgt. Der Chef der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes, Wilhelm Grewe, suchte umgehend Kumlin auf. Man sei in



⁸² Vgl. Telegramm von Tamm, 30.3.1954, in: Ebenda.

⁸³ Telegramm von UD an Kumlin, 31.3.1954, in: Ebenda.

⁸⁴ Tamm an Jarring, 10.3. 1954, streng vertraulich, in: Ebenda.

⁸⁵ Svenska Dagbladet, 1.4.1954: Östtysk visumburå innom kort tror SJ.

⁸⁶ Telegramm Kumlin an UD, 1.4.1954, in: UDA, UD HP 12 Ct, vol.4.

⁸⁷ TB, o. d. [April 1954], in: KB, L. 108.

⁸⁸ Telegramm von UD an Tamm, 2.4. 1954, in: UDA, UD HP 12 Ct, vol. 4.

⁸⁹ In: Archiv des ehemaligen DDR-Außenministeriums (MfAA), A 17495. Die Akten des Außenministeriums der DDR konnten 1989/90 vor der Vollendung der deutschen Einheit in Berlin eingesehen werden. Telegramm von UD an Tamm, 5. 4. 1954, in: UDA, UD HP 112 Ct, vol. 4.

⁹⁰ Aktennotiz, 8.4.1954, in: MfAA, A 17495.

Bonn "nicht besonders erfreut", so Grewe, hätte aber Verständnis, daß sich Schweden durch den Reiseverkehr über Saßnitz "praktisch in einer Zwangslage" befände. Er bat die schwedische Regierung, bei einem Arrangement zur Visafrage mit der DDR klar zum Ausdruck zu bringen, daß damit keine De-jure- oder De-facto-Anerkennung verbunden wäre. Kumlin war erstaunt, daß die westdeutsche Reaktion so "unerwartet mild" ausfiel⁹¹. Die Bonner "Bitte" wurde der schwedischen Regierung am 12. April durch den deutschen Geschäftsführer Haack auch offiziell überbracht, der vergeblich auf Antwort bzw. eine schwedische Erklärung drängte, nicht als erstes westliches Land die DDR anzuerkennen⁹².

Die Sorge vor einem ostdeutschen Visabüro in Stockholm sollte aber unbegründet bleiben. Auch die Kollegiumssitzung des ostdeutschen Außenministeriums am 14. April bestand auf Verhandlungen bevollmächtigter Vertreter, möglichst in Stockholm. Damit waren den Ostdeutschen die Hände für weitergehende Verhandlungen oder die Stationierung eines Visabeamten in Stockholm gebunden; die Chance einer ersten Vertretung im Westen wurde nicht genutzt⁹³. Zur neuen Situation in der deutschen Frage nahmen die nordeuropäischen Außenminister auf einem Treffen in Kopenhagen Anfang Mai 1954 Stellung. Für sie war die Anerkennung der DDR "zur Zeit" nicht spruchreif⁹⁴. Völkerrechtliche Experten nahmen sich nun des Problems an. Auch in Stockholm begann die Diskussion über die völkerrechtlichen Grundlagen der Nichtanerkennung. Auf eine direkte Anfrage Kumlins nach der Meinung seines Außenministeriums antwortete am 6. Mai Gunnar Jarring, von 1953 bis 1956 Leiter der politischen Abteilung, daß die Bundesrepublik zweifellos der legitime Nachfolgestaat des deutschen Reiches sei, daraus aber nicht folge, daß es nicht mehrere Nachfolgestaaten geben könne. Die Bundesrepublik könne keinen Anspruch auf andere Gebiete des ehemaligen Deutschen Reiches erheben, als sie faktisch beherrsche, woraus folge, daß auch andere Staatsbildungen im Rahmen der alten Territorialgrenzen legitime Nachfolgestaaten sein könnten⁹⁵. Daraufhin fuhr Wilhelm Grewe zu Jarring nach Stockholm, voller Sorge, Schweden könnte nun doch als erster westlicher Staat die DDR anerkennen. Trotz seines erklärten Verständnisses für die schwedische Situation wollte er zumindest darauf aufmerksam machen, daß der DDR-Paß nicht visiert werden könnte, da er nur als Personalausweis, also nicht außerhalb Deutschlands Geltung besäße⁹⁶. Die dringenden Vorstöße aus Bonn machten Eindruck auf die schwedischen Stellungnahmen der folgenden Wochen. Im Reichstag beantwortete Undén am 18. Mai eine Anfrage des Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Schwedens, Hilding Hagberg, nach der Anerkennung der DDR mit



⁹¹ Telegramm Kumlin an UD, 9.4.1954, in: UDA, UD HP 12 Ct, vol.4.

⁹² PM, streng vertraulich, 12.4.1954, in: Ebenda.

⁹³ Protokoll 8. Kollegiumssitzung, 14. 4. 1954, in: MfAA, LS-A 254.

⁹⁴ Utrikesdepartementets aktstycken 1954, II: 12, S.65.

⁹⁵ Jarring an Kumlin, 6.5. 1954, in: UDA, UD HP 12 Ct, vol 5.

⁹⁶ PM, Jarring, 8.5.1954, in: Ebenda; vgl. Heinrich End, Zweimal deutsche Außenpolitik. Internationale Dimensionen des innerdeutschen Konflikts 1949–1972, Köln 1973, S. 186.

Nein⁹⁷. Die von Hagberg angeführten Argumente, daß eine Normalisierung der Verbindungen positive Auswirkungen für den weiteren Ausbau des Handels und des Tourismus hätte und daß Undéns Argumentation, wonach Selbständigkeit nach außen eine Bedingung für die Anerkennung sei, nicht mit der schwedischen Praxis übereinstimmte, berührten Unden kaum. Auf die wirtschaftspolitischen Argumente eingehend, erklärte er, daß sich der Handel mit Ostdeutschland zufriedenstellend entwickelte und kein Zweifel bestände, daß das in Zukunft so bliebe. In der Visafrage erinnerte er an seinen Vorschlag, in Stockholm ein Büro einzurichten. Seine Argumentation gegen eine Anerkennung enthielt nun auch den Hinweis auf das Fehlen freier Wahlen in der DDR. Hagberg konterte, daß Schweden auch andere Länder des Ostblocks, zum Beispiel die Volksrepublik China, anerkannt hätte, die sich darin nicht von der DDR unterschieden. Unden argumentierte in Anlehnung an das klassische Völkerrecht, daß man in Stockholm aufgrund zuverlässiger Informationen meinte, daß in China das Regime in der Bevölkerung als stabilisiert betrachtet werden könne, "ganz davon abgesehen, ob es freie Wahlen oder nicht gegeben hat, während die Lage in Ostdeutschland bekanntlicherweise eine andere ist "98.

Die ostdeutschen Bemühungen gegenüber Nordeuropa im allgemeinen und Schweden im besonderen um "vollgültige gegenseitige konsularische Beziehungen" bzw. um den "Austausch von Vertretungen" und "Regierungsabkommen" zu Fragen des Verkehrs⁹⁹ verfolgte man in Bonn weiterhin mit Sorge. Staatssekretär Hallstein empfing noch Ende Mai 1954 die Chefs der drei skandinavischen Vertretungen, um dem großen Interesse der Bundesregierung an der Nichtanerkennung der DDR Nachdruck zu verleihen. Weil man in einigen außereuropäischen Staaten jede Veränderung in dieser Frage sehr genau beobachtete, so Hallstein, "brauchte es nicht viel, um den Stein ins Rollen zu bringen"¹⁰⁰. Daß diese Sorge nicht unbedingt von den Alliierten geteilt wurde, meinte Tamm in Berlin erfahren zu haben, der etwa gleichzeitig von einer Veränderung der britischen Haltung zur DDR in eine mehr praktische Interessen berücksichtigende Politik berichtete¹⁰¹. In Stockholm sah man aber keinen Grund, die schwedische Haltung zu ändern, maß man der Frage der Anerkennung doch "keine Aktualität" bei¹⁰².

Die erste sowjetische Souveränitätserklärung für die DDR scheint Undéns Einstellung zur deutschen Frage kaum beeinflußt zu haben. Auch Anfang September 1954 vertrat er in einer Wahlkampfrede in Värmland seine Auffassung, daß Deutschland sich außerhalb der beiden Militärblöcke halten sollte, daß eine deutsche allianzfreie



⁹⁷ Riksdagens Protokoll 1954, Stockholm 1954, AK 21: 6-10.

⁹⁸ Ebenda.

⁹⁹ Vgl. Plan für die Entwicklung der Beziehungen DDR-Schweden, 26.5. 1954, in: MfAA, A 7581; vgl. auch Tamm an Jarring, 17.5. 1954, streng vertraulich, einschließlich der Anlage, als Telegramm am 20.5. 1954, in: UDA, UD HP 12 Ct, vol.5. Vgl. auch Werner Hänisch, Außenpolitik und internationale Beziehungen der DDR, Bd. 1: 1949–1955, Berlin 1972, S. 208, 237 f.

¹⁰⁰ Kumlin an UD, 29.5.1954, streng vertraulich, in: UDA, UD HP 12 Ct, vol.5.

¹⁰¹ Tamm an Kronvall, 31.5. 1954, vertraulich, in: Ebenda.

¹⁰² PM vom 18.7.1954, in: Ebenda.

Politik nicht nur in Deutschlands, sondern auch im Interesse der übrigen Welt wäre¹⁰³. Dabei wußte er sich in der SPD zumindest mit Fritz Erler einig, dessen Vorstellungen von einem "System der kollektiven Sicherheit im Rahmen der Vereinten Nationen" sein Interesse gefunden hatten¹⁰⁴. Es ist Klaus Misgeld aber grundsätzlich zuzustimmen, daß Undén sich kaum von Argumenten der SPD beeinflussen ließ, "bzw. wenn, dann nur soweit, wie sie seiner Konzeption von Sicherheit und Entspannung in Europa entsprachen"¹⁰⁵.

Direkten Kontakt mit Repräsentanten der DDR hatte Undén nur einmal. Als die DDR auf die Einrichtung von Handelsvertretungen drängte und bereits sogenannte "fliegende Organisationen" oder "Pendeldelegationen" unterhielt¹⁰⁶, erfuhr Undén durch Vermittlung Hagbergs vom ostdeutschen Wunsch nach deren Legalisierung. "Um jedes Mißverständnis auszuschließen", empfing er die DDR-Vertreter Harry Roy und Heinz Stahl persönlich und erklärte ihnen, daß Schweden im Augenblick keine Veränderung des Status quo durch die Errichtung einer Handelsvertretung wünsche. Die Handelsverbindungen entwickelten sich gut, ein Bedarf für Veränderungen bestände nicht. Schweden würde bei Kontaktwünschen keine Schwierigkeiten mit der Visaerteilung machen. Als die ostdeutschen Vertreter den handelsmäßigen Charakter der Vertretung erneut betonten, erklärte Undén offen, daß Schweden aus politischen Gründen nichts einführen wolle, was mißverstanden werden könnte. Schweden wünsche nicht, "auf irgendeine Art in die herrschende politische Situation einzugreifen", sondern wolle "abwarten und sehen, wie sich die deutsche Frage am Ende löst". Für Ostberlin war diese unmißverständliche Aussage mehr als ernüchternd¹⁰⁷.

Mit der fortschreitenden Westbindung der Bundesrepublik wurde Ende 1954 in Paris auch ihr künftiger Status geklärt, darunter die Beendigung des Besatzungsregimes und die Anerkennung ihres Alleinvertretungsanspruchs. Am 15. Januar 1955 reagierte die Sowjetunion mit der Erklärung, daß die Wiedervereinigung in erster Linie von der Haltung des deutschen Volkes selbst abhinge. Noch im selben Monat begrüßte Undén in einem anonymen Leitartikel in Morgon Tidningen die sowjetische Haltung, die seinen bisherigen Vorstellungen entsprach¹⁰⁸. Der folgende Beitritt der beiden deutschen Staaten in die NATO bzw. den Warschauer Pakt im Mai 1955 markierte eine wichtige Zäsur in der Entwicklung der deutschen Frage. Undén scheint das damals noch nicht so gesehen zu haben. Er konzentrierte sich auf die Idee eines neutralen Gürtels quer durch Europa sowie die Möglichkeit, die Lösung der österreichischen Frage als Modell für die



¹⁰³ Vgl. Dagens Nyheter, 7.9. 1954: Utrikesministerns insats.

Fritz Erler, Sicherheit für das vereinte Deutschland, in: SPD-Pressedienst vom 5.6. 1954. Dieser Aufsatz findet sich in Undéns Papieren, in: KB, L 108.

¹⁰⁵ Misgeld, Sozialdemokratie und Außenpolitik, S. 492, Anm. 22.

Vgl. Schreiben Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel (MAI) an Bolz, 7.5. 1954, in: MfAA, A 9266.

PM, Undén, 1.11.54, in: UDA, UD HP 12 Ct, vol. 5; vgl. auch MfAA-Konzeption für Gespräch mit Undén sowie Hausmitteilung vom 9. 11. 54 Gyptner an Bolz, in: MfAA, A 9266; Protokoll dieses Besuches in: Ebenda, A 7581.

¹⁰⁸ Morgon Tidningen, 29.1.1955: Ett nytt läge?

deutsche Wiedervereinigung zu nutzen. Dafür glaubte er in Westdeutschland auch wachsende Sympathien zu erkennen. Freie Wahlen in Ostdeutschland unter der Bedingung einer Neutralisierung des vereinigten Deutschland schienen ihm nun sogar eher wahrscheinlich¹⁰⁹. Vor dem Reichstag erklärte er am 9. Mai 1955, daß mit den Pariser Verträgen keine Lösung der deutschen Frage erreicht sei, da die Teilung bestehen bliebe¹¹⁰. Als sich Ende Juni in New York die drei westlichen Außenminister mit Adenauer auf ein Junktim zwischen allen Plänen für ein europäisches Sicherheitssystem und der Wiedervereinigung Deutschlands einigten, wobei eine Neutralisierung Deutschlands strikt abgelehnt werden sollte¹¹¹, äußerte sich Undén in einem anonymen Artikel für Morgon Tidningen sehr besorgt, daß ein Aufschieben der Lösung der deutschen Frage eine größere Gefahr für die Entwicklung in Deutschland bedeute als ein freies Deutschland, das in der Lage wäre, zwischen den Blöcken zu balancieren. Das deutsche Volk sollte "schließlich Deutschlands zukünftige Außenpolitik selbst bestimmen"¹¹².

Am 20. September 1955 erklärte die UdSSR die DDR durch einen Staatsvertrag für souveran. Um Unklarheiten über die völkerrechtliche Stellung der DDR, wie sie zeitweise auch in den schwedischen Auslandsvertretungen aufkamen¹¹³, zu beseitigen, entwickelte das Bonner Auswärtige Amt die sogenannte Hallstein-Doktrin¹¹⁴. Die Verbalnote, die dem schwedischen Außenministerium am 23. September 1955 den bundesdeutschen Alleinvertretungsanspruch erklärte¹¹⁵, machte eine grundsätzliche Stellungnahme Schwedens zur Behandlung der DDR als Staat erforderlich. Undén erließ nach fünf Wochen - folgende Instruktionen: Schweden sei 1. bereit, auf internationalen Fachtagungen ostdeutsche technische Experten, keinesfalls aber Repräsentanten der Regierung, auch nicht als Beobachter, zu akzeptieren, und ziehe 2. bis auf weiteres eine Änderung in der Einstellung zur Frage der Anerkennung nicht in Erwägung. Allerdings behalte es sich Schweden "mit Rücksicht einerseits auf die Entwicklung in der letzten Zeit, andererseits auf die eigenen bedeutenden Interessen in Ostdeutschland, darunter die handelspolitischen, vor, die Einstellung in dieser Frage regelmäßig zu überprüfen". Zum westdeutschen Alleinvertretungsanspruch hieß es, auf frühere Stellungnahmen verweisend, daß sich Schweden "nicht dem Gedanken anschließen könne, Ostdeutschland als Vakuum zu betrachten"116. Von einer Politik der Stärke zur Lösung der deutschen Frage hielt Undén nichts. Die Sowjetunion würde sich Zeit lassen, wobei es ihr der Geist von Genf erleichterte, den Status quo zu bewahren. Eine militäri-



¹⁰⁹ TB, Mai 1955, in: KB, L 108.

¹¹⁰ Riksdagens Protokoll 1955, Stockholm 1955, AK 8: 46, 55, 71 f., 94.

¹¹¹ Löwenthal, Ostpolitik, S. 25.

¹¹² Morgon Tidningen, 31.7. 1955: Tyska frågan.

¹¹³ Vgl. z. B. Anfragen aus Helsinki vom 29.9. und die Antwort vom 3. 10. 1955, in: UDA, UD HP 12 Ct, vol. 6.

¹¹⁴ Paul Noack, Hallsteindoktrin, in: Werner Weidenfeld/Karl Rudolf Korte (Hrsg.), Handwörterbuch zur deutschen Einheit, Bonn 1991, S. 369–376.

¹¹⁵ Vgl. die Zusammenstellung zur Hallsteindoktrin von Jödahl vom 18.1.1965, Tyskland efter andra världskriget. Västtyskland-Östtyskland, in: KB, L 108.

¹¹⁶ PM, Unger, vertraulich, 1.11.55, in: UDA, UD HP 12 Ct, vol.6.

sche Lösung schien ihm ausgeschlossen. Hingegen glaubte er, daß die Deutschen selbst engere Kontakte zwischen West- und Ostdeutschland erzwingen würden. Ostdeutschland sollte deshalb in die Verhandlungen einbezogen werden¹¹⁷. Unter der Überschrift "Deutschlands Teilung besteht" faßte Unden Ende 1955 in Tiden seine deutschlandpolitischen Vorstellungen zusammen 118. Der Präsentation der letzten Vorschläge aus Ost und West ließ er Überlegungen zu den praktischen Konsequenzen einer Wiedervereinigung folgen: "Niemand kann bestreiten, daß die Reformen, die in der Zeit der Besetzung in Ostdeutschland durchgeführt wurden, bei der Durchführung der Wiedervereinigung auf ökonomischem und sozialem Gebiet spezielle Probleme schaffen könnten. Es kann sicherlich keine Rede davon sein, daß z. B. die Bodenreform zurückgenommen und der Großgrundbesitz wiederhergestellt würde, oder daß die sozialisierten Industriebetriebe ohne weiteres wieder privatisiert würden." Unden war davon überzeugt, daß "die deutsche Sozialdemokratie ausreichend stark sein wird, diejenigen ostdeutschen Reformen zu bewahren, die mit dem eigenen ökonomischen Programm übereinstimmten". Nichts hielt Undén in der gegenwärtigen Lage für gefährlicher als Resignation und eine Art Defätismus in der Wiedervereinigungsfrage, wie er sie auch in Kreisen Westdeutschlands zu finden glaubte¹¹⁹.

Die relativ offene Haltung Schwedens zur deutschen Frage in der Amtszeit Undéns beeinflußte die Entwicklung "technischer Kontakte" zwischen Schweden und der DDR. In Stockholm nahm am 1. August 1956 eine Generalvertretung der Deutschen Reichsbahn ihre Arbeit auf¹²⁰. Zwischen den Luftfahrtgesellschaften wurde am 17. April 1957 in Stockholm ein Abkommen geschlossen¹²¹. Obwohl Undén zur Errichtung einer Vertretung der Kammer für Außenhandel der DDR weder direkt noch indirekt sein Einverständnis gegeben hatte¹²², arbeitete eine solche inoffiziell seit November 1957 in Stockholm¹²³. Am 16. Februar 1960 nahm in Stockholm auch eine "Verkehrsvertretung der DDR" ihre Tätigkeit auf¹²⁴. Im Gegenzug bekamen die Schwedischen Staatsbahnen am 28. Mai 1960 auf dem (Ost-)Berliner Ostbahnhof ein Reisebüro¹²⁵. Die pragmatische Haltung Schwedens hatte aber keinen Einfluß auf die Festigkeit in der Ablehnung einer Anerkennung der DDR¹²⁶. Trotzdem wies die poli-



¹¹⁷ Vgl. TB, 8.11.1955, in: KB, L 108; PM, Undén, streng vertraulich, 2.12.55, in: UDA, UD HP 12 Ct, vol. 6.

Östen Undén, Tysklands delning består, in: Tiden 47 (1955) H.10, S.584-595. (Östen Undén, Swedish Socialist View on the Division of Germany, in: Socialist International Information, Vol. VI, Nr. 6, 11. 2.1956).

¹¹⁹ Ebenda, S. 584, 594 f.

¹²⁰ MfAA, A 9266, A 7625, A 7581.

¹²¹ Dok AP DDR, Bd. 5, S. 484.

PM, Lewenhaupt, geheim, 28. 9. 1957, in: RA, Statens Utlänningskommissionens hemliga arkiv, doss. ang. Östtyska handelskammaren.

¹²³ MfAA, A 7625.

¹²⁴ Ny Dag, 17.2.1960: För resan i Europa; Aftonbladet, 16.2.1960: Östtyskar öppnar turistburå här!

¹²⁵ PM, 17.2.1960, in: UDA, UD HP 12 Ct, vol. 9; MfAA, A 7665.

¹²⁶ Vgl. Undéns Haltung in der Anerkennungsdiskussion 1956, Riksdagsprotokoll 1956, Stockholm 1956, AK 9: 19, 60.

tische Abteilung des schwedischen Außenministeriums erst am 20. April 1957 an, daß die Bezeichnung Deutsche Demokratische Republik offiziell nicht verwandt werden sollte, da Schweden die Staatsbildung nicht anerkannt hätte - die "rein geographische Bezeichnung Ostdeutschland" sollte beibehalten werden¹²⁷. Um 1960 etwa schien Undén eine Revision seiner bisherigen Vorstellungen zur Lösung der deutschen Frage notwendig 128. Schließlich hatte sich auch die SPD mit Herbert Wehners denkwürdiger Rede vor dem Bundestag am 30. Juni den durch die NATO-Mitgliedschaft gegebenen Realitäten der Einbeziehung der Bundesrepublik in die westliche Allianz angepaßt. Das westliche Einschwenken auf die Erhaltung des Status quo, also auch die Aufgabe des Ziels einer baldigen deutschen Einheit, mußte Undén jetzt vorbehaltlos akzeptieren, da es unter den gegebenen Voraussetzungen nur realistisch war. Allerdings meinte er, daß es auch an der Zeit wäre, Konsequenzen in der praktischen Politik gegenüber den deutschen Staaten, konkret in der Frage der Anerkennung der DDR, folgen zu lassen. Gegenüber dem deutschen Botschafter erklärte er unumwunden, daß die schwedische Haltung in der Anerkennungsfrage einzig durch die "Rücksichtnahme" auf die politischen Interessen der Bundesregierung bestimmt werde. In Schweden gäbe es aber auch Stimmen, die meinten, die Regierung käme Bonn dabei zu weit entgegen¹²⁹. Entsprechend ungehalten reagierte Stockholm im August 1960 auf eine westdeutsche Beschwerde in Sachen politischer Aufwertung der DDR: "Die Westdeutschen (sollten) sich Zurückhaltung auferlegen ..., was Demarchen in dergleichen Fragen betrifft"130. Polemik gegen die Haltung des Westens in der Frage der Anerkennung übte Undén auch anonym mit einer Einschätzung aus der Sicht des Völkerrechtlers: Eine allgemeine Anerkennung der DDR würde "keine katastrophale Umwälzung" bedeuten, da Ostdeutschland schon de facto über eine Reihe von Rechten eines selbständigen Staates verfüge, ganz zu schweigen von der De-jure-Anerkennung durch alle kommunistischen Staaten. "Ostdeutschland verfügt über eine eigene Regierung und ein Parlament, wie die auch beschaffen sein mögen, eine eigene Administration, eigene Armee, eigene Polizei. Die ostdeutsche Staatsbürgerschaft wird an vielen Orten als von der westdeutschen verschieden akzeptiert. Die Handels- und Transportverbindungen des Landes mit dem Ausland sind in vielen Fällen durch staatliche Verträge geregelt, wenn auch manchmal verdeckt. Es ist richtig, daß das Regime des Landes demokratische Forderungen nicht erfüllt, aber das trifft auf mehrere Länder zu, die international anerkannt sind. Ostdeutschland hat ohne Zweifel Kennzeichen, die gewöhnlich für eine allgemeine Anerkennung ausreichen, wenigstens eine De-facto-Anerkennung." Es wäre zudem zweifelhaft, ob eine Anerkennung die Aussichten auf eine zukünftige Vereinigung überhaupt beeinflussen könnten. Undén war aber auch nicht ganz ohne Verständnis für die psychologische Seite des Problems¹³¹. Die deutsche Frage beschäftigte

¹³¹ Morgon Tidningen, 11.8. 1961, Berlinkrisen, anonym, in: KB, L 108, nicht in Willers' Bibliografi.



¹²⁷ PM, vertraulich, 20. 4. 1957, in: UDA, UD HP 12 Ct, vol. 7.

¹²⁸ Vgl. TB, 8.6.1960, in: KB, L 108.

¹²⁹ PM, Undén, streng vertraulich, 11.4.1960, in: UDA, UD HP 12 Ct, vol. 9.

¹³⁰ PM, Åström, geheim, 8.8.1960, in: RA, SUK hemliga arkiv, dos. ang. Östtyska handelskammaren.

Undén noch öfter¹³², vor dem Reichstag letztmalig am 14. März 1962. Hier erklärte er, daß es Schweden am besten zu Gesicht stände, in dem sich verhärtenden Klima in der internationalen Lage keinen Zweifel an der Konsequenz und Standhaftigkeit der schwedischen Außenpolitik aufkommen zu lassen¹³³. Mit diesem deutlichen Bekenntnis zum Westen übergab er sein Amt an Torsten Nilsson, der am 19. September 1962 die Nachfolge im Amt des Außenministers antrat. Mit dem ehemaligen SAP-Sekretär und Ex-Verteidigungsminister Nilsson kam für das ostdeutsch-schwedische Verhältnis bis zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen 1972 eine Zeit der Stagnation.

Östen Undén starb hochgeehrt am 14. Januar 1974.



¹³² Z. B. anonym in Folket, 21.12.1961: Den tyska frågan, unter seinem Namen in Stockholm Tidningen, 25.9.1965, Tysklands återförening, in: Tiden 57 (1965), H.9, Tysklands Östgräns, S. 526 ff.

¹³³ Riksdagens Protokoll 1962, Stockholm 1962, AK 11: 27.

Dokumentation

HORST MÜHLEISEN

PATRIOTEN IM WIDERSTAND

Carl-Hans Graf von Hardenbergs Erlebnisbericht*

I.

1. Jugend und Erster Weltkrieg

Es gibt Orte, die Familiennamen tragen. Zu ihnen zählt Neuhardenberg in der Mark Brandenburg, siebzig Kilometer östlich von Berlin und dreißig Kilometer nordwestlich von Frankfurt an der Oder gelegen, in unseren Tagen dicht an der Grenze zu Polen.

Im November 1814 verlieh König Friedrich Wilhelm III. von Preußen seinem Staatskanzler, Fürst Carl August von Hardenberg, die Güter Quilitz, Rosenthal und Lietzen, die alte Johanniter-Komturei, alle Kreis Lebus, als freie Standesherrschaft¹; denn 1810 war Quilitz, das dem Kanzler zu Ehren von nun an Neuhardenberg hieß, an die Krone zurückgefallen. Der Monarch hatte Hardenberg seiner Verdienste wegen diese Dotation gewährt. Der Ort wurde gewählt, weil der Staatskanzler bereits im September 1802 die Herrschaft Tempelberg, Kreis Fürstenwalde, erworben hatte. Fontane, der Wanderer und Chronist der Mark, hat das Schloß, die Zimmer und die Sammlungen sowie dessen Geschichte ausführlich beschrieben². Langhans und Schinkel,



^{*} Den Archiven, Institutionen und Personen, die mir geholfen haben, diese Dokumentation vorzulegen, sage ich Dank für ihre Unterstützung. Herzlich danke ich Reinhild Gräfin von Hardenberg und ihrem Bruder Friedrich-Carl Graf von Hardenberg-Neuhardenberg für das Vertrauen, mir die Aufzeichnung überlassen zu haben, für ihre Gastfreundschaft und ihre Geduld, meine Fragen zu beantworten. Ihnen widme ich diese Dokumentation.

¹ Vgl. Hans-Joachim Mähl, Familie von Hardenberg, in: Neue Deutsche Biographie, Bd. 7, Berlin 1966, S. 651 f.; Hans Hausherr/Walter Bußmann, Carl August Fürst von Hardenberg, in: Ebenda, S. 658–663; Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin-Dahlem (Hrsg.), Hardenberg und seine Zeit; zum 150. Todestag des preußischen Staatskanzlers am 26. November 1972. Katalog von Cécile Lowenthal-Hensel, Berlin 1972, S. 19.

² Vgl. Theodor Fontane, Wanderungen durch die Mark Brandenburg, Bd. 2, Das Oderland, Barnim – Lebus, München 1960, S. 131–140: "Neu-Hardenberg (Quilitz) seit 1814"; zur Geschichte des Schlosses vor 1814: Ebenda, S. 124–131; vgl. auch Angelika von Hagen, Neuhardenberg. Geschichten aus einem m\u00e4rkischen Dorf, in: ZDF, 20. 4. 1992.

420

Schadow und Rauch hatten das Schloß zwischen 1780 und 1820 gebaut und erneuert, und Lenné hatte, unter Fürst Pückler-Muskaus Einfluß, den Park angelegt³.

Doch nicht vom Staatskanzler ist hier die Rede, sondern von seinem Nachfahren, Carl-Hans Graf von Hardenberg-Neuhardenberg, dem Soldaten im Widerstand und letzten Standesherrn der Familie⁴. Dieser wurde am 22. Oktober 1891 in Glogau, Provinz Schlesien, geboren. Der Vater, Wilhelm, war Premierleutnant im Ulanen-Regiment Kaiser Alexander II. von Rußland (1. Brandenburgisches) Nr. 3. Die Mutter, Helene, geb. Freiin von Hardenberg, zählte Friedrich von Hardenberg, der sich als Dichter Novalis nannte⁵, zu ihren Vorfahren. Zusammen mit drei Geschwistern, einer Schwester und zwei Brüdern, wuchs Carl-Hans von Hardenberg in den wechselnden Garnisonsstädten des Vaters auf. Nachdem er Mitte September 1910 in Potsdam das Abitur bestanden hatte⁶, trat er am 30. September als Fahnenjunker in das Erste Garde-Regiment zu Fuß ein⁷, mit dem die Stadt an der Havel eng verbunden war – in jenes Regiment, dessen Traditionslinien bis 1732 reichen⁸ und das 1807 gestiftet worden war.

Der Dienst im "Ersten Regiment der Christenheit" war für Hardenberg hart. Auch für ihn galt, was sein Regimentskamerad Hans Harald von Selchow so formulierte:

⁸ Vgl. Wolfgang Paul, Das Potsdamer Infanterie-Regiment 9. 1918–1945. Preußische Tradition in Krieg und Frieden, Osnabrück 1983, S. IX–XI (Einleitung: Hans A. Bleckwenn: "So begann es"); Selchow, Erinnerungen an mein Leben; Braun, Weg, S. 37.



³ Vgl. Fontane, Wanderungen, S. 133; Besuche vor dem Untergang. Adelssitze zwischen Altmark und Masuren. Aus Tagebuchaufzeichnungen von Udo von Alvensleben. Zus. gest. und hrsg. von Harald von Koenigswald, Frankfurt a. M./Berlin 1968, S. 87 f.; Friedrich-Carl Graf von Hardenberg-Neuhardenberg, Neuhardenberg 1814 bis 1991, in: Bruno J. Sobotka/Jürgen Strauss (Hrsg.), Burgen, Schlösser, Gutshäuser in Brandenburg und Berlin, Witten/Ruhr 1992, S. 51 ff. und 186.

Vgl. Lebenslauf ("Personalien"). Typoskript, nach 1945 geschrieben (2 Seiten). Kopie im Institut für Zeitgeschichte und in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin, Stauffenbergstraße; Fabian von Schlabrendorff, Graf Carl-Hans von Hardenberg, in: Ders., Begegnungen in fünf Jahrzehnten, Tübingen 1979, S. 239–253; Auch er wollte Hitler stürzen. Carl-Hans Graf von Hardenberg und der 20. Juli 1944. Dokumentarfilm von Kurt Seehafer/Jürgen Eike, in: 1 Plus, 20.7. 1990 (künftig: Auch er wollte Hitler stürzen); Horst Mühleisen, Der Kreis hat sich geschlossen. Zum 20. Juli: Carl-Hans Graf Hardenberg, in: Rheinischer Merkur/Christ und Welt, 17.7. 1992, S. 5; Klaus Gerbet, Carl-Hans Graf von Hardenberg 1891–1958. Ein preußischer Konservativer in Deutschland (in Vorbereitung).

Vgl. Herbert Uerlings, Friedrich von Hardenberg, genannt Novalis. Werk und Forschung, Stuttgart 1991.

⁶ Graf Hardenberg legte die Reifeprüfung am 13.9. 1910 am Viktoria-Gymnasium zu Potsdam ab. Mit Verfügung des Gardekorps vom 17.8. 1910 war der Eintritt in das Erste Garde-Regiment zu Fuß genehmigt worden. Der König von Preußen hatte durch eine Allerhöchste Kabinettsordre seine Zustimmung erteilt. – Diese Angaben nach Schriftstücken, die sich im Besitz der Familie befinden.

⁷ Vgl. Offizier-Stammliste des Ersten Garde-Regiments zu Fuß 1869–1913 [...], Berlin 1913, S. 229 (Nr. 447) (künftig: Offizier-Stammliste), in: Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg i. Br. (BA-MA), Nachlaß Selchow N 425/3; Hans Harald von Selchow, Erinnerungen an mein Leben [Kopie des Typoskripts], Bd. 1, S. 31 (Erstes Garde-Regiment zu Fuß und Potsdam), in: Ebenda, N 425/2 (künftig: Selchow, Erinnerungen an mein Leben); Magnus Frhr. von Braun, Weg durch vier Zeitepochen. Vom ostpreußischen Gutsleben der Väter bis zur Weltraumforschung des Sohnes, Limburg a. d. Lahn 1965, S. 37–42; der Verfasser gehörte 1899/1900 dem Regiment als Einjährig-Freiwilliger an und wurde Leutnant d. R.

"Dem Ersten Garde-Regiment als Offizier anzugehören, bedeutete nicht nur äußeren Glanz, sondern stellte eine besondere Verpflichtung dar." Selchow betont die selbstverständliche innere Einstellung zum Kaiser und König; auch sei "ein gesunder Ehrgeiz notwendig" gewesen, "es besser zu machen als alle andern". Nur derjenige Offizier konnte hoffen, im Regiment zu bleiben, der "in und außer Dienst wahrhaft Gutes leistete". Selchow fährt fort: "Strenge Dienstauffassung und gesellschaftliche Formen waren eine Selbstverständlichkeit. [...] Die in [der preußischen Armee] gepflegten Ansichten über Pflichttreue, Zuverlässigkeit, Ehrenhaftigkeit und Tapferkeit waren Richtschnur für die sittliche Haltung des ganzen Volkes. Und der Offizier in dieser Armee hatte Vorbild zu sein als Ausbilder, Erzieher und Führer."¹⁰

Dies waren prägende Jahre, Jahre des Suchens und des Werdens. Lange danach, im März 1990, sagt Hardenbergs Tochter Reinhild zur Charakterisierung ihres Vaters: "Er war ein Preuße reinster Prägung; er war ein Konservativer, aber nie ein Reaktionär."¹³ Am 27. Januar 1912 erfolgte seine Ernennung zum Leutnant mit Patent vom 30. Januar 1910¹². "Er war der Prototyp des Offiziers des Ersten Garde-Regiments zu Fuß." So äußerte sich Christoph von L'Estocq, der 1917 in das Regiment eintrat, über Hardenberg¹³, der bei Kriegsausbruch der Leibkompanie angehörte¹⁴.

Mit dem Regiment rückte Hardenberg am 8. August aus und wurde Ende des Monats zum ersten Male verwundet¹⁵. Nach seiner Genesung heiratete er am 29. Oktober 1914 in Lieberose, Niederlausitz, Renate Gräfin von der Schulenburg. Das Ehepaar hatte sechs Kinder; fünf Töchter und einen Sohn. Hardenberg erlebte die "Stahlgewitter" des Krieges ausschließlich an der Front – im Westen wie im Osten. Im Juni 1915 übernahm er eine Kompanie, er kämpfte an der Somme und wurde Oberleutnant¹⁶. Längst ausgezeichnet mit beiden Klassen des Eisernen Kreuzes und dem Ritterkreuz des Königlichen Hausordens von Hohenzollern mit Schwertern, übernahm Hardenberg am



Selchow, Erinnerungen an mein Leben, S. 29 f.; Braun, Weg, S. 41; vgl. auch die Aufzeichnungen eines anderen Offiziers, der Mitte März 1898 als Secondeleutnant in das Erste Garde-Regiment zu Fuß eingetreten war: Joachim von Stülpnagel, 75 Jahre meines Lebens, Düsseldorf [1960], S. 34 f., 38–41 [Privatdruck], in: BA-MA, Nachlaß Stülpnagel N 5/27.

¹⁰ Selchow, Erinnerungen an mein Leben, S. 30; Braun, Weg, S. 41.

¹¹ Auch er wollte Hitler stürzen.

¹² Offizier-Stammliste, S. 229 (Nr. 447).

¹³ Auch er wollte Hitler stürzen.

¹⁴ [Eitel Friedrich Prinz von Preußen/Rudolf von Katte,] Das Erste Garderegiment zu Fuß im Weltkrieg 1914–18, Berlin 1934, S. 3 (künftig: Weltkrieg 1914–18).

¹⁵ Vervollständigung der Offizier-Stammliste des Ersten Garde-Regiments zu Fuß 1869 bis 1913 und Fortsetzung bis zum 1.4. 1935. Bearb. und zus. gestellt von Generalmajor a.D. von Bartenwerffer und Oberst a.D. von Rosenberg-Lipinsky, Potsdam 1935, S.59 (Nr. 447), in: BA-MA, Nachlaß Selchow N 425/3.

¹⁶ Ausführliche Angaben über Hardenbergs Verwendungen im Ersten Weltkrieg in: Ebenda und in: Weltkrieg 1914–18, S. 11 ff., 109, 140, 159, 161, 165, 189, 207, 212, 215–218. Seine Kameradschaft wird besonders hervorgehoben (S. 218). Vgl. auch Selchow, Erinnerungen an mein Leben, S. 88; Christoph von L'Estocq, Soldat in drei Epochen. Eine Hommage an Henning von Tresckow, Berlin [1990], S. 18.

29. März 1918, eine Woche nach Beginn der Frühjahrsoffensive, die Führung des II. Bataillons. Zwei Tage danach wurde er so schwer verwundet, daß er nicht mehr zum Regiment zurückkehren konnte. Er erhielt das Verwundetenabzeichen in Gold. Ein langer Lazarettaufenthalt folgte; ein Teil des linken Schultergelenks und des Oberarmknochens mußten entfernt werden. Im Oktober 1918 wurde er zum Hauptmann befördert.

Das Kriegsende erlebte Hardenberg im Lazarett zu Potsdam. Das Deutsche Kaiserreich und das Königreich Preußen gab es nicht mehr. Für Hardenberg – und nicht nur für ihn – war eine Welt zusammengebrochen. Doch er blieb monarchistisch gesinnt. Am 29. März 1919 schied Graf Hardenberg aus dem Heere aus¹⁷ und zog mit seiner kleinen Familie – 1917 war eine Tochter, Gisela, geboren worden – nach Mochlitz in der Niederlausitz. Er übernahm einen kleinen Bauernhof, der seinem Schwiegervater, Otto Graf von der Schulenburg, gehörte, um Land- und Forstwirtschaft sowie das Bankwesen zu erlernen¹⁸. Für dieses Fach belegte er in Cottbus, wohin er wöchentlich fuhr, Kurse. Ein neuer Lebensabschnitt hatte begonnen.

2. Neuhardenberg

Im Herbst 1921 veränderte sich Hardenbergs Leben grundlegend. Am 25. November verstarb sein Onkel, Kuno Graf von Hardenberg, und er erbte dessen Besitz, die Freie Standesherrschaft Neuhardenberg mit 7400 Hektar, in der vierten Generation; die eine Hälfte war Wald und Seen, die andere Ackerland. Nun war Hardenberg einer der größten Grundbesitzer in der Mark Brandenburg geworden¹⁹. Die Freie Standesherrschaft aber war hoch verschuldet²⁰. Doch bereits im Frühjahr 1927 war der Besitz fast schuldenfrei²¹. Größte Sparsamkeit bei den Ausgaben hatte diesen Erfolg ebenso ermöglicht wie Hardenbergs "Kunst der Menschenführung": den richtigen Mann mit der Aufgabe zu betrauen, die er zu erfüllen vermag²². Dabei war ihm sein ehemaliger Kommandeur aus dem Weltkrieg, Graf zu Eulenburg, Vorbild²³. Ein großes Verdienst kam auch Hardenbergs Güterdirektor, Oberamtmann Rudolf Bräuninger, zu, dessen Kenntnisse unersetzlich waren. Und im November 1926 hatte Bodo von der Marwitz,



Diese Angaben nach einem Schriftstück, das von der Familie verwahrt wird. Am 9.4. 1920 erhielt Graf Hardenberg den endgültigen Abschied. Vgl. Vervollständigung der Offizier-Stammliste des Ersten Garde-Regiments zu Fuß, S.59 (Nr. 447) (vgl. Anm. 15).

¹⁸ Vgl. Lebenslauf Graf Hardenbergs ("Personalien"), S. 1.

¹⁹ BA-MA, Militärgeschichtliche Sammlung (MSg) 1/2943, S. 6; Lebenslauf Graf Hardenbergs ("Personalien"), S. 1: "Im Jahr 1921 übernahm ich die Verwaltung von Neuhardenberg, Provinz Brandenburg."

²⁰ Belege in: BA-MA, MSg 1/2943, S.11; vgl. Sobotka/Strauss, Burgen, Schlösser und Gutshäuser in Brandenburg und Berlin, S.52.

²¹ Vgl. Schreiben des Rentamtes Neuhardenberg an die Kur- und Neumärkische Ritterschaftliche Darlehenskasse Berlin vom 14.3. 1927, in: BA-MA, MSg 1/2943, S. 11.

²² Vgl. Sobotka/Strauss, Burgen, Schlösser und Gutshäuser in Brandenburg und Berlin, S.52.

²³ Vgl. Ebenda.

der Freund und Gutsbesitzer in Friedersdorf, Neuhardenberg gerettet, indem er die Wechsel, die fällig geworden waren, übernommen hatte²⁴.

Graf Hardenberg war ein Aristokrat im besten Sinne des Wortes. Er war ein Mann mit starkem sozialen Verantwortungsgefühl, der für die Menschen, die ihm anvertraut waren, sorgte²⁵. Er selbst und seine Frau hatten materielle Not erfahren, was er nie vergaß. Hardenberg widmete sich nicht nur der Verwaltung seines Besitzes, er übernahm auch politische Verantwortung²⁶. Im Dezember 1925 wurde er für die Deutschnationalen in den Kreistag gewählt. Stets gab Hardenberg der Kommunalpolitik den Vorzug. Daher wies er ein Angebot ab, zum 1. Januar 1926 Vorsitzender des Landesverbandes der Deutschnationalen Volkspartei zu werden, und im Jahre 1930 verzichtete er auf die Kandidatur als Vorsitzender der DNVP. Hingegen war er 1931 bereit, die Wahl in den Vorstand des Brandenburgischen Landbundes anzunehmen²⁷, nachdem er zuvor Mitglied im Arbeitsausschuß dieses Landbesitzerverbandes geworden war²⁸.

Frühzeitig war Hardenberg auf die Gefährlichkeit des Nationalsozialismus aufmerksam gemacht worden. Es war sein älterer Freund Kurt Freiherr von Hammerstein (-Equord), seit November 1930 Chef der Heeresleitung und ein erbitterter Gegner der Nationalsozialisten, der Hardenberg immer wieder auf die nationalsozialistische Bedrohung hinwies²⁹. Auch vom "Preußen"-Mythos, den die NSDAP verbreitete, ließ er sich nicht blenden; dafür war Hardenberg ein zu nüchterner Realist. Eine Begegnung mit Hitler im Hause des Fabrikanten Carl Bechstein, die am 21. Januar 1931 in Berlin stattfand³⁰ und an der wohl auch Hammerstein teilnahm, war für Hardenberg aufschlußreich genug. Hitler erläuterte im kleinen Kreise sein politisches Programm, wobei er auch die Beseitigung der Arbeitslosigkeit durch die Aufrüstung der Reichswehr erwähnte, und dann sprach er auch über die rücksichtslose Ausrottung der Juden. Hardenberg war entsetzt.

Dies waren prägende Erfahrungen. Nach dem 30. Januar 1933 schied Hardenberg



²⁴ Vgl. Schreiben Hardenbergs an die Kur- und Neumärkische Ritterschaftliche Darlehenskasse Berlin vom 23.11. 1926, in: BA-MA, MSg 1/2943, S.11.

Vgl. Brief von Frau Gerda Erdmann an Graf Hardenberg vom 14. 10. 1937 und Antwortschreiben des Rentmeisters Brünning an Frau Gerda Erdmann (im Auftrage Hardenbergs) vom 20. 10. 1937 in: BA-MA, MSg 1/2943, S. 34 f.

²⁶ Vgl. Lebenslauf Graf Hardenbergs ("Personalien"), S. 1: "Neben meiner landwirtschaftlichen Tätigkeit habe ich mich der Kommunalverwaltung meines Heimatkreises [Lebus] gewidmet."

²⁷ Vgl. Sonderprotokoll des Brandenburgischen Landbundes an Hardenberg vom 29.1. 1931, in: BA-MA, MSg 1/2943, S. 17, und Schreiben des Brandenburgischen Landbundes, Kreis Lebus, an den Gesamtvorstand vom März 1931, in: Ebenda.

²⁸ Vgl, Schreiben des Brandenburgischen Landbundes an Graf Hardenberg vom 15.4. und Antwortschreiben Hardenbergs vom 16.4. 1930: "Durchdrungen von der Wichtigkeit unserer Arbeit für unsere Landwirtschaft, verspreche ich Ihnen, mit allen Kräften mitzuarbeiten. Ich bin überzeugt, daß man auf diesem Wege auch am meisten für die Gesundung unseres Vaterlandes tun kann. [...]" Ebenda, S. 16.

²⁹ Vgl. Sobotka/Strauss, Burgen, Schlösser und Gutshäuser in Brandenburg und Berlin, S. 52.

³⁰ Vgl. Brief Hardenbergs an Lechler vom 11.1.1931, in: BA-MA, MSg 1/2943, S. 17, und die Aussagen von Reinhild Gr\u00e4fin Hardenberg in: Auch er wollte Hitler st\u00fcrzen.

"aus allen Ämtern aus, da ich mich weigerte, der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen beizutreten"³¹. Der preußische Konservative war sich treu geblieben. Von 1936 an leistete er beim 9. (Preuß.) Infanterie-Regiment in Potsdam militärische Übungen ab³². Dieses Regiment war Traditionsträger der preußischen Garde-Regimenter. 1921 hatte General von Seeckt, der Chef der Heeresleitung, im I. Bataillon die 1. Kompanie dazu bestimmt, die Tradition des Ersten Garde-Regiments zu Fuß fortzuführen³³. In das Jahr 1936 fiel auch eine schwerwiegende Auseinandersetzung Graf Hardenbergs mit Dienststellen der NSDAP. Hardenberg war Patron der Kirche zu Neuhardenberg und setzte die Abberufung des Pfarrers Neuberg durch, der vom nationalsozialistischen Gedankengut stark geprägt war. Lange zog sich der Streit hin, bis Anfang Juni 1939 Pastor Herbert Köller, der Hardenbergs uneingeschränktes Vertrauen besaß und den er vorgeschlagen hatte, Pfarrer in Neuhardenberg wurde³⁴.

3. Zweiter Weltkrieg und Widerstand

Ende August 1939 übernahm Hardenberg, seit Januar 1938 Major d.R., das Ersatzbataillon des Infanterie-Regiments 9 in Potsdam³⁵. Nur gelegentliche Reisen unterbrachen seinen Dienst. Es ist nicht bekannt, weshalb Hardenberg dann in das Oberkommando der Heeresgruppe B versetzt wurde. Wünschte er einen anderen Wirkungsbereich, der seinen Fähigkeiten mehr entsprach? Die Versetzung erfolgte zum 5. März 1940³⁶, und er verließ das Regiment, das ihm lange eine militärische Heimat gewesen war. Die Freunde, die er gewonnen hatte, blieben. Oberbefehlshaber der Heeresgruppe B war Generaloberst Fedor von Bock³⁷, den drei herausragende Eigenschaften aus-

³⁴ Vgl. Schreiben der Superintendentur Müncheberg an das Evangelische Konsistorium Berlin vom 12.10. 1937 und Schreiben Hardenbergs an das Evangelische Konsistorium der Mark Brandenburg vom 28.11. 1937, in: BA-MA, MSg 1/2943, S. 35. Weitere Belege in: Ebenda, S. 37, 41 ff.

³⁷ Zu Bock vgl. Hans-Adolf Jacobsen, Fall Gelb. Der Kampf um den deutschen Operationsplan zur Westoffensive 1940, Wiesbaden 1957, S. 270, Anm. 17; Stülpnagel, 75 Jahre meines Lebens, S. 95: "Ia des Generalkommandos [Gardekorps] war [1915] Bock, mein alter Kadettenfreund. Er war recht tüchtig, blieb aber in seinem Auftreten immer ein Kadett." (Stülpnagel war seit Ende 1914 General-



³¹ Lebenslauf Graf Hardenbergs ("Personalien"), S. I.

³² Vgl. Anm. 35 (Wehrmacht-Personalkarteikarte).

³³ Vgl. Paul, Infanterie-Regiment 9, S. 23.

³⁵ Vgl. Lebenslauf Graf Hardenbergs ("Personalien"), S. 1. Seine Wehrmacht-Personalakte liegt nicht mehr vor; Mitteilungen des BA-MA vom 3.1. 1992 und des Bundesarchivs, Zentralnachweisstelle Kornelimünster, vom 30.1. 1992. Erhalten geblieben ist die Wehrmacht-Personalkarteikarte (Beförderungskartei der Reserveoffiziere aus dem ehem. Oberkommando des Heeres/Heerespersonalamt), die im Bundesarchiv, Zentralnachweisstelle, aufbewahrt wird (künftig: Wehrmacht-Personalkarteikarte). Die Beförderung zum Major d. R. war zum 1.1. 1938 ausgesprochen worden.

³⁶ Vgl. Kriegstagebuch Nr. 2: Heeresgruppe B. Kriegsrangliste sämtlicher Offiziere und Beamten im Offizierrang. Oberkommando der Heeresgruppe B vom 1.1. bis 31.3. 1940. – Nr. 126: Major d. R. Graf von Hardenberg. Qu. 1: am 5.3. 1940 vom Inf. Ers. Btl. 9, in: BA-MA, RH 19 II/19, fol. 188^r. Vgl. auch die Mitteilungen des Generalmajors (Bw) a. D. Peter von der Groeben vom 17.3. 1992. Hauptmann i. G. von der Groeben war von Oktober 1939 (Okt. 1940 Major i. G.) bis April 1941 I a/op der Heeresgruppe B.

zeichneten: er hatte eine große operative und strategische Begabung, noch größer aber waren Ehrgeiz und Eitelkeit. Bock und Hardenberg kannten sich schon lange – vermutlich aus den zwanziger Jahren; sei es, daß der damalige Stabsoffizier in Neuhardenberg gewesen war; sei es, daß sie sich auf Schloß Cecilienhof in Potsdam, dem Wohnsitz des Kronprinzen Wilhelm, begegnet waren. Belege dafür gibt es nicht.

Bock war ein im Grunde unpolitischer Mensch und ein überzeugter Monarchist. Im Ersten Weltkrieg war er lange im Oberkommando der Heeresgruppe "Deutscher Kronprinz" erster Generalstabsoffizier (I a) gewesen, und mit dem ältesten Sohn des Kaisers und Königs von Preußen blieb er in Verbindung. Immer hatte Bock Befehle von seinem Obersten Befehlshaber entgegengenommen: dem König, dem Reichspräsidenten und nun von Hitler. In seiner monarchistischen Grundhaltung sah er in dem "Führer" eine Art König von Preußen, dem er vorbehaltlos diente. Le roi est mort – vive le roi – so könnte Bocks Haltung beschrieben werden. Daher war er einer der Paladine Hitlers, dessen Befehle, gleich welcher Art, er nicht kritisierte, obgleich er das Regime und den "Führer" innerlich wohl ablehnte. Weshalb Bock den Weg in den Widerstand nicht fand, darauf wird noch zurückzukommen sein.

Im Oberkommando der Heeresgruppe nahm Hardenberg verschiedene Aufgaben wahr; so beim Quartiermeister. Während des Feldzuges gegen Frankreich wechselte er zur Abteilung Militärbefehlshaber; danach war er Ordonnanzoffizier z. b. V. beim ersten Generalstabsoffizier, Obersti. G. Wilhelm Hasse³⁸. Bock erhielt am 19. Juli 1940 die Feldmarschallwürde, zu der ihm auch der Kronprinz gratulierte³⁹. Im Herbst desselben Jahres



stabsoffizier der 2. Garde-Division.); Kunrat Frhr. von Hammerstein, Spähtrupp, Stuttgart 1963, S. 87, zitiert aus einem Brief des Generalmajors a. D. Graf von der Schulenburg-Tressow an Schleicher vom 22.6. 1930; "Bock ist militärisch der Beste, aber er ist sicher kein starker, sondern ein weicher Charakter und ein Opportunist"; vgl. auch Andreas Hillgruber, Die Bedeutung der Schlacht von Smolensk in der zweiten Julihälfte 1941 für den Ausgang des Ostkriegs, in: Ders., Die Zerstörung Europas. Beiträge zur Weltkriegsepoche 1914 bis 1945, Frankfurt a. M./Berlin 1988, S. 310, Anm. 15; Die Hassell-Tagebücher 1938–1944. Aufzeichnungen vom Andern Deutschland. [Von Ulrich von Hassell], hrsg. von Friedrich Frhr. Hiller von Gaertringen, Berlin 1988, S. 163: "Von den drei Oberbefehlshabern sei Bock ein eitler Geck, der an seine künftige Dotation denke"; Heinrich Bücheler, Carl-Heinrich von Stülpnagel. Soldat, Philosoph, Verschwörer. Biographie, Berlin/Frankfurt a. M. 1989, S. 176f. und 236, Anm. 36: Mitteilungen des Generalmajors a. D. Rudolf-Christoph Frhrn. von Gersdorff vom 23.11. 1977; Ulrich de Maizière, In der Pflicht. Lebensbericht eines deutschen Soldaten im 20. Jahrhundert, Bonn 1989, S. 62.

³⁸ Vgl. Anm. 36 und Kriegstagebuch Nr. 3: Heeresgruppe B. Kriegsrangliste sämtlicher Offiziere und Beamten im Offizierrang. Oberkommando der Heeresgruppe B vom 1.4. bis 8.5. 1940. – Nr. 52: Major d. R. Graf von Hardenberg. Qu. 1, in: BA-MA, RH 19 II/71, fol. 54^r; Kriegstagebuch Nr. 4: Heeresgruppe B. Kriegsrangliste sämtlicher Offiziere und Beamten im Offizierrang. Oberkommando der Heeresgruppe B vom 9.5. bis 4.6. 1940. – Nr. 50: Major d. R. Graf von Hardenberg, Qu. 1: ab 21.5. 1940. – Abt. Militärbefehlshaber, in: Ebenda, RH 19 II/72, fol. 132^v; Kriegstagebuch Nr. 5: Heeresgruppe B. Kriegsrangliste sämtlicher Offiziere und Beamten im Offizierrang. Oberkommando [der] Heeresgruppe B [vom] 5.6. bis 14.7. 1940. – Nr. 11: Major d. R. Graf von Hardenberg. Ord. Offz. z. b. V. für Ia, in: Ebenda, RH 19 II/106, fol. 137^r.

³⁹ Am 27.7. 1940 aus Oels in Schlesien. Vgl. Klaus W. Jonas, Der Kronprinz Wilhelm, Frankfurt a. M. 1962, S. 265 f.

wurde Hardenberg persönlicher Adjutant Bocks⁴⁰. Nun befand er sich im Zentrum des Oberkommandos, hatte Zugang zu allen Meldungen und Nachrichten. Er war immer gut unterrichtet, auch durch seine vielfältigen Verbindungen nach Berlin. Schon in Frankreich hatte er Henning von Tresckow wiedergetroffen, der unter Hardenberg Fahnenjunker gewesen war, als beide dem Ersten Garde-Regiment zu Fuß angehörten. Dies war 1917/18 gewesen, und nun, seit dem 10. Dezember 1940, war Tresckow – "gleich stark an Geist und Charakter", wie Hardenberg ihn in seinem Bericht skizziert – erster Generalstabsoffizier der Heeresgruppe. Täglich tauschten sie ihre Gedanken aus.

"Erkenne die Lage!" Gottfried Benns Wort galt auch für Carl-Hans Graf von Hardenberg. Er ließ sich nicht mehr blenden, auch nicht von den Erfolgen der Heeresgruppe, die im Juni 1941 in "Mitte" umbenannt wurde. Am 22. Juni hatte das Unternehmen "Barbarossa", der Krieg gegen die Sowjetunion, begonnen, und drei Heeresgruppen, Nord, Mitte und Süd, stießen in die unermeßliche Weite des russischen Raumes vor. In ihr verloren sich die Armeen, die Korps, Divisionen, Regimenter, die Bataillone und Kompanien. Zu umfassend waren die Operationen angelegt, zu viele Unwägbarkeiten der Art, vor denen Clausewitz gewarnt hatte, waren gegeben. Aber die Feldmarschälle und Generale hatten die Lehren dieses Kriegstheoretikers vergessen.

Die Führungsabteilung des Oberkommandos, in dem Hardenberg seinen Dienst tat, setzte sich, was die Generalstabsoffiziere, Stabsoffiziere und Reserveoffiziere betraf, einheitlich zusammen – einheitlich an Geist und Gesinnung. Allen gemeinsam war eine hohe Übereinstimmung in der politischen wie militärischen Lagebeurteilung. Dem engeren Stabe gehörte auch Major Berndt von Kleist an, der beim ersten Generalstabsoffizier arbeitete; er war O4 der Heeresgruppe und Regimentskamerad von Hardenberg und Tresckow. "Er besaß einen hervorragenden militärischen Weitblick", urteilt Fabian von Schlabrendorff, seit Januar 1941 Ordonnanzoffizier Tresckows⁴¹. Zu nennen ist ferner Major i. G. Rudolf-Christoph Freiherr von Gersdorff, der im April 1941 als dritter Generalstabsoffizier (I c/AO) in das Oberkommando gekommen war und bis September 1943 in dieser Verwendung blieb. Er war aus dem 7. (Preuß.) Reiter-Regiment in Breslau hervorgegangen, "ein ebenso fröhlicher Kamerad wie wagemutiger Soldat", wie ihn Schlabrendorff kennzeichnet⁴². Gersdorff war hochqualifiziert, sehr generös und sollte, unter Tresckows Einfluß, einer der leidenschaftlichsten Gegner Hitlers werden.



⁴⁰ Den genauen Zeitpunkt der Ernennung anzugeben, ist nicht möglich. Für diese Monate liegen keine Kriegstagebücher der Heeresgruppe B im BA-MA vor. Die Angabe aus dem Lebenslauf Graf Hardenbergs ("Personalien"), S. 1.

Fabian von Schlabrendorff, Offiziere gegen Hitler. Neue durchges. und erw. Ausgabe von Walter Bußmann. Nach der Edition von Gero von Gaevernitz, Berlin 1984, S. 43. Zu Kleist vgl. auch Rudolf-Christoph Frhr. von Gersdorff, Soldat im Untergang, Frankfurt a. M./Berlin/Wien 31977, S. 81. Zur Stellenbesetzung des Oberkommandos der Heeresgruppe Mitte für das Jahr 1942 (mit einigen irrtümlichen Angaben) vgl. Romedio Galeazzo Graf von Thun-Hohenstein, Der Verschwörer. General Oster und die Militäropposition, Berlin 1982, S. 212.

⁴² Schlabrendorff, Offiziere gegen Hitler, S. 68.

Bock führte großzügig⁴³, um Kleinigkeiten kümmerte er sich nicht. Im Verlauf des Jahres 1941 unternahm Tresckow mit Hardenberg immer wieder den Versuch, den Oberbefehlshaber, seinen Onkel, für den Widerstand zu gewinnen; doch ihre Bemühungen waren vergeblich⁴⁴. Den Auseinandersetzungen vorausgegangen war der Befehl zur Beschränkung der Kriegsgerichtsbarkeit und der "Kommissarbefehl⁴⁵. Anfang Juni 1941 hatte Gersdorff beide Befehle in Posen, dem Hauptquartier der Heeresgruppe, erhalten. Nach seiner Bekundung hatte er von den Vorgängen, die sich in den Monaten März bis Mai ereignet hatten, keine Kenntnis. Gersdorff, sich der Ungeheuerlichkeit der Befehle bewußt, ging zu Tresckow; beide sprachen bei Bock vor, und Tresckow beschwor ihn, zu Hitler zu fliegen, um Protest einzulegen. Doch nicht der Oberbefehlshaber flog in das Hauptquartier, sondern Gersdorff übernahm den Auftrag. Wie erwartet, erreichte er nichts; er kehrte nach Posen zurück und meldete "den völligen Mißerfolg" seiner Mission⁴⁶. Darauf erklärte Bock: "Meine Herren, ich stelle fest, der Feldmarschall von Bock hat protestiert."⁴⁷

Ein anderes Erlebnis wirkte noch tiefer. Im August 1941 wurde Hardenberg nahe der weißrussischen Stadt Borissow an der Beresina Augenzeuge eines Massakers lettischer SS-Einheiten an den Bewohnern des jüdischen Ghettos⁴⁸. Alles fügte sich nun zusammen; immer wieder war das Recht gebrochen worden, seit jenem 30. Juni 1934, dem "Röhm-Putsch", seit jenem 4. Februar 1938, als Hitler Fritsch, den Oberbefehlshaber des Heeres, entließ. Nun war Hardenberg, zusammen mit Leutnant d. R. Heinrich Graf von Lehndorff, dem persönlichen Ordonnanzoffizier Bocks⁴⁹, entschlossen, die eigene und die Standesehre zu verteidigen. Hardenberg kannte nur Zorn, Trauer und Scham. Er sprach mit Tresckow und gemeinsam suchten sie Bock auf. Hardenberg berichtete ihm, was er hatte mitansehen müssen; er und Tresckow forderten die Bestrafung der Schuldigen. Und wieder verlangte der erste Generalstabsoffizier, daß Bock zu



⁴³ Zu Bock als Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Mitte vgl. Gersdorff, Soldat im Untergang, S. 82, und Schlabrendorff, Offiziere gegen Hitler, S. 44; ders., Begegnungen, S. 197.

⁴⁴ Karl Otmar von Aretin, Der deutsche Widerstand gegen Hitler, in: Ulrich Cartarius, Opposition gegen Hitler, Berlin 1984, S. 19.

⁴⁵ Vgl. Gersdorff, Soldat im Untergang, S. 86 f.

⁴⁶ Ebenda, S. 89.

⁴⁷ Ebenda, S. 89.

Ebenda, S. 97-100. Vgl. auch Schlabrendorff, Offiziere gegen Hitler, S. 50f.; ders., Begegnungen, S. 201 f.; Ursula von Kardorff, Berliner Aufzeichnungen 1942-1945. Unter Verwendung der Original-Tagebücher neu hrsg. und kommentiert von Peter Hartl, München 1992, S. 100: "Er [Graf Hardenberg] hat als Adjutant Feldmarschall Bocks in Rußland grauenhafte Dinge gehört und gesehen. So grauenhaft, daß er zu allem entschlossen ist. Macht kein Hehl daraus" (7.8. 1943) mit Anm. 1, S. 101; ebenda, S. 101: "War heute mit dem Hausherrn [Graf Hardenberg] auf der Kanzel im Wald. [...] Er war ganz offen. Schilderte mir die unbeschreiblichen Greuel im Osten. Wie man die Juden vor Massengräbern erschossen hat" (15.8. 1943) mit Anm. 1, S. 102.

⁴⁹ Vgl. Marion Gräfin Dönhoff, Leben und Sterben eines ostpreußischen Edelmannes, in: Dies., Namen, die keiner mehr nennt. Ostpreußen – Menschen und Geschichte, Düsseldorf/Köln 1962, S. 79–90, hier: S. 85 f. Sie berichtet, daß das "grausame Judenmassaker" bei Borissow "für den Ordonnanzoffizier Graf Lehndorff der letzte Anstoß" gewesen sei, "sich ganz in den Dienst der Widerstandsbewegung zu stellen. Jahrelang hat er von da an als Kurier Nachrichten hin- und herbefördert."

428

Hitler fliegen solle, um "ihn wegen der Massaker zur Rede zu stellen"⁵⁰. Erneut lehnte Bock ab.

Das Pogrom von Borissow hatte die letzten Hemmnisse, die gegen ein aktives Vorgehen gegen Hitler und sein Regime noch bestanden, beseitigt⁵¹. Hardenberg, und nicht nur er, war zu allem entschlossen. Preußische Tugenden ließen ihn zum Soldaten im Widerstand werden: Zivilcourage, was in Preußen bis zum Jahre 1918 Mut vor dem Königsthron bedeutete; ausgeprägtes Rechtsgefühl; Unbestechlichkeit; ein starker Glaube; Liebe zum Vaterland und ein Empfinden für die sozial Schwachen und Unterdrückten. In seinen Erinnerungen zeichnet Hardenberg seinen Weg in die Militäropposition Schritt um Schritt nach. Immer war dieser Gang, auf den diese Offiziere nicht vorbereitet, für den sie nicht erzogen waren, qualvoll – nicht nur des Eides wegen. Mit Tresckow erörterte Hardenberg die drängenden Probleme: Sie mußten "zu aktiven revolutionären Taten schreiten". Es galt, "mit allem zu brechen, was uns von den Vätern gelehrt und was mit der Ehre eines preußisch-deutschen Soldaten verbunden war". Hardenberg fragte sich: "War es notwendig? War es richtig? War es zu vereinbaren mit den ethischen und christlichen Gesetzen, denen wir unterstanden?" Er und seine Freunde wußten: "Das Wohl des Volkes verlangt den vollen Einsatz von uns." Der Patriot im Widerstand kannte nun sein Ziel⁵².

In Borissow befand sich im Sommer 1941 auch das Hauptquartier der Heeresgruppe Mitte. Hitler war am 4. August dorthin gekommen, um seine Entscheidung mitzuteilen⁵³, wie der Feldzug gegen die Sowjetunion strategisch weitergeführt werden solle. Das Oberkommando hatte einen Plan ausgearbeitet, der eine umfassende Operation gegen Moskau vorsah. Hitler aber entschied nach wirtschaftlichen und nicht nach strategischen Überlegungen. Er wollte die Kornkammer Ukraine, die Erz-Vorkommen des Donez-Beckens und das Öl von Baku in die Hand bekommen. Dies bestimmte sein Denken und Handeln. Bock widersetzte sich in diesem Falle, doch alle gut begründeten Einwände fanden bei dem Diktator kein Gehör⁵⁴. Hitler befahl der Heeresgruppe den Angriff auf Moskau und die Abgabe der 2. Panzerarmee an die Heeresgruppe Süd und der Panzergruppe 3 an die Heeresgruppe Nord, so daß die Heeresgruppe Mitte kaum mehr über nennenswerte Panzerkräfte verfügte. Hitlers

⁵⁴ Vgl. Gersdorff, Soldat im Untergang, S. 96, und Schlabrendorff, Begegnungen, S. 206–210.



⁵⁰ Gersdorff, Soldat im Untergang, S. 100.

⁵¹ Ebenda, S. 99.

⁵² Vgl. auch das Lebensbild eines Offiziers, der auf Grund seines Glaubens gegen das Regime opponierte, in: Horst Mühleisen, Theodor Groppe. Ein General im Widerstand gegen den Nationalsozialismus, in: Kurtrierisches Jahrbuch 27 (1987), S. 145–210.

⁵³ Vgl. Kriegstagebuch Nr. 1 (Band August 1941) des Oberkommandos der Heeresgruppe Mitte, Bd. 2 [vom] 1.8.-31.8. 1941, 4.8. 1941, S. 246: "7.00 Uhr bis 9.15 Uhr Anwesenheit des Führers und Obersten Befehlshabers der Wehrmacht bei der H. Gr. zur Besprechung mit G. F. M. v. Bock. In seiner Begleitung befinden sich G. F. M. Keitel, Gen. d. Artl. Jodl und Oberst i. G. Schmundt", in: BA-MA, RH 19 II/386; Tagebuch Bocks. Eintragung vom 4.8. 1941, S. 52, in: Ebenda, Nachlaß Bock N 22/9; Gersdorff, Soldat im Untergang, S. 94 f.; Schlabrendorff, Offiziere gegen Hitler, S. 46, 49; ders., Begegnungen, S. 200, 205.

Entschluß leitete die Zeit der Niederlagen ein; die Zeit der Siege ging im September zu Ende.

Am 2. Oktober 1941 begann der Angriff auf Moskau. In diesem Herbst traf sich Hardenberg auf der Komturei Lietzen in seiner märkischen Heimat mit Hammerstein, dem ehemaligen Chef der Heeresleitung, der seit 1934 außer Diensten war: "Mein lieber Hardenberg, sagen Sie meinem Freunde Bock, wenn er nicht Ehr' und Reputation verlieren will, so soll er unter den bestehenden Umständen machen, daß er so schnell wie möglich in seine Ausgangsstellung zurückkommt und dort das weitere erwartet."55 Der Rat war gut; er stammte von einem Fachmann, der schärfer und tiefer sah als andere. Und Hammerstein behielt recht. Denn diese Operation, deren Deckname "Taifun" gelautet hatte, entwickelte sich nicht zu einem Wirbelsturm. Am 7. Oktober brach die Schlammperiode herein. In Schnee und Eis blieb der Angriff liegen, und Bock wurde im Dezember durch Kluge ersetzt.

Kurz vor der Ablösung hatte Tresckow dem Oberbefehlshaber einen schonungslosen Vortrag über die Gesamtlage gehalten. Denn nach preußischer Tradition waren Chef des Generalstabes und erster Generalstabsoffizier hierzu verpflichtet. Tresckow "bezeichnete Hitler als den allein Schuldigen", wie Schlabrendorff überliefert⁵⁶. Bock unterbrach, noch ehe Tresckow seinen Vortrag beenden konnte, und schrie, wobei er vor Zorn bebte: "Ich dulde nicht, daß der Führer angegriffen wird! Ich werde mich vor den Führer stellen und ihn gegen jedermann verteidigen, der ihn anzugreifen wagt!"⁵⁷ Erneut waren Tresckows und Hardenbergs Bemühungen gescheitert, Bock für den Widerstand zu gewinnen⁵⁸. Immer sah Bock in dem "Führer" seinen Obersten Befehlshaber, dem er dienen mußte. Den Eid zu brechen war für Fedor von Bock undenkbar; seine Vorstellungswelt war dafür zu eng.

"Preußische Feldmarschälle meutern nicht!" Mansteins Wort⁵⁹ kann auch für Bock gelten. Er konnte sich der Fronde aber auch deshalb nicht anschließen, weil er den Widerstand wohl als aussichtslos ansah. Nur Hitler fühlte er sich, trotz aller Demütigungen, verpflichtet. Diese Bindung war zu stark⁶⁰, und sie sollte noch stärker werden.



⁵⁵ Hammerstein, Spähtrupp, S. 241. Am 25. 11. 1941 schrieb Bock an Legationsrat Dr. Karl Werkmeister, Vertreter des Auswärtigen Amtes beim Militärbefehlshaber von Belgien und Nordfrankreich, aus dem Hauptquartier [Smolensk]: "Wir haben harte Tage hinter uns und trotz des schon sehr fühlbaren Winters ist es damit auch noch nicht zu Ende. Der Russe ist zäh wie Leder und, wie Sie ganz richtig sagen, müssen unsere Truppen wirklich Ungeheures leisten." In: BA-MA, Nachlaß Werkmeister N 492/2. Zur Einschätzung der Niederfage vor Moskau vgl. Schlabrendorff, Offiziere gegen Hitler, S. 55: "Mit ihr war der Nimbus von der Unbesiegbarkeit des deutschen Soldaten dahin. Sie war der Anfang vom Ende. Das deutsche Heer sollte sich von dieser Niederlage nie wieder erholen."

⁵⁶ Ebenda, S. 49.

⁵⁷ Ebenda, S. 49; ders., Begegnungen, S. 211.

⁵⁸ Vgl. die Äußerung eines Oberbefehlshabers, die Graf Hardenberg überliefert, S. 436. Sie könnte von Bock stammen.

⁵⁹ Gersdorff, Soldat im Untergang, S. 135.

⁶⁰ Ähnliches gilt auch für Rundstedt. Vgl. Andreas Hillgruber, Generalfeldmarschall Gerd von Rundstedt, in: Ders., Deutsche Großmacht- und Weltpolitik im 19. und 20. Jahrhundert, Düsseldorf ²1979, S. 316–332.

Aber festzuhalten bleibt auch, daß Bock die Offiziere, die zur Verschwörung entschlossen waren und handelten, nicht verriet. Er wußte, daß die Führungsabteilung der Heeresgruppe sich zur stärksten Konspiration entwickelte, und er hat das geduldet.

Des Feldmarschalls Ablösung erfolgte am Abend des 18. Dezember 1941, am folgenden Tage verabschiedete er sich von seinem Stabe. Nun war Kluge Oberbefehlshaber, auf dem die Verantwortung lastete. Am 20. Dezember schließlich verließ Bock, zusammen mit Hardenberg, das Hauptquartier Smolensk und fuhr bis Wilna. Am 21. Dezember traten sie die Weiterfahrt nach Steinort, dem Gut des Grafen Lehndorff, an⁶¹. Am Tage danach notierte Bock in seinem Tagebuch: "Mittags Meldung beim Führer im Hauptquartier, der sehr freundlich ist."⁶² Für Bock bedeutete diese Freundlichkeit alles. Über eine weitere Verwendung erfuhr der Feldmarschall nichts; Hitler schwieg. Bock beabsichtigte, eine Kur auf dem Semmering anzutreten⁶³. Doch dazu kam es nicht, denn am 16. Januar 1942 erhielt Bock die Nachricht, er solle als Nachfolger des verstorbenen Feldmarschalls von Reichenau die Heeresgruppe Süd übernehmen⁶⁴. Sofort nahm er an, alle Kränkungen vergessend. Die Übernahme erfolgte am 20. Januar in Poltawa, dem Hauptquartier⁶⁵; wieder war Hardenberg Adjutant und Lehndorff Ordonnanzoffizier.

Bock stand nun wieder in der Gunst Hitlers, aber diese währte nur bis Juli 1942. Während der Schlacht von Millerowo, nördlich des Don⁶⁶, erfolgte, ohne Angabe von Gründen, Bocks erneute Ablösung. Am 13. Juli erfuhr er, daß Generaloberst von Weichs die Führung der Heeresgruppe B – die Heeresgruppe Süd war Anfang Juli in A und B geteilt worden – erhalte⁶⁷; die Übernahme durch den neuen Oberbefehlshaber erfolgte am 15. Juli⁶⁸. Wieder war Bock tief getroffen, nie hat er diese zweite Absetzung

⁶⁸ Vgl. Tagebuch vom 15.7. 1942, S. 142, in: Ebenda. Bocks Absetzung hing mit dem Angriff auf Woronesch zusammen, das am 7.7. erobert worden war. Auch hatte der Feldmarschall scharfe Kritik an der



⁶¹ Die Angaben stammen aus dem Tagebuch vom 18. bis 21. 12. 1941, S. 179ff., in: BA-MA, Nachlaß Bock N 22/9. Zur Ablösung Bocks: vgl. Schlabrendorff, Offiziere gegen Hitler, S. 64.

Tagebuch vom 22.12.1941, S. 181, in: BA-MA, Nachlaß Bock N 22/9; von Hassell erwähnt in seinem Tagebuch vom 29.12.1941 einen Brief des Generals der Panzertruppe Leo Frhrn. Geyr von Schweppenburg, den dieser am 19.12. seiner Frau geschrieben hatte, und den Hassell in indirekter Rede auszugsweise wiedergibt: "Den Abgang von Bock bedauere er nicht, denn er habe wohl alles, was man ihm gemeldet habe, in seinem Busen bewahrt." Die Hassell-Tagebücher, S. 292.

⁶³ Vgl. Tagebuch vom 5.1. 1942, S. 182, in: BA-MA, Nachlaß Bock N 22/9.

⁶⁴ Vgl. Tagebuch vom 16.1. 1942, S.1, in: Ebenda, Nachlaß Bock N 22/13.

⁶⁵ Vgl. Tagebuch vom 20.1. 1942, S. 2, in: Ebenda.

⁶⁶ Am 10.7. 1942 schrieb Hardenberg an Werkmeister, der sich im Mai 1942 im Hauptquartier der Heeresgruppe Süd in Poltawa im Auftrag des Auswärtigen Amtes aufgehalten hatte: "Hier herrscht unglaubliche Hitze. Der Russe weicht überall, wo er angefaßt wird, schnell zurück, so daß unsere Truppen durch sehr lange Märsche bei dieser Witterung starke Anstrengungen haben. Die Kampfkraft des Russen ist nicht annähernd mehr die, wie im vorigen Jahr, obwohl er immer erneut Panzerwagen einsetzt, trotzdem er gerade an diesen in diesem Jahre besonders hohe Verluste hat." In: BA-MA, Nachlaß Werkmeister N 492/2. Zu Werkmeister vgl. die Mitteilungen des Auswärtigen Amtes vom 18.9. und 5.10. 1992, für die ich Legationsrat I. Kl. Dr. Ludwig Biewer sehr danke.

⁶⁷ Vgl. Tagebuch vom 13.7. 1942, S. 124. Bock hält fest, daß Weichs die Führung der Heeresgruppe B erhalte – "und daß ich zur Verfügung des Führers gestellt bin!" In: BA-MA, Nachlaß Bock N 22/13.

verwunden. Seine militärische Laufbahn war, trotz vieler Bemühungen, die er bis Oktober 1944 unternahm⁶⁹, beendet. Lapidar und sarkastisch kommentiert Hassell am 1. August: "Beim Militär die alte Leier. Bock ist schon wieder spazieren gehen geschickt. Sie haben es nicht anders verdient."⁷⁰

Bock kehrte nach Berlin zurück und mit ihm Hardenberg, der in Neuhardenberg wohnte "und zu dem sehr wenigen Dienst" in die Hauptstadt fuhr, wie er in seinen Erinnerungen schrieb. Der seiner Verwendung enthobene Feldmarschall hielt sich in Berlin, in Ostpreußen, auf dem Gut seiner Frau und anderswo auf. In einem Brief vom 23. September betonte er: "Die überraschende Veränderung hat nun manche schwere Verantwortung auf andere Schultern gelegt. Mir selber geht's aber gut. Hardenberg ist mit hier, d. h. er wohnt in Neuhardenberg und nimmt mir das bißchen Schererei, was unvermeidlich ist, auch noch ab, so daß ich – wohl zum ersten Mal in meinem Leben – Zeit habe, mich mit privaten Dingen in Ruhe zu beschäftigen, zu lesen, zu reiten, zu jagen und zu faulenzen, soviel ich will."⁷¹

Im Herbst 1942 begann sich die nationalkonservative Opposition neu zu bilden. In der Heimat war es Hardenberg, der Verbindung aufnahm mit Goerdeler und Schulenburg, Canaris und Oster, um nur einige Namen zu nennen⁷². An der Ostfront war Tresckow, immer noch erster Generalstabsoffizier der Heeresgruppe Mitte, die treibende Kraft. Und immer blieb die Führungsabteilung Zentrum des Widerstandes bis zu Tresckows Ausscheiden im Herbst 1943. Es fällt auf, daß viele Offiziere, die zum Widerstand zu zählen sind, wichtige Stellungen in Stäben wie in Oberkommandos innehatten. Darauf hat auch Klaus von Bismarck, ein hochdekorierter Frontoffizier, der mit Tresckow und Schlabrendorff befreundet gewesen war, hingewiesen⁷³. Er führt als Erklärung an, daß die Voraussetzungen für diese Offiziere "völlig andere waren als



Gesamtführung der Operationen geäußert; diese Lagebeurteilung war am 13.7. 1942 beim OKH eingegangen. Kritik am OKH war aber gleichbedeutend mit Kritik an Hitler, der seit 19.12. 1941 Oberbefehlshaber des Heeres war. Vgl. auch Generaloberst [Franz] Halder, Kriegstagebuch. Tägliche Aufzeichnungen des Chefs des Generalstabes des Heeres 1939–1942. Bd. III: Der Rußlandfeldzug bis zum Marsch auf Stalingrad (22.6. 1941–24.9. 1942), bearb. von Hans-Adolf Jacobsen, Stuttgart 1964, S. 473 ff. (5. und 6.7. 1942), S. 480 f. (13.7. 1942); Alfred Philippi/Ferdinand Heim, Der Feldzug gegen Sowjetrußland 1941 bis 1945. Ein operativer Überblick, Stuttgart 1962, S. 135 ff.; Albert Seaton, Der russisch-deutsche Krieg 1941–1945, Frankfurt a. M. 1973, S. 206.

⁶⁹ Graf Hardenberg schrieb am 29.3. 1943 an Werkmeister: "Unser damaliger Chef [Bock] ist zur Zeit auch hier [in der Hauptstadt]. Er hofft, in absehbarer Zeit eine neue Tätigkeit zu bekommen." In: BA-MA, Nachlaß Werkmeister N 492/2. Vgl. auch Kunrat Frhr. von Hammerstein, Flucht. Aufzeichnungen nach dem 20. Juli, Olten/Freiburg i. Br. 1966, S. 187.

⁷⁰ Die Hassell-Tagebücher, S. 322.

⁷¹ Bock an Werkmeister, 23.9. 1942 und 23.1. 1944. Beide Briefe in: BA-MA, Nachlaß Werkmeister N 492/2.

⁷² Graf Hardenberg schrieb in seinem Lebenslauf ("Personalien"), S. 1: "Von Herbst 1942 an sind zielbewußt aufrechte Männer gesucht und in wichtige Stellungen des Heeres als Chefs oder Adjutanten eingesetzt worden. Eine Bearbeitung aller militärischen Führer setzte ein."

⁷³ Vgl. Klaus von Bismarck, Aufbruch aus Pommern. Erinnerungen und Perspektiven, München/Zürich 1992, S. 157. Vgl. auch Peter Bender, "Aufbruch aus Pommern". Klaus von Bismarcks Erinnerungen, in: Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken, 46 (August 1992), S. 707–711.

für die Offiziere an der Front", indem sie nämlich besseren Zugang zu wichtigen Informationen hatten und sich darüber viel intensiver mit Gesinnungsgenossen austauschen konnten "als wir an der Front".

Im Frühjahr 1943 fanden zwei Attentatsversuche gegen Hitler statt; am 13. März in Smolensk und wenige Tage danach, am 21. März, in Berlin. Beide Versuche hatte Tresckow durchführen lassen. Hardenberg selbst erwähnt den vom 13. März in seinem Bericht. Sein Freund Schlabrendorff wird ihm, noch im Jahre 1945, darüber berichtet haben. Hardenberg nennt aber nicht den zweiten Versuch. An diesem Tage fand die Heldengedenkfeier im Berliner Zeughaus statt, und Hitler beabsichtigte, vor der Feier sowjetische Beutewaffen zu besichtigen. Oberst i. G. von Gersdorff hatte diese Ausstellung mit seiner Abteilung (I c/AO) zusammengestellt⁷⁴. Tresckow hatte Gersdorff gefragt, ob er bereit sei, das Attentat auszuführen, und dieser hatte eingewilligt. Er sollte Hitler durch die Ausstellung begleiten – dies war die Gelegenheit. Für die Führung war etwa eine halbe Stunde vorgesehen. In jeder Manteltasche trug Gersdorff eine "Clam"-Haftmine bei sich.

Neben Göring, Himmler und Dönitz war auch Bock anwesend, der immer noch hoffte, eine Verwendung zu erhalten; begleitet wurde er von Oberstleutnant d. R. Graf Hardenberg⁷⁵. Hitler sprach Bock mit den Worten an: "Herr Feldmarschall v. Bock, ich bitte Sie, als ehemaliger Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Mitte, sich mir anzuschließen", was Bock mit einer etwas übertriebenen Verbeugung quittierte⁷⁶. Zusammen mit Hardenberg betraten sie den Raum. Doch auch dieser Versuch, Hitler zu beseitigen, scheiterte. Davon wird Hardenberg erst durch Schlabrendorffs Erinnerungen erfahren haben, die 1946 erschienen⁷⁷. Als Hardenberg seine Niederschrift am letzten Dezembertage des Jahres 1945 begann, wußte er noch nicht, daß er im März 1943 nur knapp mit dem Leben davon gekommen war, weil Hitler innerhalb von zwei Minuten durch die Ausstellung gelaufen war, während der Zünder von Gersdorffs Minen, die auch ihn zerrissen hätten, auf zehn Minuten eingestellt war⁷⁸.

Hardenberg war in diesem Jahr "zu allem entschlossen", notierte Ursula von Kardorff, eine mit der Familie befreundete Journalistin, am 7. August 1943, als sie in Neuhardenberg zu Besuch weilte⁷⁹. Sie hielt fest: "Hardenberg selbst ist ohne Illusion. Wirkt in seiner wuchtigen Größe imponierend, so imponierend, daß sogar die Behör-

⁷⁹ Kardorff, Aufzeichnungen, S. 100 und 101: "Man muß bereit sein, alles zu opfern", sagte er, "die Familie, den Besitz und die Ehre. Denn wer der Gestapo in die Fänge gerät, wird besudelt". Er stellt sich die Frage, ob man Hitler allein umbringen müßte, durch Revolverschüsse, oder das ganze Haupt-quartier mit Panzern umstellen." (15.8, 1943).



⁷⁴ Vgl. Gersdorff, Soldat im Untergang, S. 131 f.

⁷⁵ Am 1.4. 1942 war Hardenberg zu diesem Dienstgrad bef\u00f6rdert worden. Vgl. Wehrmacht-Personalkarteikarte.

⁷⁶ Bock erwähnt die Feier in seinem Tagebuch vom 22.3. 1943, S.15f. In: BA-MA, Nachlaß Bock N 22/15. Vgl. auch Gersdorff, Soldat im Untergang, S.131.

⁷⁷ Offiziere gegen Hitler, bearb. und hrsg. von Gero von Gaevernitz, Zürich 1946.

⁷⁸ Vgl. Gersdorff, Soldat im Untergang, S.130f. Gersdorff berichtigt Schlabrendorffs Darstellung (ebenda, S.76).

dengötter vor ihm Respekt haben, obwohl sie doch am längeren Ende der Stange sitzen. Er macht sich über unsere Lage nichts vor." Frau von Kardorff überliefert auch, daß Hardenberg bereit war, "das Leben für ein wichtigeres Ziel als das des Krieges einzusetzen: den Aufstand gegen den Terror"80. Rückblickend schrieb Hardenberg, der nach erfolgreichem Staatsstreich Oberpräsident der Provinz Brandenburg und der Stadt Berlin werden sollte⁸¹: "In Neuhardenberg – 70 km von Berlin – hat ein großer Teil der den 20. Juli vorbereitenden Besprechungen stattgefunden, da hier die Überwachung durch die Gestapo schwieriger war als in Berlin. "82 So wurden Schloß und Park dieses märkischen Dorfes neben der Hauptstadt ein Zentrum des militärischen Widerstandes. Man wird an Ernst Jüngers Wort erinnert: "Inmitten der Verfolgung gibt es Inseln, die der Schrecken lange vergißt."

In Neuhardenberg konnten sich treffen und konspirative Gespräche führen: Stauffenberg und Haeften, dessen Ordonnanzoffizier; Tresckow, Schulenburg und Plettenberg, der Generalbevollmächtigte des vormals regierenden Königshauses, sowie Oberst Jäger und Friedrich Werner Graf von der Schulenburg, der ehemalige Botschafter in Moskau. Es kamen Offiziere wie die Brüder Kunrat und Ludwig von Hammerstein⁸³, Söhne von Hardenbergs älterem Freund, dem Generalobersten, der im April 1943 verstorben war und an dessen Beerdigung Hardenberg teilgenommen hatte⁸⁴; es kamen Klausing, Kleist und Oppen vom Infanterie-Regiment 9, nun Grenadier-Regiment 9. Sie alle waren Gäste des Hausherrn und kannten die Gefahren.

Auch andere Besucher kamen nach Neuhardenberg; so Eduard Spranger, Professor für Philosophie und Pädagogik an der Universität Berlin, im August 194385. Im September erschien in Uniform Fedor von Bock, "ein Feldmarschall in Ungnade", wie Ursula von Kardorff notiert⁸⁶. Immer noch warb Hardenberg um seinen Feldmarschall, den er genau kannte. Frau von Kardorff fragte sich: "Ob er Erfolg hat?" Diese Skepsis war berechtigt, denn Hardenbergs intensive Bemühungen waren wieder vergeblich. Der Feldmarschall hatte "keinerlei Bitterkeit gegen Hitler"87, unter dessen Einfluß er unverändert stand. Und je länger Bock ohne Verwendung blieb, desto serviler verhielt er sich gegenüber dem Diktator und dem Regime. Nach diesem Besuch war Hardenberg realistisch genug, sich einzugestehen, daß der Widerstand auf diese



⁸⁰ Ebenda, S. 100 (7. 8. 1943).

⁸¹ Vgl. Lebenslauf Hardenbergs ("Personalien"), S. 1 f.

⁸² Ebenda, S. 2.

⁸³ Vgl. Notiz Ludwig Frhrn. von Hammersteins vom 13./14.3. 1943: "Mittags im übervollen Zug nach Hardenberg gefahren. Dort waren alle Kinder zu Hause, dazu Plettenberg. Mit Hardenberg und Plettenberg gesprochen. Sehr ordentliches Urteil. "(Mitteilung an den Verfasser). Kunrat Frhr. von Hammerstein war am 4.7.1943 in Neuhardenberg.

⁸⁴ Vgl. Kardorff, Aufzeichnungen, S. 78 (das Datum ist dort nicht zutreffend; die Beerdigung fand am 28.4. 1943 statt).

⁸⁵ Ebenda, S. 109 (31.8. 1943).

⁸⁶ Ebenda, S. 112 (6. 9. 1943).

⁸⁷ Ebenda.

schwankende Gestalt verzichten mußte. Bitter beklagte er sich, wenige Tage später, bei Hassell: Bock sei politisch völlig urteilslos³⁸.

Den Nachgeborenen fällt es schwer, sich in die Lage der Frondeure zu versetzen, "wo die Nerven bis zum Zerreißen gespannt waren", wie Hardenberg berichtet. Monate, Wochen vergingen, und die bange Frage: wird die Verschwörung entdeckt, war vielfach erörtert worden. Vor Verrat waren die Freunde sicher; vielmehr war es die Redseligkeit, auch die Eitelkeit, die die Konspiration gefährdete, wie Hardenberg überliefert. Am 19. Juli 1944, nach zwei Versuchen, die vorausgegangen waren, erhält er die Mitteilung, daß das Attentat am nächsten Tage stattfinden solle. Am 20. Juli 1944, einem Donnerstag, fährt Hardenberg morgens nach Berlin. In der Bendlerstraße, dem Sitz des Oberkommandos des Heeres, erlebt er die dramatischen Stunden des späten Nachmittags und dann, in den Nachtstunden, das Scheitern des Staatsstreichversuches. Zu stark waren die Gegenkräfte gewesen. Generaloberst Fromm, der Befehlshaber des Ersatzheeres, bildet ein Standgericht, das Stauffenberg, Haeften, den Verlobten von Hardenbergs Tochter Reinhild, Olbricht, Chef des Allgemeinen Heeresamtes, und Mertz von Quirnheim, dessen Chef des Stabes, kurz nach Mitternacht im Hof des Bendlerblocks hinrichtet. Beck, der ehemalige Chef des Generalstabes und der Konspiration, war zuvor, nach zweimaligem Selbstmordversuch, von einem Feldwebel erschossen worden. So endete der Tag, auf dem die Hoffnung lag.

Hardenberg, noch frei, fährt am 21. Juli nach Neuhardenberg zurück. Seiner drohenden Verhaftung will er sich durch Freitod entziehen und setzt seine Frau davon in Kenntnis. Er fürchtet, unter der Folter die Namen der Freunde preiszugeben. Am Abend des 24. Juli kommen die Gestapobeamten: "Sind Sie Graf Hardenberg-Neuhardenberg?" Auf seine Bestätigung: "Dann sind wir gezwungen, Sie zu verhaften." Hardenberg erwidert, er stehe zur Verfügung und wolle sich nur von seiner Frau verabschieden. In der Bibliothek schießt er sich zweimal in die Brust, er verliert schwerverletzt das Bewußtsein und wird am nächsten Tage, nach einem erneuten Selbstmordversuch, in das KZ Sachsenhausen-Oranienburg gebracht.

4. Konzentrationslager Sachsenhausen-Oranienburg

Unmittelbar nach seiner Einlieferung wird Hardenberg operiert. Die Krankenbaracke leitet Paul Hofmann, ein Kommunist, der zu elf Jahren Zuchthaus verurteilt worden war. Ein SS-Mann drohte Hofmann: "Du bist verantwortlich, daß das Schwein nicht stirbt, denn wir brauchen ihn noch. Wenn er stirbt, dann stirbst du mit."⁸⁹ Aufopfernd kümmerte sich Hofmann um den Patienten. Mit fortschreitender Genesung begannen dann die Verhöre, die Hardenberg in seiner Aufzeichnung eingehend schildert. Hardenberg aber war vorbereitet. Die Mithäftlinge hatten ihm genaue Anweisungen gege-



⁸⁸ Vgl. die Hassell-Tagebücher, S. 389 (Eintragung vom 19.9. 1943) und Kardorff, Aufzeichnungen, S. 113 (11.9. 1943).

⁸⁹ Aussage Hofmanns in dem Dokumentarfilm: Auch er wollte Hitler stürzen.

ben. Dennoch beurteilte er seine Lage nüchtern: Er, der Oberstleutnant d.R., war am 24. August 1944 von Hitler aus der Wehrmacht ausgestoßen worden⁹⁰, so daß er nicht mehr der Militärgerichtsbarkeit unterstand, sondern dem Volksgerichtshof. Viermal beantragte die Gestapo die Todesstrafe beim Oberreichsanwalt Lautz⁹¹. Im September wurde der Besitz Hardenbergs beschlagnahmt⁹²; dies war die erste Enteignung.

Nicht nur Hardenberg war verhaftet worden. Auch seine Tochter Reinhild, Haeftens hinterbliebene Verlobte, wurde festgenommen und am Abend des 24. Juli nach Berlin in das Gefängnis Moabit, Lehrter Straße, eingeliefert. Da diese Anstalt ein Männergefängnis war, kam sie in die Haftanstalt Alt-Moabit⁹³. Gräfin Hardenberg blieb frei⁹⁴. Die Dorfbevölkerung unterstützte sie nach Kräften, auch die Kriegsgefangenen. die auf dem Gute arbeiteten, halfen. Tapfer bemühte sie sich, für ihren Mann Sprecherlaubnis zu erhalten; sie sorgte auch für ihre Tochter⁹⁵. Endlich, nach vielen Bemühungen⁹⁶, am 24. Dezember, gelang es ihr, ihren Mann zu sehen und zu sprechen. Bodo von der Marwitz, dem Freund, der in den Monaten nach der Verhaftung regelmäßig von Friedersdorf nach Neuhardenberg kam, um ihr zu helfen, und der ihr einen verschlüsselten Gruß in das Lager mitgegeben hatte ("Graf Hardenberg, Trebnitz, Ostbahn: Ich grüße mit treuen Wünschen, Bodo"), schreibt sie am folgenden Tage: "Von Hanni soll ich Dir sagen, daß er Dich sehr grüßen läßt [...]. Unsere Aussprache hat fast 2 St[un]d[en] gedauert. Er hatte blanke, frische Augen und sieht nicht schlecht aus, geht aber am Stock ziemlich mühsam und kann nicht viel sprechen. Es ist schon sehr viel besser geworden und kommt ganz in Ordnung mit der Zeit."97



Vgl. BA-MA, RH 7/v. 30, fol. 5^r: Liste "Nr. 46" mit falschem Geburtsdatum: 6.11. 1883 [Durchschrift der Ausfertigung]; fol. 34^r: [Abschrift der Ausfertigung:] "Nr. 46". fol. 38^r–40^r: "Durch den Führer wurden auf Vorschlag des Ehrenhofes des Heeres aus der Wehrmacht ausgestoßen": "Am 24. August 1944." – fol. 40^r: [Nr.] 43: "Graf von Hardenberg, Karl-Hans, Obstlt. d. R., Adj. Feldmarschall Bock." – Die Liste [wohl eine nicht gekennzeichnete Abschrift] auch in: BA-MA, RH 7/v. 553, fol. 4^r: "Am 24. August [sic!] 1945 [Nr.] 43.) Graf von Hardenberg, Karl-Hans, Obstlt. d. Res. Adj. Feldmarschall Bock." Die vorletzte Liste (RH 7/v. 30, fol. 38^r–40^r), in: Bundeszentrale für Heimatdienst (Hrsg.), 20. Juli 1944, neubearb. und erg. von Erich Zimmermann und Hans-Adolf Jacobsen, Bonn ⁵1961, S. 202 ff., hier: S. 204 (Graf Hardenberg). Sebastian Haffner wähnt ihn unter den Toten: Preußen ohne Legende, München 1992, S. 499. Auf der Wehrmacht-Personalkarteikarte für Graf Hardenberg befindet sich auf der Vorderseite, diagonal geschrieben, die Notiz "ausgestoßen", auf der Rückseite der Vermerk: "Im Zusammenhang mit den Ereignissen am 20. Juli 44 aus dem Heere ausgestoßen." Lebenslauf Hardenbergs ("Personalien"), S. 1.

⁹¹ Vgl. ebenda, S.2.

⁹² Vgl. Kardorff, Aufzeichnungen, S. 245 (29.9. 1944).

⁹³ Vgl. ebenda, S. 224 (2. 8. 1944) und 225, Anm. 1. Vgl. auch Anm. 201 des Kommentars.

⁹⁴ Vgl. ebenda, S. 224 (2. 8. 1944, S. 229 f. (24. 8. 1944), S. 244 f. (29. 9. 1944), S. 263 (25. 11. 1944).

⁹⁵ Vgl. ebenda, S. 244 f. (29. 9. 1944), und Schlabrendorff, Begegnungen, S. 251.

⁹⁶ Vgf. ebenda, S. 250, und Kardorff, Aufzeichnungen S. 284 (25.1. 1945). Schlabrendorff irrt sich wohl in der Zeit.

⁹⁷ Renate Gräfin von Hardenberg an Bodo von der Marwitz, 25.12. 1944, in: Brandenburgisches Landeshauptarchiv Potsdam. Provinz Brandenburg, Rep. 37 Friedersdorf 366, fol. 117^{rv} und fol. 118^r. Dem Brandenburgischen Landeshauptarchiv danke ich sehr, daß ich diese Schriftstücke veröffentli-

Von nun an riß die Verbindung der Gräfin Hardenberg zu ihrem Mann nicht mehr ab, auch nicht nach ihrem Weggang aus Neuhardenberg am 8. März 1945%. Sie zog zu Freunden nach St. Ulrich, Kreis Mücheln, Provinz Sachsen. Nur einmal noch, nach 1950, hat sie das märkische Dorf am Rande des Oderbruchs wiedergesehen. Und Bock? Hardenberg war am 10. Juli zu ihm gefahren, um ihn über das geplante Attentat wie über seine Beteiligung zu unterrichten. "Dieses Bekenntnis war ich ihm schuldig", schreibt er. Die Unterredung war mehr als ein Akt der Loyalität. Sie bedeutete, trotz der unterschiedlichen Auffassungen, einen Beweis des Vertrauens und der Achtung für den Feldmarschall, dessen Leben von Langeweile bestimmt war, aber auch von der Hoffnung, wieder einen Oberbefehl zu erhalten. "Ich sitze viel auf dem Lande in Ostpreußen, wo meine Frau einen früheren Besitz ihrer Mutter, der 1918 in Südostpreußen zu Polen verlorengegangen war, jetzt vom Reich zurückgepachtet hat", notiert er im Januar 194499. Und im März bekundet er: "Von meinem "Misthaufen" hier verfolge ich alles Geschehen mit dem gleichen Interesse, als ob ich auf einem "Feldherrnhügel" stände und versuche daneben, weiter meinem Vaterlande als Ackerbauer zu nützen, so gut es eben geht. "100 Dies klingt nicht nach Resignation, auch wenn Sarkasmus nicht zu überhören ist.

Gräfin Hardenberg hatte Bock Ende Juli den Selbstmordversuch ihres Mannes mitgeteilt. "Erschütternd und furchtbar!", lautete sein karger Kommentar¹⁰¹. Belegt ist, daß Bock im Oktober 1944 einen Vorstoß, gewiß den letzten, beim Oberkommando des Heeres unternommen hatte: "Selbstverständlich stehe ich zur Verfügung, wann und wo ich gebraucht werde."¹⁰² Das Schicksal seiner hingerichteten und vom Tode bedrohten Kameraden war ihm gleichgültig. Zwar blieb nach preußischer Tradition ein Feldmarschall immer im Dienst, doch diese Devise traf für Bock nicht zu. Sein Ehrgeiz, seine Ruhmsucht und seine Eitelkeit waren größer, er wollte Hitler bis zum Ende dienen, ihm ein gehorsamer und gläubig ergebener Feldmarschall sein.

Das Ende kam schnell. Mitte Januar 1945 verließ Bock mit seiner Familie Grodtken in Ostpreußen¹⁰³, Ende April trafen sie in Petersdorf bei Lensahn, Ostholstein, ein¹⁰⁴. Auch Feldmarschall von Manstein war mit seiner Familie in unmittelbarer Nachbar-

Vgl. Bernhard Schröter, Der Soldatentod des Generalfeldmarschalls Fedor von Bock bei Lensahn (Rückschau auf düstere Ereignisse des deutschen Zusammenbruchs 1945), in: Jahrbuch für Heimatkunde im Kreis Oldenburg – Holstein, 10 (1966), S. 167–175, hier: S. 168.



chen kann. Zu dem Besuch am 24. Dezember im KZ Sachsenhausen-Oranienburg vgl. Kardorff, Aufzeichnungen, S. 271 (24. 12. 1944), und Schlabrendorff, Begegnungen, S. 250 f.

⁹⁸ Vgl. ebenda, S. 252.

⁹⁹ Bock an Werkmeister, 23.1. 1944, in: BA-MA, Nachlaß Werkmeister N 492/2.

¹⁰⁰ Bock an Werkmeister, 26.3. 1944, in: Ebenda.

Tagebuch vom 1.8. 1944, S. 32. Bock schrieb weiter: "Was wird aus der Gräfin und aus den Kindern, die mit z\u00e4rtlicher Liebe an dem Vater h\u00e4ngen, was aus dem sch\u00f6nen so vorbildlich verwalteten Besitz?" Vgl. auch Tagebuch vom 6. 11. 1944, S. 42, in: Ebenda, Nachlaß Bock N 22/15.

¹⁰² Tagebuch vom 18.10. 1944, S.39, in: Ebenda.

Vgl. Tagebuch vom 18.1. 1945, S. 50. Die Gruppe fuhr nach Schötzow bei Kolberg ab. In: Ebenda.

schaft, auf Gut Weißenhaus, untergekommen. Für den 3. Mai hatten sich Bock und Manstein zu einem Gespräch in Weißenhaus verabredet, um ihr Verhalten gegenüber den Engländern festzulegen, wenn die Kapitulation erfolgte¹⁰⁵. Auf der Fahrt zu Manstein griff ein britischer Jagdbomber den Wagen, in dem sich auch die Angehörigen befanden, an. Alle Insassen fanden den Tod, ausgenommen Bock, der schwerverletzt in das Lazarett nach Oldenburg gebracht wurde, wo er am 4. Mai verstarb.

Zu dieser Zeit war Hardenberg bereits frei. Die Rote Armee hatte das Konzentrationslager Sachsenhausen-Oranienburg am 22. April befreit, ihr Vormarsch hatte ihm und auch den Häftlingen, den Freunden und Gefährten, die gegen Hitler und sein Regime Widerstand geleistet hatten, das Leben gerettet.

5. Letzte Jahre

Bereits im Mai 1945 stellte sich Hardenberg dem Magistrat von Groß-Berlin zur Verfügung, um zusammen mit Andreas Hermes, dem späteren Vorsitzenden der CDU, und Friedrich-Karl von Zitzewitz-Muttrin, am Wiederaufbau in der sowjetischen Besatzungszone mitzuarbeiten und die drohende Versorgungskatastrophe abzuwenden. Er traf Spranger wieder, der oft in Neuhardenberg gewesen war¹⁰⁶; auch er war im September 1944 verhaftet worden¹⁰⁷. Nun arbeitete er im Leitenden Ausschuß für Hochschulfragen. Hardenberg blieb in seiner Heimat, um, ganz der preußischen Tradition verpflichtet, dem Staat zu dienen. Doch seine Dienste waren unerwünscht. Die Bodenreform in der Provinz Brandenburg, die in Wahrheit eine Enteignung war und im September 1945 in Kraft trat, machte jedes Helfen und Verbleiben zunichte. Zum zweiten Male war Hardenberg enteignet worden.

Im Herbst 1945 verließ er die Mark¹⁰⁸ und ging nach Nörten-Hardenberg bei Göttingen, wo er Mitte November eintraf; seine Frau war bereits Ende Oktober angekommen¹⁰⁹. Von dort, der Burg Hardenberg, waren die Vorfahren aufgebrochen. Der Kreis schien sich geschlossen zu haben. "Meine Gedanken sind viel in der alten Heimat. [...] Meiner Familie geht es, Gott sei Dank, recht gut", schrieb Hardenberg im Dezember



Vgl. Rüdiger von Manstein/Theodor Fuchs, Manstein. Soldat im 20. Jahrhundert. Militärisch-politische Nachlese, München 1981, S. 213 ff.; Alexander Stahlberg, Die verdammte Pflicht. Erinnerungen 1932 bis 1945, Berlin/Frankfurt a. M. 1987, S. 435 f.

¹⁰⁶ Vgl. Kardorff, Aufzeichnungen, S. 109 (31. 8. 1943), 112 (6. 9. 1943).

¹⁰⁷ Vgl. Ebenda, S. 262 (15.11. 1944) und 263, Anm. 4.

Der genaue Zeitpunkt des Weggangs konnte nicht ermittelt werden. Ende September 1945 befand sich Hardenberg noch in Berlin. Vgl. Kardorff, Aufzeichnungen, S. 362f. (28.9. 1945), die eine eindrucksvolle Begegnung mit ihm schildert. Ludwig Frhr. von Hammerstein begegnete Hardenberg, zusammen mit Bodo von der Marwitz, am 21. 10. 1945 in Berlin. Tel. Mitteilung am 4. 11. 1992, wofür ich Intendant a. D. Ludwig Frhrn. von Hammerstein (-Equord) sehr danke.

Die Anmeldedaten: Hardenberg am 13.11. 1945; Gräfin Hardenberg am 29.10. 1945, zugezogen von St. Ulrich, Kreis Mücheln, Provinz Sachsen. Diese Angaben nach dem Auszug der Meldekartei des Fleckens Nörten-Hardenberg. Für die Kopie, die mit Schreiben vom 2.6. 1992 übersandt wurde, danke ich sehr Herrn Weißmann.

1945¹¹⁰. Vordringlich war, die materielle Existenz zu sichern. Er beabsichtigte, ein Gut bei Göttingen oder eines, unweit von Worms gelegen, zu pachten¹¹¹. Doch gelang es nicht, diese Pläne zu verwirklichen. Hardenberg bemühte sich sehr, die Bibliothek und das Archiv von Neuhardenberg zu retten. Spranger gab viele wichtige Ratschläge, und ihm ist es zu verdanken, daß die Provinzialregierung in Potsdam die Bibliothek des Staatskanzlers übernahm¹¹²; nur ein geringer Teil der bibliophilen Bände gelangte nach Nörten-Hardenberg.

Im Oktober 1946/Januar 1947 wurde Hardenberg zum Bevollmächtigten der Vermögensverwaltung des Hauses Brandenburg-Preußen bestellt¹¹³. Er war damit Nachfolger seines Freundes Plettenberg, der im Widerstand gegen die Diktatur den Tod gefunden hatte. Es sollte Hardenbergs letzte Aufgabe werden und der letzte Dienst für sein ehemaliges Herrscherhaus, dem er seit seinem Eintritt in das Erste Garde-Regiment zu Fuß, im Herbst 1910, verbunden war. Dies war eine Aufgabe, die Hardenberg herausforderte, aber auch seine körperliche Leistungskraft stark beanspruchte. "Unsere Vermögensverwaltung hat nicht mehr Aar noch Halm. Wir haben in Deutschland, – abgesehen von zwei Hausgrundstücken, – ebensowenig Grundbesitz wie im Ausland. Im Jahre 1945 hat mein Hoher Herr 98 % seines Vermögens verloren. Der Rest ist, wie bei allen anderen Menschen, durch die Mühle der Währungsreform gegangen. Von der Generalverwaltung sind nur außer mir drei Mitarbeiter übrig geblieben. Dafür tragen wir die Last von über 150 Pensionären"¹¹⁴, berichtete Hardenberg. Die finanzielle Lage des vormals regierenden Königshauses war katastrophal.

Mit dem "Hohen Herrn" war Kronprinz Wilhelm gemeint, der seit Herbst 1945, nach der Entlassung aus französischer Gefangenschaft, einsam, verlassen, unter Depressionen leidend, in Hechingen lebte¹¹⁵. Reisen und Verhandlungen waren notwendig, damit Hardenberg seine Aufgaben wahrnehmen konnte. Sie führten ihn nach Berlin¹¹⁶, aber nie nach Neuhardenberg¹¹⁷; er sah das märkische Dorf am Rande des Oberbruchs nicht wieder. Er mußte sogar erleben, daß der Ort, der den Namen seiner Familie trug, zum 1. Mai 1949 in Marxwalde umbenannt wurde. Nie hat er diese Kränkung und die Vertreibung aus seiner Heimat verwunden. Doch zwei Jahre zuvor, am 12. August 1947, hatte Hardenberg das Ehrenpatronat über die Kirchengemeinden

Ebenda. In seinem Brief vom 18. 12. 1947 nimmt Hardenberg ausführlich dazu Stellung.



¹¹⁰ Hardenberg an Spranger, 22.12. 1945, in: Bundesarchiv (BA) Koblenz, Nachlaß Spranger NL 182/185.

¹¹¹ Vgl. Hardenberg an Spranger, 23.4. und 26.7.1946, in: Ebenda.

¹¹² Vgl. Hardenberg an Spranger, 23. 4., 3.6., 4. 10. 1946, in: Ebenda.

¹¹³ Vgl. Hardenberg an Spranger, 4.10. 1946 und 20.1. 1947, in: Ebenda, und die Mitteilungen der Generalverwaltung des vormals regierenden preußischen Königshauses, Bremen, vom 1. und 7.4. 1992, für die ich Rechtsanwalt Job Ferdinand von Strantz sehr danke.

Hardenberg an Professor Wolfgang Foerster, 7. 8. 1950, in: BA-MA, Nachlaß Foerster N 121/2. Vgl. auch Jonas, Kronprinz, S. 288, mit fast gleichlautenden Ausführungen Hardenbergs an einen anderen Empfänger.

¹¹⁵ Vgl. ebenda, S. 285 ff.

¹¹⁶ Vgl. Hardenberg an Spranger, 20. 1. und 18. 12. 1947, in: BA Koblenz, Nachlaß Spranger NL 182/185.

Neuhardenberg, Neuentempel, Lietzen, Alt-Rosenthal und Tempelberg erhalten. Für ihn, den Patron, bedeutete diese Verleihung eine große Freude.

"Ich bin einfach gezwungen, ein so gehetztes Leben zu führen [...]. Hiermit will ich aber keinesfalls klagen, da ich besonders dankbar empfinde, in einer sehr interessanten Tätigkeit voll eingespannt zu sein", schrieb Hardenberg im Dezember 1950 seinem Freund Spranger¹¹⁸. Die letzten drei Jahre waren in der Tat ausgefüllt gewesen mit Verhandlungen und Vorträgen beim Kronprinzen, den Hardenberg Ende Juni 1947 nach Nürnberg begleitet hatte, wo dieser als Zeuge vorgeladen war¹¹⁹, und Vorträgen bei Prinz Oskar von Preußen und anderen Mitgliedern des Hauses Hohenzollern¹²⁰. Seit Juli 1948 fuhr Hardenberg auch nach Holland, um die Berufungsverhandlung "Doorn" vorzubereiten¹²¹. Der Kronprinz klagte auf Rückgabe des bei Utrecht gelegenen Hauses Doorn, dem letzten Wohnsitz seines Vaters, das nach Kriegsende als Feindeigentum beschlagnahmt worden war. Im Juni 1949 wies aber die niederländische Regierung die Klage ab¹²².

Konservative Kräfte bemühten sich, Hardenberg als Schirmherrn für die Gründung einer Konservativen Partei, die den monarchischen Gedanken wiederbeleben sollte, zu gewinnen. Die Gespräche begannen im Jahre 1947 mit Prinz Oskar von Preußen, Franz Sontag, dem Vorsitzenden der Deutschen Rechtspartei/Konservativen Vereinigung, Fabian von Schlabrendorff und Reinhold Wulle, einem Journalisten und ehemaligen Mitglied des Reichstages. Auch der Kronprinz und weitere Angehörige des Hauses sollten einbezogen werden 123. Hardenberg verhielt sich abwartend; wohl hatte er, Realist genug, erkannt, daß sich der monarchische Gedanke kaum mehr durchsetzen ließe. Zwei Gründe waren es, die Hardenberg bewogen, diese Bemühungen nicht zu unterstützen. Das Haus Hohenzollern wahrte Zurückhaltung gegenüber der Partei, deren einzelne Gruppierungen uneins waren 124. Eine tragfähige Grundlage war daher nicht vorhanden.

Einen sichtbaren Erfolg von Hardenbergs Tätigkeit in der Vermögensverwaltung bedeutete die Überführung der Königssärge Friedrich Wilhelms I. und Friedrichs II., des Großen, von Marburg auf die Burg Hohenzollern. Die Särge waren 1946, nach einer langen Irrfahrt, die Ende März 1943 begonnen hatte, in der Elisabeth-Kirche neu beigesetzt worden. Die Verhandlungen mit der Bundesregierung wie mit der hessischen Landes-



¹¹⁸ Hardenberg an Spranger, 29. 12. 1950, in: Ebenda.

Vgl. Hardenberg an Spranger, 30. 6. 1947, in: Ebenda, und Jonas, Kronprinz, S. 289–295, mit erstmaliger Veröffentlichung des Vernehmungsprotokolls (S. 290–295). Vgl. auch Hardenberg an Franz Sontag, Nörten-Hardenberg, 15. 1. und 7. 2. 1948, in: BA Koblenz, Nachlaß Junius Alter (= Sontag) NL 64/15.

¹²⁰ Vgl. Hardenberg an Franz Sontag, 15. 1. 1948, und Hans Harald von Selchow an Franz Sontag, 24. 2. 1949, in: Ebenda.

¹²¹ Vgl. Selchow an Sontag, 15. und 29.3. 1949, in: Ebenda.

¹²² Vgl. Jonas, Kronprinz, S. 200 f.

Vgl. Hardenberg an Sontag, 7.2. und 27.8. 1948, in: BA Koblenz, Nachlaß Alter NL 64/15. In diesem Band befinden sich ebenso weitere aufschlußreiche Materialien wie in NL 64/16: "Haus Preußen. Bemühungen um das Zustandekommen einer konservativen Bewegung mit dem Kaiserhaus".

¹²⁴ Vgl. Günther von Einem gen. von Rothmaler an Hardenberg, 14. 9. 1954, Durchschrift, und Hardenberg an Sontag, 30. 7. 1956, in: Ebenda, NL 64/15.

regierung waren mühevoll gewesen, doch Hardenberg hatte deren Zustimmung erhalten und die Rückführung vorbereitet, die Ende August 1952 "in aller Stille" erfolgte¹²⁵. Er hatte auch die Gedenkfeier, die am 14. September 1952 auf der Burg Hohenzollern stattfand, ausgerichtet. Zu den Gästen zählte Oberst a. D. Siegfried Graf zu Eulenburg-Wicken, Hardenbergs ehemaliger Kommandeur aus dem Ersten Weltkrieg. Gekommen waren ferner Ernst Jünger und Reinhold Schneider, die Generalleutnants a. D. Adolf Heusinger und Hans Speidel, beide militärische Berater des Sicherheitsbeauftragten Theodor Blank, die führend den Aufbau der neuen deutschen Streitkräfte vorbereiteten. Auch Ursula von Kardorff, die der Familie Hardenberg seit vielen Jahren verbunden war, nahm teil; sie arbeitete nun als Journalistin in München¹²⁶.

Im Juli 1955 verlegte Hardenberg die Vermögensverwaltung von Nörten-Hardenberg nach Kronberg im Taunus¹²⁷. Auch dort blieb seine Frau Vorsitzende der "Stiftung Hilfswerk 20. Juli 1944", die im Oktober 1946 gegründet worden war. Zahlreichen Witwen, Töchtern und Söhnen der Männer, die im Widerstand ermordet wurden, konnte in den schwierigen Jahren nach Kriegsende durch eine monatliche Unterstützung geholfen werden.

Auch in Kronberg war Hardenberg durch seinen Dienst stark beansprucht¹²⁸. Im Sommer 1955 hatte er "einen schweren Zusammenbruch" erlitten, von dem er sich aber bald erholen konnte¹²⁹. Er beabsichtigte, im Herbst 1956 in Pension zu gehen. Gräfin Hardenberg: "Ich freue mich herzlich, daß mein Mann dann die große Last abwälzen kann, die ihn doch letzten Endes verzehrt."¹³⁰

Doch Hardenberg konnte seine Absicht nicht verwirklichen. Zum 1. Juli 1957 erst gab er sein Amt ab. Seine Bilanz klingt pessimistisch: "Ich kann nicht behaupten, daß mich der Rückblick auf das vergangene Jahrzehnt zufriedenstellt. Ich habe das meiste nicht erreicht, was meine Pflicht gewesen wäre. Vielleicht hätte man vieles anders anfassen sollen."¹³¹

Wieder folgte ein körperlicher Zusammenbruch, der zweite. Hardenbergs Kräfte waren aufgezehrt, er erblindete¹³². "Jetzt spürt er nichts mehr, und seine Gedanken kreisen um frühere Erlebnisse. Es ist ein langer, sehr trauriger Abschied", schreibt Gräfin Hardenberg an Spranger im Januar 1958¹³³. Im selben Monat fragt sie brieflich Carl



Eugen von Kupsch, Vermögensverwaltung des Hauses Brandenburg-Preußen, an Sontag, 27. 8. 1952, in: Ebenda.

¹²⁶ Das Programm der Gedenkfeier, in: Ebenda. Die Anwesenheitsliste und Fotos der Feier am 14.9. 1952, in: BA-MA, Nachlaß Selchow N 425/3.

¹²⁷ Der Zuzug des Ehepaares erfolgte am 26.7. 1955. Die Vermögensverwaltung bezog das Haus Jaminstraße 8, das zugleich Dienstwohnung war. Mitteilungen der Stadt Kronberg im Taunus vom 2.6. 1992, für die ich Magistratsoberrat Müller sehr danke.

¹²⁸ Vgl. Hardenberg an Spranger, 2. 1. 1956, in: BA Koblenz, Nachlaß Spranger NL 182/185.

¹²⁹ Gräfin Hardenberg an Spranger, 29. 11. 1955, in: Ebenda.

¹³⁰ Gräfin Hardenberg an Frau Spranger, 8.6. 1956, in: Ebenda.

¹³¹ Hardenberg an Spranger, 24.6. 1957, in: Ebenda.

¹³² Vgl. Gräfin Hardenberg an Spranger, 11.1. 1958, in: Ebenda.

¹³³ Gräfin Hardenberg an Spranger, 26. 1. 1958, in: Ebenda.

Linse, den Bürgermeister des alten und neuen Ortes im Oderbruch: "Mein Mann liegt im Sterben und spricht immer wieder davon, daß er nach Hause möchte. Gibt es wohl eine Möglichkeit, daß seine Asche dort neben unsern Gräbern beigesetzt würde?"¹³⁴ Rüde antwortete Linse am 30. Januar: "Wir haben auf dem Gebiete unserer Republik die Junker und Großgrundbesitzer von dannen gejagt und wollen weder sie noch ihre Asche wiedersehen."

Carl-Hans Graf von Hardenberg starb am 24. Oktober 1958 in Frankfurt am Main. Die Trauerfeier fand vier Tage später, am 28. Oktober, in der Johanniskirche zu Kronberg statt. Pfarrer Grabowski sprach Worte des Gedenkens: "So war ihm Tradition nicht leerer Begriff, sondern lebendige Geschichte." Er erwähnte Hardenbergs Freundschaft und Treue. "Das Bild der verlassenen Heimat ist mit ihm gegangen bis in seine letzten Stunden." Und er drückte die Hoffnung aus, "daß er einmal ruhen möge in der Heimaterde des wiedervereinigten Vaterlandes"¹³⁵.

Zweiunddreißig Jahre später, am 22. Juli 1990, fand in Marxwalde eine Gedenkfeier statt, die viele Bewohner des Ortes und Freunde vereinte¹³⁶. Die älteste Tochter, Gisela Gräfin von Arnim, enthüllte, den Eltern zu Ehren, eine Gedenktafel in der Kirche. Die Rückbenennung in Neuhardenberg erfolgte zum 1. Januar 1991¹³⁷. Und im Oktober desselben Jahres wurden die Urnen von Bühle bei Göttingen nach Neuhardenberg umgebettet. Hardenbergs Wunsch hatte sich erfüllt.

II.

Unter den Erinnerungen, die die wenigen Überlebenden des aktiven Widerstandes gegen Hitler und sein Regime schrieben, kommt dem Erlebnisbericht des Grafen Hardenberg besondere Bedeutung zu. In seiner Aufzeichnung, die Erlebnisse, Gedanken und Einsichten enthält, reflektierte er seinen Weg in die Opposition. Dieser Bericht, ein seltenes Selbstzeugnis eines preußischen Konservativen, der unmittelbar an der Verschwörung beteiligt war, macht seine Herkunft und sein Denken wie auch den Anteil des Adels am konservativen Widerstand deutlich. Manche Aussagen dieser autobiographischen Aufzeichnung sind zeittypisch und müssen als solche verstanden werden. Hardenbergs Selbstzeugnis erinnert an die Niederschrift "Gedanken und Ereignisse", die der ehemalige General der Infanterie Georg Thomas (1890–1946), von



¹³⁴ Gräfin Hardenberg an Bürgermeister Carl Linse, Marxwalde, Kreis Seelow, 14.1. 1958. Durchschrift im Besitz der Familie Hardenberg.

¹³⁵ Ansprache von Pfarrer Grabowski am 24.10. 1958 in der Johanniskirche zu Kronberg/Taunus. Hektographierter Text, in: BA Koblenz, Nachlaß Spranger NL 182/185.

¹³⁶ Vgl. den Fernsehfilm: Carl-Hans Graf von Hardenberg. Marxwalde, 22.7. 1990 – ein deutscher Gedenktag, beobachtet von Jürgen Boettcher, in: 1 Plus, 14.2. 1991. Vgl. auch: Peter Jochen Winters, Gedenken in Neuhardenberg an einen Widerstandskämpfer des 20. Juli, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20.7. 1990, S. 4.

¹³⁷ Vgl. Peter Jochen Winters, Marxwalde heißt von Neujahr an wieder Neuhardenberg, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29.12. 1990, S.7.

November 1939 bis November 1942 Chef des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamtes im OKW, wie Hardenberg nach dem 20. Juli 1944 in Haft und im Mai 1945 befreit, ein Jahr danach, am 20. Juli 1945, verfaßte¹³⁸.

Graf Hardenberg betrachtete es wohl als seine Pflicht, diese Erinnerungen zu schreiben. Er wollte seinen Nachkommen ein Zeugnis hinterlassen, das über die Motive seines Handelns, aber auch über den Bruch, den er vollzog, Auskunft gab. Bei der Niederschrift standen ihm keine zeitgenössischen Unterlagen mehr zur Verfügung. Er hatte seine Papiere bei seinem Weggang im Herbst 1945 nicht retten können. Außerdem war im April 1945 das Schloß von Soldaten der Roten Armee geplündert worden. Daraus erklären sich einige sachliche Fehler besonders zu den Ereignissen am 20. Juli 1944. Seine Erinnerungen an diesen Tag sind dessenungeachtet anschaulich und spannend geschrieben. So ist Graf Hardenbergs Bericht zu einem Zeugnis für "das ruhelose Gewissen" (Hava Kohav Beller) und zu einem ganz ungewöhnlichen document humain geworden.

Graf Hardenberg begann die Aufzeichnung am 31. Dezember 1945 ("Sylvester 1945") in Nörten-Hardenberg, seinem damaligen Wohnsitz, handschriftlich mit Tinte auf Papier der damaligen Zeit und schloß sie wohl in den ersten Monaten des Jahres 1946 ab. Das Manuskript umfaßt vierzehn mit römischen Ziffern numerierte Doppelblätter (= 56 Seiten). Einige Abschnitte ergänzte und verbesserte Hardenberg erheblich, so die Schilderung seiner Erlebnisse am 20. Juli 1944 in der Bendlerstraße und seiner Verhaftung, ein Ausweis, wie sehr er bemüht war, die Ereignisse genau darzustellen. Zu einem späteren Zeitpunkt, der nicht mehr feststellbar ist, überarbeitete Hardenberg seinen Bericht sprachlich und stilistisch und nahm drei ergänzende Mitteilungen auf, die im hier vorgelegten Dokument gesondert gekennzeichnet sind. Diese Fassung mit der nachträglich hinzugefügten Überschrift "Patrioten im Widerstand. Erlebnisbericht. Carl-Hans Graf Hardenberg" stellte die Familie Freunden wie Historikern auf deren Bitten als Typoskript, das 24 Seiten umfaßt, zur Verfügung. Graf Hardenberg hat in seinem Manuskript nur größere, zusammenhängende Abschnitte gekennzeichnet. Um eine bessere Übersicht zu erhalten, folgt die Einteilung der Absätze der Anordnung des Typoskripts.

Nach Renate Gräfin von Hardenbergs Tode (21. Dezember 1958 in Königstein/Ts.) erhielt der Sohn, Friedrich-Carl, das Manuskript; bei ihm verblieb es bis März 1990. Zu diesem Zeitpunkt fanden unter der Leitung von Kurt Seehafer und Jürgen Eike die ersten Dreharbeiten des Deutschen Fernsehfunks für den Film "Auch er wollte Hitler stürzen. Carl-Hans Graf von Hardenberg und der 20. Juli 1944" statt¹³⁹. Für die vorliegende Dokumentation übergab Friedrich-Carl Graf von Hardenberg die Aufzeichnung seiner Schwester Reinhild, die sie im September 1992, mit Zustimmung ihrer Geschwister, dem Institut für Zeitgeschichte in München schenkte. Am 11. September ging das Manuskript beim Institut ein und erhielt die Signatur F 301 (a).



Erschienen in: Schweizer Monatshefte, Dezember 1945, S.537-559. Zu Thomas vgl. Wolfgang Bir-kenfeld (Hrsg.), Georg Thomas, Geschichte der deutschen Wehr- und Rüstungswirtschaft (1918-1943/45), Boppard am Rhein 1966, S.1-25.

¹³⁹ Vgl. Anm. 4.

Erstmals veröffentlichte Kunrat Freiherr von Hammerstein (-Equord) im Jahre 1966 Auszüge aus der Aufzeichnung¹⁴⁰. Dreizehn Jahre später, 1979, verwendete Fabian von Schlabrendorff den Erlebnisbericht für sein Porträt über Hardenberg, wobei er die Niederschrift nicht zitierte, sondern die indirekte Rede bevorzugte¹⁴¹. Auch Detlev Graf von Schwerin benutzte die Aufzeichnung¹⁴², und Peter Hoffmann zitierte drei Sätze aus dem Manuskript in seiner Biographie über "Stauffenberg und seine Brüder"143. Ferner veröffentlichte Klaus Gerbet einige Sätze in seiner Dokumentation über Graf Hardenberg¹⁴⁴.

Das Manuskript wird in vollem Wortlaut veröffentlicht. Hardenbergs zeittypische Rechtschreibung bleibt bestehen. Die Kommasetzung ist, um Sinnstörungen zu vermeiden, behutsam dem heutigen Gebrauch angeglichen; doch Hardenbergs eigene Interpunktion, besonders das Semikolon, wurde beibehalten. Zusätze im Text sind mit [] gekennzeichnet; sie dienen der besseren Lesbarkeit und enthalten notwendige Erläuterungen, die nicht in den Kommentar übernommen werden konnten. Unterstreichungen, die Hardenberg im Manuskript vornahm, sind durch Kursivdruck hervorgehoben. Auf textkritische Anmerkungen ist verzichtet worden, abgesehen von drei ergänzenden Mitteilungen.

Hardenberg verwendete in seinem Bericht sehr viele Abkürzungen ("Abtlg", "Bendlerstr", "c." [circa], "d." [das, der, des], "evtl.", "Frhr.", "Grf.", "Gfen", "Inf-Zug", "kathol.", "Klm", "Konz. Lager", "l." [leichtes], "M.G.", "Mk!" [Mark], "M. Pistole", "mt" [Meter], "Nchm" [nachmittags], "Oberstltn", "Obltn.", "tägl.", "u.", "v."). Diese wurden in der Regel stillschweigend aufgelöst. Familiennamen, die nicht zutreffend geschrieben wurden, wie "v. Böhmer", "Donany" und "Göbbels" sind berichtigt worden.



¹⁴⁰ Vgl. Hammerstein, Flucht, S. 9f., 29, 35, 39ff., 44, 47f.

¹⁴¹ Vgl. Schlabrendorff, Begegnungen, S. 244–250.

¹⁴² Vgl. Detlev Graf von Schwerin, "Dann sind's die besten Köpfe, die man henkt". Die junge Generation im deutschen Widerstand, München/Zürich 1991, S. 541, Anm. 45, und S. 472.

¹⁴³ Vgl. Peter Hoffmann, Claus Schenk Graf von Stauffenberg und seine Brüder, Stuttgart 1992, S. 382 mit Anm. 81 (S. 584), S. 383 mit Anm. 4 (S. 584) S. 595 Anm. 240. Hoffmann, dieser liebenswerte Beckmesser, der immer so genau sein will, bezeichnet Hardenberg als "Ordonnanzoffizier von Generalfeldmarschall von Bock" (S. 382). Graf Hardenberg war seit Herbst 1940 Adjutant Bocks. Diese nicht korrekte Angabe ist um so unverständlicher, als Hoffmann das Manuskript vorgelegen hat. – S. 557, Anm. 90 schreibt er, Margarethe von Oven habe "in den 1950er Jahren Graf Hardenberg" geheiratet. Es war aber nicht Carl-Hans Graf von Hardenberg, sondern dessen Bruder Wilfried. Die Eheschließung fand 1955 statt.

Gerbet, Hardenberg.

Horst Mühleisen

444 Dokument

Sylvester 1945

Das dritte Reich trat im Jahre 1933 seinen Weg an von der Gruft der großen Preußenkönige, Friedrich Wilhelms I. 145 und Friedrichs des Großen 146. Hiermit sollte dem deutschen Volk und dem Ausland vor Augen geführt werden die gradlinige Fortsetzung des preußisch-deutschen Weges im Gewande des zwanzigsten Jahrhunderts 147. Das Programm sah vor die Einschaltung von pflichtbewußten, dem Vaterlande dienenden Menschen, die Überbrückung der leidigen Klassenkämpfe, die Zerschlagung des undeutschen Kommunismus, die Beseitigung der Arbeitslosigkeit (6 Millionen Arbeitslose) und die Wiederherstellung des deutschen Ansehens im Rahmen europäischer Zusammenarbeit. Nicht eine einzelne Partei oder ein einzelner Berufsstand ging freudig an die Mitarbeit, die Deutschland und damit Mitteleuropa aus der Not emporführen sollte, sondern alle Parteien und alle Stände. Auch aus dem Ausland (z. B. England) wurden Stimmen laut, die ehrliches Verständnis zeigten. Aber noch niemals in der Geschichte der Völker ist ein so großes Kapital an Vertrauen ruchloser verwirtschaftet worden. Ein Führungsanspruch, berechtigt bei der unseligen Neigung der deutschen Menschen zur Zersplitterung, artete mehr und mehr in einen Terror ohne Grenzen aus.

Am 30. Juni [19]34 wurde neben einzelnen Schuldigen eine große Zahl ehrenwerter Menschen, nur weil sie politisch unbequem waren, ermordet. Unter ihnen der bisherige Reichskanzler und Reichskriegsminister 148 von Schleicher 149. Ein Gerichtsverfahren, auch hinterher, fand nicht statt. Die Armee hat dieses ebenso stillschweigend geschluckt 150 wie einige Jahre später die Diffamierung ihres Chefs der Heeresleitung 151, des in Krieg und Frieden hervorragend bewährten Generaloberst Freiherrn von Fritsch 152. Ein von diesem daraufhin angestrengtes Ehrengerichtsverfahren 153 stellte die für 400 Mark 154! erkaufte meineidige Aussage eines Polizeispitzels fest 155. Eine Rehabilitierung erfolgte nicht 156. Hiermit war

¹⁵⁶ Am 11.8. 1938 wurde Fritsch zum Chef des Artillerieregiments 12 - einer Art "Ehrenoberst" - er-



¹⁴⁵ Friedrich Wilhelm I. (1688-1740), 1713 bis 1740 König in Preußen.

¹⁴⁶ Friedrich II. (1712-1786), 1740 König in Preußen, seit 1772 von Preußen.

¹⁴⁷ Gemeint ist der Tag von Potsdam am 21.3. 1933, die "Potsdamer Rührkomödie", wie Friedrich Meinecke (Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen, Wiesbaden 1965, S.25) schrieb.

¹⁴⁸ Muß heißen: Reichswehrminister. Die Bezeichnung "Reichskriegsminister" gab es erst seit Mai 1935

¹⁴⁹ Kurt von Schleicher (1882–1934), Juni 1932–Januar 1933 Reichswehrminister, Dezember 1932 bis Januar 1933 Reichskanzler.

¹⁵⁰ Vgl. Klaus-Jürgen Müller, Das Heer und Hitler. Armee und nationalsozialistisches Regime 1933–1940, Stuttgart 1969, S. 131f.

¹⁵¹ Muß heißen: Oberbefehlshaber des Heeres.

Werner Frhr. von Fritsch (1880–1939), Februar 1934–Mai 1935 Chef der Heeresleitung, Mai 1935-Februar 1938 Oberbefehlshaber des Heeres; Anfang Februar 1938 auf Grund einer Intrige verabschiedet; am 22.9. 1939 vor Praga bei Warschau gefallen.

Vgl. Johann Adolf Graf von Kielmansegg, Der Fritsch-Prozeß 1938. Ablauf und Hintergründe, Hamburg 1949, S.41–52; Müller, Das Heer und Hitler, S.264–267; Harold C. Deutsch, Das Komplott oder die Entmachtung der Generale. Blomberg- und Fritsch-Krise. Hitlers Weg zum Krieg, Zürich 1974, S.160–164.

¹⁵⁴ Dieser Betrag ist durch die Literatur (vgl. Anm. 153) nicht belegt.

Gemeint ist vermutlich Otto Schmidt, geb. 1906. Zu ihm vgl. Müller, Das Heer und Hitler, S. 637f. (Dok. Nr. 32); Deutsch, Das Komplott, S. 348-351.

dem Heere das Rückgrat gebrochen. Seine unerreichte Tapferkeit, seine vorbildliche Pflichterfüllung, auf die die ganze Welt anerkennend blickte, haben es nicht davor bewahrt, daß ihm fortlaufend in verstärktem Maße zugemutet wurde, Handlungen gutzuheißen, die mit der Ehrauffassung früherer Zeiten unvereinbar war[en]. (Erschießung der gefangenen russischen Kommissare¹⁵⁷, Raub von Privateigentum, Massenmorde an Juden, Polen und Civilrussen durch S.S. im Operations- und rückwärtigen Heeresgebiet¹⁵⁸.) Das überlieferte Eintreten des Offiziers für seine Untergebenen wurde systematisch herausgezüchtet. Der Kadavergehorsam, früher nur ein Schlagwort antimilitärischer Kreise, wurde zur Mode. Ruhm, aber nicht Ehre, wurde gepriesen.

Gleich nach der Machtübernahme hatte Adolf Hitler die Kommandierenden Generale¹⁵⁹ um sich versammelt und ihnen gesagt, daß er nur in einem erneuten Waffengange die Möglichkeit sähe, die Not zu bannen, und er – im Gegensatz zu dem, was er öffentlich sagen müsse – so stark und so schnell aufrüsten werde, daß kein Staat in Europa Deutschland widerstehen könne. Er würde einen "Blitzkrieg" in noch niemals dagewesenem Ausmaße führen¹⁶⁰. Er brach 1939 den Krieg mit Polen vom Zaun und war überzeugt, daß die Großmächte ebensowenig wie beim Einmarsch in Österreich und der Tschechei einschreiten würden. Doch nachdem er das Wort, das er den andern Staaten im Namen des deutschen Volkes gegeben hatte, in immer wiederholtem Maße gebrochen hatte, trat[en] England und Frankreich zum Kampfe an¹⁶¹. Mit Rußland schloßer einen Bündnisvertrag¹⁶², den er dann zu gegebener Stunde brechen wird¹⁶³.

Die überlieferte Tapferkeit der Truppen, insonderheit der Infanterie und Panzerwaffe, be-



nannt

Die endgültige Fassung des "Kommissarbefehls", dessen Verteilung auf die Oberbefehlshaber der Armeen bzw. der Luftflottenchefs beschränkt war und dessen Inhalt an die Befehlshaber und Kommandeure nur mündlich weitergegeben werden durfte, trägt das Datum des 6.6. 1941. Der Befehl bestimmte u.a., die in der Truppe kämpfenden politischen "Kommissare werden nicht als Soldaten anerkannt; der für Kriegsgefangene völkerrechtliche Schutz findet auf sie keine Anwendung. Sie sind nach durchgeführter Aussonderung zu erledigen." – Der Wortlaut des Befehls findet sich in: Hans-Adolf Jacobsen, Kommissarbefehl und Massenexekutionen sowjetischer Kriegsgefangener, in: Hans Buchheim [u.a.]: Anatomie des SS-Staates, Bd. II, Olten/Freiburg i. Br. 1965, S. 225 ff. (Dok. 12).

Vgl. Müller, Das Heer und Hitler, S. 426ff., 435 f.; Klaus-Jürgen Müller, Armee und Drittes Reich 1933–1939. Darstellung und Dokumentation unter Mitarbeit von Ernst Willi Hansen, Paderborn 1987, S. 191 (Dok. 54); Helmut Krausnick/Hans-Heinrich Wilhelm, Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938–1942, Stuttgart 1981, S. 32ff., 62ff.

¹⁵⁹ Gemeint sind die sechs Befehlshaber der Wehrkreise I bis VI der Reichswehr; sie waren gleichzeitig Divisionskommandeure (vgl. Anm. 160).

Die Besprechung mit Hitler fand am 3.2. 1933 beim Chef der Heeresleitung, Generaloberst Kurt Frhr. von Hammerstein-Equord, im Reichswehrministerium statt. Generalleutnant Curt Liebmann (1881-1960), Befehlshaber des Wehrkreises V (Baden und Württemberg) und der 5. Division in Stuttgart von 1931 bis Ende Juli 1934, fertigte Notizen an; vgl. Hans-Adolf Jacobsen, 1939-1945. Der Zweite Weltkrieg in Chronik und Dokumenten, Darmstadt ⁶1961, S. 95 f. (Dok. 1). Der Begriff "Blitzkrieg" findet sich in den Liebmann-Notizen nicht. Vermutlich hatte Frhr. von Hammerstein-Equord Graf Hardenberg über diese Besprechung unterrichtet.

¹⁶¹ Gemeint sind die Kriegserklärungen Großbritanniens und Frankreichs vom 3.9 1939 an das Deutsche Reich.

¹⁶² Gemeint ist der Abschluß des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes am 23.8. 1939 in Moskau.

¹⁶³ Gemeint ist der deutsche Angriff gegen die Sowjetunion am 22.6. 1941.

endete die Feldzüge in Polen und Frankreich in kürzester Zeit. Nach dem Waffenstillstand in Compiègne¹⁶⁴ wurden bereits Abordnungen aller Regimenter nach Paris zur großen Siegesparade zusammengezogen. Doch England versagte sich trotz weitgehender Angebote, da es an das deutsche Wort nicht mehr glauben wollte¹⁶⁵.

Daraufhin beschloß Adolf Hitler, im September des Jahres 1940¹⁶⁶ Rußland im nächsten Frühjahr zu überfallen; die Linie Leningrad (einschl.), Moscau (einschl.), Stalingrad (einschl.) zu gewinnen¹⁶⁷ und mit Panzerraids bis über den Ural vorzustoßen, um die östlich davon erstandene neue russische Industrie zu zerschlagen¹⁶⁸. Das Antreten im Frühjahr [1941] verzögerte sich durch den Balkanfeldzug¹⁶⁹, so daß der Vormarsch erst Ende Juni angetreten werden konnte¹⁷⁰, an demselben Tage, an dem 1812 Napoléon I.¹⁷¹ den Njemen überschritt¹⁷². Die großen Kesselschlachten, ein Erfolg ebenso der genialen Führung wie der beispiellos tapferen Truppe, gehören der Geschichte an¹⁷³. Aber die Hunderttausende von kriegsgefangenen russischen Soldaten wurden nicht versorgt¹⁷⁴, sondern kamen zu 40–50 % um angesichts der eigenen Bevölkerung. Marschkolonnen von mehreren Kilometern Länge wurden bewacht von 10–20 Landesschützen, die am Ende marschierten und jeden mit der Maschinenpistole niederschossen, der nicht mitkam. Die Rollbahnen lagen voll von toten Russen, die nicht beerdigt wurden, sondern über deren Körper die deutschen Panzer nach Osten rollten. Nicht die Härte des Krieges zwang hierzu, sondern die von oberster Stelle vorliegenden Befehle, entsprungen aus einem Geiste religionsloser Überheblichkeit.

Trotz vollkommen mangelnder Winterausrüstung wurde der Vormarsch in dem Schnee und Eis des russischen Winters bis Weihnachten 1941 fortgesetzt. Die Verluste an Erfrierungen überschritten bei weitem die blutigen Verluste und gingen in die Hunderttausende ¹⁷⁵. Hier ging der Nimbus der Unbesieglichkeit des deutschen Soldaten verlustig und wurde – von dem russischen Gegner sich angeeignet. Seit der Jahreswende [19]41/42 wurde es wei-

¹⁷⁵ Nach den Feststellungen Philippis/Heims, Feldzug, S. 109, hatte das deutsche Ostheer von Beginn des Feldzuges bis Ende März 1942 einen Gesamtverlust von 1074 607 Mann. Dies waren 35 % seines Bestandes.



¹⁶⁴ Dies geschah am 22.6. 1940.

¹⁶⁵ Vgl. Andreas Hillgruber, Hitlers Strategie. Politik und Kriegführung 1940–1941, Frankfurt a.M. 1965, S. 144–192.

¹⁶⁶ Vgl. ebenda, S. 239.

Vielleicht ist Graf Hardenberg die "Weisung Nr. 21, Fall Barbarossa" vom 18. 12. 1940 in Erinnerung geblieben. Gewisse Bemerkungen deuten darauf hin: Walther Hubatsch (Hrsg.), Hitlers Weisungen für die Kriegführung 1939–1945. Dokumente des Oberkommandos der Wehrmacht, Frankfurt a. M. 1962, S. 84–88 (Dok. 21), hier: S. 86.

¹⁶⁸ Ebenda, S. 85.

¹⁶⁹ Vgl. Klaus Olshausen, Zwischenspiel auf dem Balkan. Die deutsche Politik gegenüber Jugosławien und Griechenland vom März bis Juli 1941, Stuttgart 1973.

¹⁷⁰ Vgl. Kurt von Tippelskirch, Geschichte des Zweiten Weltkrieges, Bonn ³1959, S. 180 f.; Alfred Philippi/Ferdinand Heim, Der Feldzug gegen Sowjetrußland 1941 bis 1945. Ein operativer Überblick, Stuttgart 1962, S. 54; Albert Seaton, Der russisch-deutsche Krieg 1941–1945, Frankfurt a. M. 1973, S. 87–114.

¹⁷¹ Napoléon I. (1769–1821), 1804–1814 und 1815 Kaiser der Franzosen.

¹⁷² Russischer Name der Memel. Es war der 23.6. 1812, an dem Napoléon I. den Njemen überschritt.

¹⁷³ Gemeint sind die Kesselschlachten Kiew, Smolensk und Wjasma/Brjansk.

¹⁷⁴ Vgl. Christian Streit, Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941–1945, Stuttgart 1978, S.128 ff.

teren militärischen Kreisen klar, daß der Krieg verloren sei. Die Verluste überstiegen um ein Vielfaches die Neueinstellungen des heimatlichen Mannschaftsersatzes¹⁷⁶. Ganz abgesehen von wesentlich höheren Blutopfern des Offizierkorps¹⁷⁷. Wie in personeller Hinsicht war es auch in materieller. Der Ersatz, besonders an Flugzeugen und Panzern, konnte mit den Verlusten nicht Schritt halten¹⁷⁸, auch wurde das Material, da es an allen Rohstoffen fehlte, zusehends schlechter. Wer warnend seine Stimme erhob, wurde als Volksschädling gebrandmarkt, wurde "liquidiert", wie der neue Ausdruck für Ermordung lautete, oder verschwand in einem der furchtbaren Konzentrationslager, aus denen es nur selten ein Freikommen gab.

Im Frühjahr 1942 mußten die deutschen Armeen erneut im Osten zu einer Offensive größten Ausmaßes antreten¹⁷⁹. Gleichzeitig sollte auf Befehl des "Führers", der damals propagandistisch als "größter Feldherr aller Zeiten" herausgestellt wurde, sowohl der Kaukasus genommen wie die Wolga bei Stalingrad erreicht werden¹⁸⁰. Um eine Offensive solchen Ausmaßes starten zu können, war es notwendig, die Flanken mit verbündeten Truppen, Italienern, Rumänen und Ungarn, zu besetzen. Diese Schwäche nutzte der Russe geschickt aus, durchbrach, als die deutsche Offensive sich Stalingrad näherte¹⁸¹, die gefährdeten langen Flanken und schloß die gesamte 6te Armee ein¹⁸². Wiederholte Anträge des Oberbefehlshabers der Armee¹⁸³ mit Zustimmung sämtlicher Kommandierender Generale¹⁸⁴, die Umzingelung nach rückwärts zu durchbrechen, solange die Durchbruchsstelle nur 20 km Tiefe betrüge, wurden von Hitler schroff abgelehnt¹⁸⁵. Göring¹⁸⁶ versicherte im Führerhauptquartier großsprecherisch, die Luftwaffe garantiere die Versorgung der eingeschlossenen Armee¹⁸⁷. Neben schwersten blutigen Verlusten blieben 90000 Gefangene in der Hand



¹⁷⁶ Den personellen Verlusten der Heeresgruppe Mitte, die am 6.10. 1941 277 000 Mann betrugen, stand ein Gesamtersatz von 151 000 Mann gegenüber.

Nach den Feststellungen Philippis/Heims, Feldzug, S. 109, hatte das deutsche Ostheer von Beginn des Feldzuges bis Ende März 1942 33 223 Offiziere verloren.

¹⁷⁸ Vgl. Seaton, Der russisch-deutsche Krieg, S. 135-139.

¹⁷⁹ Gemeint ist die deutsche Sommeroffensive vom 28.6. 1942, die Hitler mit der Weisung Nr. 41 vom 5.4. 1942 befohlen hat. Diese Offensive vernichtete die gegnerischen Kräfte südlich des Don. Anschließend erfolgte der Durchbruch an die Wolga bis Stalingrad.

¹⁸⁰ Vgl. Hubatsch, Hitlers Weisungen, S. 186.

Vgl. Philippi/Heim, Feldzug, S. 158 ff.; Hans Doerr, Der Feldzug nach Stalingrad. Versuch eines operativen Überblicks, Darmstadt 1955, S. 47 ff.; Manfred Kehrig, Stalingrad. Analyse und Dokumentation einer Schlacht, Stuttgart 1974, S. 29–35.

¹⁸² Philippi/Heim, Feldzug, S.179-182.

¹⁸³ Friedrich Paulus (1890-1957), Januar 1942-Januar 1943 Oberbefehlshaber der 6. Armee, ging mit den Resten der Armee in sowjetische Gefangenschaft.

Alle fünf Kommandierenden Generale, Heitz, von Seydlitz, Strecker, Hube und Jaenecke, waren gegen Hitlers Entscheidung, in Stalingrad zu bleiben; aber vier von ihnen befolgten wörtlich den Befehl, die Stellungen nicht aufzugeben. Der fünfte, der Kommandierende General des LI. Korps, General der Art. von Seydlitz-Kurzbach, teilte Paulus am 25.11. 1942 mit, das LI. Korps, das den Nordostabschnitt an der Wolga hielt, habe schon begonnen, sich zurückzuziehen.

¹⁸⁵ Gemeint ist wohl der mißglückte Befreiungsangriff der Armeegruppe Hoth mit dem LVII. Pz. Korps. Der Angriff begann am 12.12. 1942. Der Entsatzversuch für die 6. Armee war am 23.12. gescheitert.

¹⁸⁶ Hermann Göring (1893–1946), Ritter des Ordens Pour le Mérite, Mai 1933 Reichsluftfahrtminister, Mai 1935-Ende April 1945 Oberbefehlshaber der Luftwaffe.

¹⁸⁷ Vgl. Johannes Fischer, Über den Entschluß zur Luftversorgung Stalingrads. Ein Beitrag zur militä-

des Feindes¹⁸⁸. Die allmählich eintreffende Post der gefangengenommenen deutschen Soldaten durfte auf persönlichen Befehl Hitlers den Frauen und Eltern nicht zugestellt werden. Sie wurde verbrannt, damit das Volk weiter betrogen werden konnte¹⁸⁹. Wenige Monate später erfolgte der Zusammenbruch der deutschen Afrikaarmee¹⁹⁰. Dieser wurde dem deutschen Volke von Goebbels¹⁹¹ und seinem Propagandaministerium in seiner Bedeutung fast völlig verschwiegen¹⁹². Von nun an sollte die Schilderung einzelner unerhörter Heldentaten, wie sie der deutsche Soldat bis zum bitteren Ende immer wieder vollbrachte, hinweg täuschen über die verzweifelte strategische Lage.

Wie sah es demgegenüber in der Heimat aus? Jegliche Opposition war von der Naziregierung schon gleich nach der Machtübernahme restlos ausgeschaltet worden. Presse und Rundfunk wurden einheitlich gesteuert. "Recht ist, was dem Volke nützt" war die neue, sehr gefährliche Parole. Dem "Volke nützen" aber tat nur die kritiklose, hörige Einfügung in die Parteityrannis. Dabei ging es allen Ständen und Berufen des Volkes, rein materiell gesehen, recht gut. Die wirtschaftliche Not, so schien es dem Einzelnen, der keinen tieferen Einblick in die Zusammenhänge hatte, war durch das "Genie des Führers" gebannt! Stärker, immer stärker wurde dies dem Hirn des Bürgers und Arbeiters von einer skrupellosen, aber sehr geschickten Propaganda eingehämmert. Der Deutsche, unpolitisch von Natur, und in seiner Vergangenheit gewohnt, von Fürsten und Kirche bevormundet zu werden, gab seine großen Organisations- und Arbeitskräfte leider zu willig der neuen Führung hin. Er ahnte nicht das verbrecherische Treiben der Parteibonzen hinter den Kulissen, und wenn gelegentlich einzelne Nachrichten zu ihm vordrangen, so ließ sein überlieferter Autoritätsglauben ernste Sorgen nicht aufkommen.

Der Oberbürgermeister Goerdeler¹⁹³ und die Generalobersten Beck¹⁹⁴ und Freiherr von Hammerstein¹⁹⁵, kluge und verantwortungsbewußte Persönlichkeiten, hatten schon vor Beginn des Krieges klar erkannt, daß der Weg, den Hitler sich zu gehen anschickte, das deutsche Volk ins Verderben führen würde. Mit Goerdeler, der sich mit seltenem Mute zu seiner Auffassung bekannte, verband mich langjährige Bekanntschaft. Beck und Hammerstein waren viel in meinem Hause gewesen; wir hatten oft in ernsten, sorgenvollen Gesprä-

¹⁹⁵ Kurt Frhr. von Hammerstein-Equord (1878-1943), November 1930-Ende Januar 1934 Chef der Heeresleitung, September 1939 Oberbefehlshaber der Armeeabteilung A.



rischen Führung im Dritten Reich, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 2 (1969), S.7-67, bes. S.12, 63, 66.

Nach Philippi/Heim, Feldzug, S. 192, meldete die sowjetische Führung 91 000 Gefangene. Die Luftwaffe hatte etwa 25 000 Verwundete und 10000 Spezialisten aus dem Kessel geflogen. 250 000 Soldaten waren in Stalingrad eingeschlossen worden. 124 000 Mann fielen in der Stadt an der Wolga.

¹⁸⁹ Vgl. Wolfgang Paul, Das Potsdamer Infanterie-Regiment 9. 1918–1945. Preußische Tradition in Krieg und Frieden. Textband, Osnabrück 1983, S.509.

¹⁹⁰ Am 12.5. 1943 kapitulierte die Heeresgruppe Afrika unter Generaloberst von Arnim in Tunesien.

¹⁹¹ Joseph Goebbels (1897–1945), März 1933–Mai 1945 Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, seit Juli 1944 Generalbevollmächtigter für den totalen Kriegseinsatz.

¹⁹² Vgl. Ernest K. Bramsted, Goebbels und die nationalsozialistische Propaganda 1925–1945, Frankfurt a. M. 1971, S. 351–360, bes. S. 355 f.

¹⁹³ Carl Friedrich Goerdeler (1884–1945), 1930–1937 Oberbürgermeister von Leipzig, hingerichtet am 2.2. 1945 in Berlin-Plötzensee.

¹⁹⁴ Ludwig Beck (1880-1944), Oktober 1933-Juni 1935 Chef des Truppenamtes, Juli 1935-August 1938 Chef des Generalstabes des Heeres, Ende Oktober 1938 als Generaloberst verabschiedet, erschossen am Abend des 20. Juli 1944.

chen unsere Ansichten ausgetauscht. Gelegentlich eines Scharfschießens der Fahnenjunkerabteilung auf dem Truppenübungsplatz Döberitz im September [19]39 fragte mich der damalige stellvertretende Kommandierende General des III. [Armee-]Korps, General Freiherr von Dalwigk¹⁹⁶, um meine Auffassung zur politischen Lage. Ich habe ihm auf Grund meiner Kenntnisse in offenen Worten gesagt, daß auch, wenn wir voraussichtlich noch große Siege in der nächsten Zeit erringen würden, der Krieg für uns nicht gewonnen werden könne. Unsere Unterhaltung schloß mit dem Hinweis meinerseits, daß er als Befehlshaber von Berlin und Brandenburg sich in Zukunft seiner großen Verantwortung bewußt sein müsse, und es alles darauf ankäme, daß seine Dienststelle in den kommenden Schicksalsstunden sich härter zeige als im Jahre 1918¹⁹⁷.

Während des stürmischen Vormarsches in Frankreich im Jahre 1940 waren es nur wenige, die sich nicht täuschen ließen. An ihre Spitze schob sich mehr und mehr der damalige Oberstleutnant Henning von Tresckow¹⁹⁸, gleich stark an Geist und Charakter. Er nahm sich später am 21. Juli [19]44, nach Mißglücken des Attentats vom Tage vorher, als General und Chef einer Armee¹⁹⁹ in vorderer Front das Leben, um den nun unaufhaltsamen Untergang unseres Volkes nicht zu überleben.

Es war ein warmer Sommerabend des Jahres [19]41, als Tresckow mit mir eine lange Besprechung hatte an den Ufern der Beresina²⁰⁰, jener Stelle, wo noch die Pfeiler herausragten von der Brücke, die einst den Untergang der stolzen französischen Armee im Jahre 1812 gesehen hatte. Es hatte sich gezeigt, daß der bisher beschrittene Weg des Versuches der Einflußnahme auf die zur Führung berufenen Persönlichkeiten zu keinem Erfolge führte. War es die stark ausgeprägte suggestive Kraft Adolf Hitlers, war es die bei aller Tapferkeit gegenüber dem äußeren Feinde schon von Bismarck festgestellte vollkommene mangelnde Civilcourage, niemand fand sich, der kraft seiner Stellung versuchte, sich gegen befohlene Verbrechen und militärischen Wahnsinn aufzulehnen. Je mehr Hitler dieses merkte, um so hemmungsloser wurde er in seinen Zumutungen, um so mehr umkleidete er sich mit seiner "Gottähnlichkeit".

Die Schwierigkeit der Aufgabe war uns voll bewußt. Es galt, zu aktiven revolutionären Taten zu schreiten, d.h. mit allem zu brechen, was uns von den Vätern gelehrt und was mit der Ehre eines preußisch-deutschen Soldaten verbunden war. Besitz, Familie, eigene und Standesehre mußte in die Waagschale geworfen werden, wenn dieser Weg beschritten werden sollte. War es notwendig? War es richtig? War es zu vereinbaren mit den ethischen und christlichen Gesetzen, denen wir unterstanden? Wir schieden, als bereits der Sternenhimmel



¹⁹⁶ Franz Frhr. Dalwigk zu Lichtenfels (1876–1947), September 1939–Ende Februar 1943 Kommandierender General des stellv. Generalkommandos III. Armeekorps und Befehlshaber im Wehrkreis III (Berlin und Brandenburg).

Das stellv. Generalkommando des III. Armeekorps verhielt sich während der Krise am 8./9.11. 1918 in Berlin völlig passiv und erließ keine Befehle, die Revolution in der Reichshauptstadt abzuwehren.

Henning von Tresckow (1901–1944), Oktober 1939–Dezember 1940 Generalstabsoffizier im Oberkommando der Heeresgruppe A (Generalfeldmarschall von Rundstedt), Dezember 1940–Oktober 1943 erster Generalstabsoffizier (Ia) der Heeresgruppe B, dann Mitte, Oktober/November 1943 Führer des Infanterieregiments 442, November 1943–Juli 1944 Chef des Generalstabes der 2. Armee.

¹⁹⁹ Vgl. Anm. 329.

Rechter Nebenfluß des Dnjepr in Weißrußland. Vom 26. bis 28. (14. bis 16.) 11. 1812 fand der verlustreiche Übergang der Franzosen über die Beresina (nahe Borissow) statt.

die russische Weite überdeckte, mit dem Versprechen, mit uns selber über diese Frage ins reine zu kommen.

Wer heute mit sicherem Urteil feststellen zu müssen glaubt, daß Ehrgeiz, Ruhmsucht oder der Wunsch, sich der kommenden Katastrophe zu entziehen, die Männer damals geleitet hat, der weiß nichts von den Gewissensbissen und seelischen Qualen, mit denen jeder für sich allein fertig werden mußte. Und was war, wenn uns der Erfolg nicht beschieden sein sollte? War dann nicht der ganze Einsatz vergeblich und nur ein Verbrechen? Es dauerte Tage und Wochen, in denen diese Gedankengänge immer wieder abgesprochen wurden, bis im neuen Quartier in Smolensk²⁰¹ der Entschluß gefaßt wurde: Wir müssen handeln. Das Wohl des Volkes verlangt den vollen Einsatz von uns. Auch im Falle des Mißglückens muß der Welt gezeigt werden, daß es in dieser Zeit Männer gegeben hat, die, wie der Grabstein von Marwitz²⁰² in Friedersdorf sagt, Ungnade wählten, wo Gehorsam nicht Ehre einbrachte²⁰³.

Zunächst galt es, Verbindung aufzunehmen mit dem civilen Kreis um Goerdeler und mit der Abteilung Abwehr im O.K.W. unter Admiral Canaris²⁰⁴ und Oberst Oster²⁰⁵. Zwei besonders mutige und kluge Männer standen hierfür zur Verfügung, der Oberleutnant d.R. Friedrich Graf von der Schulenburg²⁰⁶, ein Sohn des Chefs der Heeresgruppe Kronprinz im Weltkriege²⁰⁷, und der Rechtsanwalt und Oberleutnant d.R. Fabian von Schlabrendorff²⁰⁸. Schulenburg war in jugendlicher Begeisterung zur Partei gegangen, war Landrat in Ostpreußen, Vicepräsident des Polizeipräsidiums in Berlin gewesen und war Viceoberpräsident von Schlesien²⁰⁹. Trotz seiner hohen Civilstellung führte er, selber zu Fuß, seinen Infante-

Landrat in Ostpreußen (Kreis Fischhausen) war Schulenburg von Juni 1935 bis Juli 1937. Polizeivizepräsident in Berlin von Juli 1937 bis August 1939. Regierungspräsident in Breslau und Vertreter des Oberpräsidenten von Schlesien von August 1939 bis Ende Mai 1940.



²⁰¹ Gemeint ist das Hauptquartier der Heeresgruppe Mitte, das sich seit September 1941 in Smolensk befand.

²⁰² Gemeint ist Johann Friedrich Adolph von der Marwitz (1723-1781) gen. der Hubertusburg-Marwitz. Marwitz war 1760 Führer des Kürassierregiments Garde Gens d'Armes (K 10).

²⁰³ Die Grabplatte befindet sich heute in der Friedersdorfer Kirche. Die Inschrift lautet: "Johann Friedrich Adolf. Er sah Friedrichs Heldenzeit und kämpfte mit ihm in allen seinen Kriegen. Wählte Ungnade, wo Gehorsam nicht Ehre brachte."

Wilhelm Franz Canaris (1887-1945), Januar 1935-Februar 1938 Leiter der Abteilung Abwehr im Reichswehr- bzw. Reichskriegsministerium, Februar 1938-Februar 1944 Chef des Amtes Ausland/Abwehr im Oberkommando der Wehrmacht (OKW), am 9.4. 1945 im KZ Flossenbürg hingerichtet.

Hans Oster (1888–1945), seit Anfang Oktober 1933 in der Abteilung Abwehr, 1938-Anfang April
 1943 Chef der Abwehrabteilung Z (Zentralabteilung), am 9.4. 1945 im KZ Flossenbürg hingerich

²⁰⁶ Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg (1902–1944), 1937–1939 Polizeivizepräsident von Berlin, August 1939 bis Sommer 1940 Regierungspräsident von Breslau und stellv. Oberpräsident der Provinz Schlesien, danach Reserveoffizier im Infanterieregiment 9, am 10.8. 1944 in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Friedrich Graf von der Schulenburg-Tressow (1865–1939), Ritter des Ordens Pour le Mérite mit Eichenlaub, als Oberst/Generalmajor von November 1916–Januar 1919 Chef des Generalstabes der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

²⁰⁸ Fabian von Schlabrendorff (1907-1980), Januar 1941-Juli 1944 Ordonnanzoffizier Tresckows im Oberkommando der Heeresgruppe Mitte und der 2. Armee, August 1944-Mai 1945 in Haft, nach dem Kriege Rechtsanwalt in Wiesbaden, seit 1953 auch als Notar, September 1967-November 1975 Richter am Zweiten Senat des Bundesverfassungsgerichts.

rie-Zug²¹⁰ 1000de von Kilometern durch die russischen Steppen. Sein auf Grund seiner großen Begabung erfolgter schneller Aufstieg machte ihn nicht blind für die Fehler des dritten Reiches. Er wurde aus einem Saulus ein Paulus und hat sich in fanatischem Einsatz zur Verfügung gestellt. Schlabrendorff, der Ordonnanzoffizier beim Oberstleutnant von Tresckow war, gewann mehr und mehr Einfluß. Von kristallklarem Verstande und unbedingter Verschwiegenheit, – dabei ein guter Kamerad und Gesellschafter – war er für seine vielseitigen Aufgaben als Kurier und selbständiger Verhandler besonders geeignet. Ferner galt es, Fühlung zu nehmen mit allen führenden Militärs beim O. K. W. und O. K. H. sowie den Oberbefehlshabern der Heeresgruppen und Armeen.

Allgemein wurde von den höchsten militärischen Vorgesetzten geschimpft in Gegenwart von jüngeren Offizieren und Mannschaften. Dies war auch in der alten Armee der Fall, jedoch mit dem sehr großen Unterschied, daß damals kein Vorgesetzter geduldet hätte, ihm offen Gedanken des Umsturzes zuzumuten. Schon die ersten Besprechungen, die wir mit den einzelnen Feldmarschällen und Generalobersten hatten, zeigten, daß kein einzigster von ihnen gegen einen von uns gewillt war, einzuschreiten. Fast alle haben sie mit dem Gedanken gespielt, seine Notwendigkeit anerkannt, ihre Bereitwilligkeit geäußert mitzumachen, wenn – ein anderer die Verantwortung übernehme.

So flog ich im Januar [19]42 zu einem benachbarten Heeresgruppen-Oberbefehlshaber²¹¹, aß mit ihm und seinem Chef des Stabes²¹² allein zu Abend und hatte anschließend eine lange Besprechung der Lage. Beide Herren waren in allen Punkten mit mir einig: stetig zunehmender Mangel an personellem und materiellem Ersatz, Nachlassen der Schlagkraft der Divisionen, dagegen immer stärkere Zumutungen des Führerhauptquartiers, einwandfreie Verbrechen nicht nur zu dulden, sondern sogar selber auszuführen. Als ich hieraus die Schlußfolgerung zog: Das Heer muß unter seinen militärischen Führern zur revolutionären Tat schreiten, bemerkte der Feldmarschall unter Zustimmung seines Chefs: "Für solche Worte müßte ich Sie verhaften lassen." Ein plötzlicher Entschluß ließ mich unbemerkt die auf dem Tisch liegende Klingel benutzen und auf die bei Eintreten der Ordonnanz gestellte Frage, was dies zu bedeuten, erwiderte ich: "Herr Feldmarschall wollten einen Befehl erteilen." Mit einem verlegenen Lächeln wurde über die Sache hinweggegangen. Der Zweck war nur, wie wir öfters feststellen mußten, im Falle, daß etwas herauskäme, sagen zu können: "Ich habe damals gesagt, ich würde ihn verhaften lassen." Dies galt [es] zu verhindern. Ein anderer Oberbefehlshaber schrie Tresckow und mich an: "Wenn Sie den Führer ermorden wollen, so nur über meine Leiche" und - verhandelte nach 10 Tagen wieder weiter.

Erfolgreiche militärische Operationen warfen unsere Arbeit um Wochen zurück²¹³. Politi-



²¹⁰ Graf von der Schulenburg trat am 1.6. 1940 in das Ersatzbataillon des Infanterie-Regiments 9 ein. Ende Juni 1941 erhielt er den ersten Zug der 6. Jägerkompanie im Infanterieregiment 9, den er bis Anfang November 1941 führte.

²¹¹ Gemeint ist Günther von Kluge (1882–1944), seit Mitte Dezember 1941 Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Mitte (Nachfolger Bocks). Feldmarschall von Bock war am 16.1. 1942 zum Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Süd (Nachfolger des verstorbenen Reichenau) ernannt worden und hatte am 20.1. in Poltawa, dem Hauptquartier, die Heeresgruppe übernommen.

²¹² Gemeint ist Hans von Greiffenberg (1893–1951), von Mai 1941-März 1942 Chef des Generalstabes der Heeresgruppe Mitte (von Bock/von Kluge). Das Hauptquartier der Heeresgruppe befand sich in Smolensk.

²¹³ Gemeint ist die deutsche Sommeroffensive vom 28.6. 1942, die Hitler mit der Weisung Nr. 41 vom 5.4. 1942 befohlen hat.

sche Zusammenhänge wurden nicht gesehen und, wenn sie ungünstig waren, als "Schwarzseherei" gebrandmarkt. Bedingungsloser Optimismus, eine hocheinzuschätzende Eigenschaft des Frontsoldaten, wurde zum Rüstzeug der oberen Führung. Der schwere Schlag, den die völlige Vernichtung der 6. Armee bei Stalingrad bedeutete, öffnete vielen Soldaten, aber auch Civilisten, die Augen. Der Arbeiter, politisch klar fühlend und unverbildet denkend, glaubte seit diesen Tagen der Jahreswende [19]42/43 nicht mehr an einen Endsieg. Er mußte schweigen und sich ducken unter Arbeiterführern, die sein Vertrauen niemals besessen hatten.

Im Sommer [19]42 hatte der Feldmarschall²¹⁴, dessen persönlicher Adjutant ich war²¹⁵, die Heeresgruppe abgegeben²¹⁶ und war nach Berlin gegangen, wo er "zur Verfügung des Führers" blieb²¹⁷. Ich konnte von dieser Zeit ab in Neuhardenberg wohnen und zu dem sehr wenigen Dienst im Auto nach Berlin hereinfahren. In dieser Zeit wurde mir mitgeteilt, daß ich wählen könnte, ob ich nach der Machtübernahme das Staatssekretariat der Landwirtschaft oder das Oberpräsidium der Provinz Brandenburg und der Stadt Berlin übernehmen wollte. Ich entschied mich für die letztere Aufgabe, um meiner Heimatprovinz, die ich durch jahrelange Arbeit genau kannte²¹⁸, dienen zu können. Doch auch dieses wollte ich nur vorübergehend machen, da Menschen, denen das Schicksal eine solche revolutionäre Aufgabe übergeben hatte, m. E. nach dem Gelingen Platz machen mußten, um dem Volke die Entscheidung zurückzugeben, bei wem die Führung liegen solle. Auch gibt es auf dieser Welt nichts Schöneres wie die Verwaltung des eigenen von den Vätern überkommenen Besitzes.

Meine Tätigkeit in der Heimaterlaubte mir, mich in weitgehendem Maße mit der in Aussicht genommenen Aufgabe vertraut zu machen und die erforderlichen Vorbereitungen zu treffen. In enger Zusammenarbeit mit Fritz Schulenburg, der unter Leuschner²¹⁹ als Innenminister zum Staatssekretär des Inneren vorgesehen war, fanden Sitzungen und Besprechungen im Polizeipräsidium Berlin mit dem Polizeipräsidenten²²⁰ und dessen Stellvertreter, mit dem Chef²²¹ des stellvertretenden Kommandierenden General²²², mit den Regierungspräsidenten und Landräten statt. Die beiden letzteren Behördenvertreter waren, um den Kreis nicht unnö-



²¹⁴ Fedor von Bock (1880–1945), Ritter des Ordens Pour le Mérite, September 1939 Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Nord, Oktober 1939–April 1941 Oberbefehlshaber der Heeresgruppe B, April-Dezember 1941 Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Mitte (Angriff auf Moskau). Am 18.12. 1941 in einer Krisenlage aus Krankheitsgründen abgelöst, war Bock von Januar bis 13.7. 1942 Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Süd. Bei Kriegsende stellte er sich der Regierung Dönitz zur Verfügung.

²¹⁵ Hardenberg wurde im Herbst 1940 persönlicher Adjutant Bocks. Zum 1.4. 1942 erhielt er seine Beförderung zum Oberstleutnant d.R.

²¹⁶ Dies geschah am 15.7. 1942. Bocks Nachfolger wurde Generaloberst Maximilian Reichsfrhr. von und zu Weichs an der Glon (1881–1954).

Bock war in die Führerreserve (zur Verfügung des Obersten Befehlshabers der Wehrmacht) versetzt worden. Trotz vieler Bemühungen gelang es ihm nicht, eine weitere Verwendung zu erreichen.

²¹⁸ Gemeint ist die Provinz Brandenburg, Kreis Lebus. Graf Hardenberg war von 1922 bis Ende Januar 1933 in der Kommunalpolitik aktiv gewesen.

Wilhelm Leuschner (1888 oder 1890–1944), 1928–1933 Innenminister (SPD) in Hessen, Anfang Mai 1933 verhaftet, am 29. 9. 1944 in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Wolf Heinrich Graf von Helldorff (1896–1944), März 1933 Polizeipräsident von Potsdam, Juni 1935–Juli 1944 Polizeipräsident von Berlin, am 15.8. 1944 in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Gemeint ist der Chef des Generalstabes des stellv. Generalkommandos III. Armeekorps und beim Befehlshaber im Wehrkreis III (Berlin und Brandenburg).

²²² General der Kav. Frhr. Dalwigk zu Lichtenfels (s. Anm. 196).

tig zu erweitern und die Persönlichkeiten nicht unnötig zu belasten, nicht eingeweiht. Mit ihnen wurde alles nur "theoretisch" durchgesprochen. Besonders dankbar gedenke ich der vielen klugen Ratschläge des hervorragenden Landrates von Lebus: Kreutzberger²²³. Als juristischer Berater für die notwendigen Sofortmaßnahmen gegen die Schuldigen des Naziregimes wurde mir der Vorsitzende der Berliner Anwaltskammer, Herr Rechtsanwalt Neubert²²⁴, zugewiesen. In einer stundenlangen Besprechung wurden die Richtlinien auf diesem Gebiet festgelegt. Später, als ich im Konzentrationslager saß und meine Frau²²⁵ endlich Sprecherlaubnis erhalten hatte²²⁶, teilte sie mir in Gegenwart des beaufsichtigenden Gestapobeamten mit, daß sie als Offizialverteidiger für den in Aussicht stehenden Prozeß des Volksgerichtshofes Herrn Rechtsanwalt Neubert gewonnen hätte. Dieser habe ihr gesagt, daß er mich kenne und grüßen ließe. Erst nachts in der Baracke wurde mir klar, woher die Bekanntschaft stamme. Ich hoffe, daß er an meiner Verschwiegenheit nicht gezweifelt hat.

Eine große Schwierigkeit stellte die Festsetzung der richtigen Zeit des Attentates dar. Einerseits mußte das deutsche Volk reif sein, d. h. durch die militärischen Mißerfolge in seinem Naziwahn erschüttert sein, andererseits durfte der Termin nicht zu spät gewählt werden, wenn überhaupt noch etwas gerettet werden sollte. Der sehr kluge Generaloberst Freiherr von Hammerstein, der trotz seiner schweren Erkrankung²²⁷ – er starb noch vor dem 20. Juli [19]44²²⁸ – eng mit Generaloberst Beck zusammenarbeitete, vertrat die Auffassung, daß unbedingt von einem Attentat abgesehen werden müßte, da der Deutsche politisch derart wenig begabt sei, daß er die Notwendigkeit nie einsehen werde, wenn er nicht den bitteren Kelch bis zur Neige tränke. Er würde vielmehr immer behaupten, daß der Ehrgeiz das Genie Hitler umgebracht hätte. Wir haben diese Auffassung ernst erwogen und ihre Richtigkeit nicht leugnen können. Wenn wir ihr schließlich doch nicht gefolgt sind, so aus der Überlegung heraus, daß es Pflicht derer sei, die klar sahen, die deutsche Jugend nicht weiter sinnlos sterben zu lassen und der Vernichtung an deutschen Städten und Kunstbauten Einhalt zu bieten. Was wiegt hiergegen die Frage, ob die wenigen Menschen, die zum Opfergang bereit waren, später Anerkennung fanden.

Seit Stalingrad²²⁹ haben immer wieder Attentatsversuche stattgefunden. Sie scheiterten jedesmal an irgendwelchen "Zufälligkeiten". Seit dem Zusammenbruch des Hitlerstaates kann man immer wieder die Auffassung vertreten finden, es habe den Beteiligten an Opferbereitschaft gefehlt, sich selbst bei einem Attentat zusammen mit Hitler zu opfern, um das Gelingen zu gewährleisten. Daß dieses nicht geschah, lag nicht nur daran, daß diese Herrn Kritiker sich damals leider nicht zur Verfügung stellten, sondern daß es in keiner Weise genügte, Hitler zu töten, wenn nicht gleichzeitig alles militärisch so weit vorbereitet war, daß die Macht im Staate in die Hand genommen wurde. Im anderen Falle hätten Himm-



²²³ Hans Kreutzberger (*1891), 1937-1945 Landrat im Kreis Lebus.

²²⁴ Reinhard Neubert (1896–1945), gefallen als Major d.R., bis zu seinem Tode Präsident der Reichs-Rechtsanwaltskammer.

²²⁵ Renate Gräfin von Hardenberg geb. Gräfin von der Schulenburg aus dem Hause Lieberose (1888–1959). Die Eheschließung fand am 29. 10. 1914 in Lieberose, Kreis Lübben, Niederlausitz, statt.

²²⁶ Am 24.12. 1944 konnte Gr\u00e4fin von Hardenberg erstmals ihren Mann im Konzentrationslager Sachsenhausen-Oranienburg sehen und sprechen. Vgl. auch Anm. 369.

²²⁷ Vgl. Hammerstein, Spähtrupp, S. 197f., 211, und Kardorff, Aufzeichnungen, S. 78 (25. 4. 1943).

²²⁸ Kurt Frhr. von Hammerstein-Equord verstarb am 24.4. 1943 in Berlin.

²²⁹ Gemeint ist die Zeit nach dem 1.2. 1943. Am 31.1./1. bis 2.2. hatten die noch in Stalingrad befindlichen Einheiten den Kampf eingestellt.

ler²³⁰ und Goebbels das verbrecherische Erbe angetreten. Im übrigen hatten *alle* mir bekannten Mitglieder des engeren Kreises sich zu einer solchen Tat angeboten. Auch darf nicht vergessen werden, daß die Angst vor der "Liebe" des Volkes, das ja nach dem letzten Wahlergebnis zu über 99 % hinter Hitler stand²³¹, immer weniger Menschen erlaubte, in seine Nähe zu kommen. Ein dreifacher Sicherheitsgürtel umgab das Führerhauptquartier²³², das er selber nur selten und dann ganz überraschend verließ.

Im Frühjahr [19]43, einem der letzten Male, als Hitler zur Front flog, hatten Tresckow und Schlabrendorff beschlossen, eine hochbrisante Sprengbombe beim Abflug von der Heeresgruppe²³³ in das Flugzeug Hitlers zu legen²³⁴. Immer wieder war die Bombe auf den Dnjeprwiesen bei Smolensk ausprobiert worden, und jedesmal hatte die Zündung auf die Sekunde genau gearbeitet. Tresckow reichte die Aktentasche mit der Bombe kurz nach dem Einsteigen Hitlers und seiner Begleiter, ehe die Türe des startbereiten Flugzeuges geschlossen wurde, herein²³⁵. Dann startete die "Condor"²³⁶. Alles war bereit, die Macht, sobald die Maschine als überfällig gemeldet wurde, zu ergreifen. Doch zur festgesetzten Zeit landete die Maschine im Hauptquartier²³⁷. Schlabrendorff flog sofort mit einer Ju²³⁸ hinterher und holte die Aktentasche in der Arbeitsstube des Offiziers²³⁹, an den sie gesandt war, ab²⁴⁰. Dieser hatte infolge großer Arbeitslast bis dahin nicht Zeit gehabt, sie zu öffnen.

Im Sommer [19]43 ließ sich Tresckow zur Vertretung des Chefs des Stabes²⁴¹ des Befehls-

²⁴¹ Diese Angabe trifft nicht zu. Ende Juli 1943 versetzte das Heerespersonalamt Tresckow zur Führer-



Heinrich Himmler (1900–1945), Januar 1929 Leiter der Schutzstaffel (SS), Juni 1936 Chef der Deutschen Polizei und gleichzeitig Reichsführer-SS, Oktober 1939 Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums. August 1943 Reichsinnenminister. Seit Ende Juli 1944 Befehlshaber des Ersatzheeres und Chef der Heeresrüstung. Januar 1945 Oberbefehlshaber der Heeresgruppe "Weichsel".

Gemeint ist vermutlich die Volksabstimmung in Österreich und Deutschland, die am 10.4. 1938 stattfand und den "Anschluß" vom 13./14.3. mit 99,7 Prozent der Stimmen guthieß.

²³² Es waren zwei mit römischen Ziffern bezeichnete Sperrkreise.

²³³ Gemeint ist die Heeresgruppe Mitte, deren Oberbefehlshaber Generalfeldmarschall Günther von Kluge war (Dezember 1941–Oktober 1943).

²³⁴ Es war der 13.3. 1943, als Hitler die Heeresgruppe Mitte in Smolensk besuchte.

Nicht Tresckow war es, sondern Schlabrendorff, der das Paket mit den beiden Cointreau-Flaschen, gerichtet an Oberst i. G. Stieff, Oberst i. G. Heinz Brandt, dem ersten Generalstabsoffizier (Ia) der Operationsabteilung, gab.

²³⁶ Vgl. Peter Hoffmann, Widerstand, Staatsstreich, Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler, München ³1979, S.351.

²³⁷ Vgl. ebenda, S. 352f.

²³⁸ Schlabrendorff, Offiziere gegen Hitler, S. 75, spricht nur von "dem regelmäßigen Kurierflugzeug", mit dem er am nächsten Tag in das Hauptquartier des OKH flog.

Gemeint ist Hellmuth Stieff, seit Ende Oktober 1942 Chef der Organisationsabteilung im Generalstab des Heeres. Erst am 8.9. 1943 erfuhr Stieff durch Oberst i. G. von Tresckow von diesem Versuch. Vgl. Horst Mühleisen, Hellmuth Stieff und der deutsche Widerstand, in: VfZ 39 (1991), S.339–377, hier: S.346f. Graf Hardenberg irrt sich hingegen. Brandt übergab Stieff, nach seiner Rückkehr im Hauptquartier, das Paket nicht. Tresckow hatte Brandt telefonisch darum gebeten; es sei eine Verwechslung unterlaufen; so lautete die Begründung. Vgl. Schlabrendorff, Offiziere gegen Hitler, S.74f., und Hoffmann, Widerstand, S.353.

²⁴⁰ Brandt händigte Schlabrendorff das Paket wieder aus, und Stieff erhielt nun die zwei Flaschen Cointreau.

habers des Ersatzheeres²⁴² kommandieren, um an dieser wichtigsten Stelle die Arbeit vorwärts zu treiben. Er erreichte, daß nach 3 Monaten in diese Stelle der Oberst Graf Stauffenberg²⁴³ versetzt wurde²⁴⁴. Stauffenberg war in Afrika schwer verwundet worden²⁴⁵, hatte ein Auge und einen Arm verloren sowie mehrere Finger der anderen Hand. Er war das Vorbild eines klugen und tapferen deutschen Offiziers, der stets die Sache über die Person stellte. Dabei war er ein gläubiger katholischer Christ, der wochenlang mit sich gekämpft hatte, ob er es vor Gott und seinem Gewissen verantworten könnte, einen solchen Schritt zu tun.

Der Befehlshaber des Ersatzheeres, Generaloberst Fromm, war undurchsichtig und zu keiner klaren Stellungnahme zu bekommen²⁴⁶. So mußte Stauffenberg alles auf eigene Schultern nehmen. Ich habe in dem letzten Dreivierteljahr in Berlin und Neuhardenberg mit ihm zusammengearbeitet²⁴⁷ und wurde immer wieder beeindruckt von seiner "antiken Größe", mit der er alle Sorgen und Bedenken an seiner Person beiseite schob und in vollem Bewußtsein den Opfergang ging. Männer wie Stauffenberg und Tresckow und all die anderen, die ihr Leben zur Befreiung ihres Volkes geopfert haben, haben ihre Namen unauslöschlich in die deutsche Geschichte eingemeißelt. Ob von rechts oder links kommend, verband sie eine geradezu religiöse Begeisterung, alles Trennende zu überbrücken und sich die Hände zu reichen im Dienste am Volk und Vaterland. Es wird und muß die Stunde kommen, wo den deutschen Parteien sich die Augen öffnen und sie ablassen von der jetzt wieder aufkommenden Selbstzerfleischung und sie erkennen, daß der Aufbau des Vaterlandes nur möglich ist, wenn wir alle zusammenstehen. Den Nationalsocialismus bekämpfen und – seine Methoden der Vergewaltigung Andersdenkender und des Terrors anwenden, ist nicht der Weg, der in die Zukunft führt.

Die fortschreitende Arbeit ergab, daß zwar die militärischen Führer nicht gewillt waren, gegen uns einzuschreiten, daß aber auch nur wenige, wie Witzleben²⁴⁸, Beck, Hoepner²⁴⁹,

reserve. Anfang August kam er nach Potsdam. Seit diesem Zeitpunkt war Tresckow unermüdlich für die Fronde tätig. Anfang Oktober 1943 übernahm er die Führung eines Regiments.



²⁴² Friedrich Fromm (1888–1945), September 1939-Juli 1944 Chef der Heeresrüstung und Befehlshaber des Ersatzheeres. Fromm, am 21.7. auf Himmlers, seines Nachfolgers, Befehl in Haft genommen, wurde passives Verhalten vorgeworfen. Er wurde am 12.3. 1945 im Zuchthaus Brandenburg an der Havel standrechtlich erschossen.

²⁴³ Claus Schenk Graf von Stauffenberg (1907–1944), Anfang Juni 1940–Ende Januar 1943 General-stabsoffizier der Organisationsabteilung im Generalstab des Heeres/OKH, zuletzt Leiter der Gruppe II, Februar–April 1943 erster Generalstabsoffizier (Ia) der 10. Panzerdivision in Tunesien, am 7.4. schwer verwundet, Oktober 1943–Ende Juni 1944 Chef des Stabes beim Chef des Allgemeinen Heeresamtes (AHA), Juli 1944 Oberst i. G. und Chef des Stabes beim Chef der Heeresrüstung und Befehlshabers des Ersatzheeres bis 20.7. 1944, am 21.7. 1944 standrechtlich erschossen.

²⁴⁴ Stauffenberg wurde zum 1.10. 1943 Chef des Stabes beim Chef des Allgemeinen Heeresamtes, General der Inf. Olbricht.

²⁴⁵ Vgl. Christian Müller, Oberst i. G. Stauffenberg, Düsseldorf 1970, S. 288f.

²⁴⁶ Vgl. Hoffmann, Widerstand, S. 463 f.

²⁴⁷ Gemeint sind Stauffenbergs Verwendungen als Chef des Stabes beim Chef des Allgemeinen Heeresamtes (Anm. 244) vom 1.10. 1943 bis 30.6. 1944 sowie als Chef des Stabes beim Chef der Heeresrüstung und Befehlshaber des Ersatzheeres vom 1. bis 20.7. 1944.

²⁴⁸ Erwin von Witzleben (1881–1944), September 1939-Oktober 1940 Oberbefehlshaber der I. Armee, Oktober 1940-April 1941 Oberbefehlshaber der Heeresgruppe D, Mai 1941-März 1942 Oberbefehlshaber West, am 8.8. 1944 in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

²⁴⁹ Erich Hoepner (1886-1944), Juni-Oktober 1941 Befehlshaber der Panzergruppe 4, Oktober 1941-

Rommel²⁵⁰ und Stülpnagel²⁵¹ bereit waren, sich persönlich einzusetzen. Immer wieder, seit Herbst [19]43, wurden Pläne ausgearbeitet und Termine angesetzt²⁵², doch die Tyrannis wurde so rigoros ausgeübt, daß es lange nicht gelang, zum Handeln zu kommen. Stauffenberg war der einzigste, der auf Grund seiner Stellung Zutritt zum Bunker Hitlers hatte²⁵³. Er mußte daher selber zur Tat schreiten, andererseits war er nach geglücktem Attentat unentbehrlich, um den Apparat anlaufen zu lassen, da die Stellungnahme Fromms unklar blieb.

Aufregende Wochen und Monate vergingen, in denen wir uns immer wieder in der Bendlerstraße in Berlin versammelten, da der Tag zur Ausführung des Attentats bestimmt war. Entweder fiel jedoch der Vortrag, bei dem gehandelt werden sollte, in letzter Stunde aus, oder Himmler, der gleichzeitig miterledigt werden sollte, war nicht erschienen. Später wurde auf diese letztere Bedingung verzichtet, da die Zeit immer weiter vorwärtsschritt, und der Kreis der Eingeweihten immer größer wurde. Die Notwendigkeit, einen nur möglichst kleinen Kreis einzuweihen, fand ihre Grenze in den letzten Wochen vor der Tat. Es mußte mindestens eine Persönlichkeit bei jeder Dienststelle gewonnen werden, die die Gewähr bot, daß ohne Zögern gehandelt würde. Je mehr aber der Kreis über die engeren Mitarbeiter hinauswuchs, um so gefährlicher wurde die Gefahr des Verrates, weniger aus schlechter Gesinnung als vielmehr wegen der unseligen Schwatzhaftigkeit und Eitelkeit. Wenn trotzdem die Gestapo nicht einschreiten konnte, so nur deswegen, daß jeder die Sorge hatte, sich selber die Schlinge um den Hals zu legen. Nachdem ein Termin am 15ten Juli [19]44 wieder erfolglos verlaufen war²⁵⁴, schieden wir aus Berlin mit dem Entschluß, in den allernächsten Tagen zum Handeln zu kommen, da sonst auf ein Gelingen nicht mehr zu rechnen sei.

Die wenigen Überlebenden werden die Wochen des Wartens, wo die Nerven bis zum Zerreißen gespannt waren, nicht vergessen. Jeder einzelne erlebte Momente, wo er glaubte, es wäre verraten. So gingen Tresckow, Stauffenberg und die tapfere Margarethe von Oven²⁵⁵, die die Aufrufe an das Volk und Heer auf der Schreibmaschine geschrieben hatte²⁵⁶, eines

Januar 1942 Oberbefehlshaber der 4. Panzerarmee. Am 8.1. 1942 auf Grund selbständiger Rücknahme des XX. Armeekorps von Hitler abgelöst, Juni 1942 verabschiedet, am 8.8. 1944 in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

²⁵¹ Carl-Heinrich von Stülpnagel (1886–1944), September 1938–Mai 1940 Oberquartiermeister I und Stellvertreter des Chefs des Generalstabes des Heeres, Februar 1942–21.7. 1944 Militärbefehlshaber Frankreich und Nordbelgien, am 30. 8. 1944 in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

²⁵² Vgl. Hoffmann, Widerstand, S. 360-374 und 396-410.

²⁵³ Gemeint ist Stauffenbergs Verwendung als Chef des Stabes beim Chef der Heeresrüstung und Befehlshaber des Ersatzheeres, Generaloberst Fromm (vgl. Anm. 247).

²⁵⁴ Zu dem gescheiterten Attentatsversuch am 15.7. vgl. Hoffmann, Widerstand, S.471–476 und Mühleisen, Hellmuth Stieff und der deutsche Widerstand, S.359f. Am Abend des 15.7. war Graf Hardenberg in Berlin und traf Graf Helldorff. Vgl. Hans Bernd Gisevius, Bis zum bittern Ende, Bd.2, Vom Münchner Abkommen zum 20. Juli 1944, Zürich 1946, S.340.

²⁵⁵ Margarethe von Oven (1904–1991), heiratete 1955 Wilfried Graf von Hardenberg (1900–1973), Oberforstmeister, Bruder des Grafen Hardenberg.

²⁵⁶ Dazu ausführlich ihren Bericht in: Joachim Kramarz, Claus Graf Stauffenberg. 15. November 1907–20. Juli 1944. Das Leben eines Offiziers, Frankfurt a. M. 1965, S. 147f. sowie das Interview, das Gräfin Hardenberg im Jahre 1979 gab (vgl. Anm. 257 und 329).



²⁵⁰ Erwin Rommel (1891–1944), Ritter des Ordens Pour le Mérite, September 1941–Februar 1942 Oberbefehlshaber der Panzergruppe Afrika, Februar 1942–Oktober 1942 Oberbefehlshaber der Panzerarmee Afrika, Januar–März 1943 Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Afrika, Oberbefehlshaber der Heeresgruppe B von August bis November 1943 in Italien, Januar bis Juli 1944 Oberbefehlshaber der Heeresgruppe B in Nordfrankreich.

Tages in Berlin auf der Straße, die Aufrufe in einer Aktentasche bei sich, als ein Überfallkommando von nückwärts heranjagte, dicht vor ihnen rechts heranfuhr und abstoppte. Die Beamten sprangen herunter, als die drei das Haus gerade erreicht hatten, und – sperrten das Haus ab, ohne sich um sie zu kümmern. Da hat auch diesen 3 tapferen Menschen, wie sie hinterher berichteten, das Herz fast stillgestanden²⁵⁷. Ein anderes Mal sandte mir Stauffenberg einen Offizier mit dem Entwurf der ersten Befehle zur Stellungnahme²⁵⁸. Durch ein Versehen waren die Schriftstücke, als wir am Nachmittage des Tages im Auto weggefahren waren, offen auf dem Tisch liegen geblieben. Meine Frau hatte sie gefunden und verschlossen, da sie, wie sie uns sagte, sie nicht für eine geeignete allgemeine Lektüre hielt.

Am 19ten Juli erhielt ich durch einen Geheimkode mittags die Mitteilung, daß der nächste Tag für das Attentat festgesetzt sei. Meine Tochter Wonte²⁵⁹, die als Sekretärin von mir, außer meiner Frau, seit Monaten eingeweiht sein mußte, brachte mir die Nachricht in den Garten. Hoffentlich ist es diesmal nicht wieder vergeblich, war der Gedanke, der uns bewegte. Zu oft war ich nach Berlin geeilt und abends ohne Ergebnis zurückgekehrt. Aber ich wußte, daß dieses Mal das Attentat zur Ausführung kommen mußte, wenn es anders nicht verraten werden würde. Es hat sich dann auch herausgestellt, daß an diesem Tage schon der Haftbefehl gegen Dr. Goerdeler unterschrieben war²⁶⁰.

Ein Weg in den alten Park²⁶¹ ließ mich noch einmal den Schritt, der vor uns lag, durchdenken. Hier war ich so oft mit Stauffenberg gegangen, um die Klärung der Probleme zu suchen. Wir waren Offiziere und hatten den Fahneneid geschworen. Ich selber war in der strengen Potsdamer Schule aufgewachsen²⁶², die ein Vorbild war für die ganze preußischdeutsche Armee. Nur wer selber getragen wurde von diesem Gedankengut, kann ermessen, was es bedeutete, den Schritt, der vor uns lag, zu tun. Hinzu kam, daß bei der Ausführung des Attentats, wie es nunmehr beabsichtigt war, auch Unschuldige ihr Leben lassen mußten. Ich erinnerte mich einer eingehenden Aussprache über diesen Punkt mit meinem alten Freunde Kurt Plettenberg²⁶³, der eine Weile stumm neben mir gegangen war und dann ste-



²⁵⁷ Margarethe von Oven und Erika von Tresckow schrieben die Umsturzpläne für "Walküre". Der erste Aufruf begann mit den Worten: "Der Führer Adolf Hitler ist tot …." Zumeist trafen sich Tresckow, Stauffenberg und Frau von Oven im Grunewald. Der von Graf Hardenberg geschilderte Vorfall ereignete sich wohl im Oktober oder Anfang November 1943 in Berlin, Trabener Straße, Nähe des S-Bahnhofes Grunewald. Bei dieser Zusammenkunft hatte sie alle Konzepte dabei. – Angaben aus dem Interview, das Gräfin Hardenberg im Jahre 1979 gab. Ausschnitte daraus in dem Fernsehfilm von Günter Marquardt und Ulrich Teschner über Henning von Tresckow: Chef des Generalstabes oder Tod auf dem Schafott. Stationen im Leben des Henning von Tresckow, in: ARD, 20.7. 1987. Vgl. auch Dorothee von Meding, Mit dem Mut des Herzens. Die Frauen des 20. Juli, Berlin 1992, S. 103 f.

²⁵⁸ Zeitlich ist dieser Vorgang vermutlich November/Dezember 1943 einzuordnen.

²⁵⁹ Gemeint ist Reinhild Gräfin von Hardenberg (*1923).

²⁶⁰ Der Haftbefehl gegen Goerdeler wurde am 17.7. 1944 erlassen.

²⁶¹ Gemeint ist der Schloßpark von Neuhardenberg, den Joseph Peter Lenné unter Einfluß von Graf Hermann Pückler-Muskau 1821 zu einem Landschaftspark umgestaltet hat.

²⁶² Gemeint ist das Erste Garde-Regiment zu Fuß, in das Hardenberg Ende September 1910 zu Potsdam eingetreten war.

²⁶³ Kurt Frhr. von Plettenberg (1891–1945), 1937-Ende Dezember 1941 Präsident der Fürstlich Schaumburg-Lippe'schen Hofkammer in Bückeburg und (gleichzeitig) ab 1.1. 1942 bis 1.3. 1945 Generalbevollmächtigter des vormals regierenden Königshauses. Im Zweiten Weltkrieg zuletzt Major d.R. (Kommandeur III. Btl./Gren. Rgt. 415. Im Infanterie-Regiment 9 1940: Führer III. Btl.).

hen blieb und sagte: "Nein, es hilft nichts, auch wenn Du selber dabei mitsterben müßtest, ich würde es tun, der Dienst am Volke muß uns mehr gelten wie unsere Freundschaft."

Auch die Frage, ob eine solche Tat vom Standpunkt eines Christen zu vertreten sei, hat uns immer wieder beschäftigt. Die Mehrzahl von uns stand auf dem Standpunkt des positiven Christentums evangelischer oder katholischer Konfession. Wir konnten nicht leugnen, daß sowohl vom militärischen wie vom religiösen Standpunkt der Schritt nicht zu verteidigen sei, und daß wir doch zur Ausführung schreiten mußten. Daß wir vor irdischen Richtern verurteilt werden mußten, auch bei Gelingen der Tat, wußten wir, und nahmen wir in Kauf. Am Stuhle Gottes hofften wir auf einen milden Richter, der in das Herz der Menschen sehen konnte.

Doch eines war uns unumstößlich klar, niemals durfte ein Handeln, zu dem wir uns durchrangen, Gemeingut werden des Volkes. Wehe der Jugend, die glaubt, das Recht zu solchen Schritten sich nehmen zu dürfen. Gehorsam ist der Grundpfeiler, auf dem das Staatswesen aufgebaut sein muß. Aber das eine möge unser Volk aus dieser Vergangenheit lernen, daß es nicht damit getan ist, in einer Tapferkeit, die ihresgleichen in der Welt kaum findet, dem äußeren Feind entgegenzutreten, sondern daß wir uns zu einer "Civilcourage" erziehen müssen, die bei allem Gehorsam uns nichts tun läßt gegen das Gewissen im Inneren.

Jeder Baum und jeder Strauch im Park erinnerte mich an das Ringen und Suchen der letzten Monate. Nun war die Stunde des Handelns gekommen. Alle Zweifel waren abgeschüttelt. Ich fühlte mich als Soldat, der nach langem Warten endlich das Signal zum Sturmangriff ertönen hörte. Als ich nach Hause zurückkehrte, war der Oberst Jäger²⁶⁴ vom Infanterie [-]Regiment 8 in Frankfurt a.O., Ritterkreuzträger, von Berlin gekommen, um letzte Dinge abzusprechen. Er blieb zum Abend; wir schieden mit dem Versprechen, uns am nächsten Morgen um 8 Uhr in der Bendlerstraße in Berlin zu treffen. Jäger war das Muster eines Offiziers von größter Tapferkeit und unbeirrt in der Verfolgung des als richtig erkannten Weges.

Am Morgen des 20. Juli fuhr ich mit meinem Kraftwagen um 7 Uhr nach Berlin. Der Abschied von zu Hause unterschied sich in nichts von all den früheren. Meine Familie, seit Monaten an die Spannungen und Aufregungen gewöhnt, zeigte eine Haltung, deren ich immer dankbar gedenken werde und die mich mit großer Kraft erfüllte. In Berlin war der engere Stab versammelt. Da ich für eine civile Tätigkeit vorgesehen war, hatte ich in den ersten Stunden keine Aufgabe. Ich wollte nur mit den Freunden in dieser Schicksalsstunde vereint sein. In der Bendlerstraße traf ich zunächst die prachtvollen Jungens vom Regiment 9²⁶⁵, Georg Sigismund von Oppen²⁶⁶, Sohn eines alten Freundes und Regimentskameraden²⁶⁷,

Rudolf von Oppen (1887–1954), Januar 1906 Leutnant im Ersten Garde-Regiment zu Fuß, 1920 Abschied mit dem Charakter als Major, zuletzt Kommandeur der 352. Volks-Grenadier-Division.



Von Februar 1918 bis November/Dezember 1918 Maschinengewehr-Offizier beim Ersten Garde-Regiment zu Fuß. Die lebenslange Freundschaft mit Graf Hardenberg stammt wohl aus dieser Zeit. Am 1.3. 1945 verhaftet, verübte er am 10.3. 1945 Selbstmord.

Fritz Jäger (1895–1944), Kommandeur der Panzer-Ersatztruppen II und XXI; sollte Goebbels verhaften und das Reichssicherheitshauptamt besetzen; am 21.8. 1944 in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

²⁶⁵ Gemeint ist das Infanterie-Regiment 9.

²⁶⁶ Gemeint ist Georg-Sigismund von Oppen (*1923). Oppen war von August-Dezember 1944 in Haft, danach, zusammen mit Leutnant Ewald Heinrich von Kleist (vgl. Anm. 268), bis Mai 1945 bei der Festungsbrigade Genua (Mitteilungen Georg-Sigismund von Oppens vom 11.6. 1992).

Ewald Heinrich von Kleist²⁶⁸, den Sohn des aufrechten Kleist[-]Schmenzin²⁶⁹, Friedrich Karl Klausing²⁷⁰, einen der besten Potsdamer Offiziere, und den Sohn²⁷¹ des verstorbenen Generaloberst Freiherrn von Hammerstein. Sie alle hatten sich als Ordonnanz-Offiziere²⁷² und Kuriere zur Verfügung gestellt. Stauffenberg war mit seinem Mitarbeiter, dem Oberleutnant von Haeften²⁷³, ins Führerhauptquartier geflogen²⁷⁴; mit ihrer Rückkehr war erst gegen 1 Uhr mittags zu rechnen²⁷⁵.

Ich fuhr nochmals zur Erledigung laufender Adjutantengeschäfte auf das Büro des Generalfeldmarschalls von Bock in der Kaiserallee. Der Feldmarschall selber war seit einigen Wochen in Ostpreußen auf dem Besitz seiner Frau²⁷⁶. 10 Tage vorher war ich zu ihm gefahren und hatte ihm mitgeteilt, daß in allernächster Zeit gegen dieses System gehandelt werden würde. Er kenne meine Auffassung, ich müsse ihm mitteilen, daß ich beteiligt sein würde;



²⁶⁸ Ewald Heinrich von Kleist (*1922) trat am 1.4. 1941 in das Infanterie-Regiment 9 (Potsdam) ein. Er war am 20.4. 1944 nicht Ordonnanzoffizier in der Bendlerstraße, sondern hatte eine Marschkompanie in Nedlitz. Er war daher an diesem Tage "privat" im Bendlerblock (Mitteilungen Ewald Heinrich von Kleists vom 6.5. 1992).

²⁶⁹ Ewald von Kleist-Schmenzin (1890–1945), Fideikommißherr auf Schmenzin und Dimkuhlen, Kreis Belgard, Pommern, am 9.4. 1945 in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Gemeint ist Friedrich Karl Klausing (1920–1944), der am 8. 8. 1944 in Berlin-Plötzensee hingerichtet wurde. 1938 Eintritt in das Infanterie-Regiment 9, 1940 Leutnant, 1942/43 Oberleutnant und Kompaniechef im Grenadier-Regiment 9, 1943 vorzugsweise Hauptmann, seit April 1944 Verwendung beim Chef der Heeresrüstung und Befehlshaber des Ersatzheeres/Allgemeines Heeresamt (OKH) in der Gruppe des Majors i. G. Wolfgang Olshausen. Klausing begleitete Graf Stauffenberg am 11. und 15.7. 1944 als Ordonnanzoffizier in das Führerhauptquartier.

²⁷¹ Gemeint ist Ludwig Frhr. von Hammerstein-Equord (*1919), der am 20.7. 1944 Ordonnanzoffizier in der Bendlerstraße war. Er war im Januar 1940 in das Infanterie-Ersatzbataillon 9 zu Potsdam eingetreten, dessen Kommandeur Major d. R. Graf Hardenberg war. Anfang April 1941 Leutnant im Infanterie-Regiment 178. Nach Verwundung und Krankheit im Dezember 1941 nicht mehr felddienstfähig. 1943 ließ sich Hammerstein als aktiver Offizier zum Bergbau-Studium an die Technische Hochschule Berlin kommandieren. Zum Ersatzbataillon 9/178 hatte er "stets gute Verbindungen" (Mitteilungen vom 3.5. 1992). Das Zusammentreffen Graf Hardenbergs mit den erwähnten Offizieren fand gegen 16.30 Uhr statt. Angabe aus der überarbeiteten Fassung der Niederschrift (Typoskript, S.10).

²⁷² Dazu zählt auch Hans Karl Fritzsche, der aus dem Infanterie-Regiment 9 hervorgegangen war. Fritzsche war von Stauffenberg als Ordonnanzoffizier des Generalobersten Hoepner eingeteilt worden.

Werner von Haeften (1908–1944), seit November 1943 Verwendung beim Chef der Heeresrüstung und Befehlshaber des Ersatzheeres/Allgemeines Heeresamt (OKH) und zeitweise Ordonnanzoffizier Stauffenbergs, am 21.7. 1944 in Berlin standrechtlich erschossen.

²⁷⁴ Gegen acht Uhr morgens am 20.7. 1944 vom Flugplatz Rangsdorf bei Berlin aus. Im Flugzeug befand sich auch Generalmajor Stieff, Chef der Organisationsabteilung im Generalstab des Heeres.

²⁷⁵ Stauffenberg und Haeften landeten erst zwischen 14.45 Uhr und 15.15 Uhr wahrscheinlich auf dem Flugplatz Rangsdorf bei Berlin. Etwa um 16.30 Uhr trafen sie in der Bendlerstraße ein.

Gemeint ist Wilhelmine von Bock geb. von Boddien (1893–1945). Sie starb am 3.5. 1945, zusammen mit ihrer jüngsten Tochter (aus erster Ehe), Katharina Elisabeth Sophie von der Osten (*1923), bei einem Tieffliegerangriff auf der Straße zwischen Lensahn und Oldenburg/Holstein. Nach seiner Verabschiedung wohnte Bock auch auf Gut Grodtken bei Heinrichsdorf, Kreis Neidenburg, Ostpreußen, das seiner Frau gehörte (vgl. Anm. 214).

seine, des Feldmarschalls Person, sei natürlich in keiner Weise belastet²⁷⁷. Dieses Bekenntnis war ich ihm schuldig, hatte er mir doch, obwohl politisch in keiner Weise meiner Auffassung, stets gestattet, meine Auffassung unumwunden zu äußern. Ja, oft hatte ich das Gefühl, daß er eine gegnerische Auffassung direkt suchte, ohne – sich allerdings selber dazu durchringen zu können.

Gegen 12 Uhr mittags fuhr ich erneut zur Bendlerstraße. Hier hatte sich noch nichts geändert, immer noch wartete alles auf einen Fernspruch aus dem Hauptquartier oder auf das Eintreffen der Flugmaschine mit Graf Stauffenberg²⁷⁸. Um nicht unnötig Zeit durch Warten zu verlieren, erledigte ich noch einige andere Arbeiten in der Stadt. Als ich nach 1 Uhr mich wieder einfand, begrüßte mich Fritzi Schulenburg mit der Mitteilung, daß das Attentat zur Ausführung gekommen sei und man eine starke Explosion gehört habe. Näheres sei noch nicht bekannt. Stauffenberg, der soeben eingetroffen sei, wäre mit Haeften beim Generaloberst Fromm²⁷⁹. Dieser war, wie oben schon gesagt, in der letzten Zeit vollkommen undurchsichtig gewesen²⁸⁰. Ich selber hatte ihn vor einem halben Jahr das letzte Mal gesehen und ihm damals gesagt, daß die gutgesinnten Menschen aller Stände ihre Blicke auf ihn richteten in der Hoffnung, daß er, wenn die Stunde reif sei, handeln würde. Er sei einer der wenigen, die kraft ihrer Stellung die Lage übersehen und handeln könne. Fromm hatte nicht zugestimmt, aber auch nicht ganz abgelehnt. Seit jener Besprechung hatte ich mich anderen Aufgaben zu widmen und ihn nicht wiedergesehen.

Wie verlief nun die Unterredung Stauffenberg – Fromm? Stauffenberg meldete dem Generaloberst, daß er soeben aus dem Führerhauptquartier käme. Er habe dort nach seinem Vortrag eine Bombe zur Explosion gebracht. Diese habe sofort nach seinem Verlassen der Baracke gezündet. Er sei ohne Aufenthalt dort abgeflogen und nur noch mit großen Schwierigkeiten aus dem 3fach[en] Sperrgebiet herausgekommen. Er nähme an, daß Hitler tot sei; aber auch, wenn dies nicht der Fall sei, müsse sofort die Macht ergriffen werden. Alle Befehle seien vorbereitet²⁸¹. Eine neue Reichsregierung unter Dr. Goerdeler sei gebildet, der Generaloberst Beck – dieser hatte vor Jahren sein Amt als Chef der Operationsabteilung²⁸² (Generalstab) zur Verfügung gestellt²⁸³ und auf Stellung und Ehren verzichtet, weil er den Krieg, auf den Hitler lossteuerte, für ein nationales Verbrechen ansah – sei bereit, sich an die Spitze der Freiheitsbewegung zu stellen²⁸⁴. Fromm, der in den Tagen vorher seine Zustimmung zu gewissen vorbereitenden Maßnahmen erteilt hatte, verweigerte seine Mitarbeit und griff nach der Pistole, um Stauffenberg niederzuschießen. Haeften sprang vor seinen Chef, richtete seine Pistole auf Fromm und erklärte, sofort zu schießen,



²⁷⁷ Vgl. dazu die Einleitung S. 436.

²⁷⁸ Vgl. Anm. 275.

²⁷⁹ Hier liegt ein Erinnerungsfehler Graf Hardenbergs vor. Stauffenberg und Haeften trafen erst gegen 16.30 Uhr in der Bendlerstraße ein.

²⁸⁰ Vgl. Hoffmann, Widerstand, S. 463 f.

Zu dieser Unterredung vgl. Eberhard Zeller, Geist der Freiheit. Der zwanzigste Juli, München 1963, S. 386, und Hoffmann, Widerstand, S. 519f., 609f.

²⁸² Beck war nie Chef der Operationsabteilung. Gemeint ist: Chef des Truppenamtes (Bezeichnung für den getarnten Generalstab) im Reichswehrministerium von Anfang Oktober 1933 bis Ende Juni 1935 und Chef des Generalstabes des Heeres vom 1.7. 1935 bis 27.8. 1938 (vgl. Anm. 194).

²⁸³ Vgl. Nicholas Reynolds, Beck. Gehorsam und Widerstand. Das Leben des deutschen Generalstabschefs 1935–1938, Wiesbaden/München 1977, S. 153 f.

²⁸⁴ Beck war als Staatsoberhaupt vorgesehen. Vgl. Hoffmann, Widerstand, S. 453.

falls der Generaloberst die Waffe zöge²⁸⁵. Fromm fügte sich. Stauffenberg wies ihn an, sein Arbeitszimmer nicht zu verlassen und stellte vor die beiden Türen je einen Offizierposten²⁸⁶. Ebenso geschah es mit dem General von Kortzfleisch²⁸⁷, der als stellvertretender Kommandierender General des III. [Armee-]Korps fernmündlich in die Bendlerstraße gerufen war und sich gleichfalls versagte²⁸⁸. Später, am Nachmittag, bat er, freigelassen zu werden, mit der in dieser Schicksalsstunde des Vaterlandes für einen aktiven General eigenartigen Begründung: Er wolle militärisch und politisch nichts tun, sondern nur seinen Garten bebauen.

Unterdessen²⁸⁹ trafen der Generalfeldmarschall von Witzleben aus Seese im Kreise Calau, wo er bei seinem Adjutanten, dem Major Graf zu Lynar²⁹⁰, wohnte, mit diesem sowie der Generaloberst Hoepner ein²⁹¹. Langsam sickerte das Gerücht durch, daß Hitler nicht tot, sondern nur verwundet sei; doch die führenden Männer, Witzleben, Beck, Olbricht²⁹² und Stauffenberg erkannten, daß es ein Zurück nicht mehr gäbe, sondern daß der einmal beschrittene Weg weiter verfolgt werden müsse.

Mir wurde ein Dienstwagen zur Verfügung gestellt, um mich in Verfolg der mir erteilten Aufgabe davon zu überzeugen, ob beim Generalkommando für Berlin und Brandenburg²⁹³ alles vorschriftsmäßig verliefe. Der Ausnahmezustand war erklärt, der Kommandierende General – an Stelle des General von Kortzfleisch war der Befehlshaber der Wehrersatzinspektion Berlin, General von Thüngen²⁹⁴, getreten – hatte die vollziehende Gewalt.

Unser Vertrauensmann war der prachtvolle Major von Oertzen²⁹⁵. Er war von einer Hee-



²⁸⁵ Vgl. Zeller, Geist der Freiheit, S. 387, und Hoffmann, Widerstand, S. 520.

²⁸⁶ Vgl. ebenda.

²⁸⁷ Joachim von Kortzfleisch (1890-1945), März 1943-Ende Januar 1945 Kommandierender General des stellv. Generalkommandos III. Armeekorps und Befehlshaber im Wehrkreis III (Berlin und Brandenburg).

²⁸⁸ Zu Kortzfleischs Verhalten am 20. Juli 1944 vgl. Hammerstein, Spähtrupp, S.279–282.

Witzleben, der nach geglücktem Staatsstreich Oberbefehlshaber der Wehrmacht werden sollte, traf gegen 19.30 Uhr im Kriegsministerium, Bendlerstraße, ein. Er hielt sich nur etwa 45 Minuten auf und verließ "zornig" den Bendlerblock gegen 20.15 Uhr.

Wilhelm Friedrich Graf zu Lynar (1899-1944), April 1943-Juli 1944 Adjutant des Generalfeldmarschalls von Witzleben, zuvor beim Generalkommando des stellv. III. Armeekorps in Berlin tätig, am 29. 9. 1944 in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

²⁹¹ Hier liegt ein Erinnerungsfehler Hardenbergs vor. Hoepner war nach den Feststellungen Hoffmanns, Widerstand, S. 511, gegen 15.15 Uhr wieder in die Bendlerstraße gegangen.

²⁹² Friedrich Olbricht (1888–1944), Mai 1940–20.7. 1944 Chef des Allgemeinen Heeresamtes (AHA) im OKH; am 21.7. 1944 in Berlin standrechtlich erschossen.

²⁹³ Gemeint ist das stellv. Generalkommando des III. Armeekorps und des Wehrkreises III. Kommandierender General war Generalleutnant Frhr. von Thüngen (vgl. Anm. 294).

²⁹⁴ Karl Frhr. von Thüngen (1886–1944), Juni 1944 Inspekteur der Wehrersatz-Inspektion Berlin, am 20.7. zum Kommandierenden General des stellv. Generalkommandos III. Armeekorps und Befehlshaber im Wehrkreis III (Berlin und Brandenburg) ernannt, am 24.10. 1944 in Brandenburg hingerichtet.

²⁹⁵ Hans-Ulrich von Oertzen (1915-1944), Februar 1943 vierter Generalstabsoffizier (Id) im Ober-kommando der Heeresgruppe Mitte, März 1944 erster Generalstabsoffizier (Ia) der Korpsabteilung E der 2. Armee, Juli 1944 kommandiert zum stellv. Generalkommando III. Armeekorps und beim Befehlshaber im Wehrkreis III (Berlin und Brandenburg), verübte am 21.7. 1944 Selbstmord.

resgruppe des Ostens²⁹⁶ dem Generalkommando in Berlin zugeteilt²⁹⁷, um dort die für den Umsturz besonders wichtige generalstabsmäßige Arbeit zu erledigen. Die Verhältnisse waren besonders schwierig, da auch der Chef des Generalstabes eben gewechselt hatte (an Stelle des Generals von Rost²⁹⁸ war der General Herfurth²⁹⁹ getreten), so daß niemand da war, der Oertzen aus eigener Erfahrung heraus unterstützen konnte. Als ich beim Generalkommando eintraf, wurde dort mit beispielhafter Ruhe gearbeitet. Oertzen hatte in seiner vorbildlichen Pflichttreue sich still eingeschaltet und versicherte mir, daß keine Hilfe notwendig sei, und ich Stauffenberg versichern könnte, daß man seine Pflicht täte. Er bat nur, daß ich ihn abends nochmal unterrichten möchte über den weiteren Fortgang in der Bendlerstraße.

Als ich dorthin zurückkam, war der "Bendlerblock", d.h. die zum Oberkommando der Wehrmacht und Oberkommando des Heeres gehörenden Gebäude, durch eine starke Wache abgesperrt. Zutritt erhielten nur diejenigen von uns, die im Besitz einer von Stauffenberg vorher ausgestellten Einlaßkarte waren.

Im Zimmer des General Olbricht fand gerade eine militärische Lagebesprechung statt³⁰⁰, so daß ich mich nur bei Schulenburg und Klausing unterrichten konnte. Es waren gewisse Schwierigkeiten eingetreten, deren man aber glaubte, Herr zu werden. Die Tatsache, daß Hitler nicht tot sei, drang langsam weiter durch. Die Meinungen gingen auseinander, ob dies den Tatsachen entspräche, oder ob es von Goebbels aus Propagandagründen in die Welt gesetzt sei. Die zur Absperrung des Regierungsviertels beorderten Truppen waren eingetroffen und hatten mit ihren Panzern nach eingelaufenen Meldungen den Ring geschlossen. Es kam, darüber war sich alles einig, darauf an, daß unbedingt alle Maßnahmen weiterliefen.

Von einem großen Teil der Wehrkreiskommandos liefen die Meldungen ein über planmäßigen Verlauf³⁰¹, allerdings kamen auch jetzt bereits Nachrichten durch, die von Schwierigkeiten sprachen, da Hitler nicht tot sei und sich uneingeweihte Offiziere an ihren Fahneneid gebunden hielten. Wir haben denen gegenüber, die ohne Kenntnis des politischen Geschehens vom soldatischen Standpunkt aus treu zu ihrem Fahneneid standen, immer hohe Achtung gezollt. Das Ausland wird niemals verstehen, daß der soldatische Mensch, wie er in der preußisch-deutschen Geschichte gewachsen war, deswegen vollkommen unpolitisch war und sein konnte, weil sich die obersten Kriegsherren seiner Vergangenheit stets leiten ließen von der Fürsorge und heißen Liebe zu ihrem Volk und von großem Verantwortungsbewußtsein der gesamten Menschheit gegenüber. Verbrechen, wie sie Hitler zur Erreichung seiner imperialistischen Ziele für notwendig und berechtigt hielt, waren bisher unbekannt.

Auch Hitler verstand es meisterhaft, als geborener Schauspieler, all sein Tun den Soldaten

²⁹⁷ Gemeint ist das stellv. Generalkommando III. Armeekorps, Berlin, Hohenzollernallee.

³⁰¹ Vgl. ebenda, S. 540-568.



²⁹⁶ Von Oertzen, erster Generalstabsoffizier der Korpsabteilung E, war abkommandiert zum stellv. Generalkommando (vgl. Anm. 295). Diese Korpsabteilung gehörte zur 2. Armee und diese zur Heeresgruppe Mitte (Generalfeldmarschall Ernst Busch).

²⁹⁸ Hans-Günther Rost (1895–1945), März 1943-Ende Mai 1944 Chef des Generalstabes des stellv. Generalkommandos III. Armeekorps und beim Befehlshaber im Wehrkreis III (Berlin und Brandenburg).

Otto Herfurth (1893–1944), Juni-20.7. 1944 Chef des Generalstabes des stellv. Generalkommandos III. Armeekorps und beim Befehlshaber im Wehrkreis III (Berlin und Brandenburg), am 29.9. 1944 in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

³⁰⁰ Zu dieser Besprechung vgl. Zeller, Geist der Freiheit, S. 394f., und Hoffmann, Widerstand, S. 616f.

gegenüber zu umkleiden mit dem Mantel militärischer Notwendigkeiten und in scheinbaren Einklang mit militärischer Ehrauffassung zu bringen. Die deutsche Jugend, die bereit war, genau wie die anderer Länder, ihre Pflicht zu erfüllen und ihr Leben für ihr Vaterland hinzugeben, war politisch sicher kritiklos, aber in keiner Weise verseucht von nationalsocialistischem Verbrechertum. Unsere Ablehnung galt nur den ewig Halben, die nach beiden Seiten "richtig liegen" wollten.

Trotz der langsam kritischer werdenden Lage war im Ministerium³⁰² keinerlei Schwäche festzustellen. Im Gegenteil, ich wurde gebeten, sofort wieder das Generalkommando mündlich zu unterrichten und Sorge zu tragen, daß dort der beschrittene Weg weiter verfolgt würde. Also zurück zur Hohenzollernallee, wo Oertzen, ganz allein auf sich gestellt, keinerlei Stützung bedurfte. Ruhig und klar sah er den Schwierigkeiten, die kommen würden, ins Auge und versicherte, daß er seinen Posten nicht lebend verlassen würde. Er hat zu seinem Wort gestanden und sich, als in der Nacht es klar wurde, daß der Umsturz mißglückt sei, mit einer Handgranate das Leben genommen³⁰³. Eine starke Persönlichkeit, die noch jung an Jahren die Erfüllung des Lebens in diesem Opfergange gefunden hatte.

Ich verließ das Generalkommando um 9 Uhr abends mit der Verabredung, in der Frühe des nächsten Morgen zurück zu sein. Der Dienstwagen brachte mich in meine Wohnung am Pariser Platz³⁰⁴. Als ich im daneben gelegenen Hotel Adlon zu Abend aß, erhielt ich ein Extrablatt der Deutschen Allgemeinen Zeitung mit dem Bericht über das Attentat. Dieses Blatt war, vermutlich aus Zufall, mit einem schwarzen Rand umgeben³⁰⁵. Die Leute von den Nachbartischen stürzten von ihren Plätzen und baten einsehen zu dürfen, in der Vermutung und unverkennbaren Hoffnung, daß Hitler tot sei.

Was ereignete sich nun in diesen Nachtstunden? Das Wachbataillon war befehlsgemäß am Rande des Tiergartens und in den anderen Straßen um das Regierungsviertel aufmarschiert³⁰⁶. Nachdem die Befehle ausgeführt, trat eine kurze Ruhepause ein, in der der Kommandeur des Wachbataillons, Major Remer³⁰⁷, mit seinen Offizieren des Stabes sich in der Nähe des Brandenburger Tores unterhielt. Es wurde festgestellt, daß Hitler gar nicht tot sein solle und die ganze Unternehmung daher nicht zu verantworten sei. Ein Offizier des Stabes³⁰⁸ sagte daraufhin, er wäre ja im Propagandaministerium tätig und wüßte, daß Goebbels dort drüben in seiner Wohnung sei; er schlüge vor, daß der Kommandeur mit ihm dort hinginge, um sich über die Lage zu unterrichten. Dieser ging darauf ein. Goebbels, gewandter Propagandist und persönlich wie immer tapfer – das bescheinigten später im K. Z.³⁰⁹ auch alle Kommunisten –, verlor in keiner Weise den Kopf, rief das Führerhauptquartier an



³⁰² Gemeint ist das Reichskriegsministerium, Berlin, Bendlerstraße.

³⁰³ Von Oertzen schied am Morgen des 21.7. 1944 freiwillig aus dem Leben. Es waren zwei Gewehrsprenggranaten, nicht eine Handgranate, die er benutzte.

³⁰⁴ Gemeint ist die Stadtwohnung am Pariser Platz 3.

³⁰⁵ Die Journalistin Ursula von Kardorff hatte einen Fahnenabzug dieses Extrablattes Graf Hardenberg am Abend des 20. Juli im Hotel Adlon gegeben. Der schwarze Rand rührte vom Metallrahmen des Fahnenabzuges her.

³⁰⁶ Vgl. Zeller, Geist der Freiheit, S.441-445, und Hoffmann, Widerstand, S.593-606.

³⁰⁷ Otto-Ernst Remer (*1912), seit Anfang Mai 1944 Kommandeur des Wachbataillons "Großdeutschland".

³⁰⁸ Gemeint ist Leutnant d.R.Dr. Hans W.Hagen. Vgl. dazu Zeller, Geist der Freiheit, S.442 f., und Hoffmann, Widerstand, S.529, 593 f.

³⁰⁹ Gemeint ist das Konzentrationslager Sachsenhausen-Oranienburg, in das Hardenberg am 25.7. 1944, nach zweimaligem Selbstmordversuch, gebracht wurde.

und verlangte, daß Hitler selber zu dem Kommandeur spräche. Dies wurde auch erreicht. Hitler fragte, ob Remer seine Stimme erkenne, erklärte die Tat als die verbrecherische Handlung einer kleinen, ehrgeizigen Generalstabsclique und befahl, getreu dem Fahneneid sofort abzurücken. Dies geschah.

Remer war, was bei seiner wichtigen Stellung ein Fehler war, nicht voll eingeweiht. Seine Zuverlässigkeit war umstritten, und es war nicht gelungen, da uns das Personalamt nicht zur Verfügung stand, den Posten anders zu besetzen. Goebbels hat am nächsten Tage diesen Vorfall propagandistisch stark ausgenutzt und erreicht, daß Remer, der ein persönlich tapferer Mann war, sofort zum Oberst befördert wurde³¹⁰.

Noch in der Nacht war der Kommandant von Berlin, General von Hase³¹¹, zu Goebbels gefahren, um dessen Aufmerksamkeit abzulenken und ihm zu versichern, daß nichts Unrechtes geschähe. Goebbels hielt ihn auf und ließ ihn festnehmen³¹². Hase war eine vornehme, gerade Persönlichkeit, ihm fehlte jedoch ein Tropfen revolutionäres Blut. Anstatt sich einen Stoßtrupp zu nehmen, Goebbels niederzuschießen oder mindestens verhaften zu lassen, um damit auch endlich die unbedingt notwendige Einflußnahme auf die großen Sender von Berlin zu erhalten, glaubte er auch so, zum Ziele zu kommen.

Es ist später oft gesagt worden und nicht mit Unrecht, Offiziere eigneten sich nicht zu rücksichtslosem revolutionären Vorgehen. Ihre Erziehung und die jahrhundert alte Überlieferung wiesen sie allerdings andere Wege. Wir haben es aber abgelehnt nach reiflicher Überlegung, uns "gedingter Täter" zu bedienen und selber im Hintergrunde zu bleiben. Die Tat, die zu begehen uns bestimmt war, um unser Volk von seiner Mitschuld zu befreien, die Tat, die Männer aller Stände zum ersten Male vereinigt hatte: diese Tat mußte als Opfer von uns selber getragen werden.

Kehren wir zurück zur Bendlerstraße. Auch hier hatte die Tatsache, daß Hitler lebte, die durch das Radio bekannt geworden war, bei der großen Zahl vorher nicht eingeweihter Generalstabsoffiziere Bedenken hervorgerufen³¹³. Diese taten sich zusammen, was bei dem großen Gebäudekomplex nicht schwierig war, bewaffneten sich in der Tasche mit ihren Dienstpistolen und drängten unauffällig auf den Korridoren gegen das Allgemeine Heeresamt vor, wo die Leitung in den Räumen des General Olbricht ihr Hauptquartier aufgeschlagen hatte³¹⁴. Es gelang ihnen, die dort arbeitenden Offiziere in ihren Stuben zu vereinzeln³¹⁵ und den Generaloberst Fromm zu befreien³¹⁶.

Nachdem sie die Gewalt an sich gerissen hatten, versuchte der Generaloberst Beck sich zu erschießen, verletzte sich aber nur schwer und wurde von Fromm niedergeschossen³¹⁷. Dieser gab dann Befehl, Olbricht, Stauffenberg, seinen Mitarbeiter Oberst Mertz von Quirn-

³¹⁷ Fromm hat nicht selbst geschossen. Ein Feldwebel tötete Beck, nachdem dieser zweimal vergeblich versucht hatte, sich zu erschießen.



³¹⁰ Unter Überspringen des Dienstgrades "Oberstleutnant" wurde Remer noch am Abend des 20. Juli 1944 zum Oberst befördert.

³¹¹ Paul von Hase (1885–1944), Januar 1907 Leutnant im Ersten Garde-Regiment zu Fuß (Regimentskamerad von Hardenberg), November 1940 bis 20. Juli 1944 Wehrmachtkommandant von Berlin, am 8.8. 1944 in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

³¹² Diese Mitteilungen konnten nicht bestätigt werden.

³¹³ Vgl. Zeller, Geist der Freiheit, S. 394 f., und Hoffmann, Widerstand, S. 619 f.

³¹⁴ Vgl. ausführlich Zeller, Geist der Freiheit, S. 395 ff., 448 f., und Hoffmann, Widerstand, S. 620.

³¹⁵ Gemeint ist: diese zu isolieren.

³¹⁶ Vgl. Zeller, Geist der Freiheit, S. 397f., und Hoffmann, Widerstand, S. 621f.

heim³¹⁸ sowie seinen treuen Adjutanten Haeften sofort im Hofe der Bendlerstraße zu erschießen³¹⁹. Diese Männer sind gestorben, wie sie gelebt haben; für sie bedeutete der Tod auf dem Sandhaufen nichts Ehrloses, sondern Erfüllung einer vaterländischen Pflicht. Ihr Tod wird Beispiel sein kommenden Geschlechtern! Sie rechneten nicht auf Dank, nicht auf Anerkennung; sie hatten das Liebste und Höchste geopfert, das sie besaßen. Sie waren durchdrungen, berufen zu sein zum Werkzeug Gottes gegen die Herrschaft des Antichristen.

Die schwüle Nacht hatte mich kaum schlafen lassen. Die Gedanken jagten im Kopf. Die Untätigkeit, zu der ich durch meine erst später einsetzende civile Tätigkeit verurteilt war, lastete schwer auf mir. Sehr früh erhob ich mich und ging schon bald nach 7 Uhr zu Fuß in die Bendlerstraße. Im Tiergarten sah man überall die Spuren der am Tage vorher aufgefahrenen Panzer. Doch die Panzer selber waren fort. In die Bendlerstraße ergoß sich ein Strom von S.S.[-]Autos, Mannschaftswagen und Fahrzeuge hoher S.S.[-]Offiziere. Der Zutritt zum Gebäude war gesperrt. Der letzte Zweifel wich: der Umsturz war mißglückt.

Meinen Handkoffer, den ich am Tage vorher beim Portier des Hauses³²⁰ abgegeben hatte, und der mit Namen und voller Anschrift versehen war, holte ich ab. Mochten sie den Namen feststellen, mir war alles gleich. Ein Nichtgelingen, das wußten wir seit Monaten, bedeutete den Tod für uns alle. Das konnte uns nicht schrecken, damit hatten wir in der Zeit der Vorbereitung immer rechnen müssen. Wir waren gewillt, in diesem Falle freiwillig aus dem Leben zu scheiden, trotzdem wir uns bewußt waren, daß dies vom Standpunkt eines Christen zu verurteilen war. Doch die Ethik der Standesehre verlangte es gebieterisch. Die Methoden mittelalterlicher Folterung, die die Gestapo schon bei einer größeren Zahl von unsern Freunden, die vor dem 20. VII. verhaftet [worden] waren, angewandt hatte, ließen die Gefahr offen, daß einem doch aus körperlicher Schwäche ein Name erpreßt würde. Dieses Verrates wollte keiner schuldig werden.

Ich ging zu Fuß zu meinem Büro in der Kaiserallee und schrieb einen letzten Brief an meine Frau. Sie hatte starken Herzens Monate und jahrelang alle Gefahren und Aufregungen unseres revolutionären Lebens geteilt, hatte mich nie gehemmt, obwohl sie vom ersten Tage fühlte, daß auch unser so glückliches Familienleben geopfert werden mußte in dieser furchtbaren vaterländischen Not. Sie war stets bereit, alles zu opfern, im Interesse der Wiedergewinnung preußischer Ehre. Sie hatte uns verstanden, dessen konnte ich gewiß sein. Ich legte die Feder hin, und während ich den Brief schloß, bewegte mich die Frage, wohl zum ersten Mal, was werden die Menschen sagen. Werden sie meine Frau und Kinder nun kränken. Im Angesicht des Todes verlor selbst diese Frage ihre Bedeutung. Nur das Urteil 2er Menschen war mir nicht gleichgültig: Was sagt dein alter Kriegskommandeur aus dem Weltkriege³²¹, dem ich neben dem Elternhause alles zu verdanken hatte, und was wird einst dein eigener Junge sagen³²²?



³¹⁸ Albrecht Mertz von Quimheim (1905-1944), vom 1. Juli-20. Juli 1944 Chef des Stabes beim Chef des Allgemeinen Heeresamtes (AHA) im OKH, am 21.7. 1944 in Berlin standrechtlich erschossen.

³¹⁹ Vgl. Zeller, Geist der Freiheit, S. 399, und Hoffmann, Widerstand, S. 623 f. Die standrechtliche Erschießung der vier Offiziere fand am 21.7. 1944, kurz nach Mitternacht, unter dem Kommando des Leutnants Schady vom Wachbataillon "Großdeutschland" statt.

³²⁰ Gemeint ist das Reichskriegsministerium, Bendlerstraße.

³²¹ Gemeint ist Oberst a. D. Siegfried Graf zu Eulenburg-Wicken (1870-1961), Ritter des Ordens Pour le Mérite mit Eichenlaub, 1891 Leutnant im Ersten Garde-Regiment zu Fuß, November 1916-Dezember 1918 Führer des Ersten Garde-Regiments zu Fuß.

³²² Gemeint ist Friedrich-Carl Graf von Hardenberg (*1924).

Da kommt der Stabsfeldwebel herein und meldet, daß der Major Graf Lynar, der Adjutant des Generalfeldmarschalls von Witzleben, am Fernsprecher sei. Ich gehe an den Apparat und erfahre, daß Witzleben und er im Kreise Calau sind, wohin sie gestern nacht gefahren seien. Also hatten sie die Bendlerstraße kurz vor dem Umsturz verlassen³²³. Das Gepräch hatte mir gezeigt, daß die Gestapo bisher keine Schritte unternommen hatte; ich beschloß daher, nach Neuhardenberg zu fahren und das Weitere abzuwarten. Gleich darauf rief der Generalfeldmarschall von Bock aus Ostpreußen an und beschwerte sich bei mir in den kräftigsten Ausdrücken, daß ihm durch den Wehrkreiskommandeur in Ostpreußen³²⁴ auf Befehl Keitels³²⁵ verboten worden sei, seinen Wohnsitz dort zu verlassen³²⁶. Das Gespräch ist bestimmt abgehört worden, und darauf war es auch berechnet. Mittags fuhr ich gänzlich unangefochten nach Neuhardenberg. Auf dem Bahnhof³²⁷ holten mich Lalla³²⁸ und Wonte ab. Meine Frau war, so schwer es ihr wurde, zu Hause geblieben, um nicht Aufmerksamkeit zu erregen. Trotz der Nachrichten, die das Radio in der Nacht und am Morgen durchgegeben hatte, hoffte meine Familie noch immer, daß nicht alles verloren sei. Ich mußte ihr diese letzte Hoffnung rauben. Meine Verhaftung stand sicher bevor; es war nur die Frage wann.

[In der überarbeiteten Fassung (Typoskript, S.15) folgt an dieser Stelle ein Zusatz; dieser lautet: "Unserer armen Wonte mußte ich die traurige Nachricht bestätigen, daß Werner Haeften, mit dem sie verlobt war, auf dem Hof der Bendlerstraße erschossen worden war. Tapfer ertrug sie den schweren Schmerz. Werner Haeften war weit über sein Alter reif und besaß einen kristallklaren Verstand, der aber, wie ich es nur selten gefunden habe, in vollem Gleichgewicht stand mit einem unerhört anständigen Charakter. Er hatte, obwohl er militärisch Stauffenbergs Untergebener war, einen sehr großen und guten Einfluß auf seinen prachtvollen Chef ausgeübt. Wonte kann mit Recht sehr stolz auf sein Wirken im Sinne von Deutschlands Schicksalsgestaltung sein."]

Es war Freitag, bis Montag war mir noch Frist gegeben. Tage und Stunden, die ich in vollen Zügen ausgekostet habe auf Ritten und Spaziergängen zu allen liebgewordenen Plätzen im Revier und auf den Gütern.

Am Sonntag kam Margarethe von Oven im Auto und teilte mir mit, daß Henning Tresckow als Armeechef am Tage nach dem Attentat "gefallen" sei³²⁹. Wir wußten beide ohne viel Worte Bescheid. Mit ihm war einer der Besten, der Tapfersten, aber auch der Be-

³²⁹ Tresckow, seit November 1943 Chef des Generalstabes der 2. Armee, schied am 21.7. 1944 im Wald von Królowy-Most bei Bialystok/Polen durch Freitod aus dem Leben. Margarethe von Oven hatte die Nachricht, daß Tresckow "gefallen" sei, von Oberst Berndt Leopold von Kleist (1896–1976) erhalten.



³²³ Witzleben und Lynar hatten das Ministerium gegen 20.15 Uhr verlassen. Dort hatten sie sich etwa 45 Minuten aufgehalten.

³²⁴ Gemeint ist der General der Art. Albert Wodrig (1883–1972); er war von Februar 1943 bis Ende Februar 1945 Kommandierender General des stellv. Generalkommandos I. Armeekorps und Befehlshaber im Wehrkreis I (Ostpreußen) in Königsberg.

Wilhelm Keitel (1882-1946), Februar 1938-Mai 1945 Chef des Oberkommandos der Wehrmacht (OKW), im Oktober 1945 vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg angeklagt und am 16. 10. 1946 hingerichtet.

³²⁶ Gemeint ist Gut Grodtken in Ostpreußen (vgl. Anm. 276).

³²⁷ Gemeint ist der Bahnhof Trebnitz/Mark beim Ort Neuhardenberg.

³²⁸ Gemeint ist Renate Gräfin von Hardenberg (*1922).

gabtesten von uns geschieden. Sein Andenken wird unauslöschlich in der Seele aller derer weiterleben, die mit ihm zusammengearbeitet haben. Im Weltkriege war er Fahnenjunker unter mir gewesen³³⁰, jetzt erkannte ich ihn freudig als Führerpersönlichkeit an. Die Beerdigung sollte nach Rückführung der Leiche durch Flugzeug am Mittwoch, dem 26ten Juli in Wartenberg, Kreis Königsberg, Neumark, stattfinden³³¹. Ich wollte selbstverständlich, falls ich noch frei war, hinfahren. Die Mehrzahl unserer Freunde war tot oder verhaftet.

Der einzigste aus unserem engeren Kreis, von dem ich wußte, daß er am Tage des Attentats unbeteiligt war, weil er dienstlich in Bückeburg zu tun hatte, war Kurt Freiherr von Plettenberg! Er kehrte übrigens erst nach meiner Verhaftung am Abend des 24. Juli nach Berlin zurück und fand offen auf seinem Schreibtisch die Bestellung eines Fernsprechanrufes: "Oberst Graf Stauffenberg bittet Baron Plettenberg am 19. Juli 14 Uhr nachmittags mit ihm nach Neuhardenberg zu fahren." Die Gestapo hat dies niemals erfahren. Plettenberg wurde abgöttisch von seinen Mitarbeitern verehrt. Vor Verrat war er sicher. Ich habe später im Konzentrationslager bei den stundenlangen Vernehmungen durch die Beamten der Gestapo immer wieder mit stiller Freude festgestellt, daß Plettenberg noch frei war und mußte dann doch, als ich in Potsdam nach meiner Befreiung ankam, erfahren, daß er infolge der Geschwätzigkeit eines Bekannten Anfang März [19]45 noch verhaftet worden sei³³². Am 9. März wurde ihm eröffnet, daß er am folgenden Tage zur Erzwingung von Aussagen gefoltert werden sollte. Er wäre niemals zum Verräter geworden. Als ihn am nächsten Tage der Beamte in der Prinz[-]Albrecht[-]Straße 4 Treppen hoch in das Vernehmungszimmer geführt hatte, gab er ihm einen Kinnhaken, daß dieser lang hinschlug, öffnete das Fenster und sprang heraus. In seiner Zelle fand man einen Zettel, auf dem die Worte standen: "Ich hoffe auf einen milden Richter³³³." Der war ihm gewiß. Es hat kaum einen edleren Menschen gegeben als Kurtel Plettenberg. Ich habe unendlich viel mit ihm verloren.

Montag, der 24te Juli abends. Am Tage war ich nochmal im Auto in Berlin gewesen³³⁴. Meine Mitarbeiter auf dem Büro des Feldmarschalls hatte ich, um sie nicht zu gefährden, niemals eingeweiht; um sie brauchte ich mich nicht [zu] sorgen. Aber das Schicksal von Fräulein von Oven, die im Nebenzimmer beim Nachkommando der Heeresgruppe³³⁵ ar-



³³⁰ Im Juni 1917 war Tresckow sechzehnjährig als Fahnenjunker in das Erste Garde-Regiment zu Fuß eingetreten. Er gehörte dem Regiment bis Dezember 1918 an.

³³¹ Zur Trauerfeier und Beisetzung Tresckows vgl. Bodo Scheurig, Henning von Tresckow. Eine Biographie, Oldenburg/Hamburg ⁴1973, S. 194. Danach fand die Ehrung und die Bestattung am 27.7. in Wartenberg statt.

³³² Zur Verhaftung Plettenbergs am 1.3. 1945 vgl. Hammerstein, Spähtrupp, S. 215. Plettenberg hatte 1944 einen Panzeroffizier, Oberleutnant Ruprecht Gehring, beherbergt, der gegen das Regime eingestellt war. Nach seiner Festnahme war Plettenberg zeitweise mit Schlabrendorff, Gehring und anderen in einer Gemeinschaftszelle des Reichssicherheitshauptamtes in Berlin, Prinz-Albrecht-Straße 8, untergebracht. "Dort sagte er zu Schlabrendorff: "Der da (Gehring in Panzeruniform) hat mich hier hereingebracht. 'In dem Satz hat sehr wahrscheinlich gar kein Vorwurf gelegen." (Ebenda).

³³³ Vgl. H.H.Hilf, Dem Gedächtnis an Kurt Freiherr von Plettenberg (1891–1945), in: Forstarchiv 30 (1959) Heft 7, 15. Juli 1959, S. 134. Danach lautet der Anfang der Abschiedszeilen: "Ich fürchte den Tod nicht, denn ich habe einen guten Richter."

³³⁴ Vgl. Kardorff, Aufzeichnungen, S.216 (24.7. 1944). Dieses Datum ist zutreffend; aber im Text gibt Frau von Kardorff an, es sei der 23.7. gewesen, was nicht richtig ist: "Er [Hardenberg] sah verfallen aus, wie ein alter Mann."

³³⁵ Margarethe von Oven arbeitete seit Sommer 1943 als Sekretärin beim Nachkommando der Heeres-

beitete, lastete schwer auf mir. Noch war jedoch alles in Ordnung. Zurück nach Neuhardenberg begleitete mich mein Schwager und alter Regimentskamerad Schilling von Canstatt³³⁶, der nur wenige Tage bei uns bleiben wollte.

Wir hatten Abendbrot gegessen und wollten aufstehen³³⁷, als meine Tocher Lalla durch die aufgehende Tür im Steinflur 3 Männer stehen sah und fragte, was diese wohl wollten. Jetzt war die Stunde gekommen. Ich hatte meiner Frau vorher auf einsamem Spaziergang im heimatlichen Walde gesagt, daß ich mich der Verantwortung nicht feige entziehen wollte, daß ich mich von der Gestapo aber nicht verhaften lassen würde, um nicht Gefahr zu laufen, unter ihren Folterungen zum Verräter an meinen besten Freunden zu werden. Ich stand auf und ging heraus.

"Sind sie Graf Hardenberg [-] Neuhardenberg?" - "Ja." "Dann sind wir gezwungen, Sie zu verhaften." Ich erwiderte, daß ich zu ihrer Verfügung stände und mich nur von meiner Frau verabschieden wollte. Sie sollten einen Augenblick in die Bibliothek gehen. Dann ging ich in den Gartensaal zurück, umarmte meine auch in dieser für sie so schweren Stunde vorbildliche tapfere Frau und betrat, gefolgt von einem Beamten, die Bibliothek. Meinen Revolver hatte ich seit Jahren immer schußbereit bei mir. Ich wußte, daß alles darauf ankam, schnell zu handeln. Ich schoß mich zweimal hintereinander in die Brust. Einer der Beamten, der außen herum in die Bibliothek gegangen war, eröffnete darauf in großer Sorge, daß ihm meine Schüsse gelten, aus der kleinen Bibliothek nebenan das Feuer auf mich und sprang dabei nach jedem Schuß in Deckung hinter die Tür. So entbehrte auch diese Schicksalsstunde nicht großer Komik. Er hatte nur den Erfolg, seinen Kollegen hinter mir ins Knie geschossen zu haben. Ich sank auf einen Stuhl; der Beamte setzte sich daneben, und bevor ich die Besinnung verlor, fragte ich ihn: "Was machen Sie eigentlich?" Und: "Überlassen Sie das doch mir." Er sagte voll äußerster Erregung: "Sie sind ja ein furchtbarer Mensch."

Als ich wieder zu mir kam, war ich auf die Erde gelegt worden, und der junge Neuhardenberger Arzt³³⁸ untersuchte und verband mich. Währenddessen waren nebenan meine Tochter Wonte, mein Schwager und mein Vetter Bolly Schulenburg³³⁹, der bei uns wohnte, verhaftet worden³⁴⁰. Sie wurden noch um 23 Uhr abends nach Berlin ins Gefängnis Lehrterstraße befördert. [In der überarbeiteten Fassung (Typoskript, S. 16) folgen an dieser Stelle zwei Sätze; diese lauten: "Wonte kam die letzten 6 Wochen ihrer Haft ins Frauen-Justiz-Gefängnis in der Kantstraße 79. Die beiden anderen blieben im Gefängnis Lehrterstraße."] "Schlimm waren dort nur die Wanzen" sagte Wonte später. Schilling wurde nach 6 Wochen, während deren seine angegriffene Gesundheit schwer gelitten hatte, entlassen. Seine Aussa-

³⁴⁰ Zur Verhaftung der drei Personen vgl. Kardorff, Aufzeichnungen, S. 221 f. (31.7. 1944).



gruppe Mitte in Berlin. Tresckow hatte sie aus Lissabon, wohin sie 1940 als Sekretärin des Militärattachés gegangen war, geholt. Nach dem 20. Juli 1944 befand sich Frau von Oven zwei Wochen in Haft.

Wilhelm August Alexander Frhr. Schilling von Canstatt (1873–1958), Ende Januar 1895 Seconde-Lieutenant im Ersten Garde-Regiment zu Fuß, Großherzoglich badischer Flügeladjutant und Kammerherr. Am 12.9. 1914 hatte er Elisabeth Gräfin von Hardenberg, die Schwester Hardenbergs, geheiratet.

³³⁷ Das Abendessen hatte im Gartensaal des Schlosses Neuhardenberg stattgefunden.

³³⁸ Nach der überarbeiteten Fassung der Niederschrift (Typoskript, S. 17) war dies Dr. Schumann.

Winfried Wilhelm Bernhard von der Schulenburg (1882–1945), September 1939–April 1943 General für das Kriegsgefangenen-Wesen im OKH, Ende Mai 1943 Aufhebung der Mobilmachungsverwendung.

gen waren klug und vornehm. Bolly Schulenburg, der ebenso unschuldig war, kam erst kurz vor dem Russeneinmarsch frei. Wonte wurde stundenlangen Verhören ausgesetzt³⁴¹. [In der überarbeiteten Fassung (Typoskript, S. 16) folgen an dieser Stelle drei Sätze; diese lauten: "Wonte war als meine Sekretärin seit Jahren in alles eingeweiht. Sie wurde stundenlangen Verhören ausgesetzt. Unglücklicherweise hatte die Gestapo einen Brief von ihr an Werner Haeften abgefangen und man hoffte, durch sie mehr über ihn zu erfahren."] Sie war mit W[erner] Haeften verlobt, wenn es auch noch nicht öffentlich war; seine starke, wehrhafte, heldische Seele hatte sie in ihren Bann geschlagen. Über ihre Lippen ist kein Wort gekommen, was Werner H[aeften] oder mich belastet hätte, obwohl sie seit [ahren in alles eingeweiht war. Selbst die abgehärteten Gestapobeamten ließen mir gegenüber durchblicken, daß sie von ihrer Haltung tief beeindruckt wären. Kurz vor Weihnachen wurde sie endlich entlassen³⁴², da man bis dahin in der Untersuchung gegen mich keine Fortschritte gemacht hatte. Am Tage nach ihrer Entlassung343 fuhr sie im Auto von Neuhardenberg nach Berlin und brachte einen Weihnachtsbaum und einige Geschenke ihren Mitgefangenen. Eine menschlich empfindende Anstaltsleiterin erlaubte ihr, eine christliche Andacht abzuhalten. Sie war mit vielen der Witwen der Männer zusammen, die das dritte Reich gerichtet hatte, und hat Freundschaften fürs Leben geschlossen344.

In der Nacht [24./25. Juli] pflegten mich meine Frau und meine Tochter Lalla abwechselnd. Der Bauer Buchholz, Neuhardenberg, war als Hilfspolizist, da die Beamten abgekämpft waren, vor die Stube gestellt. Lalla erzählte, daß ihm dauernd die dicken Tränen in seinen großen Schnurrbart gerollt wären. Dankbar gedenke ich auch des Gendarmen Blume in Neuhardenberg, der sich von den Beamten nicht imponieren ließ, sondern erst sorgfältig ihre Ausweise prüfte, und auch die ganze Zeit nach der Verhaftung sich als aufrechter Mann - er war Reservist und politisch links stehender Maurer – gezeigt hat. Er besaß die Civilcourage, die vielen Höherstehenden ermangelte.

Am Morgen des 25ten hatte meine Frau auf Verlangen des Neuhardenberger Arztes das Auto nach Berlin gesandt und den Professor Landois vom Elisabeth[-]Krankenhaus kommen lassen. Dieser stellte fest, daß die beiden Schüsse, die schräg von oben nach unten geführt waren, zwischen den Rippen hindurch gegangen und den Herzbeutel nur gestreift hätten. Landois war ein guter, alter Bekannter, der mich schon mehrfach an meinen Kriegsverletzungen operiert hatte. Nach der Untersuchung sagte er mir, es wäre ein S. S.[-] Auto da, das mich in ein Lazarett abtransportieren solle. Ich weigerte mich energisch und bat ihn um eine große Papierschere vom Schreibtisch mit den Worten: "Sie dürfen mich nicht hindern; ich weiß, was ich tun muß." Den schweren, inneren Kampf konnte man ihm ansehen, dann



³⁴¹ Reinhild Gräfin von Hardenberg kam am Abend des 24.7. 1944 in die Untersuchungsbaftanstalt beim Kriminalgericht Moabit. Die letzten sechs Wochen ihrer Haft verbrachte sie im Gerichtsgefängnis Charlottenburg.

³⁴² Die Entlassung aus dem Gerichtsgefängnis Charlottenburg erfolgte am 16.12. 1944.

³⁴³ Es war der 23, 12, 1944.

In der Haftanstalt Moabit war Reinhild Gräfin von Hardenberg zusammen mit Elisabeth (Mady) Baronin Freytag von Loringhoven geb. von Rauch, Barbara von Haeften geb. Curtius, Margarethe von Hase geb. Baronesse von Funck, Frau Kuhn (Mutter des Majors i. G. Joachim Kuhn), Hilde Mertz von Quirnheim, Eva Olbricht geb. Koeppel, Frau Sperr (Ehefrau des letzten bayerischen Gesandten in Berlin, Franz Sperr), Maria (Mika) Schenk Gräfin von Stauffenberg geb. Classen (Ehefrau von Berthold), Clarita von Trott zu Solz geb. Tiefenbacher, Marion Gräfin Yorck von Wartenburg geb. Winter.

siegte der Mensch, der Freund, über den Arzt. "Helfer der Menschheit" zu sein hatte er beschworen. Diesem Schwur blieb er getreu. Ich bat ihn, meiner Frau beizustehen und mich allein zu lassen. Dann bohrte ich die Schere tief in jeden Schußkanal und begann die Pulsadern zu öffnen. Bei meiner Schwäche und der Stumpfheit der Papierschere ein schweres Beginnen. Da kamen die Beamten mit der Bahre, sahen, was geschehen, und ließen die Verletzungen verbinden. Das einzigste, was der junge Arzt noch tun konnte, war, eine doppelte Dosis Morphium zu geben und zu seiner Entlastung eine leere Ampulle Tetanusserum hinzustellen.

Die Fahrt dauerte zwei bis 3 Stunden. Ein kurzer Halt und Öffnen der Türen ließ mich ein Schild erkennen: Bernau. Jetzt war bestätigt, was ich erwartet: Unser Ziel war das berüchtigte Konzentrationslager Oranienburg – Sachsenhausen³⁴⁵. Als der Wagen hielt, umstanden uns mehrere S. S. [-]Leute und eine große Zahl an Männern in blauweiß gestreiften Anzügen, der später allzu bekannten Sträflingskleidung. Man brachte mich in einen gut ausgestatteten Operationsraum. Einer der Männer flüsterte mir zu: "Nicht reden, *immer* schweigen, überall Spitzel." Dann drückte in einem unbewachten Augenblick mir einer einen Kuß auf die Stirn mit den Worten: "Ich weiß nicht, was war, aber wir danken alle." Ich war glücklich – bis ich nach einigen Tagen erfuhr, daß der Betreffende wegen § 175 [Reichsstrafgesetzbuch] seit Jahren im Lager!

Die beiden Kugeln wurden unter der Haut herausgeschnitten und alles sorgfältig verbunden. Behandelnder Arzt war ein Häftling und sehr geschickter Chirurg aus Paris, Condère. Bestimmt kein Deutschenfreund, aber ein Mann, der Unterschiede machte in der Beurteilung. Er hat in den Monaten, wo ich im Krankenbau war, vielen Menschen das Leben gerettet, besonders später bei den schweren Luftangriffen, wo er Nächte hindurch am Operationstisch stand. Dann kam ich in einen Raum, wo 22 Kranke, meist Operierte, lagen, in ein Bett, in dem kurz vorher der Oberst Wagner³⁴⁶, früherer Kanzler des "Stahlhelm", gestorben war. Er hatte sich bei seiner Verhaftung aus dem Fenster gestürzt³⁴⁷.

Auf Grund einer neuen Morphiumspritze schlief ich bis um 5 Uhr morgens, wo das gleichförmige, tägliche Leben im K. Z. begann. Ich lag zusammen mit Franzosen, Belgiern, Holländern, Dänen, Polen, Russen und Italienern. Eine bunte Schar aus aller Welt: Professoren, Ministerpräsidenten, katholische Universitätslehrer, Husarenoffiziere, Landwirte, Forstleute, Generäle, Handwerker, Seeleute; alles war vertreten. Dann viele deutsche politische Häftlinge sowie Berufsverbrecher. Die politischen trugen einen roten Winkel auf der Brust, die Berufsverbrecher einen grünen, der aber durch vieles Schrubben allmählich weiß und dann mit rot bescheiden aufgefrischt wurde. Die Berufsverbrecher waren zunächst nette, hilfsbereite Menschen, die aber zu weich und zu schlapp für ein ordentliches Leben waren. Hinter dem Stacheldraht des Lagers konnten sie ihren Fehlern nicht frönen; ich bin aber überzeugt, daß sie in der Mehrzahl nach der Befreiung rückfällig werden. Sie gehören ebenso wie die Asocialen wieder in ein Lager.

³⁴⁷ Vgl. Th[eodor] Duesterberg, Der Stahlhelm und Hitler, Wolfenbüttel/Hannover 1949, S. 116.



³⁴⁵ Das Konzentrationslager Sachsenhausen in Oranienburg, 25 Kilometer nordöstlich von Berlin, war 1936 als politisches Straflager für etwa 8000 Gefangene eingerichtet worden. Gegen Kriegsende wurden dort rund 30000 Häftlinge aller Nationen unter katastrophalen Bedingungen festgehalten. Das Konzentrationslager Sachsenhausen befand sich in einem Ortsteil von Oranienburg.

³⁴⁶ Siegfried Wagner (1881-1944) Chef der Truppenabteilung im OKW, zuvor Abteilungschef im Allgemeinen Heeresamt, 1930-1933 Kanzler des "Stahlhelm", am 22.7. 1944 im KZ Sachsenhausen gestorben.

Die deutschen politischen Häftlinge gehörten in der Mehrzahl den Linksparteien an. Ich habe sehr viele hervorragende Charaktere kennengelernt, mit denen mich zeit meines Lebens Freundschaft verbinden wird. Ihnen verdanke ich auch eingehende Belehrungen, wie ich auszusagen hätte. Schon am nächsten Tag [27. Juli] wurde ich im Krankenwagen ins "Behandlungszimmer", wie es zweideutig hieß, gefahren. Meine kommunistischen Bettnachbarn instruirten mich: "Reg Dich gar nicht auf, Carl, sondern nur die anderen; rede so wenig wie möglich bei heiklen Fragen, dagegen um so länger bei harmlosen. Verdächtige keinen Freund. Bekenne alles worauf nicht Todesstrafe steht. Es ist egal, ob du lebenslängliches Zuchthaus oder ein halbes Jahr Gefängnis erhältst. Beides dauert genau so lange, wie das dritte Reich besteht. Nach 12–15 Minuten zeig Atembeschwerden, antworte immer langsamer und schließ die Augen."

Ihre Ratschläge waren gut und erprobt. Nach der Vernehmung saßen sie wieder auf meinem Bett und hörten mich ab. Mit fortschreitender Gesundung mußte ich mich immer längeren Vernehmungen gewachsen zeigen. Allmählich war man auch gefeit gegen Schmeicheleien und Drohungen in schnellem Wechsel. Das erste Verhör hatte begonnen mit der Bemerkung: "Ihr Haus steht auf einem christlichen Standpunkt. Sie haben in einem der besten Regimenter³⁴⁸ der alten Armee gestanden, Sie werden sich doch also nicht der Lüge bedienen, sondern als Ehrenmann alles aussagen. Der Kurfürst von Brandenburg³⁴⁹ hat in Ostpreußen einst einen Kalckstein³⁵⁰ hinrichten lassen und trotzdem hat dessen Name heute noch dort einen guten Klang." In den weiteren Vernehmungen wurden mir immer wieder Protokollunterschriften von Freunden gezeigt und dann behauptet, sie hätten mich schwer belastet. Was wußten diese Leute von der Tiefe der Freundschaft, die uns verband.

Allmählich lernte ich, aus den Fragen mir ein Bild zu machen über das, was sich draußen ereignete. Heini Lehndorff³⁵¹, dieser hervorragende Sohn der ostpreußischen Scholle, mit dem mich von der gemeinsamen Arbeit bei der Heeresgruppe her³⁵² aufrichtige Freundschaft verband, war ihnen scheinbar erst entsprungen, nachher aber leider wieder eingebracht worden³⁵³. Er war in den Jahren des Krieges in seltener Weise gereift, war aus dem sorglosen Offizier zu höchstem Verantwortungsbewußsein herangewachsen. Er war ein ganzer Mann und starb als Held.

Fabian Schlabrendorff wurde besonders gehaßt, ein Zeichen, daß ihnen dieser kluge und zielbewußte Mann schwer zu schaffen machte³⁵⁴. Er ist auf das schwerste gefoltert wor-



³⁴⁸ Vgl. Anm 262.

³⁴⁹ Friedrich Wilhelm, der Große Kurfürst (1620–1688), seit 1640 Kurfürst von Brandenburg.

³⁵⁰ Gemeint ist der Obrist und Landtagsdeputierte Christian Ludwig von Kalckstein, der im September 1672 in Memel enthauptet wurde.

³⁵¹ Heinrich Graf von Lehndorff-Steinort (1909–1944), nach dem Abitur Studium der Nationalökonomie in Frankfurt an der Oder, praktische Ausbildung in einem großbäuerlichen Betrieb in Ostpreußen, 1936 Übernahme des Fideikommiß Steinort, März 1939 Leutnant d.R. im Reiter-Regiment 2 (Angerburg), seit 11.9. 1939 (Oktober 1941 Oberleutnant d.R.) persönlicher Ordonnanzoffizier bei Generaloberst/Generalfeldmarschall von Bock (Heeresgruppe Nord, B, Mitte und Süd); er war als Verbindungsoffizier des OKH zum Wehrkreis I (Königsberg i. Pr.) vorgesehen und wurde am 4.9. 1944 in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

³⁵² Gemeint ist die Heeresgruppe B (März 1940-Juni 1941), dann Heeresgruppe Mitte (Juni-Dezember 1941) sowie die Heeresgruppe Süd (Januar- Juli 1942), die Bock Mitte Januar 1942 übernommen hatte.

³⁵³ Vgl. Dönhoff, Leben und Sterben, S. 87ff., und Schlabrendorff, Offiziere gegen Hitler, S. 135.

³⁵⁴ Vgl. Schlabrendorff, ebenda, S. 136 f.

den³⁵⁵ und hat nichts, aber auch gar nichts, ausgesagt. Er mußte vom Volksgerichtshof, allerdings nachdem Herr Freisler³⁵⁶, der "öffentliche Ankläger"³⁵⁷, bei einem Bombenangriff ums Leben gekommen war³⁵⁸, wegen "erwiesener Unschuld" freigesprochen werden³⁵⁹. Bei dem Verlassen des Gerichtssaales wurde er im Auftrage Himmlers von der S. S. verhaftet mit der Begründung: dies sei ein Fehlurteil, er werde von der S. S. "liquidiert" werden³⁶⁰. Ein Fehlurteil war es allerdings. Schlabrendorff gehörte zu den Treuesten und Tapfersten. Ich hätte niemals geglaubt, ihn wiederzusehen.

Als ich in das Konzentrationslager eingeliefert wurde, hatte ich nur ein zerschnittenes Nachthemd an und einen Schwamm sowie Kamm und Bürste mit. Alles andere wie Pantoffeln, Strümpfe, Taschentücher, Spiegel, Rasierzeug u. s. w. habe ich mir von hilfsbereiten Kameraden geborgt oder allmählich geschenkt erhalten. Mein Pfleger Paul Hofmann³⁶¹, Kommunist aus Burgstedt in Sachsen, war unübertrefflich. Er übte eine tadellose Disciplin im Saale aus³⁶² und war Tag und Nacht auf den Beinen, um seinen Pflegebefohlenen zu helfen. Auch die S.S., die täglich kam, konnte ihn nicht aus der Ruhe bringen. Er veranlaßte die Ausländer, von ihren Lebensmittelpaketen, die sie bekamen, abzugeben und hat verstanden, denen, die hungerten, noch einen halben "Schlag" zuzuteilen. Auch eine "Kute" Brot hatte er immer in Reserve. Sonntags besuchten ihn seine Kumpels aus den anderen Blöcken des Lagers. Alles sehr brauchbare deutsche Männer, die ihr Vaterland liebten und mit denen man im K.Z. offen und in Ruhe politische Ansichten austauschen konnte.

Nach einigen Tagen wurde ich derartig schlapp, daß die Aufsicht führenden S.S.[-]Ärzte Sorge bekamen, meine streng befohlene Wiederherstellung nicht zu erreichen. Ich wurde zunächst punktiert, um das geronnene Blut zu entfernen und dann wurde eine Bluttransfusion gemacht, bei der man mir 1000 g. Blut von einem Berufsverbrecher einpumpte. Er fühlte sich seitdem als mein "Adoptivvater" und hoffte, seine Auslagen auch von mir zurückerstattet zu erhalten. Im übrigen erhielt er für das "Blutspenden" 14 Tage doppelte Verpflegung. Später habe ich ihn aus den Augen verloren.

Ende Oktober [1944] erhielt ich endlich einen Handkoffer mit Kleidern und Wäsche. Das Wetter war nicht mehr dazu angetan, in zerschlissenen Pantoffeln herumzulaufen. Da ein

³⁶² Hofmann: "Ich hatte zwei Zimmer; ein kleines mit sieben Betten, ein großes mit 21 Betten." Am 25.7. 1944 war Hardenberg, nach seiner Ankunft und Operation im KZ Sachsenhausen-Oranienburg, in das größere Zimmer gelegt worden. Damals sagte ein SS-Mann zu Paul Hofmann: "Du bist verantwortlich, daß das Schwein nicht stirbt, denn wir brauchen ihn noch. Wenn er stirbt, dann stirbst du mit." Angaben und Zitate aus: Auch er wollte Hitler stürzen.



³⁵⁵ Vgl. ebenda, S. 138 f., und Gert Buchheit, Richter in roter Robe. Freisler, Präsident des Volksgerichtshofes, München 1968, S. 128 f.

³⁵⁶ Roland Freisler (1893–1945), 1934–1942 Staatssekretär zunächst im preußischen, ab Mai 1935 im Reichsjustizministerium, August 1942–Anfang Februar 1945 Präsident des Volksgerichtshofes in Berlin.

³⁵⁷ Diese Angabe trifft nicht zu. Seit Ende August 1942 war Freisler Präsident des Volksgerichtshofes.

³⁵⁸ Am 3.2. 1945 in Berlin.

³⁵⁹ Schlabrendorff, Offiziere gegen Hitler, S. 153.

³⁶⁰ Ebenda, S. 154. Schlabrendorff gibt eine andere Darstellung.

³⁶¹ Paul Max Hofmann (*1907), Textilarbeiter, März 1933-Dezember 1934 im Konzentrationslager Colditz und in Sachsenhausen, 1941-Ende April 1945 im KZ Sachsenhausen-Oranienburg. Er kehrte am 2. 6. 1945 nach Burgstädt in Sachsen zurück, nachdem er elf Jahre und sechs Monate im Zuchthaus und in Konzentrationslagern verbracht hatte. Vgl. Bericht Paul Hofmanns, in: BA-MA, MSg 1/2943, S. 60.

Teil der jungen Beamten der Gestapo, sehr gegen ihren Wunsch, an die Front geschickt wurde, kam bei den Vernehmungen ab Oktober als Stenotypistin ein Mädchen mit. Für diese war das Betreten des Lagers verboten; daher mußten die Vernehmungen im Vorlager, wo die S. S. [-]Baracken standen, stattfinden. Wir tagten im Luftschutzkeller des S. S. [-]Offizierkasinos, der als "Klosterkeller" ausgebaut war: Überall an den Wänden große Malereien von Mönchen mit nackten Mädchen auf dem Schoß. Im allgemeinen wurde ich von dem S. S. [-]Hauptsturmführer Bartoll³⁶³ vernommen. Nur einmal, ziemlich im Anfang, erschien der Abteilungsleiter Bock³⁶⁴, brüllte aber vom Fleck weg so stark, daß ich Ohnmacht nicht heucheln brauchte. Als er keinen Erfolg hatte, verließ er bald verärgert den Raum. Bartoll war im allgemeinen sachlich. Einige Male drohte er, "andere Methoden des Verhörs" anwenden zu müssen. Ich bin jedoch nicht gefoltert worden im Gegensatz zu vielen Kameraden in Berlin in der Prinz[-]Albrechtstraße. Dies wagte man entschieden nicht, solange ich im Krankenbau des Konzentrationslagers liegen mußte, wo ein Zusammenkommen mit anderen Häftlingen nicht zu verhindern war.

Bartoll zeigte sich allmählich sehr unzufrieden, daß er bei den Vernehmungen keine Erfolge habe und ließ deutlich durchblicken, daß ihm von seinen Vorgesetzten persönlich darüber Vorwürfe gemacht würden. Im Anfang kam er im dicken Auto, dann im kleinen Wagen, zusammen mit anderen Gestapobeamten, die in Sachsenhausen zu tun hatten, und schließlich ohne Auto mit der S. Bahn. Dies waren deutliche Anzeichen für fortschreitende Erschwernisse. Bis 1944 waren die SS und die Gestapo von allen Einschränkungen verschont geblieben.

Hauptpunkte meiner Vernehmung waren:

- 1. "Warum haben Sie versucht, sich das Leben zu nehmen?" Dies war besonders belastend.
- "Ein Zeuge hat ausgesagt, daß Stauffenberg alle wichtigen Fragen mit ihnen besprochen habe."
- 3. "Eine vorgefundene Liste bezeichnet Sie als zukünftigen Oberpräsident von Berlin und Brandenburg. Davon hatten Sie Kenntnis."
- 4. "Warum waren Sie am 20. Juli 3mal in der Bendlerstraße?"
- 5. "Das Fremdenbuch von Neuhardenberg weist aus, daß der engere Kreis der Attentäter bei Ihnen ein[-] und ausgegangen ist."

Ferner wurde ich eingehend nach allen führenden Persönlichkeiten des Heeres, der Verwaltung und der Wirtschaft ausgefragt. Besonderes Interesse fand, wer im "Gotha" stand. Hier wurde nach den intimsten Einzelheiten gefragt.

Zu der ersten Frage hatte ich in der Nacht nach meiner Verwundung meiner Frau noch zuflüstern können, es wäre geschehen, da ich infolge Zuckerkrankheit hochgradig erregbar sei und eine Verhaftung für untragbar hielte. Um durch den in Wirklichkeit nur in ganz geringen Mengen vorhandenen Zucker im Konzentrationslager nicht Lügen gestraft zu werden, mußte ich dort vor jeder Untersuchung heimlich Zucker essen, um wenigstens etwas stärkere Erkrankung vorzutäuschen.

Zu Punkt 2 sagte ich aus, daß Stauffenberg durch seinen Adjutanten Haeften mir deswegen nach Neuhardenberg gebracht worden wäre, damit er sich von seiner großen Arbeitslast in der Natur etwas erholen könne. In Berlin sei ich nur mehrfach bei ihm gewesen in Fragen von Burschen- und Pferdegestellungen für meinen Feldmarschall. Auf letzteren Einwand



³⁶³ Nähere Angaben konnten nicht ermittelt werden.

³⁶⁴ Nähere Angaben konnten nicht ermittelt werden.

erwiderte Bartoll einmal: "Sie müssen ja eine sehr unbedeutende Persönlichkeit gewesen sein." Ich konnte ihm dies nicht bestreiten.

Zu Punkt 3 habe ich ausgesagt, ich könnte nicht hindern, wenn mich andere auf eine Liste gesetzt hätten ohne meine Kenntnis. Im übrigen könne ich beweisen, daß ich mehrfach Abgeordnetenmandate und Staatsämter seit 1918 ausgeschlagen hätte, da ich in meiner Arbeit voll befriedigt sei. Hierauf wurde ich gefragt, ob ich ein Amt aber nicht angenommen hätte, wenn es mir angeboten worden wäre. Instinktiv antwortete ich, dies könnte ich nicht beantworten. Mir war damals noch nicht bewußt, daß die Nazi den "Annahmeparagraphen" eingeführt hatten, d. h. daß auch der verurteilt wurde, von dem "angenommen" werden könne, daß er etwas getan haben würde. Den Grafen Heini Dohna[-JTolksdorf³⁶⁵, der zum Oberpräsidenten von Ostpreußen vorgesehen war, hat man zum Strang verurteilt, weil er aus seiner vornehmen Einstellung heraus auf diese Frage geantwortet hatte: "Ich hätte das getan, was im Interesse meines Vaterlandes gelegen hätte."

Punkt 4 war leicht zu beantworten; ich wollte Stauffenberg dienstlich sprechen und konnte ihn wegen der Vorkommnisse nicht erreichen.

Sehr viel schwieriger war Punkt 5. Alle jüngeren Besucher von Neuhardenberg tat ich als Courmacher meiner Töchter ab. Meine Bemerkung: "Ich hasse jeden Schwiegersohn, ehe ich ihn kenne" lenkte die Aufmerksamkeit glücklicherweise auf längere Zeit ab.

Bartoll war ein Gemütsmensch. Eines Tages sagte er mitten in der Vernehmung, die gerade vollkommen friedlich verlief, er hätte zwar keinen schlechten Eindruck von mir, er müsse mir aber sagen, daß die Gestapo bis jetzt wegen 4 Paragraphen des Strafgesetzbuches, auf denen allen die Todesstrafe stehe, Anklage beim Volksgerichtshofe erheben würde. Er war erstaunt, daß mich diese Tatsache nicht erschütterte. Da ich vollkommen überzeugt war, daß mich die Nazi und zwar von ihrem Standpunkt mit Recht verurteilen würden, konnte mich immer nur wieder in Erstaunen setzen, daß es ihnen nicht gelang, mich zu überführen.

Am 20. Juli [1944] hatte ich allein 4[-] oder 5mal im Fahrtenbuch der Fahrbereitschaft des O.K.W. meine Kraftwagenfahrten zwischen Bendlerstraße und Generalkommando quittiert. Anscheinend müssen diese Unterlagen von dem Fahrbereitschaftsleiter rechtzeitig vernichtet [worden] sein. Klausing hatte mir die von Stauffenberg ausgestellte Ausweiskarte No 1 zum Betreten des Bendlerblocks ausgehändigt. Die Karte selber konnte ich am 21. Juli "auf dem Wege der Wasserspülung" vernichten. Aber die Liste war in die Hände der Gestapo gefallen, und Brummel Oppen³⁶⁶ hatte – meinen Namen nicht eingetragen. Das Wichtigste war aber, daß alle Freunde unseres engeren Kreises, getreu der Abmachung, nicht einen Namen verraten haben, trotzdem sie, wie zum Beispiel Fabian Schlabrendorff, aufs schwerste gefoltert worden waren. Der Herrgott hat das Gelingen der Tat nicht gewollt; er wollte, daß unser Volk den Kelch zur Neige austrank; an der Opferbereitschaft der Märtyrer hat es nicht gefehlt.

Vom Beginn des Jahres [19]45 an änderte sich die Lage insofern, daß der geordnete Gang der Vernehmungen unregelmäßig wurde, dafür aber die illegale Liquidierung im Lager in verstärktem Maße zunahm. Jede Nacht wurden einzelne Häftlinge aus den Baracken gerissen und durch Genickschuß getötet oder aufgehängt. Das Erhängen war überhaupt im

366 Gemeint ist Georg-Sigismund von Oppen (vgl. 266).



³⁶⁵ Heinrich Graf und Burggraf zu Dohna-Schlobitten (1882–1944), Mitte Dezember 1941-Ende Mai 1943 Chef des Generalstabes des XX. Armeekorps, Ende September 1943 verabschiedet. Er war als politischer Beauftragter zum Wehrkreis I (Königsberg i. Pr.) und später als Oberpräsident von Ostpreußen vorgesehen und wurde am 14.9. 1944 in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Lager ein beliebter "Sport". Früh und abends mußten die Häftlinge (in wechselnder Stärke von 20–30000 Mann) antreten zum Appell. Hierbei wurden täglich oder fast jeden zweiten Tag 1–3 Leute in Gegenwart aller aufgehängt. Außerdem wurde hierbei die häufig verhängte Prügelstrafe vollzogen. Je nach Schwere des Falles oder vielmehr nach Laune der SS wurden 25–100 Schläge mit schwerer Lederpeitsche verhängt. Die Verurteilten wurden mit entblößter Sitzfläche über einen Bock geschnallt und mußten nach 25 Schlägen anschließend immer ins Revier getragen werden, um dort ausgeheilt und dann – weitergeschlagen zu werden.

Auch am Tage kam von Januar [19]45 an die "grüne Minna" täglich ins Revier gefahren und holte ihre Opfer ab. So wurde kurz vor Schluß eines Tages auch Dohnányi³⁶⁷ und Oberstleutnant von Boehmer³⁶⁸ geholt. Im März erhielten die Häftlingsärzte den Auftrag, eine Liste derjenigen Kranken aufzustellen, die voraussichtlich innerhalb von 3 Monaten nicht gesund würden. Viele ließen sich auf diese Liste setzen, da sie hofften, bei einer möglichen Evakuierung in der Eisenbahn gefahren zu werden oder in Sachsenhausen zu bleiben. Allmählich sickerte durch, daß alle diese Häftlinge "vergast" werden sollten. Es war aber streng verboten, von der Liste einen Namen zu streichen. So wurden eines Tages von unseren 86 Mann in unserer Stube 53 [Namen] verlesen und in die Gaskammer geschickt, unter ihnen der alte Herr Späth von den Berliner Baumschulbetrieben. Sie haben alle ihr Schicksal vorher gewußt.

Von Anfang 1945 an war ich nicht mehr gewillt, mich abschlachten zu lassen. Meine Frau durfte mich ab November [1944] alle 4 Wochen besuchen³⁶⁹; es war ihr gelungen, trotzdem immer ein SS[-]Mann unseren Unterhaltungen beiwohnte, mir einen Ausweis, Schmuckstücke zu Bestechungszwecken, Geld und ein Jagdmesser zuzustecken. Mein Freund, ein holländischer Husarenoffizier, der Blockältester war, hatte mit mir verabredet, daß er mich, sowie die Gestapo mich abholen würde (hierzu mußte sie vorher zu ihm gehen), mich durch einen Dritten warnen lassen würde; ich sollte dann aus dem Fenster klettern und zwischen elektrisch geladenem Draht und Baracke in ein zu diesem Zwecke aufgelassenes Kellerfenster in die Heizungsanlagen kriechen. Hier konnte man sich in den Kohlenbergen verstekken. Er wollte 14 Tage für Ernährung sorgen, und dann sollte ich mit einer Gruppe von 50 Norwegern, meist sehr großen Leuten, die noch bei Dunkelheit täglich zur Arbeit ausrückten, die Wache passieren und im Laufe des Tages die Sträflingskleidung ablegen und in darunter befindlichem Civil die Arbeitsstätte verlassen. Diese Unternehmung, die mindestens 50% Wahrscheinlichkeit für ihr Gelingen hatte, brauchte jedoch nicht steigen.

Eines Tages, im Februar [1945], kam ein Vertreter der ausländischen Häftlinge zu mir und teilte mir mit, seine Freunde hätten zu mir Vertrauen gefaßt und bäten mich, ihnen beizutreten, sie hätten 5000 Gewehre in dem erweiterten Bereich des Lagers und beabsichtigten, sich gegebenenfalls mit Gewalt zu befreien. Sie benötigten noch einen soldatischen Fachmann,



³⁶⁷ Hans von Dohnányi (1902-1945), 1929-1938 Mitarbeiter im Reichsjustizministerium, 1939-Anfang April 1943 Mitarbeiter (im Range eines Sonderführers) des Amtes Ausland/Abwehr (Zentralabteilung. Leiter des Referates für Politik) im OKW, wahrscheinlich am 9.4. 1945 im KZ Sachsenhausen hingerichtet.

³⁶⁸ Hasso von Boehmer (1904–1945), Erster Generalstabsoffizier (Ia) des stellv. Generalkommandos XX. Armeekorps und im Wehrkreis XX (Danzig). Boehmer war durch seinen Freund und Regimentskameraden Henning von Tresckow für den Widerstand gewonnen worden. 1928 bis 1934 war Boehmer Leutnant und Oberleutnant im Infanterie-Regiment 9 zu Potsdam. Er wurde am 5.3. 1945 in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

³⁶⁹ Hier liegt ein Irrtum Graf Hardenbergs vor. Vielmehr war es der 24.12.1944.

um die Bewachungsmannschaften zu überwältigen. Das Lager bestand aus dem eigentlichen Häftlingslager, das mit einer 3 Meter hohen Mauer umgeben war und innerhalb der Mauer ein elektrisch geladenes Drahthindernis von circa auch 3 Meter Höhe hatte. Am Eingang lag das alles beherrschende Wachhaus. Hier fand unten die eingehende Kontrolle aller ein[-] und ausgehenden Personen statt. Im ersten Stockwerk war ein schweres Maschinengewehr aufgebaut, mit dem alle von da ausgehenden Lagerstraßen beherrscht wurden. Auf das übrige Drahthindernis waren 7 oder 9 Wachtürme mit leichten Maschinen[-]Gewehren verteilt. Wachmannschaften waren erst deutsche SS[-]Leute und später Bewohner des Balkans in SS[-]Uniform. Je ein Oberscharführer war Führer eines "Blockes", in dem normal 200, meist aber die 3–4fache Zahl von Häftlingen lag. In der Zeit der schweren feindlichen Bombenangriffe, in der viele Außenlager zerschlagen waren, lagen fast stets 5 Mann in 2 Betten, die in 3 Etagen übereinander standen. Eine Befreiungstat wäre von Mitte April ab bestimmt von Erfolg gekrönt gewesen, denn auf seiten der SS war keinerlei Einsatzbereitschaft mehr vorhanden, es war nur erforderlich, daß einige Stoßtrupps gebildet wurden, die von ernstem Angriffswillen beseelt waren.

Da kam der Befehl, daß das Lager geräumt werden solle mittels Fußmarsch nach der Priegnitz und Mecklenburg. Jeder Mann erhielt ein Brot und eine halbe Dose Wurst, eine Ernährung, die später für 10 Tage reichen sollte. Es wurden Marschgruppen zusammengestellt; auf je 100 Mann kam immer ein SS[-]Mann mit Maschinenpistole. Diese erhielten den Befehl, jeden, der das Marschtempo nicht halten konnte, niederzuschießen. Auf diese Weise sind dann noch Tausende in den nächsten Tagen umgebracht worden. Ich selber hielt es nicht für richtig, mich an diesem Todesmarsch zu beteiligen, sondern versteckte mich während der kritischen Stunden und blieb dann, als alles abgerückt war, bei den zurückgelassenen Schwerverwundeten.

Am Morgen des 22. April waren die SS[-]Wachen verschwunden; wir waren im Lager allein; um 10 Uhr vormittags erschien ein einzelner russischer Soldat, ein Sohn der östlichen Steppe, und – wurde von den begeisterten ausländischen Häftlingen herzlich abgeküßt. Ich benutzte die neue Freiheit, um mit einigen Kameraden den äußeren Teil des Lagers in Augenschein zu nehmen. Dieser war gleichfalls noch mit einer hohen Mauer umgeben, hatte aber gepflegte Anlagen und die Unterkunftsbaracken für die Verwaltung und die SS [-]Mannschaften. Hier befand sich aber auch das Krematorium sowie die Gaskammer und der Platz für Liquidierungen. Ich wollte diese Stätten des Grauens selber sehen, um später Wahrheit und Dichtung unterscheiden zu können.

Das Krematorium mit 4 Öfen, in denen die Leichen verbrannt wurden, war eine Notwendigkeit, da bei der großen Belegungsstärke des Lagers viele Häftlinge täglich eines "normalen" Todes starben und Beerdigungen in der Zahl undurchführbar gewesen wären. Daneben lag die Gaskammer und ein Raum zum Entkleiden. Den Häftlingen, die hier vergast werden sollten, wurde gesagt, daß sie entlaust werden sollten. Sie mußten sich im Entkleidungsraum nackt ausziehen und erhielten zur Täuschung jeder ein Handtuch "zum Abtrocknen". Dann kamen sie bis zu 200 [Mann] in die Gaskammer, einen völlig leeren Raum mit Brausen, denen aber nach luftdichter Abschließung des Raumes statt Wasser das Gas entströmte. Zur "Unterhaltung" der Opfer wurde dabei ein Radio auf Überlautstärke angestellt. Nach anschließender Durchlüftung wurden die Leichen mit eisernen Haken zur Verbrennung in das Krematorium gezogen, nachdem man vorher nicht verabsäumt hatte, ihnen eventuelle Goldplomben auszubrechen. Die Zahnarztzangen lagen noch in den Räumen herum. Die Verbrennungsöfen waren ausgegangen, ehe die letzten Opfer zu Asche verbrannt waren.



Dicht neben dieser Stätte des Todes befand sich die Hinrichtungsstätte mit 6 Galgen und ein Schießstand für Genickschüsse. Auf unserem Rückweg trafen wir noch andere Russen, die in das Lager gekommen waren. Einer von ihnen versuchte, uns mit vorgehaltener Pistole zu plündern, hatte aber bei uns Häftlingen keinen Erfolg – trotzdem ich im Brustbeutel Schmuckstücke meiner Frau bei mir trug, und er mich nach einem Brustbeutel abtastete.

Da nach Abzug der SS die Leichen nicht mehr verbrannt werden konnten, lagen im Keller der Pathologie 80–90 nackte Leichen herum, so daß mit der Gefahr von Seuchen gerechnet werden mußte. Wir ließen eine große Grube ausheben und fingen an, die Leichen hier hereinzulegen; da aber nicht die geringste Arbeitslust ohne die bisherige strenge Aufsicht mehr vorhanden war, sind wir damit nicht weit gekommen. Die Wasserleitung im Lager war schon seit 14 Tagen durch Luftangriffe zerschlagen. Dies rief einen unvorstellbaren Zustand bei 20–30000 Häftlingen im Lager hervor. Auf jedem freien Fleck zwischen den Baracken waren Behelfslatrinen aus einem Graben und 2 Stangen darüber angelegt, breit genug für 8–10 Mann. Man konnte nirgends hinsehen, ohne den Blick zu richten auf diese jämmerlichen, unterernährten Gestalten, die, in Lumpen gehüllt, ihre Notdurft verrichteten. Mir fiel Freiligraths Gedicht "Die Auswanderer" ein: Ich kann den Blick nicht von Euch wenden, ich muß Euch anschauen immerdar. Und dies in einer Zeit, wo aus Unterbringungsmangel auch einige hundert weibliche Häftlinge im Lager untergebracht waren.

Die letzte Nacht im Konzentrationslager folgte. Ohne Aufsicht kamen wir uns wie im Sanatorium vor. Wir haben die halbe Nacht geschwatzt in dem Bewußtsein, uns morgen für das Leben zu trennen, erfüllt von einer gewissen Wehmut, die meisten aber, besonders die Ausländer, von überschäumendem Glück. Ich selber? Ohne Zweifel glücklich, den Strang, der seit einem Dreivierteljahr um meinen Hals gelegt war, los zu sein, aber vorherrschend tief verwundet durch all das, was nun kommen würde, und was meine Freunde schon Jahre vorher kommen sahen. Um dies zu verhindern, waren sie bereit gewesen, sich selbst zu opfern. Das Opfer war gebracht, aber nicht angenommen worden. Nun, deutsches Volk, mußt Du den bitteren Kelch doch trinken. Vergiß die Toten des 20. Juli nicht. Sie starben, damit Du leben solltest.



Jahrgang 41 (1993), Heft 3 Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_3.pdf VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Notizen

AKTEN DER "EUTHANASIE"-AKTION T4 GEFUNDEN

Die Rahmenbedingungen und viele Einzelaspekte der "Euthanasie"-Verbrechen der NS-Zeit sind in den letzten eineinhalb Jahrzehnten wissenschaftlich aufgearbeitet worden¹. Die Quellen, auf die sich diese Forschungen stützen, lassen sich im wesentlichen zwei Gruppen zuordnen: Sie stammen einerseits aus Archiven lokaler Institutionen (z. B. Heil- und Pflegeanstalten, regionale Behörden) und aus den Ermittlungs- und Strafverfahren gegen einzelne Ärzte, Pfleger, Schwestern und Verwaltungsangestellte, andererseits aus den Beständen zentraler Reichsinstitutionen, die an der Schaffung der politischen, juristischen und verwaltungsmäßigen Voraussetzungen der "Euthanasie"-Aktionen beteiligt waren (z. B. Reichsinnenministerium, Reichskanzlei)². Hingegen galten die internen Aufzeichnungen und Korrespondenzen der eigentlichen zentralen "Euthanasie"-Dienststelle in der Berliner Tiergartenstraße 4 ("T 4") bisher als verschollen³. Aus den bisherigen Forschungen ist bekannt, daß dort auch die Krankenakten der Opfer der ersten, zentral gesteuerten "Euthanasie"-Aktion "T 4" (bis August 1941) gelagert worden sein müssen⁴. Diese Dokumente galten bisher ebenfalls als verschollen.



Jahrgang 41 (1993), Heft 3 Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_3.pdf

¹ Vgl. Ernst Klee, "Euthanasie" im NS-Staat. Die "Vernichtung lebensunwerten Lebens", Frankfurt/M. 1983; Götz Aly, Medizin gegen Unbrauchbare, in: Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Bd. 1, Berlin 1985, S. 9–74; Hans-Walter Schmuhl, Rassenhygiene, Nationalsozialismus, Euthanasie. Von der Verhütung zur Vernichtung "Lebensunwerten Lebens", 1890–1945, Göttingen 1987. Eine Auswahlbibliographie zum Thema findet sich bei Norbert Frei (Hrsg.), Medizin und Gesundheitspolitik in der NS-Zeit, München 1991, S. 309–323. Zum Stand der aktuellen Diskussion aus der Perspektive der Medizinhistoriker vgl. Alfons Labisch, Kritischer Essay, in: Medizinhistorisches Journal 25 (1990), S. 336–349.

² So bei Klee, S. 463-465, Schmuhl, S. 475. Vgl. auch Inventar archivalischer Quellen des NS-Staates. Die Überlieferung von Behörden und Einrichtungen des Reichs, der Länder und der NSDAP. Teil 1: Reichszentralbehörden, regionale Behörden und wissenschaftliche Hochschulen für die zehn westdeutschen Länder sowie Berlin. Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte bearbeitet von Heinz Boberach, München 1991.

So heißt es im Inventar, S. 166f., unter dem Stichwort "Reichsarbeitsgemeinschaft Heil- und Pflegeanstalten": "Die Unterlagen der im Winter 1939/40 bei der Kanzlei des Führers zur Durchführung
der Ermordung der Geisteskranken gegründeten Organisation sind ebenso wie die von dem Reichsbeauftragten für die Heil- und Pflegeanstalten und Ministerialdirigenten im Reichsinnenministerium Dr. Herbert Linden geführten Akten vermutlich 1945 vernichtet worden. Der Bestand [im Bundesarchiv Koblenz] enthält nur Ersatzüberlieferung in Kopien für Verfahren vor amerikanischen
Militärgerichten". Die Originale dieses Bestandes, die sogenannten Heidelberger Dokumente, die
auch Teile des Briefwechsels von Prof. Paul Nitsche (Nachfolger Heydes in der Tiergartenstraße 4)
enthalten, wurden in den achtziger Jahren in den US National Archives entdeckt; vgl. Henry Friedlander, Nitsche-Dokumente gefunden, in: Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und
Sozialpolitik, Bd. 4, Berlin 1987, S. 190.

Die Krankenakten gelangten mit den Sammeltransporten in die Vernichtungsanstalten; spätere Anfragen von Angehörigen und auch von Ärzten mußten an die zentrale Dienststelle gerichtet werden; vgl. Klee, S. 127f., 136, 179; Schmuhl, S. 204–208.

480 Notizen

1990 kamen die Bestände ehemaliger Staats- und Parteiarchive der DDR in den Besitz der Bundesrepublik. Dabei zeigte sich, daß das ehemalige Ministerium für Staatssicherheit in einem Sonderarchiv in Berlin-Hohenschönhausen große Mengen bisher unbekannter Dokumente aus der Zeit des Nationalsozialismus gesammelt hatte⁵. Diese Archivbestände wurden inzwischen vom Bundesarchiv Koblenz übernommen und in das jetzige Zwischenarchiv Dahlwitz-Hoppegarten verlagert. Bei unseren Recherchen stießen wir dort auf insgesamt etwa 250 laufende Meter Krankenakten aus 104 Heil- und Pflegeanstalten und Heimen. Dieser Aktenbestand mit der Signatur EVZ ist bisher archivalisch nicht erschlossen. Es existiert lediglich eine vom Zwischenarchiv erstellte sechsseitige Liste der Anstalten mit der entsprechenden übergeordneten Signatur.

Bei Durchsicht der Dokumente aus der Anstalt Eichberg/Rheingau (EVZ XXXI, über 3 laufende Meter) stellten wir fest, daß jeweils ca. 15–20 Krankengeschichten in einem Schuber zusammengefaßt sind. Die einzelnen Akten sind ihrem Alter entsprechend recht gut erhalten. Die Krankengeschichten sind durchnumeriert, aber weder Patientennamen noch sonstiger Dokumenteninhalt sind in irgendeiner Weise erfaßt oder gar systematisiert. Eine kursorische Durchsicht zeigt, daß viele der jetzt unter dem Namen der Anstalt Eichberg zusammengefaßten Akten eigentlich Originalakten anderer Anstalten (vorwiegend aus dem Südwesten des damaligen Reichsgebietes) sind. Lediglich ein kleinerer Teil der Patienten war offensichtlich für längere Zeit zur Behandlung oder Pflege in Eichberg, während für die Kranken aus anderen Anstalten der Aufenthalt nur wenige Tage gedauert hat. In fast allen Krankengeschichten lauten die letzten Eintragungen (durchweg aus den Jahren 1940 bzw. 1941): "In eine andere Anstalt verlegt", wobei dieser Satz häufig aufgestempelt ist. In einem Teil der Akten findet sich auch eine - meist wenige Tage später datierte - kurze Mitteilung über den Tod des Patienten. Dies entspricht den aus der Forschung bekannten Fakten, wonach Eichberg eine Zwischenstation auf dem Weg vieler Kranker aus dem südwestdeutschen Raum in die Vernichtung (meistens in der Heil- und Pflegeanstalt Hadamar) war.

Dafür, daß es sich bei den von uns gefundenen Akten um die Krankengeschichten der Opfer der Aktion "T 4" handelt, spricht unter anderem, daß die Bestände, obwohl sie zu DDR-Zeiten nicht systematisch archiviert worden sind, eine äußere und innere Ordnung aufweisen: Sie wurden einerseits als Einheit vorgefunden und auch früher offensichtlich entsprechend behandelt (durchnumeriert und zusammen gelagert), andererseits enthalten sie Informationen darüber, daß Patienten einzelner Anstalten an bestimmten Tagen der Jahre 1940 bzw. 1941 in größeren Gruppen verlegt wurden, also ein gemeinsames Schicksal hatten. Dieser äußere und inhaltliche Zusammenhang der Dokumente legt den Schluß nahe, daß die Akten auch eine gemeinsame Herkunft haben. Hinweise auf diese Herkunft ergeben sich aus einem im Zwischenarchiv vorhandenen Findbuch zum Dokumentenbestand, das noch zu Zeiten des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit der DDR angelegt worden ist, allerdings nur einen Bruchteil des Aktenbestandes (die ersten römischen Signaturziffern) umfaßt. Danach befinden sich im Bestand EVZ (vor allem unter der Signatur I) nicht nur Krankengeschichten, sondern auch andere Dokumente, die offensichtlich direkt aus den zentralen "Euthanasie"-Dienststellen stammen6.

So sind Originaldokumente zum Personal der "Tiergartenstraße 4" enthalten in folgenden Akten: EVZ I 1/10 (Prof. Werner Heyde), I 1/12 (Reichsleiter Philip Bouhler), I 4/1 (Dr. Herbert Linden), I 7/7 (Dr. Otto Hebold).



Vgl. Götz Aly, Stasi hortete Nazi-Akten, in: die tageszeitung vom 23.4. 1991. Aly vermutet in diesem Archiv auch Akten der "Euthanasie"-Opfer, begründet diese Vermutung allerdings nicht.

Wir schließen daraus, daß die Krankengeschichten ebenfalls aus den zentralen "Euthanasie"-Dienststellen stammen und daß sie identisch sind mit den bisher vernichtet geglaubten Unterlagen der "Euthanasie"-Opfer. Vermutlich wurden diese Dokumente bei Kriegsende als geschlossener Bestand von den sowjetischen Besatzungstruppen gefunden und zu einem späteren Zeitpunkt den DDR-Behörden übergeben. Für diese Vermutung spricht auch der Umfang des Bestandes: Nach einer ersten Schätzung dürfte es sich um etwa 50000 einzelne Krankengeschichten handeln; dies entspricht (bei Berücksichtigung möglicher Schätzfehler und der Möglichkeit des Verlusts von Akten) den Ergebnissen der bisherigen Forschung, wonach in der ersten, zentralisierten Phase der "Euthanasie"-Aktion bis August 1941 etwa 70000 Kranke getötet wurden.

Aus dem Dargelegten wird deutlich, daß der Zusammenhang des Gesamtbestandes und insbesondere die gemeinsamen Verlegungsdaten nicht nur die Identifikation des Aktenfundes ermöglicht, sondern daß als Resultat daraus auch das Schicksal der einzelnen Kranken rekonstruiert werden kann. Dies wäre bei einer isolierten Auswertung einzelner Akten nicht möglich, da sich dort außer dem Verlegungsvermerk und zum Teil einem Todesdatum mit (fingierter)Todesursache keine weiteren Anhaltspunkte für die Verlegungs- und die realen Todesumstände finden.

Wir halten es deshalb für notwendig, die wieder entdeckten Akten im vorgefundenen Zusammenhang zu erhalten und möglichst bald archivalisch aufzunehmen, um dadurch eine weitergehende Bearbeitung zu ermöglichen. Die Dokumente sind nicht nur für die zukünftige Forschung, sondern auch für eine breitere Öffentlichkeit und insbesondere für die Hinterbliebenen der Opfer von großer Bedeutung. Viele der Angehörigen wissen noch immer nicht, welchen Weg die plötzlich aus den Anstalten Verschwundenen genommen haben. Noch immer sind viele Opfer der "Euthanasie" nicht namentlich bekannt, so daß auch eine angemessene öffentliche Würdigung bisher nicht möglich war.

Für die medizinhistorische und zeitgeschichtliche Forschung ergeben sich mit diesen Quellen neue Möglichkeiten, das Bild über den Anstaltsalltag im Nationalsozialismus zu schärfen, den Weg der Opfer zu rekonstruieren und die realen (im Gegensatz zu den von oben intendierten) Selektionskriterien – etwa in Abhängigkeit vom ausführenden Personal und von der wirtschaftlichen Situation der jeweiligen Anstalt – herauszuarbeiten.

Die zunächst dringend notwendige archivalische Arbeit ist angesichts der schlechten derzeitigen Personalausstattung des Zwischenarchivs nicht zu leisten⁸. Das Bundesarchiv sollte deshalb zusätzliche Mittel für diese Aufgabe bereitstellen, wobei auch an Drittmittel gedacht werden könnte. Es ist Aufgabe sowohl der Wissenschaft als auch der breiten Öffentlichkeit, sich für die Erschließung dieser Akten einzusetzen.

Volker Roelcke/Gerrit Hohendorf



⁷ Vgl. Aly, S.23, 29. Unsere Schätzung beruht auf der folgenden Rechnung: Ein Schuber mit 15–20 Akten ist ca. 8–10 cm breit; dies ergibt für einen laufenden Meter etwa 200 Akten, für 250 lfm eine Größenordnung von 50000 Akten.

⁸ An dieser Stelle möchten wir uns bei dem kommissarischen Leiter Herrn Dr. Wagner und seiner Mitarbeiterin, Frau Kühne, für ihre Unterstützung bedanken.

MITTEILUNG AN DIE PRESSE

Deutscher Bundestag vergibt Wissenschaftspreis und Medienpreis für Arbeiten zum Parlamentarismus

Der Deutsche Bundestag hat zwei Preise ins Leben gerufen, durch die hervorragende wissenschaftliche und publizistische Arbeiten zum Parlamentarismus gefördert werden sollen. Die Vergabe der Preise soll zu einer intensiven Beschäftigung mit Parlamentsfragen anregen und zu einem vertieften Verständnis der parlamentarischen Praxis beitragen. Die Preise sind mit je 10000 DM dotiert und sollen – in der Regel alljährlich – durch die Präsidentin/den Präsidenten des Deutschen Bundestages verliehen werden.

Die Bundestagspräsidentin hat fünf unabhängige Wissenschaftler berufen, die über die Vergabe des Wissenschaftspreises beraten und entscheiden sollen. Sie vertreten die Disziplinen Rechtswissenschaft, Geschichtswissenschaft und Politikwissenschaft: Prof. Dr. Ulrich Karpen (Hamburg), Prof. Dr. Rudolf Morsey (Speyer), Prof. Dr. Heinrich Oberreuter (Passau), Prof. Dr. Hans-Peter Schneider (Hannover) und Prof. Dr. Uwe Thaysen (Lüneburg). Prof. Dr. Rudolf Morsey ist Sprecher der Jury.

Der Jury für den Medienpreis des Deutschen Bundestages gehören an: Dr. Henning Frank (freier Journalist), Dr. Friedrich Karl Fromme (FAZ), Dr. Helmut Herles (General-Anzeiger), Carl-Christian Kaiser (freier Journalist), Wolf von Lojewski (ZDF), Dr. Heinz-Joachim Melder (Hannoversche Allgemeine Zeitung), Martin E. Süskind (Süddeutsche Zeitung). Sprecher der Jury ist Dr. Helmut Herles.

Die Jurys fordern Interessierte auf, ihre Arbeiten einzureichen. Diese sind zu richten an:

- Wissenschaftspreis/Medienpreis des Deutschen Bundestages -Referat WD 1 Görresstraße 15 53113 Bonn Telefon: 02 28/16-74 10/38 13 Fax-Nr. 16-8 51 09



Abstracts

Igor Lukes, Stalin, Benes and the Comintern during the Munich Crisis: New Evidence from the Prague Archives.

Based exclusively on original archival evidence, the article examines the claim that Stalin's Soviet Union was ready to provide Czechoslovakia with unilateral and militarily meaningful assistance during the crisis of 1938 and challenges several myths regarding the personality of President Dr. Edvard Benes. The article concludes that Moscow was not prepared to assist Czechoslovakia unilaterally and that Benes' decision to surrender was not motivated by the president's fear of war; in fact, Benes had desired a military resolution of the crisis. The Comintern strategists had hoped the Czechoslovak crisis would bring about an outbreak of a prolonged war between Hitler and the West. Therefore, the Munich Agreement represented a serious defeat for Stalin. Hence, the immediate Soviet effort to make Hitler's war against Poland possible and a German conflict with the West inevitable. Benes thought that the Molotov-Ribbentrop pact was designed "to accelerate the course of events and to bring about the outbreak of war".

Manfred Kittel, Genesis of a Legend. The Stalin Notes in the German Debate on Reunification 1952–1958.

The discussion of the Stalin Notes in 1952 has not stopped even after the reunification of Germany and is often marked by a rather narrow perspective of the year 1952 itself. Considering the long-term impact the Stalin Notes had on the German debate on reunification one only needs to recall the polemic outrage of Thomas Dehler and Gustav Heinemann in the famous nightlong debate in the Bundestag on January 23, 1958 – the different aspects of the question have not always been taken into full account. Thus, as early as 1955/56 the FDP took up the criticism, which had been previously expressed by publicists such as Paul Sethe, and questioned its own history of being the party of western integration during the Adenauer administration. By increasingly supporting a conception of reunification based on national priorities, the FDP pushed forward its former political outsider, Karl Georg Pfleiderer, as its leader in the politics of reunification. The growing frustration, not only in the FDP but in widespread public opinion as well, at the unlikelihood of a unified Germany, culminated in the legendary misinterpretation that Chancellor Adenauer had lost an opportunity for reunification. This is an even greater paradox, when in 1952, except for the Communists, only the very small opposition group led by Heinemann was really impressed by Stalin's offer.

Michael F. Scholz, Östen Undén and the GDR. Sweden's Policy in the fifties.

Based on Östen Undén's personal papers and records from archives in Sweden and Germany, this article deals with the role Sweden's foreign minister Östen Undén (1945–1962) played in the development of Swedish policy towards Germany, particularly during the years 1945 to 1955. Undén, who made a lasting impact on Sweden's traditional policy of non-alignment, was not actually pro-German, although he never gave up hope of German reunification. To break the deadlock over the German question, he initiated a proposal,



484 Abstracts

which became critical to the common western illusion that a policy of total non-recognition and non-negotiation would bring about reunification. The only result was a diplomatic crisis in the UN General Assembly autumn session in 1951. Undén's policy, which led to constructive interaction between Sweden and the GDR, lasted until he was succeeded by Torsten Nilsson in 1962.

Horst Mühleisen, Patriots in the German resistance against Hitler. Carl-Hans Graf von Hardenberg's Recollection.

Among the recollections written by the few remaining survivors of the German resistance against Hitler and his regime, Graf Hardenberg's account is of particular importance. In his description, which contains his experiences, thoughts and insights, Hardenberg recalls his development leading to opposition. This document is a rare autobiographical account by a Prussian conservative, who was directly involved in the conspiracy of July 20, 1944. It makes clear his convictions as well as the extent to which nobility participated in conservative resistance against Hitler. The account gives profound insight into the motives of Hardenberg's action and the dramatic transformation he underwent.

GESCHÄFTLICHE MITTEILUNGEN

© 1993 R. Oldenbourg Verlag GmbH, München

Die Lieferung geschieht auf Kosten und Gefahr des Empfängers. Kostenlose Nachlieferung in Verlust geratener Sendungen erfolgt nicht. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein Jahr, wenn es nicht spätestens zwei Monate vor Ablauf des Kalenderjahres gekündigt wird. Werbeanzeigen und Werbebeilagen besorgt der Verlag. Verantwortlich: Annette Werner.

Hinweis gemäß § 26 Absatz I, Bundesdatenschutzgesetz: Die Bezieher der "Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte" sind in einer Adreßdatei gespeichert, die mit Hilfe der automatisierten Datenverarbeitung geführt wird.



Jahrgang 41 (1993), Heft 3 Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_3.pdf VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de